

PARTISANEN
Selenskyjs
fünfte Kolonne

TOD FÜR DIE WELT
Wie Putin den Hunger
als Waffe einsetzt

SOLARZELLEN
Billigstrom vom
Balkon

**HANDWERKER, KÖCHINNEN,
FLUGPERSONAL, PFLEGEKRÄFTE...**

WO SIND DIE NUR ALLE HIN?

Wie der Mangel an Arbeitskräften
das Land lahmlegt





Mehr Platz? Passt!

Die neue T-Klasse. Platz für die ganze Familie und Raum fürs Leben.

#lifegetsbig

Mehr unter [mercedes-benz.de/t-klasse](https://www.mercedes-benz.de/t-klasse)



HAUSMITTEILUNG



Julian Busch

Titel

| Seite 8

Jede und jeder erlebt in diesen Tagen, wie der Arbeitskräftemangel Deutschland verändert. Solche Erfahrungen beginnen fast immer mit dem Wort »kein«: kein Platz in der Kita, kein Installateur, um die Dusche zu reparieren, kein Pilot, um das Flugzeug zu fliegen. Bei SPIEGEL-Redakteurin **Cornelia Schmergal** war es der Service in ihrem Berliner Lieblingslokal, irgendwann boten die Gäste an, sich die Speisen selbst aus der Küche zu holen. Zerknirscht bekannte der Wirt, dass er niemanden mehr für die Bedienung habe. Das Problem ist im Kleinen vielleicht oft nur lästig, im Großen aber gefährlich. »Ob wir in den nächsten Jahren unseren Wohlstand halten können, hängt davon ab, ob wir die Lücken im Arbeitsmarkt füllen können – und wie«, sagt Schmergal, die mit einem Team von SPIEGEL-Reporterinnen und -Reportern eine Republik im Stillstand beschreibt.

Partisanenkampf

| Seite 84

Im ersten Telefonat mit SPIEGEL-Reporter **Thore Schröder** (r.) schlug der ukrainische Partisan **Wolodymyr Schemtschugow** ein Asia-Restaurant als Treffpunkt in Kiew vor. Vier Stunden lang sprach der frühere Fabrikbesitzer darüber, wie er und seine Kameraden hinter feindlichen Linien gegen die Russen kämpften, erzählte, wie er bei einer Minenexplosion beide Hände und das Augenlicht verlor, dann in russische Gefangenschaft geriet. Über eine Begegnung zwischen Schemtschugows Frau mit dem damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier in Kiew gelangte der Versehrt in ein Kölner Krankenhaus. Dort retteten Ärzte einen Teil seines Sehvermögens. »Für seinen Kampf als Partisan erntete Schemtschugow in Deutschland wenig Verständnis«, so Schröder. Der Reporter war jedoch beeindruckt von dessen »Willenskraft und Heldenmut«.



Julia Kochetova / DER SPIEGEL



George Etheredge / DER SPIEGEL

Kissinger

| Seite 48

Ein dunkler Waldweg führt zur Lichtung, auf der das Landhaus von **Henry Kissinger** steht. Auf dieses Anwesen im Staat Connecticut bat der frühere US-Außenminister den SPIEGEL-Korrespondenten **Bernhard Zand** zum Gespräch über sein neues Buch, sein politisches Vermächtnis und eine mögliche Lösung der Ukraine Krise. Kissinger, in Fürth geboren und vor Kurzem 99 Jahre alt geworden, mischt sich bis heute in Debatten ein, zuletzt mit seinem umstrittenen Vorschlag, den

Krieg mit einem Waffenstillstand auf Basis der Kontaktlinie vom 24. Februar zu beenden. Allein das zu erreichen werde schwer genug. »Kissinger schaut mit dem kühlen Blick eines Krisenmanagers auf die Welt«, so Zand, »Visionäre sind ihm suspekt.«

Adolfs Insel

| Seite 90

Vor zwei Jahren hörte SPIEGEL-Redakteurin **Solveig Grothe** zum ersten Mal von einem deutschen Konzentrationslager namens »Sylt« auf der britischen Kanalinsel Alderney. Archäologen hatten Fundamente von Häftlingsbaracken und SS-Kasernen entdeckt. Nach dem Krieg hielt London Untersuchungsergebnisse zu den Vorgängen dort jahrzehntelang geheim, womöglich auch, weil es in Nazizeit Kollaborateure gab. Grothe begleitete Colin Partridge auf »Adolf Island«; er ist einer der Historiker, die versuchen herauszufinden, was genau dort geschah. Überrascht haben Grothe die »heftigen Reaktionen« lokaler Politiker auf die Frage, was sie aus den neuen Erkenntnissen machten. »Sie erwarten von den Deutschen, dass auch sie sich um dieses schwierige Erbe kümmern«, so Grothe.



Sven Peils

Victoria Lergenmüller,
Weinhaus Lergenmüller GmbH,
Mitglied seit 2020

Jetzt
Mitglied
werden

„Meine Bank
gehört mir,
weil mir Werte
nicht nur in Euro
wichtig sind.“

Morgen
kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Wir sind Genossenschaftsbanken.
Die Banken, die ihren Mitgliedern
gehören.



Jetzt
QR-Code
scannen
und mehr
erfahren

Volksbanken
Raiffeisenbanken





Laurent Grandguillot / REA / laif

Keiner da, der sich kümmert

ARBEITSMARKT Die düsteren Prognosen von Wirtschaftsexperten tat man über Jahre als überzogen ab. Nun ist der Personalmangel da – und trifft Deutschland mit Wucht. Gesucht werden nicht nur Menschen mit Spitzenqualifikationen, sondern auch mit ganz alltäglichen Berufen. Ohne sie droht dem Land der Kollaps. | 8



Verena Brüning / DER SPIEGEL

Bärbel Bas

Die Bundestagspräsidentin spricht über Verzicht in der Krise und Umverteilung. | 32



Marzena Skubatz / DER SPIEGEL

Mirna Funk

Die Autorin polarisiert – will sie herausfordern oder vor allem berühmt sein? | 112



Julia Steinigeweg / DER SPIEGEL

Karl Lauterbach

Der Gesundheitsminister will Corona bekämpfen und trifft damit auf Widerstand. | 28

TITEL

8 | Arbeitsmarkt Der Personalmangel lähmt Deutschland

DEUTSCHLAND

6 | Leitartikel Gegen die Energiekrise hilft nur Pragmatismus – nicht Parteiideologie

16 | Extremwetter in Deutschland verursacht über 80 Milliarden Euro Schaden / Tausende Auslandsstipendien gefährdet / Die Gegendarstellung / So gesehen: Wollen wir nicht hören

20 | Europa Die Gasknappheit stellt den Zusammenhalt der EU auf die Probe

24 | Energiekrise Wie Länder und Kommunen versuchen, Gas und Strom einzusparen

28 | Pandemie Ampelkoalition ist uneins über die Coronagefahr im Herbst

32 | Gerechtigkeit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas fordert eine Steuer für Reiche

34 | Klimawandel Ist Deutschland gut genug auf extreme Sommer vorbereitet?

36 | Karrieren Wie Ex-Ministerin Julia Klöckner und Ex-Staatssekretär Günter Krings den Verlust ihrer Macht erleben

40 | Mobilität Die zahlreichen Mängel im Netz der Bahn

42 | Lebensende Der Mann, der die Einsamen von Berlin beerdigt

46 | Strafrecht Im Streit um die Maskenpflicht tötete ein Mann einen Tankstellenmitarbeiter

DEBATTE

48 | Ukraine Ex-US-Außenminister Henry Kissinger im SPIEGEL-Gespräch über die Frage, wie sich der Krieg beenden ließe

REPORTER

52 | Familienalbum / Was hilft gegen Schnecken?

53 | Eine Petition und ihre Geschichte Warum eine Influencerin mit Karl Lauterbach sprechen will

54 | Gesundheit Wenn Patienten keine Hausarztpraxis finden

59 | Kolumne Alles Gutsch

WIRTSCHAFT

60 | Briten brüskieren Hannover Messe / Mehr Geldwäsche, weniger Personal

62 | Gaskrise Der Staat rettet einen finnisch kontrollierten Konzern, der Geschäfte mit Russland macht. Warum?

65 | Unternehmen Elon Musks Schicksal hängt an einer US-Richterin

66 | Energie Solaranlagen am heimischen Balkon boomen

69 | Kriegskosten Haushaltskommissar Johannes Hahn will mehr Geld für die EU

70 | Serie: Die neue Unabhängigkeit (IV) Die gescheiterte deutsche Maskenproduktion

AUSLAND

72 | Russland und der Westen streiten über Hilfe für Syrien / Ein Bankenskandal in China führt zu Protest

74 | Lebensmittel Wladimir Putin setzt Getreide im Ukraine-krieg als Waffe ein

82 | USA Wird Joe Biden zu senil für das Präsidentenamt?

84 | Ukraine Zunehmender Widerstand von Partisanen in den russisch besetzten Gebieten

86 | Großbritannien Der Historiker Anthony Seldon über Boris Johnsons Erbe

88 | Sri Lanka Die Insel umgarnt die letzten verbliebenen Touristen

90 | Zeitgeschichte Was geschah wirklich im KZ auf der britischen Kanalinsel Alderney?

SPORT

93 | Wie sicher ist der Aufstieg des Hamburger SV? / Sind Dress-codes im Sport noch zeitgemäß?

94 | Freizeit Rücksichtslose E-Mountainbiker in den Bergen

96 | Kommentar Wie sich Olaf Scholz bei den Fußball-frauen einschleimte

97 | Ortstermin Migranten aus der Ukraine finden in einem Fußballklub eine neue Heimat

WISSEN

98 | Schädliches Nachsalzen / Analyse: Wie hoch sind die Coronazahlen wirklich?

100 | Archäologie Der schwierige Kampf gegen Schatzjäger

102 | Luftfahrt Die Frachtflugzeuge von Airbus sollen vom Ukraine-krieg profitieren

104 | Astronomie Auf den Spuren der Sternentstehung

105 | Nasa-Wissenschaftschef Thomas Zurbuchen über die ersten Bilder des Webb-Teleskops

106 | Psychologie Was macht ein gutes Spiel aus?

KULTUR

110 | Neue Musik von Black Midi / Iris Apfels Mode

112 | Karrieren Autorin Mirna Funk bringt alle auf die Palme

116 | Gentlemen Paul Anka im SPIEGEL-Gespräch über Frank Sinatra und Arbeiten mit 80

119 | Fernsehen Dieter Bohlen kehrt zurück – eine Kapitulation

120 | Musik Der Pianist Nduduzo Makhathini erneuert Jazz und Weltgeschichte

123 | Buchkritik Emily Segal seziert die New Economy

SPIEGEL-TV-Programm | 26 Bestseller | 122 Impressum, Leserservice | 124 Nachrufe | 125 Personalien | 126 Briefe | 128 Hohlspiegel/Rückspiegel | 130



Mikhail Metzel / Sputnik / REUTERS

Putins Weizenkrieg

Millionen Tonnen Getreide bleiben in ukrainischen Häfen, weil Russland Schiffrouten blockiert. Putin benutzt Nahrungsmittel als Waffe gegen den Westen und den Rest der Welt. | 74



Yuri Smituyk / TASS / ddp

Wenn kein Gas mehr kommt

Kalte Wohnungen, stillgelegte Fabriken, leere Regale – die Auswirkungen eines russischen Gasstopps können dramatisch werden. Wie weit reicht dann die Solidarität in der EU? | 20



Klemens Koenig

Schrecken der Berge

In den Alpen boomt der Tourismus mit E-Bikes. Unfälle häufen sich, und die Radfahrer kommen immer öfter Wanderern und Almbauern in die Quere. | 94

Weg mit den Tabus

LEITARTIKEL In der Energiekrise braucht es pragmatische Lösungen. SPD, Grüne und FDP können sich ihre Parteifolklore schenken.



Florian Gaertner / Photothek / Getty Images

Putin dreht am Gashahn, Deutschland droht der Notstand – was tun die Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP? Sie stimmen ihre Gassenhauer an, aus der guten alten Zeit.

Jede Kilowattstunde Strom hilft, sagt der grüne Energieminister Robert Habeck – außer natürlich, der Strom kommt aus einem bösen Atomkraftwerk.

Jetzt brauche es eine ideologiefreie Debatte, fordert der gelbe Finanzminister Christian Lindner – aber bloß nicht über ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen.

Man müsse die Situation neu betrachten, verkündet der rote Kanzler Olaf Scholz – nur nicht das heilige deutsche Fracking-Tabu. Eher bittet die Ampelregierung den Emir von Katar an, um an Ersatz fürs russische Gas zu kommen. Und Scholz reist zu Energieverhandlungen nach Afrika, wohl nach dem Motto: Sollen statt der Niedersachsen doch die Senegalesen ihr Land ausbeuten.

Seit einigen Tagen fließt kaum noch Gas von Russland nach Deutschland. Niemand außer Putin kann sagen, ob sich das wieder ändert. Er hat die Bundesrepublik in der Hand. Das Worst-Case-Szenario für den kommenden Winter sieht kurz gefasst so aus: kalte Wohnungen, geschlossene Betriebe, Rezession. Städte planen bereits Wärmehallen, damit Menschen nicht erfrieren.

Wer sich in einer so dramatischen Lage in der eigenen ideologischen Wärmestube einrichtet, handelt verantwortungslos. SPD, Grüne und FDP können sich ihre Parteifolklore schenken. Gefragt sind pragmatische Lösungen gegen die Krise. Dafür müssen die Parteien bereit sein, mit eigenen Tabus zu brechen.

Zunächst: die Grünen und die Atomkraft. Annalena Baerbock und Robert Habeck haben ihren Leuten mit der Aufrüstung der Bundeswehr und den Waffenlieferungen an die Ukraine viel zugemutet. Dafür gab es den

verdienten Respekt. Umso dogmatischer wirkt ihr Nein zu einer kurzen Verlängerung der Reaktorlaufzeiten. Niemand verlangt eine 180-Grad-Wende in der Atompolitik. Die Frage ist lediglich, ob die letzten drei deutschen Meiler Extraschichten machen, bis der Winter vorbei ist.

Die damit verbundenen Probleme sind groß, ja. Aber man sollte in dieser Lage nach Lösungen suchen. Fehlen die Gesetze? Lassen sich mit politischem Willen verabschieden. Wartungsarbeiten an den Meilern? Sind auch bei laufendem Betrieb möglich. Sicherheitsüberprüfungen? Der TÜV Süd sagte bereits, er stehe bereit. Brennstäbe? Expertinnen und Experten wie der Kernphysiker Clemens Walther aus Hannover schlagen vor, den Betrieb zu strecken. Und dass sich viele AKW-Beschäftigte auf den Ruhestand eingerichtet haben? Herrje, soll das angesichts der Krise ernsthaft ein Hinderungsgrund sein?

Ein bei Grünen beliebtes Argument gegen den Weiterbetrieb lautet, Deutschland habe kein Strom-, sondern ein Wärmeproblem. Wahr daran ist, dass die Meiler keine nutzbare Wärme produzieren. Doch sie sind für etwa sechs Prozent der deutschen Stromerzeugung gut, rechnerisch also für fast zehn Millionen Haushalte. Hält man die Atomkraftwerke am Netz, muss weniger Strom aus Gas erzeugt werden – und damit steht mehr Gas fürs Beheizen von Wohnungen zur Verfügung.

Habecks Staatssekretär rief vor einigen Tagen dazu auf, Notstromaggregate anzuschaffen. Sein Ministerium gibt Stromstipps für Verbraucher. In der Hauptstadt wird demnächst die Nachtbeleuchtung des Brandenburger Tors abgestellt. Gäbe es kein Strom-, sondern nur ein Wärmeproblem, wäre das alles unnütze Symbolpolitik.

Und dann: die FDP und das Tempolimit. Auch die Liberalen sind über ihren Schatten gesprungen, als Finanzminister Lindner nach Kriegsausbruch von seinen Sparzielen abrückte. Ist es ihm nun nicht selbst peinlich, sogar ein befristetes Tempolimit zur Schicksalsfrage für den Liberalismus zu erklären?

In der Ölkrise der Siebzigerjahre gab es autofreie Tage, übrigens mit Zustimmung der FDP. Ein Tempolimit in Deutschland könnte den Treibstoffbedarf von mehr als einer Million Fahrzeuge einsparen. Dass Lindner hier von einer »symbolhaften Debatte« spricht, wird der Dimension nicht gerecht.

Schließlich: die Kanzlerpartei. Die SPD steht vor den Trümmern ihrer Russlandpolitik. Scholz muss seinen Leuten eine Debatte über das Schiefergas im deutschen Boden zumuten. Die Vorkommen reichten vermutlich für Jahrzehnte. Und die Fracking-Methoden sind sicherer geworden. Auch hier: Man sollte alles gründlich prüfen, wenigstens das.

Die Krise ist eine Chance, aus den Denkschablonen und Debattenritualen der Vergangenheit auszubrechen. Das gilt für Habeck, Lindner, Scholz.

Alexander Neubacher

Die Krise bietet die Chance, aus den Debattenritualen der Vergangenheit auszubrechen.



THE OLD COURSE, ST ANDREWS, 1927



TIGER WOODS, 2005



GARY PLAYER, 1974



TOM WATSON, 1982



JORDAN SPIETH, 2017

WO ALLES BEGANN

The Open. Hier wurde ein maßgebliches Kapitel der großen, bewegten und faszinierenden Geschichte des Golfsports geschrieben. Inmitten eindrucksvoller Heidelandschaften und schroffer Felsen, der Tücke unberechenbarer Windböen ausgesetzt, müssen die Wettkämpfer dem wilden Gebaren der Elemente trotzen. Die Schönheit dieses Ortes und die rauen Bedingungen inspirieren ihr Spiel seit Jahrhunderten. Sie jubeln und im nächsten Moment runzeln sie die Stirn. Ihre Spielfreude, ihr Sportsgeist und ihre Siege lassen sie jedoch nie den Respekt vor der Tradition vergessen. Denn sie wissen, dass jetzt sie die Geschichte des Turniers weiterschreiben. **Willkommen in der Heimat des Golfsports zur 150. Open Championship.**

#Perpetual



OYSTER PERPETUAL DAY-DATE 40
IN PLATIN



THE 150TH OPEN
THE OLD COURSE
ST ANDREWS, SCHOTTLAND
14. BIS 17. JULI 2022



»Jetzt brennt die Hütte«

ARBEITSMARKT Noch nie waren in Deutschland so viele Stellen unbesetzt wie heute. Der Personalmangel zwingt Flughäfen, Restaurants und Schwimmbäder in die Knie – und ist doch bloß ein Vorgeschmack auf das, was dem Land noch droht.

**1,7
MILLIONEN**

offene Stellen
gab es im ersten
Quartal, ein
neuer Rekordwert.

Quelle: IAB



Reisende am Flughafen Düsseldorf

Max Slobodda

Kabinendurchsage vor dem
Lufthansa-Flug 1134 Frankfurt-Barcelona:

»Wie Sie ja wissen, ist zurzeit eine angespannte Situation, und wir müssen warten, bis jemand kommt, der die Koffer einlädt, bevor es dann losgeht. Daher verzögert sich der Abflug noch weiter.«

Aushang an der Gaststätte des
Campingplatzes Dinkelsbühl:

»Restaurant geöffnet Freitag ab 17 Uhr, Samstag ab 17 Uhr. Aufgrund von Personalmangel sind uns weitere Öffnungszeiten nicht möglich.«

Aufsteller der
Marktgemeinde Peiting:

»Liebe Freunde und Besucher des Wellenfreibades Peiting. Leider muss unser beliebtes Bad in der Saison 2022 komplett geschlossen bleiben.«

E-Mail der Berliner
Kita Sonnenhügel an Eltern:

»Sehr zu unserem Bedauern müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass wir Ihnen, aufgrund unvorhersehbarer Personalausfälle in unserem Nest, den bereits mündlich zugesagten Platz zum jetzigen Zeitpunkt nicht anbieten können.«

W

Wer wissen will, wie es um die Arbeitskraft im Lande bestellt ist, kann es akademisch angehen und eine lange Liste studieren: die Aufzählung der sogenannten Engpassberufe, zusammengetragen von der Bundesagentur für Arbeit. Es ist eine Inventur des Mangels: 148 Professionen hat die Behörde ausgemacht, in denen es akut an Arbeitskräften fehlt. 122 weitere stehen unter Beobachtung. Tendenz steigend.

Fast acht Monate, so hat die Behörde ermittelt, dauert es im Schnitt, bis ein Seniorenheim eine Pflegekraft findet; etwa sieben Monate, bis ein Handwerksbetrieb eine neue Klimatechnikerin einstellen kann. Mehr als sechs für einen Tiefbauarbeiter, mehr als fünf für eine Luftfahrttechnikerin.

Wer es praktischer angeht, muss im Sommer 2022 nur versuchen, eine moderne Heizung einbauen zu lassen, einen Kindergartenplatz zu finden oder sein Gepäck am Flughafen aufzugeben.

Ausgerechnet im gelobten Land der Effizienz geht oft nichts mehr. Monatelange Wartezeiten, Schließungen, Chaos: Deutschland steht an vielen Orten still. Weil die Menschen fehlen, die es am Laufen halten. Noch nie waren hierzulande so viele Arbeitsplätze verwaist wie heute. Offiziell zählt die Statistik 1,74 Millionen offene Stellen. In Wahrheit dürfte die Zahl noch weit höher liegen.

Gefahndet wird nicht nur nach Hochqualifizierten, den viel zitierten IT-Architekten und Ingenieurinnen, sondern auch nach Beschäftigten in alltäglichen Gewerken, nach Malarinnen, Bäckern, Gepäckpackern.

Und das ist erst der Anfang, ein Vorgeschmack auf das, was dem Land droht, wenn in wenigen Jahren immer mehr Ältere in Rente gehen, weil die Generation der Babyboomer aus dem Erwerbsleben scheidet, und immer weniger Jüngere nachrücken. Bis 2035, so rechnen Experten vor, stehen dem Jobmarkt allein wegen der Demografie etwa sieben Millionen Menschen weniger zur Verfügung.

Die Warnungen vor einem drohenden Fachkräfteengpass hielt man jahrelang für ein Luxusgejammer der Industrie; im täglichen Leben der Menschen kam dieser Mangel ja nie an. Und nun? Rätselt das halbe Land, wo die dringend benötigten Arbeitskräfte eigentlich geblieben sind. Womit verdient jemand, der vor der Pandemie am Flughafen Koffer gewuchtet oder im Restaurant bedient hat, jetzt sein Geld?

Wer dieser Tage genervt am Gepäckband wartet oder schimpft, dass

Betriebsrat Laslop:

»Viele meiner Kollegen fühlen sich wie Sklaven«



7200

Beschäftigte fehlen derzeit an deutschen Flughäfen.

Quelle: IW

der Handwerker nicht mal mehr das Telefon abnimmt, mag noch hoffen, dass das Problem in ein paar Monaten wieder verschwunden ist, wenn die Folgen der Coronapandemie endlich überwunden sind. Doch so einfach ist die Sache nicht, die Krise reicht viel tiefer. Das Land steht vor einem existenziellen Umbruch. Wenn ihm die Arbeitsplätze ausgehen, fehlt es möglicherweise an Wertschöpfung, mithin an Wachstum und Wohlstand. Deutschland könnte ärmer werden. Ein Szenario, mit dem sich hierzulande über Jahrzehnte niemand wirklich ernsthaft beschäftigt hat – so absurd schien es.

Die Vorhölle der Arbeitswelt

In der Luftfahrtbranche fehlen nach einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln 7200 Beschäftigte – auch weil immer weniger Menschen den Druck eines Systems ertragen wollen, in dem die Arbeitsbedingungen seit Jahren schlechter werden.

Flughafen Hamburg, Terminal 1. Auf den Monitortafeln am Check-in leuchtet das Wort »gestrichen« verdächtig häufig auf. Für viele Urlauber ist dieser Tag ein Desaster. In der Schlange vor der Sicherheitskontrolle staut sich die Wut. Ein Mann, unter dessen Achseln sich erstaunlich große Schweißflecken abzeichnen, brüllt auf eine einsame Servicemitarbeiterin ein. Die Worte »unmöglich« und »große Scheiße« dröhnen durch die Abflughalle. Sein Flug in den Urlaub wurde soeben storniert.

Eine Etage tiefer sammelt sich das Gepäck der längst Angekommenen. Hartschalenkoffer, Reisetaschen, Kinderwagen und Stofftrolleys versperren den Weg zu den Transportbändern, niemand kommt hier mehr durch. Die Besitzer sind schon vor Stunden gelandet, allerdings ohne ihr Gepäck, das erst jetzt eingeflogen wurde – mit einer anderen Maschine. Es wird Tage dauern, Wochen schlimmstenfalls, bis es die Reisenden erreicht. Der Unmut kennt keine

Grenzen. Nicht bei dem Herrn mit den großen Schweißflecken im Hemd, nicht in den sozialen Netzwerken, nicht in der Boulevardpresse. »Ihr versaut uns den Urlaub!«, polterte die »Bild«-Zeitung jüngst.

Wer in diesem Sommer fliegen will, braucht starke Nerven, eine gute körperliche Kondition – und genug Opferbereitschaft, um stundenlanges Schlangestehen und spontane Flugausfälle zu ertragen.

In der Luft und vor allem am Boden fehlt Personal in Massen. Die Lufthansa hat Tausende Flüge gestrichen. An den Flughäfen stauen sich die Passagiere vor den Sicherheitschleusen, um am Ende schlimmstenfalls doch ihren Flug zu verpassen. Dabei fängt die Hochsaison gerade erst an.

Mallorca, Madeira, die Malediven – über die Jahre haben sich die Deutschen daran gewöhnt, dass jede Insel, jedes Land erreichbar ist, für beinahe jeden. Ein Kurzurlaub in Barcelona kostete Frühbucker kaum mehr als eine Bahnfahrt von Berlin nach Bayern. Das Reisen schien günstig und anstrengungsfrei. Solange man oben in der Maschine saß.

Den Preis dafür zahlten die Menschen, die weiter unten ihre Arbeit verrichten. Die im Bauch des Flugzeugs Koffer sortieren, Passagiertreppen an die Maschine rollen oder Essen über das Rollfeld karren. Beschäftigte wie Paul Laslop.

Campingplatzbetreiber Dillamar, Arndt: »Da ist die Hölle über uns hereingebrochen«

Der 57-Jährige ist gelernter Koch. Seit beinahe 40 Jahren, von einer Unterbrechung abgesehen, arbeitet er am Flughafen Frankfurt am Main. Dass er sich traut, offen über die Zustände in der Luftfahrt zu sprechen, auch darüber, dass er sich für seinen Job inzwischen schämt, hängt damit zusammen, dass er besonderen Schutz genießt: Laslop ist gewählter Betriebsrat.

1982 hat er bei der damaligen Lufthansa-Cateringtochter LSG angefangen, die vor Kurzem von einem anderen Dienstleister gekauft wurde. »Brötchenschmierer« wurden die Beschäftigten genannt, was zeigt, wo sie in der Hierarchie immer schon standen: ganz weit unten. Früher, erzählt Laslop, sei zumindest die Bezahlung anständig gewesen. Bei ihm reichte es für eine Wohnung mit Garten im Taunus.

Damals gab es noch keine Werkverträge oder »Mitarbeiter auf Abruf«, war der Flughafen noch keine Gewinnmaschine, getrimmt auf Minutenslots. Heute gründen Flughafenbetreiber Tochterfirmen mit dem einzigen Ziel, die Lohnkosten zu drücken. Selbst die Bundespolizei hat die Passagierkontrolle inzwischen an private Sicherheitsfirmen ausgelagert, die günstiger sind – weil sie beim Personal sparen.

Um mit einem Flugzeug Geld zu verdienen, muss es so häufig wie möglich in der Luft sein. Jede Sekunde

am Boden verbrennt Geld. Einige Airlines versuchen deshalb, schon 25 Minuten nach Ankunft wieder mit neuen Passagieren loszurollen. Früher gab es zwischendurch auch mal Leerzeiten, die Fluglinien planten längere Standzeiten ein. Das sei vorbei, sagt Amélie Charisius, Chefin eines der größten Dienstleister an deutschen Flughäfen, der AHS Aviation Handling Services.

Wenn Laslops Kollegen mit ihren Wägelchen das Catering zu den Maschinen der Lufthansa bringen, geht es um jede Minute. Sobald sich die Tür des Flugzeugs öffnet, leuchtet ein Startsignal auf dem Handy des Fahrers auf.

»Viele Fahrer rasen übers Vorfeld, um alles zu schaffen«, sagt Laslop. Dabei sind nur 30 Kilometer pro Stunde erlaubt. Wer zu schnell fährt und erwischt wird, dem wird künftig die Zulage gekürzt.

War der Flughafen einst ein Sehnsuchtsort, ist er heute die kerosingeschwängerte Vorhölle der Arbeitswelt. Neulich habe er einen Film über chinesische Wanderarbeiter gesehen und geglaubt, den Arbeitsalltag auf dem Vorfeld wiederzuerkennen, sagt Laslop. »Viele meiner Kollegen fühlen sich wie Sklaven.«

Das Durchschnittseinkommen für eine Vollzeitstelle in Deutschland liegt derzeit bei rund 4100 Euro brutto im Monat. »Operative Mitarbeiter«, also Hilfskräfte, bekämen in Laslops Firma gerade einmal 1788 Euro im Monat für 40 Stunden Arbeit wöchentlich, ohne Zulagen, berichtet der Betriebsrat. Das ist nicht einmal so viel wie der aktuelle Mindestlohn. 2390 Euro brutto monatlich verdient ein normaler Hubwagenfahrer. Laslop liegt mit seinem Einkommen darüber – und hat deshalb mit seinem Arbeitgeber Krach. Im Tariffsystem der Flughafenwelt gilt er als sogenannter Überschreiter, er und seine Kollegen sollen bis zu 35 Prozent ihres Lohns abgeben. Dagegen klagt er. Aber er bleibt.

Die Gate Group sagt dazu, dass Gehaltsanpassungen sowohl nach unten wie nach oben nach der Übernahme des Europageschäfts der LSG nötig geworden seien. Darüber hinaus wolle man sich zu Gehaltsfragen nicht äußern.

Was die Älteren noch hält, sind die Privilegien für Langgediente. Vor allem der berühmte »gelbe Ausweis«, der die ehemalige LSG-Mannschaft zu vollwertigen Lufthansa-Beschäftigten machte, inklusive vergünstigter Flugtickets. Früher flog Laslop damit jeden Monat nach Amsterdam, um



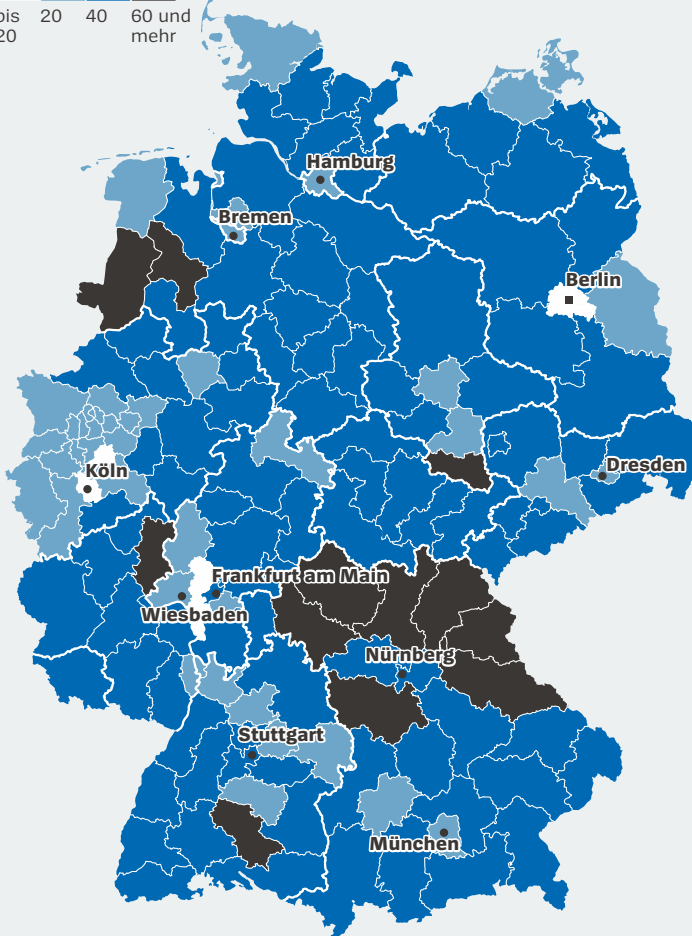
61,4
PROZENT

**der Betriebe in
der Gastronomie
beklagen einen
akuten Arbeits-
kräftemangel.**

Quelle: Dehoga

Offene Stellen, für die kein passend qualifizierter Arbeitsloser in der Region zur Verfügung steht, in Prozent*, 2021

bis 20 20 40 60 und mehr

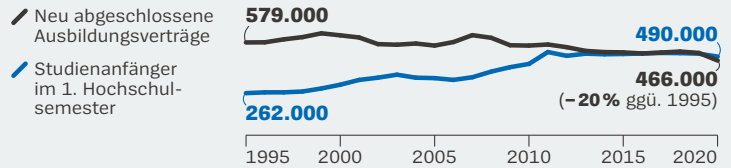


34 Prozent aller offenen Stellen konnten im letzten Jahr bundesweit nicht durch passend qualifizierte Arbeitskräfte besetzt werden.

5 • Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Demografieportal, Destatis, KOFA, IAB

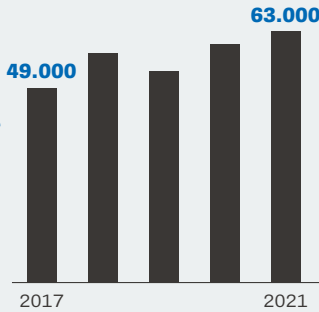
BESCHÄFTIGTE GESUCHT

Ausbleibender Nachwuchs

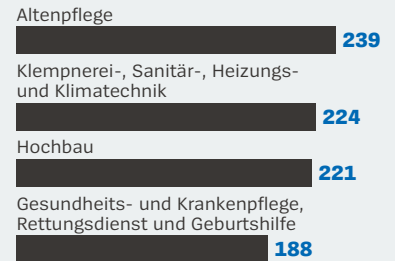


Zu wenig Personal

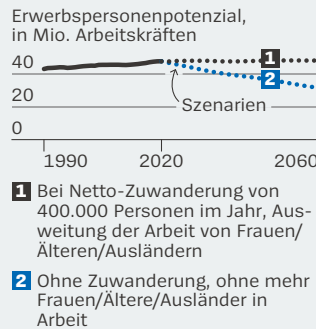
Unbesetzte Ausbildungsstellen



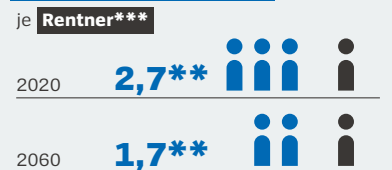
Durchschnittliche Tage, bis eine offene Stelle besetzt werden kann, von Juli 2021 bis Juni 2022, Auswahl



Unsichere Aussichten



20- bis 65-jährige Personen



Alle Angaben bundesweit;
* Anteil an allen offenen Stellen; ** bei jeweils moderaten Annahmen für Geburten, Lebenserwartung und Migration *** 65-Jährige und älter

Schallplatten zu kaufen. Er nennt es die »Karotte am Seil«. Auch die soll gestrichen werden.

Vor allem die jüngeren Fahrer rennen davon. Im Rhein-Main-Gebiet gibt es besser bezahlte Jobs mit weniger Stress. Neulich habe er in der Lokalzeitung eine Stellenanzeige gesehen, erzählt Laslop. 3565 Euro zahlten andere Unternehmen für einen Hubwagenfahrer. Er verstehe jeden, der da gehe.

Die Coronazeit hat den Mitarbeiter-schwund verschärft. Der Flughafen Fraport etwa strich in der Krise 4000 Stellen. Und wer während der Pandemie nur knapp über die Runden kam, weil Schichtzulagen fehlten oder nur die etwas schlechter bezahlte Kurzarbeit blieb, hat sich einen Nebenjob gesucht. Laslops Kollegen füllten Regale auf, fuhren Lastwagen, heuerten bei Paketdiensten an. Viele haben den Job für immer gewechselt. Und das rächt sich.

Laslops Branche ist nicht die einzige, die sich auf Kosten der Beschäftigten gewinnoptimiert hat. Nach dem gleichen Prinzip funktionieren die Pflege, das Sicherheits-gewerbe oder die Transportindustrie.

Überall dort herrscht das, was Arbeitsmarktextperten die »Great Resignation« nennen: Die Angestellten ertragen den Stress nicht mehr. Sie kündigen – und hinterlassen eine Lücke, die den Druck für die Verbliebenen noch erhöht. Eine toxische Spirale.

Die Ampelkoalition will das Problem an den Flughäfen auf Drängen der Branche jetzt mit einem verzweiferten Vorstoß lösen und vorübergehend bis zu 2000 Arbeitskräfte aus der Türkei einfliegen lassen: Die neuen Arbeitskräfte sollen nach einem Tarifvertrag bezahlt werden. Eine erste Erkenntnis, immerhin.

Ohne attraktivere Arbeitsbedingungen, so hat ausgerechnet das arbeitgeberfinanzierte IW ermittelt, werde sich die Lage an den Flughäfen nicht bessern. Selbst Ryan-Air-Chef Michael O'Leary, Pionier des Billigflugs, zweifelt neuerdings an seinem Geschäftsmodell: Fliegen sei »zu billig« geworden.

Gas, Wasser, Systemrelevanz

Dem Handwerk fehlen eine Viertelmillion Kräfte. Schuld daran ist auch ein Image-

problem. Immer weniger junge Menschen zieht es in die duale Ausbildung, auf die das Land einmal so stolz war. Der Mangel bremst wichtige gesellschaftliche Zukunftsprojekte aus, allen voran die Energiewende.

Die chaotischen Szenen an den Flughäfen, mitten in der Saison, nach mehr als zwei Jahren Pandemie, wo viele Familien zum ersten Mal wieder in den Urlaub fliegen, sind für viele Menschen derzeit das größte Ärgernis.

Doch Deutschlands künftiger Wohlstand wird nicht in den Check-in-Schlangen verhandelt. Der Arbeitskräftemangel hat längst Bereiche erreicht, in denen es um mehr als um Annehmlichkeiten geht. Deutschland droht ausgerechnet dort ein Stillstand, wo das Land Tempo bräuchte, um sich zukunfts-fest zu machen: bei der Energie- und Klima-wende, der Digitalisierung, dem Wohnungsbau.

Der Mangel, darin sind sich Ökonomen einig, hat das Zeug, die Wirtschaftskraft nachhaltig zu ramponieren. »Wenn es an Arbeitskräften fehlt, schwächt das die langfristigen Wachstumsperspektiven«, sagt Stefan Kooths, Vizepräsident des Kieler Instituts für Welt-

wirtschaft. Seit der Wiedervereinigung habe das sogenannte Potenzialwachstum im Schnitt bei 1,4 Prozent pro Jahr gelegen. Am Ende dieses Jahrzehnts könnten es nur noch 0,5 Prozent sein. Gemeint ist damit die Zunahme der Wirtschaftsleistung, die bei normal ausgelasteten Kapazitäten möglich ist. »Massenarbeitslosigkeit wird es nicht mehr geben«, sagt Kooths. »Stattdessen haben wir es mit akuten Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt zu tun.«

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) ist alarmiert: »Fachkräftemangel darf nicht zur dauerhaften Wachstumsbremse werden. Die Sicherung von Arbeits- und Fachkräften ist daher neben der Energiewende die zentrale Aufgabe, um den Wohlstand in Deutschland zu sichern.«

Klingt gut. Die Realität ist aber längst eine andere: Die Energiewende fällt gerade aus, weil es einfach zu wenig Handwerker dafür gibt.

Im Flur der kleinen Villa riecht es nach frischem Eichenholz, Matthias Schoen wohnt noch nicht lange hier. Vor einem Jahr ist er mit seiner Familie in das gelbe Haus im Berliner Speckgürtel gezogen. Die Kinder sehnten sich nach mehr Platz, die Eltern nach mehr Grün vor der Tür. Auf dem Rasen spendet ein knorriger Apfelbaum Schatten, vor der Terrasse blühen Rosen.

Das Haus stammt aus dem Jahr 1925, vor etwas mehr als 20 Jahren wurde es kernsaniert. Die Schoens änderten vor ihrem Einzug erst mal das Naheliegende: bauten ein neues Badezimmer ein, schlugen einen Durchbruch in die Küchenwand, verlegten das Eichenparkett im Flur. Mit dem Rest, einer energetischen Sanierung zum Beispiel, wollte die Familie sich Zeit lassen. Es gab noch genug zu tun, fast täglich. »Matthias« steht auf dem Zollstock, der im Esszimmer liegt.

Dann kam der Februar, und Russlands Präsident Putin ließ seine Truppen in die Ukraine einmarschieren. Im März schossen die Energiepreise nach oben, und im Briefkasten fand sich ein Schreiben des Gasversorgers. »Die Energiepreisentwicklung liegt leider nicht in unserer Hand«, stand darin. Der Preis für die Kilowattstunde Gas hat sich verdreifacht: Statt 80 Euro pro Monat muss die Familie seit Mai einen Abschlag von 295 Euro zahlen.

Für Schoen war das ein Schock. »Ein gewisses Maß an Autarkie wäre jetzt klug«, sagt der 43-Jährige. »Niemand weiß, wie das mit den fossilen Energien weitergeht. Viele Hausbesitzer sind verunsichert.«

Das Problem steht im Keller. Ein Heizkessel in Knallrot, Baujahr 1999, voll funktionsfähig. Schoen zupft die Kinderjeans von der Wäscheleine, damit man das gute Stück besser sieht. Früher war die Viessmann-Gastherme der Ferrari unter den Heizungen, so habe ein Installateur das mal gesagt. Heute wäre Schoen den Ferrari gern los, im Sinne der allgemeinen und seiner ganz persönlichen Energiewende.

400 000

zusätzliche Arbeitskräfte werden von 2025 an für Klimaschutz- und Baupläne der Bundesregierung benötigt.

Quelle: IAB

Den Plan hat er seit Wochen im Kopf, eine Sanierung in drei Schritten. Zuerst will er das Haus dämmen lassen. Dann soll die Gasheizung raus und eine neue, klimafreundliche Kraftwärmepumpe rein, schließlich eine neue Solaranlage auf das Dach. »Wir hoffen, dass wir dann von März bis Oktober bei Strom und Warmwasser autark sind«, sagt Schoen. Bis zum nächsten Winter würde er sein Unabhängigkeitsprojekt gern beenden. Aber bislang deutet nichts darauf hin, dass es überhaupt beginnen könnte. Alle Handwerker und Spezialfirmen sind hoffnungslos überlastet.

Schon den Energieberater, mit dem er sein Konzept entwickelt hat, fand er nur mit Not. Eine kleine Firma aus der Umgebung hätte vielleicht im Spätsommer Kapazitäten, um die Außenwände mit einer speziellen Einblastechnik zu dämmen. Nur brauchte es dafür auch einen professionellen Gerüstbauer, der ebenso wie ein Malerbetrieb auf die Schnelle nicht zu finden ist. Ganz zu schweigen von einer Heizungsfirma, um eine Wärmepumpe einzubauen. »Es gibt Unternehmen, die gehen noch nicht mal mehr ans Telefon«, sagt Schoen.

Die Klimawende ist eine Frage der Geduld geworden. Es mangelt an Elektrikern und Anlagenmechanikern, an Energieberatern und Malerbetrieben, an Fachleuten für Fotovoltaikanlagen, für Lüftungssysteme und Wallboxen. Schon vor dem Ukrainekrieg waren die gut gebucht. Und nun holen Hunderttausende Hausbesitzer auch noch nach, was sie lange vernachlässigt haben.

Die Aussicht auf Geld vom Staat heizt die Nachfrage an. Der Bund unterstützt die Dämmung mit 20 Prozent, neue Solarthermieanlagen mit bis zu 30 Prozent, den Einbau einer klimafreundlichen Wärmepumpe mit 35 oder gar 45 Prozent, falls dafür eine Ölheizung ausgetauscht wird. Bis 2030, so will es die Regierung, sollen sechs Millionen Wärmepumpen im Einsatz sein. Bauexperten können darüber nur lachen. Der Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) schätzt, dass dazu rund 60 000 Monteuren und Monteurinnen fehlen.

Das Problem: Die effizienten Heizsysteme sind deutlich komplexer als herkömmliche Kessel. Auf dem Wärmepumpengipfel beschloss die Bundesregierung daher, Schulungen zu fördern. Fragt man die Unternehmen, geht der Vorschlag hart an der Realität vorbei: Wegen der Masse an Aufträgen bleibt den

Firmen im Alltag gar keine Zeit, ihre Mitarbeiter auf Seminare zu schicken.

Am Bau klagten nach einer DIHK-Umfrage schon Ende 2021 zwei Drittel aller Unternehmen über Fachkräftenot. Auch andere politische Großvorhaben wie die Digitalisierung geraten deshalb ins Stocken. Neue Breitbandprojekte in Städten und Kommunen verlangsamen sich, weil es zu wenige Beschäftigte gibt, um die Glasfaserkabel zu verbuddeln.

Selbst die Wohnungsbauziele sind kaum noch umzusetzen. 400 000 neue Wohnungen will die Ampelkoalition allein in diesem Jahr bauen lassen. Dumm nur, dass jene Fachkräfte, die neue Wohnungen mit Bädern ausstatten könnten, dieselben sind, die in Kellern Wärmepumpen einbauen sollen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) schätzt, dass von 2025 an allein 400 000 zusätzliche Fachkräfte nötig sind, um alle Projekte des Koalitionsvertrags zu Klimaschutz und Gebäudesanierung umzusetzen.

Die rasante Nachfrage durch gesellschaftliche Großprojekte trifft auf ein Arbeitskräfteangebot, das immer schmäler wird. Allein das Handwerk meldet eine Viertelmillion fehlende Kräfte. Die Belegschaft in der Branche ist überdurchschnittlich alt. In allen Gewerken, die mit Gebäudetechnik zu tun haben – Klempner, Sanitär, Heizungstechnik –, waren im Jahr 2020 mehr als 44 Prozent der Beschäftigten 50 Jahre oder älter, im Hoch- und Tiefbau sind es sogar mehr als 47 Prozent. Und wie in jeder anderen Branche lässt die demografische Entwicklung die Bewerberzahlen schmelzen.

Die Schrumpfung potenziert sich durch ein weiteres Phänomen: Schulabgängerinnen und Schulabgänger haben immer weniger Lust auf eine duale Ausbildung. »Der verfügbare Pool an potenziellen Bewerbern ist insgesamt zu klein, weil sich immer noch zu viele junge Menschen fürs Studium entscheiden«, klagt ZVSHK-Hauptgeschäftsführer Helmut Bramann.

Das Land ist zum Opfer seines eigenen Bildungserfolgs geworden. Seit den Siebzigerjahren verheißt die Politik, dass jedes Kind die Chance auf Abitur oder ein Studium haben sollte – auch wenn die Eltern auf dem Bau malochten. Ein ehrenwertes Versprechen. Doch bei vielen herrscht der Glaube vor, nur das Abitur und ein Studium könnten ein gutes Leben sichern – was jeder widerlegen könne, der schon einmal die »SUV-Dichte auf dem Parkplatz bei einem Innungstreffen gesehen hat«, wie ein Berliner Malermeister frozelt.

Das deutsche Modell der beruflichen Bildung mag im Ausland als exzellent gelten, im Inland hat es keinen guten Ruf mehr. Über Jahre sank die Prozentzahl der Schulabgänger, die sich für eine Ausbildung entscheiden. Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer spricht von einer »insgesamt geringeren gesellschaftlichen Wertschätzung« für eine berufliche Ausbildung. »Teils wurden Abiturienten belächelt, die sich für eine Handwerksausbildung entschieden.«



Frank Bauer / DER SPIEGEL

1 MILLION

**Fachkräfte könnten
Bund, Ländern
und Gemeinden
2030 fehlen.**

Quelle: PwC

Meister müssen heute erfinderisch sein, wollen sie den Nachwuchs begeistern. Und so werben Handwerksbetriebe inzwischen damit, dass sie ihren Azubis ähnliche Erlebnisse ermöglichen wie im Studium, Auslandsaufenthalte und Sprachkurse beispielsweise.

Am Image zumindest könnte die Transformation hin zur Klimaneutralität etwas ändern. Sanitär, Heizung und Klima – das wurde im Volksmund lange mit »Gas, Wasser, Scheiße« gleichgesetzt. Heute kann Brannans Zentralverband seine Imagekampagne auch auf Instagram mit dem großen gesellschaftlichen Fort-

schrift bewerben: »Wir sind relevant.«

»Die Industrie saugt alles weg«

Nirgendwo ist der Mangel so groß wie im öffentlichen Dienst, dort fehlen 450 000 Fachkräfte – weil der Staat mit solventeren Arbeitgebern aus der Wirtschaft nicht mithalten kann.

Azurblau schimmert das Wasser, das aus einem Schlauch auf die Fliesen des Wellenbeckens prasselt. Das Thermometer zeigt 26 Grad. Es könnte ein perfekter Badetag sein. Nur dass es keinen einzigen Gast gibt, kein Kindergeschrei, keine Plansch-

Bürgermeister Ostenrieder: »Da brauchen die Leute oft nicht mal eine Ausbildung«

geräusche. Am Beckenrand herrscht Stille. Das Wellenfreibad in Markt Peiting läuft nur im Probebetrieb – um zu prüfen, ob die Technik noch funktioniert. Die Filter müssen hin und wieder geflutet werden. Dass hier alles brachliegt, seit Monaten schon, hat einen einfachen Grund: Es fehlen ausgebildete Schwimmmeister. Nicht nur in der oberbayerischen Gemeinde ist das so, landauf, landab klagen Kommunen, dass ihnen das Beckenrandpersonal ausgeht.

Peter Ostenrieder will sich damit nicht abfinden. Der 50-Jährige ist seit 2020 Bürgermeister in Peiting und gewohnt, mit Widerständen umzugehen. Fast wäre er der erste offen schwule Landtagsabgeordnete der CSU geworden. Doch der Fachkräftemangel im Schwimmbad ist jetzt seine heikelste politische Mission. Wer ein Freibad schließen muss, mitten in der Saison, der macht sich wenige Freunde.

Die Aufsicht am Beckenrand hätte Ostenrieder mit Rettungsschwimmern und -schwimmern abdecken können. Für die Chlorgas- und Wellenanlage brauche es allerdings mindestens drei Fachangestellte für Bäderbetriebe, wie die Schwimmmeister offiziell heißen. Ausbildungsdauer: drei Jahre.

Zusammen mit Radio Oberland hat er neulich einen Werbespot produziert, um Bewerber zu finden. »Reite die Welle zu deinem beruflichen Erfolg«, so lief es über den Sender. Der Spot hat keinen Schwimmmeister nach Peiting gespült.

Der Ort liegt gut 70 Kilometer südwestlich von München, auf halbem Weg in die Berge, Züge fahren hier im Stundentakt. Die Arbeitslosenquote im Landkreis lag im Juni bei 2,5 Prozent, praktisch Vollbeschäftigung. »Die Industriebetriebe bei uns in der Gegend saugen alles weg«, sagt Ostenrieder. »Da brauchen die Leute oft nicht mal eine Ausbildung und verdienen in Schichtarbeit an der Maschine richtig gutes Geld.« Autzulieferer und Verpackungsbetriebe zahlen mehr, als ein Bürgermeister nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst ausgeben darf. Auch private Luxusthermen im Alpenvorland können mehr Geld bieten.

Die Kommunen machen sich inzwischen gegenseitig Konkurrenz. Seit der Nachbarlandkreis Starnberg eine Ballungsraumzulage für den öffentlichen Dienst anbietet, habe sich die Bewerberlage weiter verschlechtert, erzählt Ostenrieder.

Peiting sucht nicht nur Bademeister. Neun Stellen hat die 12 000-See-

len-Gemeinde ausgeschrieben. Darunter auch Handwerker für den Bauhof, Erzieher, Kinderpfleger, Eismeister für die Eisportthalle, Verwaltungsfachangestellte.

Fünf Millionen Menschen arbeiten in Deutschland im öffentlichen Dienst, in den vergangenen Jahren ist der Bedarf noch gewachsen, vom Anspruch auf die Ganztagsbetreuung im Kindergarten über die Überprüfung von Corona-Schutzmaßnahmen bis hin zur Übernahme einer Treuhänderschaft über russische Energieunternehmen.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC schätzt, dass im Jahr 2030 eine Million Fachkräfte fehlen könnten, mehr also als in vielen anderen Branchen. Dieser Mangel berührt eine zentrale Legitimation des Staates: die Daseinsvorsorge für seine Bürgerinnen und Bürger. »Es geht um nichts weniger als die Frage, ob der öffentliche Sektor seine Kernaufgaben in Zukunft noch erfüllen kann«, sagt Volker Halsch, einer der Studienautoren von PwC.

Gerichte kommen nicht hinterher, neue Eigentümer ins Grundbuch einzutragen. Gesundheitsämter fahnden nach Ärzten. Und in Großstädten wie Stuttgart oder Berlin suchen Eltern verzweifelt nach Kitaplätzen. Nach einer Schätzung der Gewerkschaft Ver.di fehlten bereits im vergangenen Jahr rund 173 000 Erzieherinnen und Erzieher bundesweit. Aus Personalnot sagen Kindergärten in Berlin sogar zugesagte Plätze wieder ab, auf die sich die Eltern schon verlassen hatten.

Was Peitings Bürgermeister Osterrieder besonders schmerzt: In seinem Schwimmbad haben bisher etwa 70 Kinder und Erwachsene im Jahr gelernt, den Kopf über Wasser zu halten. »In der Schule ist das nicht mehr so verankert«, sagt er – und auch die Eltern üben mit den Kindern oft nicht mehr, wie man schwimmt.

Immerhin einen der drei ausgeschrieben Schwimmeister hat er inzwischen gefunden: Ludwig »Luy« Müller, 39, Fachangestellter für Bäderbetriebe, braun gebrannt und mit einem Händedruck gesegnet, der von Michael Phelps stammen könnte. Zumindest für die Schwimmkurse hatte Osterrieder sein Bad wieder öffnen wollen, in einem kleinen Teil der Anlage und mit Müller als Aufsicht. Den Plan durchkreuzte ein anderer Mangel: Die neue Heizung für das Badewasser krachte bei der Anlieferung gegen einen Kran. Die Reparatur wird wohl Monate dauern.

Bademeister Müller jätet solange Unkraut. »Sonst wäre das hier nächstes Jahr »Jumanji!«, sagt er.

»Angst vor dem Ansturm«

In der Pandemie mussten Restaurants und Kneipen monatelang schließen, für viele Angestellte war das eine Einladung, gleich ganz zu gehen – in den Einzelhandel etwa. 45 000 Stellen sind offen. Die Angst vor einem neuen Lockdown schreckt selbst Hilfskräfte ab.

Ottmar Dillamar macht mal kurz Pause. Der Verwalter steht vor der Rezeption seines Campingplatzes und zieht an einer E-Zigarette.

Ein älterer Herr steuert auf ihn zu und fragt: »Ist die Wirtschaft noch nicht auf?«

»Nein«, sagt Dillamar.

Der Mann zuckt mit den Schultern: »Dann komm ich morgen.«

»Da haben wir auch nicht offen. Ich habe kein Personal«, sagt Dillamar. Diesen Satz wird er an diesem Tag noch häufig wiederholen.

Vor Kurzem erst hat der gelernte Friseur die Leitung seines Salons aufgegeben. Zusammen mit seinem Partner Benjamin Arndt zog er von Nürnberg ins fränkische Dinkelsbühl. Seit Januar betreiben sie den Campingplatz Seecamp. Ihr neues Leben haben sich die beiden anders vorgestellt.

Der Platz läuft so gut wie nie zuvor. Das Problem ist das Campside,

ihr neu eröffnetes Lokal mit Platz für 120 Gäste. Es könnte ein Magnet für Camper und Tagestouristen sein. Gäbe es nur jemanden, der täglich bedienen könnte.

Das erste Mal öffnete das Restaurant am Karfreitag. »Da ist die Hölle über uns hineingebrochen«, erzählt Dillamar. Das Lokal war voll, nur zwei Aushilfen verfügbar. »Ich habe bis nachts um halb vier noch Rouladen gemacht«, sagt Arndt, gelernter Elektroniker und leidenschaftlicher Hobbykoch. Er habe sich einen Wecker gestellt, um sie stündlich zu wenden, und nach Ostern drei Tage durchgeschlafen.

Noch immer gibt es keine einzige fest angestellte Bedienung im Campside. Theoretisch, sagt Dillamar, hätten sie Arbeit für zehn Vollzeitbeschäftigte. Der Haken: »Wir brauchen Saisonkräfte. Die müssen sich im Winter arbeitslos melden. Das will keiner.« Und wer am Wochenende in Teilzeit einspringt, braucht in der Regel einen zweiten Job, um über die Runden zu kommen. Auch Aushilfen auf 450-Euro-Basis könnten helfen. Doch selbst die bekommt er nicht. Weil niemand weiß, ob mit einer neuen Coronawelle im Herbst nicht gleich der nächste Lockdown kommt.

Kaum irgendwo wirkt die Pandemie so sehr nach, ist das Gefühl der Unsicherheit so groß.

Als die Gastronomie im vergangenen Jahr monatelang dichtmachen musste, verloren viele ihre Jobs, vor allem die Aushilfen. Nicht alle waren darüber traurig. Überschaubare Bezahlung, Rennerei bis spätabends – mancher begriff die Krise als Chance zur beruflichen Veränderung.

Das Kommen und Gehen in der Branche sei traditionell hoch, sagt Enzo Weber vom IAB. In Berlin etwa wechseln drei von zehn regulär Beschäftigten in der Gastronomie binnen einem Jahr die Branche; bei den Minijobbern sind es sogar mehr als die Hälfte. In normalen Zeiten war das kein Problem, es kamen genug nach.

In der Pandemie aber sogen Lieferdienste, Supermärkte oder Testzentren mehr Leute ab als sonst, sagt Weber. Lobbyisten klagen, dass der Einzelhandel systematisch Servicekräfte abgeworben habe. Im Jahr 2022 gilt das als feindlicher Akt.

Die Zahl der offenen Stellen ist auf mehr als 45 000 gestiegen. Und der Markt reagiert typisch. Weil die Nachfrage zunimmt, steigt der Preis des knappen Gutes: Fast überall habe man sich mit den Arbeitgebern auf »bisher nie dagewesene Lohnerhö-

Pflegeschülerin Cruz:

»Dieser Ort und die Patienten sind sehr ruhig«



Johanna Böhm Nolting / DER SPIEGEL

hungen geeinigt«, jubelt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Der Deutsche Hotel- und Gaststätten-Verband berichtet von einem Plus »im zweistelligen Prozentbereich«. In einigen Regionen ist der Einstiegsverdienst um teils 30 Prozent geklettert – und liegt dennoch oft bei kaum mehr als zwölf Euro.

Die Jobs erforderten meist keine spezifische Qualifikation, sagt Ökonom Weber. Noch begrenzt das die Macht der Arbeitnehmer.

Schwierig wird es, wenn in einigen Jahren die Demografie vollends zuschlägt. Anders als in der Industrie oder im Bankgewerbe lassen sich Kellner schwer durch Technik ersetzen, die Digitalisierung hilft kaum weiter. Es gibt Gaststätten, die mit Servicerobotern experimentieren. Doch am Ende wollen die meisten Gäste nicht bloß satt werden. Sie wünschen, dass jemand ihnen zulächelt.

Was Dillamar und Arndt derzeit rettet, sind die Dauercamper, die nicht hinnehmen wollen, dass das Lokal auf dem Platz wieder verschwindet. Als am langen Vatertagswochenende das Chaos über den Laden hereinbrach, saß Sabine Betzl, türkisfarbene Strähnchen im Haar, auf der Terrasse und dachte: »Jetzt brennt die Hütte.« Irgendwann stand sie einfach auf und räumte die Tische ab.

Seither springt die 54-Jährige am Wochenende regelmäßig ein, frittiert Pommes und spült. Ihr Mann Andreas schenkt Bier aus, »damit auf dem Platz wieder was los ist«. Wenigstens freitags und samstags hat das Lokal nun geöffnet.

Dillamar und Arndt suchen weiter nach Personal. Was sie für die Saison noch planen? »Überleben.«

»Eine völlig fremde Welt«

Kaum eine Branche ist gesellschaftlich so relevant und personell so ausgezeichnet wie die Altenpflege. Die demografische Wucht trifft sie gleich doppelt: Auf immer mehr Senioren kommen immer weniger junge Pflegekräfte. Ohne Zuwanderung geht nichts mehr.

Die Situation am Arbeitsmarkt, da sind sich alle Experten einig, wird sich schon bald drastisch verschärfen, allerorts. Schon von 2025 an, so rechnet das IAB vor, könnten jedes Jahr 400 000 bis 500 000 mehr Babyboomer vom Arbeitsmarkt verschwinden, als Jüngere nachdrängen. Und mit dem Drängen ist das so eine Sache: Die Generation Z strebt nicht nach 24/7-Jobs bis zum Burn-out, sondern nach einer gesunden Work-Life-Balance.

Die demografische Lücke ließe sich verkleinern, wenn es gelänge, mehr Arbeitslose weiterzubilden und in den Job zurückzubringen. Wenn Ältere länger arbeiten würden, zumindest dann, wenn sie sich fit genug fühlen. Oder wenn Eltern genug Kinderbetreuung fänden, um ihre Arbeitszeit wieder auszudehnen, und genug Chefinnen und Chefs offen für flexible Arbeitszeiten und Homeoffice wären.

Würden die Erwerbsquoten bei Frauen mittleren Alters, Älteren und bereits hier le-

benden Menschen mit ausländischem Pass weiter steigen, könnte das im Jahr 2035 ein Plus von rund 2,7 Millionen Arbeitskräften bedeuten. Auch dann bliebe freilich noch eine Lücke von weit mehr als 4 Millionen.

Ohne neue Zuwanderung wird es deshalb nicht gehen. Mindestens 400 000 Menschen müssten Experten zufolge jedes Jahr nach Deutschland kommen, um den demografischen Schwund zu kompensieren. Bislang tut sich Deutschland schwer damit, Arbeitskräfte anzulocken – und sie zu halten. In der Eurokrise waren Scharen junger Spanier und Griechen auf der Suche nach Jobs nach Alemania geströmt. Nur wenige blieben für länger. Die meisten kehrten nach Monaten zurück, weil die Sprache zu schwierig und das Land zu kalt schien, nicht nur klimatisch. Bis heute ist das Interesse an Deutschland begrenzt. Die ZAV etwa, die offizielle Vermittlung der Bundesagentur, lockte im vergangenen Jahr nur 3200 ausländische Fachkräfte an.

Die meisten kamen für die Pflege. So wie Beatriz Cruz. Nach 18 Stunden Flug landete sie an einem kalten Oktoberabend 2020 in Berlin, gemeinsam mit anderen jungen Menschen aus El Salvador, die in Wittenberg im Südosten Sachsen-Anhalts zur Pflegefachkraft ausgebildet werden. Ihre Arbeitgeber, mehrere Heime, Kliniken und ambulante Pflegedienste, hatten einen Bus gechartert, um die Weitgereisten am Flughafen abzuholen.

Wenn Cruz ihr neues Zuhause beschreiben soll, sagt die 26-Jährige: »Dieser Ort und die Patienten sind sehr ruhig.« Dazu muss man wissen, dass El Salvador eine der höchsten Kriminalitätsraten der Welt aufweist. »Ruhe« ist ein Wert, den Cruz sehr schätzt. Der Landkreis Wittenberg wiederum weist mit durchschnittlich 49,8 Jahren die zehntälteste Bevölkerung der Republik auf, was nicht nur die Ruhe erklärt, sondern auch, warum Cruz hier so dringend gebraucht wird.

Schon jetzt kommen auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter 44 Menschen über 67 Jahren – im Jahr 2035 werden es mehr als 70 sein. Der Arbeitsmarkt im Süden Sachsen-Anhalts ist leer gefegt. Vor allem in der Pflege setzt das einen unseligen Kreislauf in Gang: Wenn erwachsene Kinder keine Betreuung für ihre hilfsbedürftigen Eltern finden, müssen sie häufig ihren Beruf aufgeben. Dann fehlt an anderer Stelle wieder Personal.

Das neue Leben in Wittenberg begann für Cruz einsam. Erst musste die Reisegruppe für 14 Tage in Quarantäne. Als die Salvadorianer ihre Wohnungen endlich verlassen durften, ging das Land monatelang in den Shutdown. Cafés und Sportvereine waren geschlossen, Willkommensfeste wurden abgesagt, die soziale Integration war unmöglich, trotz Pflegeschule. Viele Kontakte mit den Wittenbergern gebe es bis heute nicht, die Sprache mit dem harten Klang empfindet sie noch immer als Barriere, sagt Cruz. »Aber ich fühle mich ein bisschen sicherer, als ich am Anfang war.«

Dass sie noch immer in Wittenberg ist, im Senioren- und Pflegezentrum Am Lerchenberg arbeitet und sich hier sogar eine Zukunft vorstellen kann, hat viel mit Sylvana Schubert-Huth zu tun. »Manchmal habe ich das Gefühl, für einige die Rolle der Mama oder Schwester zu übernehmen«, sagt die Sozialpädagogin.

Die 40-Jährige ist Teil eines Projekts, mit dem die Bundesagentur für Arbeit die Lehren aus Fehlern der Vergangenheit zieht: Es reicht nicht, Fachkräfte im Ausland anzuwerben. Man darf sie danach nicht allein lassen.

Schubert-Huths Büro in der Pflegeschule ist Anlaufstelle für alle Fragen, die nur dann banal erscheinen, wenn man sein Leben bisher ausschließlich in Deutschland verbrachte. Was bedeutet das Wort »Rundfunkbeitragservice«? Wo kauft man ein Bahnticket? Und muss man beim Arzt wirklich kein Bargeld auf den Tresen legen, wenn man krankenversichert ist? »Für uns ist das alles selbstverständlich, aber für die El Salvadorianer erst einmal eine völlig fremde Welt«, sagt Schubert-Huth.

In Wittenberg haben sich Heime und Pflegedienste ihre neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einiges kosten lassen. Sprachkurse, Anreise, Visakosten, ein Heimflug während der Ausbildung, Wohnungsausstattung, Fahrrad und Laptop – allein das summierte sich auf rund 9000 Euro Mehrkosten pro Kopf, wie die Arbeitgeber vorrechnen. Früher mussten Pflegeschülerinnen und -schüler selbst für ihr Schulgeld aufkommen. Heute bekommen sie einen Lohn für ihre Ausbildung, und die Arbeitgeber überbieten sich mit freiwilligen Lockangeboten.

Ob die jungen Leute aus der Ferne tatsächlich bleiben? Vielleicht lockt schon bald ein anderes Land in Europa, auch mit niedrigeren Steuern und Abgaben. Der internationale Wettbewerb um Fachkräfte ist hart. Beatriz Cruz liebäugelt inzwischen mit einem Medizinstudium. Andere aus ihrer Reisegruppe denken über eine Rückkehr nach El Salvador nach.

Den Arbeitgebern bleibt nur, das Risiko einzugehen. »Wenn uns in fünf Jahren keine Roboter die Pflege abnehmen«, sagt der Heimleiter des Lerchenbergs, »können wir den Bedarf allein mit einheimischen Mitarbeitern nicht mehr decken.«

Deutschland lernt in diesem Jahr, sich von vielen Gewissheiten gleichzeitig zu verabschieden. Das deutsche Wirtschaftsmodell hat sich an entscheidenden Stellen überholt. Der Erfolg beruhte auf billiger Energie aus Russland, auf einem Exportmodell, das keine Scheu hat, Handel mit Autokraten zu treiben. Und auf der fatalen Logik ganzer Branchen, vor allem auf Kostenreduktion zu setzen und zu wenig in die Menschen zu investieren, auf die es ankommt.

Der Sommer 2022 zeigt: Deutschland wird sich neu bewerben müssen.

Markus Dettmer, Florian Diekmann, Henning Jauernig, Martin U. Müller, Alexander Preker, Cornelia Schmergal, Johanna Wagner



Nudisten auf Irrwegen: Anhänger der sächsischen Nacktwandlerszene streifen durch ein Heckenlabyrinth in Kohren-Sahlis bei Leipzig. Der »Irrgarten der Sinne«, ein Areal aus rund 9000 akkurat gestutzten Hainbuchen, lädt einmal jährlich zum FKK-Tag und registrierte diesmal 78 unbedeckte Interessierte. Wie der Labyrinthbetreiber der »Süddeutschen Zeitung« versicherte, fanden alle Naturisten letztendlich erfolgreich den Ausgang.

Jan Wolke / dpa

Milliardenschäden durch Extremwetter

KLIMAWANDEL Neue Untersuchungen zeigen: Die verheerenden Sturzfluten und heißen Dürresommer der letzten Jahre kosten die deutsche Volkswirtschaft eine elfstellige Summe.

Extreme Wetterereignisse haben in Deutschland seit 2018 Schäden in Höhe von mehr als 80 Milliarden Euro verursacht. Zu diesem Ergebnis kommen drei Untersuchungen unter dem Titel »Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland«, die vom Analyse- und Beratungsunternehmen Prognos im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz durchgeführt wurden. Die Autorinnen und Autoren haben das Ausmaß der Schäden der extrem trockenen Sommer 2018 und 2019 sowie der Sturzfluten des Jahres 2021, etwa an Ahr und Erft, ausgewertet. Der bezifferbare Schaden der Hitze- und Dürresommer liegt demnach bei 34,9 Milliarden, der der Flutkatastrophe bei 40,5 Milliarden Euro. Hinzu kommen milliardenschwere Schäden durch Hagel und Sturm. Bei ihren Berechnungen stützen sich die

Fachleute nicht nur auf die Daten von Versicherern, sondern versuchen auch die indirekten Schäden, etwa die Auswirkungen der Naturereignisse auf die Arbeitsfähigkeit von Arbeitnehmern, zu berücksichtigen. »Daher dürfte die Schadenssumme in Wirklichkeit noch deutlich höher liegen«, urteilen sie. In die Untersuchungen einbezogen wurden auch statistisch signifikante Todesfälle: neben den 183 Menschen, die infolge der Hochwasserkatastrophe umkamen, seien insgesamt »mindestens 7500 Todesfälle auf die außergewöhnlich hohe Hitze in den Jahren 2018 und 2019 zurückzuführen«, schreibt Prognos. Was die finanziellen Schäden betrifft, waren demnach bei der Flutkatastrophe am stärksten Privathaushalte betroffen, bei den Hitzesommern vor allem die Land- und Forstwirtschaft sowie Industrie und Gewerbe. **FIN**

Stipendien gefährdet

BILDUNG Die vom Auswärtigen Amt geplanten Haushaltskürzungen bedrohen Tausende Stipendien und Förderprogramme bei international tätigen Kultur- und Wissenschaftsorganisationen. So muss sich das Goethe-Institut 2022 auf ein Minus von mindestens 17 Millionen Euro einstellen. Laut einer internen Analyse seien die Auswirkungen der Kürzungen, etwa auf das Programm zur Fachkräfteeinwanderung, »gravierend«. Mehrere Angebote seien in diesem Jahr »nicht mehr oder nur in sehr geringem Umfang realisierbar«. Auch die sprachliche und interkulturelle Qualifizierung von bis zu 45 000 Fach-

kräften in den kommenden drei Jahren stehe infrage. Zudem würden Fortbildungsstipendien für bis zu 4500 Lehrkräfte weltweit »umgehend gestoppt«, ebenso wie 6000 Veranstaltungen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen. Auch der Deutsche Akademische Austauschdienst warnt vor dem Wegfall von rund 6000 Stipendien für Studierende und Nachwuchswissenschaftler. Und die Alexander von Humboldt-Stiftung, die den internationalen Austausch von Spitzenforscherinnen und -forschern fördert, müsste knapp ein Drittel ihrer Stipendien streichen sowie Forschungspreise und deutsch-afrikanische Kooperationsprojekte einstellen. HIM

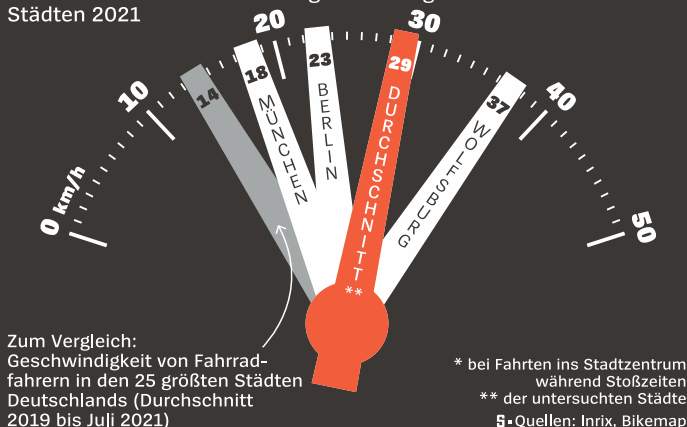
Befristungen bleiben

ARBEITSMARKT Die Befristung von Arbeitsverträgen erfolgte in Deutschland auch 2021 in mehr als der Hälfte aller Fälle ohne Sachgrund. Das geht aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Frage der Linkenabgeordneten Susanne Ferschl hervor. Demnach wurden im vergangenen Jahr 1,37 der insgesamt 2,59 Millionen befristeten Arbeitsverträge ohne Angabe eines Sachgrunds durch die Arbeitgeber geschlossen. Trotz einer Verbesserung der Coronalage bleibt der Anteil damit mit rund 56 Prozent auf hohem Niveau – im ersten Pandemiejahr lag er bei rund 58 Prozent. Die Ampel plant

keine generelle Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen, nur beim Bund als Arbeitgeber soll die Möglichkeit der Befristung reduziert werden. Für Ferschl greift die Maßnahme zu kurz: »Wer befristet beschäftigt ist, steht permanent auf der Abschlusliste.« Sachgrundlose Befristungen seien zu verbieten, »der Willkür der Arbeitgeber« müsse Einhalt geboten werden. Der Löwenanteil der sachgrundlos befristeten Beschäftigten (68,6 Prozent) jobbt in der Privatwirtschaft. Entfristet wurden 2021 nur die wenigsten: So wurden 527 000 befristete Arbeitsverhältnisse verlängert oder beendet, aber nur 347 000 in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis überführt. MRC

Nachgezählt

Gefahrenere Pkw-Durchschnittsgeschwindigkeit* in deutschen Städten 2021



DIE GEGENDARSTELLUNG

Preppen gegen Putin



Von Alexander Neubacher

Vor einigen Tagen war ich im Baumarkt, um eine Gasflasche für unseren Gartengrill zu besorgen. Leider vergeblich. »Ausverkauft«, sagte der Mann am Infoschalter, »ein Hamsterkäufer war vor Ihnen da.« Falls ich leere Flaschen im Austausch anzubieten hätte, könne er vielleicht etwas machen. Für eine 11-Kilo-Flasche bekäme ich allerdings nur eine 5-Kilo-Flasche zurück. Ich fühlte mich an den Wechselkurs für Ostmark nach der Wende erinnert.

Deutschland präpariert sich für den Kriegswinter 2022/23, als stünde der Russe vor unserer Tür. Bevor uns Putin den Gashahn zudreht, sorgen wir für den Katastrophenfall vor.

Elektroheizungen, im Sommer sonst Ladenhüter, sind plötzlich auch im Juli gefragt. Radiatoren: heiß begehrt. Kaminöfen: gerade nicht verfügbar. Brennholz: preislich auf dem Weg zum Wohnzimmerparkett. Glücklicherweise noch über einen alten Kohleofen verfügt. Zehn Kilo Lausitzer »Rekord«-Briketts gibt es im Baumarkt für 5,49 Euro.

Als ich vor einigen Jahren die ersten Berichte über sogenannte Prepper las, das Wort kommt vom englischen »prepare« für »vorbereiten«, galten die als Outlaws, Verschwörungstheoretiker, »Reichsbürger«, Spinner vom rechten Rand. Dann kam Corona mit Knappheiten beim Klopapier.

Die »Tagesschau«-Sprecherin Judith Rakers schrieb einen Bestseller für Selbstversorger, die Grünkohl bis dato kaum vom Spinat unterscheiden konnten. Und nun las ich vergangene Woche hier im SPIEGEL von Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die

als clever gelten, weil sie sich ihr Essen selbst anbauen und gern so leben wie unsere Vorfahren. Die Überschrift des Artikels hieß »Ackern gegen Putin«, wenngleich ich fürchte, dass Putin sich über uns gerade eher kaputtlacht.

Wer mit dem Schlimmsten rechnet, ist voll auf Regielungslinie. Vergangenen Mittwoch beschloss das Ampelkabinett eine »Resilienzstrategie« gegen Notlagen. Eine besondere Rolle kommt hier dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn-Lengsdorf zu. »Ihr Ziel muss es sein, 10 Tage ohne Einkaufen über-

Die Behörde empfiehlt einen Vorrat von 14 Kilo Lebensmitteln plus 20 Liter Wasser – pro Person.

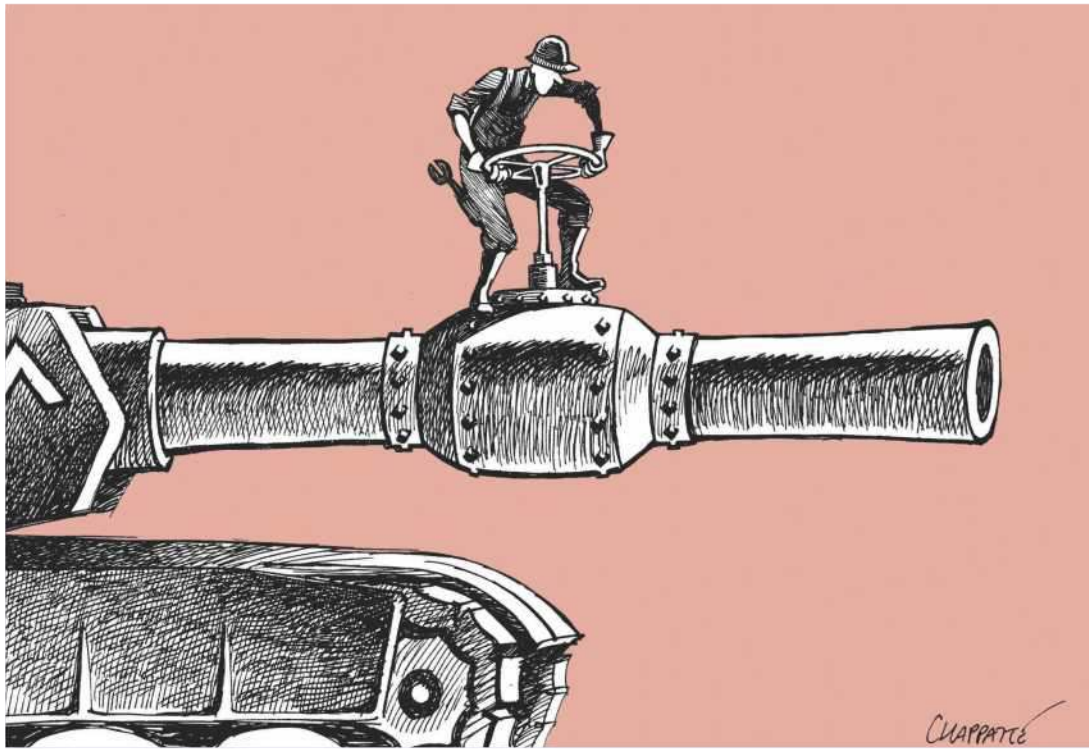
stehen zu können«, rät das Amt auf seiner Website in einer Checkliste, was bedeute: Jeder Mensch benötige einen permanenten Vorrat von 14 Kilogramm Lebensmitteln plus 20 Liter Getränke.

Ob die Häuser in Bonn-Lengsdorf so viel Platz bieten? In unserem Berliner Keller wird es leider eng, sollten wir zwischen den ganzen Reserven demnächst Schutz suchen müssen.

Ich neige nicht zu Panik. Aber auch mir schlägt die Lage aufs Gemüt. Für Oktober habe ich mich für einen Motorsägenkurs in Brandenburg angemeldet; man lernt, wie man sein eigenes Feuerholz herstellt. Das ist natürlich sehr hilfreich, wenn es für den Grill schon keine Gasflaschen mehr gibt.

Sollten Sie das für eine nachahmenswerte Idee halten, muss ich Sie leider enttäuschen: Mein Kurs ist ausgebucht.

An dieser Stelle schreiben Anna Clauß, Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.



Verfassungsschutz wird saniert

GEHEIMDIENSTE Das Bundesamt für Verfassungsschutz bekommt für Modernisierung und Neubau von Gebäuden 30 Millionen Euro aus dem Haushalt 2022. Am Berliner Standort »Treptower Park« werden drei Gebäude neu errichtet, die auch vom Bundeskriminalamt mitgenutzt werden, eine weitere Liegenschaft wird saniert. Am Hauptsitz des Inlandsgeheimdienstes in Köln-Chorweiler

müssen die Telefon- und Datenkabel, die mehr als 30 Jahre alt sind, neu verlegt sowie die Server-Infrastruktur vergrößert werden. Während der Modernisierungsmaßnahmen werden über 1000 Verfassungsschutzbeschäftigte an einem anderen Standort untergebracht, wofür Mietkosten anfallen. Außerdem wird zusätzliches Sicherheitspersonal gebraucht, da etwa die Bauarbeiten überwacht werden müssen. Sie sollen im kommenden Jahr beginnen und rund um die Uhr sowie an Wochenenden

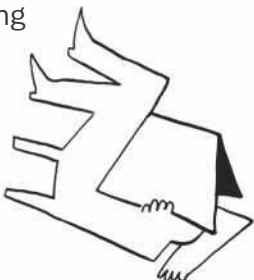
stattfinden. Auch die »Akademie für Verfassungsschutz« im nordrhein-westfälischen Swistal-Heimerzheim, in der der Nachwuchs des Nachrichtendienstes ausgebildet wird, muss renoviert werden. Zum einen soll das Areal sicherer, zum anderen attraktiver werden. So sollen ein neuer Hörsaal gebaut und die Sportanlagen modernisiert werden. Während des Umbaus muss auch die Akademie auf andere Räumlichkeiten ausweichen, die extra dafür angemietet werden. AKM, MBA

Linker Neuanfang?

PARTEIEN Mit komplett neuen Strukturen soll sich die problembelastete Zusammenarbeit zwischen Partei- und Fraktionspitze bei den Linken verbessern. Das geht aus einem internen Papier hervor, das der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Jan Korte, und der neu gewählte Bundesgeschäftsführer der Linken, Tobias Bank, verfasst haben. So soll es wöchentlich einen Austausch zwischen dem geschäftsführendem Partei- und dem Fraktionsvorstand geben. Zudem sollen sich die Pressestellen von Partei und Fraktion täglich austauschen. Fachreferentinnen und -referenten der Fraktion sollen überdies verpflichtet werden, an den Arbeitsgemeinschaften der Partei teilzunehmen. Da die Linke in manchen Ländern Regierungspartei, in anderen »knallharte Opposition« sei, solle »das Verständnis füreinander« weiterentwickelt werden, heißt es in dem Eckpunktepapier. Geplant ist beispielsweise ein Hospitationsprogramm, bei dem Mitarbeiter von Partei und Fraktion zeitweise auf der jeweils anderen Seite arbeiten können. Die Zusammenarbeit gilt seit Jahren als gestört. Besonders in der Zeit unter Sahra Wagenknecht als Fraktionschefin und Katja Kipping als Parteivorsitzenden sollen sich Partei und Fraktion voneinander entfremdet haben, heißt es bei den Linken. TIL

Wollen wir nicht hören

SO GESEHEN Die neue Kirmes-Musikverordnung



Aufgrund zahlreicher Beschwerden wg. des sog. Party-Hits »Layla«, der in unzumutbarer Weise Frauen herabwürdigt, tritt mit sofortiger Wirkung folgende Neufassung der »Richtlinie über die Beschallung von Vergnügungsveranstaltungen mit Alkoholausschank« (»Beschalk-Verordnung«) für sämtliche Volks- und Schützenfeste in Kraft:

(1) Musikdarbietungen mit Verweis auf Prostitution sind zu unterlassen, insbes. »Layla« sowie »Skandal im Sperrbezirk« dürfen nicht mehr zur Aufführung gebracht werden.

(2) Lieder, deren Texte sich vom alkoholisierten Publikum spontan in einer dem allgemeinen Anstand widersprechenden Weise umdichten bzw. erweitern lassen (»Alice? Who the fuck is Alice?«), entfallen.

(3) Musikdarbietungen, die sich von Laien dergestalt interpretieren lassen, dass darin möglicherweise unerwünschte Annäherungen sexueller Natur thematisiert werden (»Hey Baby«), Stalking verharmlost (»Every Breath You Take«), der Alkoholmissbrauch befördert (»Oans, zwoa, gsuffa«) oder in sonstiger Weise sitten-

widriges Verhalten angeknüpft (»We Will Rock You«) wird, sind zu unterlassen.

(4) Auch der Versuch, jugendgefährdende Schlüpfrigkeiten mit oberflächlich harmloser Wortwahl zu kaschieren (»Tanze Samba mit mir«, »Die Forelle«), ist unerwünscht.

Als einzig zulässige Volksfest-Beschallung verbleibt somit der »Erzherzog-Albrecht-Marsch« in Dauerschleife. Notenblätter erhalten Sie gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro beim Bundesamt für korrekte Vergnügung, Abt. Partykracher. Stefan Kuzmany

Fahndung nach NS-Täter eingestellt

HOLOCAUST Die Kölner Justiz hat den Haftbefehl gegen den seit 1945 flüchtigen NS-Verbrecher Alois Brunner aufgehoben und Fahndung sowie Verfahren eingestellt: 110 Jahre nach seiner Geburt gilt Brunner juristisch als tot. Der Österreicher war enger Mitarbeiter des Holocaust-Organisators Adolf Eichmann und an der Deportation und Ermordung von über 128 000 Jüdinnen und Juden

beteiligt. Bei Kriegsende tauchte er unter, später setzte er sich nach Syrien ab. Rudolf Vogel, CDU-Politiker und später Staatssekretär, half laut Zeugen bei der Flucht (SPIEGEL 9/2017). Ein Auslieferungersuchen blieb ergebnislos. Brunner überlebte in Damaskus zwei Briefbombenattentate, die dem israelischen Geheimdienst zugerechnet werden. In einem Interview verhöhnnte Brunner seine Opfer als »menschlichen Abfall«. Die Kölner Justiz vermutet, er sei in Syrien gestorben. K LW

»Effektivität des Erstschlags erhöhen«



Der frühere niederländische Außenminister Stef Blok, 57, über die schwierige Umsetzung der Russlandsanktionen

SPIEGEL: Herr Blok, Sie haben für die niederländische Regierung die Russlandsanktionen koordiniert. Was waren die größten Probleme dabei?

Blok: Eine der Schwierigkeiten bestand darin herauszufinden, wer letztendlich hinter bestimmten Unternehmen, Immobilien oder Vermögenswerten steht. Der sogenannte ultimate beneficial owner versteckt sich oft hinter mehreren Briefkastenfirmen. Besonders kompliziert wird es, wenn so ein Unternehmen nicht in der EU, sondern zum Beispiel auf den Bahamas seinen Sitz hat.

SPIEGEL: Was kann man dagegen tun?

Blok: Eine meiner Empfehlungen an die EU-Kommission ist, den Datenaustausch innerhalb der EU zu verstärken. Es geht nicht nur um die Besitzverhältnisse, sondern auch um den Einfluss auf Unternehmen. Es kommt vor, dass eine Person auf der Sanktionsliste nur fünf Prozent Anteile an einer Firma hat, aber dass es eine gesonderte Vereinbarung gibt, die ihr einen entscheidenden Einfluss sichert. Solche Informationen müssen gesammelt und europaweit zugänglich gemacht werden.

SPIEGEL: Warum passiert das nicht längst?

Blok: Einer der Gründe ist der Datenschutz. Das ist ein wichti-

ges Recht, das aber wirksame Sanktionen erschweren kann. Teilweise können sogar Erkenntnisse innerhalb eines Landes nur eingeschränkt ausgetauscht werden. Die EU-Kommission sollte klarstellen, dass ein umfassender Informationsaustausch rechtlich möglich ist, wenn es um die Umsetzung von Sanktionen geht.

SPIEGEL: Was müsste noch verbessert werden?

Blok: Wir müssten die Effektivität des Erstschlags gegen sanktionierte Personen und Unternehmen erhöhen. Wenn eine Person erfährt, dass sie oder ihr Unternehmen auf der Sanktionsliste steht, kann sie heute noch schnell versuchen, das Vermögen sofort nach Russland zu transferieren, bevor die Bank die nötigen Informationen in ihr System aufgenommen hat. Das ist zwar illegal, aber was soll man dagegen tun?

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Blok: Es wäre sinnvoll, wenn wir die Sanktionsliste einen Tag vor Inkrafttreten vertraulich an Banken und andere Institutionen übermitteln. Die könnten dann solche Transaktionen unterbinden, sobald die Sanktionen wirksam werden.

SPIEGEL: Wie zuversichtlich sind Sie, dass Ihre Ratschläge gehört werden?

Blok: Ich habe an die EU-Kommission einen Bericht mit Empfehlungen geschickt. Mein Eindruck ist, dass Brüssel sehr daran interessiert ist, die Effektivität der Sanktionen sicherzustellen. Das ist auch notwendig. Sanktionen werden ein wichtiges diplomatisches Instrument bleiben. RAN



Jörg Müller / DER SPIEGEL

»Zu viel Hoffnung stört beim Sterben«

DIE AUGENZEUGIN Sabrina Görlitz, 42, arbeitet als Geschichtenpflegerin im Albertinen Krankenhaus Hamburg. Sie schreibt die Biografie von sterbenskranken Menschen.

»Normalerweise schreibe ich eine Biografie pro Woche, manchmal zwei. Ich bin überzeugt davon, dass in jedem vermeintlich gewöhnlichen Leben mindestens eine außergewöhnliche Geschichte steckt. Auf der Palliativstation helfe ich tödlich erkrankten Menschen dabei, diese Geschichten zu erzählen.

Zum Einstieg bitte ich die Patienten häufig, einmal gedanklich durch ihr Leben zu reisen und da stehen zu bleiben, wo sie sich besonders lebendig gefühlt haben. Die Gespräche zeichne ich auf, später protokolliere ich sie dann. Die Biografie soll unbedingt in den Worten des Erzählenden bleiben. Diejenigen, die sie sich durchlesen, sollen dabei die Stimme ihres Vaters oder ihrer Mutter im Kopf haben.

Ich glaube, die Biografie ist Trauerarbeit für beide: Die Sterbenden und die Angehörigen. Wir merken auf der Station, dass Menschen, die Biografiearbeit gemacht haben, leichter sterben. Wenn sie ihr Leben bezeugen lassen können, dann können sie oft einfacher loslassen. Zu viel Hoffnung stört beim Sterben. Es

kann aber ungemein wohl-tuend sein, Dinge noch mal auszusprechen. Da braucht es oft auch keine Lösung, nur ein offenes Ohr.

Die Tonaufnahme gebe ich den Angehörigen nicht. Zu verstehen, dass der andere körperlich nicht mehr da ist, ist ein wichtiger Prozess. Da kann eine Stimme, gerade am Anfang, noch zu nah sein. Aber ein Schriftstück, das ist etwas Zeitloses, irgendwie transzendent zwischen Himmel und Erde.

Im Schnitt haben die Biografien zwölf Seiten. Ich kann natürlich nicht das ganze Leben aufschreiben. Aber wenn ein Mensch schwer krank ist, reduziert es sich automatisch auf das Wesentliche. Und manchmal ändert der bevorstehende Tod auch den Blick auf die eigene Geschichte.

Ob ich durch meine Arbeit bewusster als andere Menschen durchs Leben gehe? Sicherlich ein bisschen. Man kann nicht immer daran denken, dass man sterblich ist. Aber ich frage mich sicherlich häufiger als andere, wie meine Geschichte eigentlich aussehen soll.«

Aufgezeichnet von Johanna Jürgens

Stresstest für die Solidarität

EUROPA Kann Russland mit einem Gasembargo die EU sprengen? Die Mitgliedstaaten wollen Kämpfe um den knappen Stoff verhindern. Doch die Bereitschaft, den Deutschen zu helfen, hält sich in Grenzen.



Arbeiter bei Bohrungen
in sibirischem Gasfeld

Andrey Rudakov / Bloomberg / Getty Images

Diesmal wollen die Deutschen von Anfang an gute Europäer sein. »Wir helfen uns gegenseitig mit der Gasversorgung«, beteuert Wirtschaftsminister Robert Habeck am Montag bei einem Besuch in Tschechien. »Wir werden das auch aus Deutschland für Tschechien tun.«

Habeck ist nach Prag gereist, um ein Solidaritätsabkommen für den Fall vorzubereiten, dass Russland die Gaslieferungen an die EU stoppt. Das wäre der größte anzunehmende Unfall für die Energieversorgung Europas. Mit Österreich und Dänemark gibt es solche Vereinbarungen bereits, die mit Tschechien wird wohl bis zum Winter fertig sein.

Es soll unter den Europäern diesmal anders laufen als zu Beginn der Coronakrise vor zwei Jahren. Im März 2020 verhängte die Bundesregierung ein Exportverbot für Masken, Schutzkleidung, Handschuhe und andere Medizinprodukte. Zuvor hatte Frankreich die Ausfuhr von Schutzmasken untersagt. Beide Länder zogen die Wut der anderen auf sich. Und eine Zeit lang schien es so, als würde der EU-Binnenmarkt unter dem Druck der Krise am Egoismus der Mitgliedstaaten zerbrechen.

Das soll sich auf keinen Fall wiederholen. Die Bundesregierung wollte Solidaritätsabkommen mit allen europäischen Ländern schließen, »den direkten Nachbarn, aber auch darüber hinaus, wie mit Italien«, sagt Habeck in Prag. Seine Botschaft ist klar: Europa wird sich von Putin nicht auseinanderdividieren lassen.

Der erste Belastungstest für die europäische Solidarität könnte am 21. Juli sein. Dann ist die obligatorische Wartung der Nord-Stream-1-Pipeline beendet. Russisches Gas müsste an diesem Tag wieder nach Europa strömen – wenn sich der russische Präsident Wladimir Putin nicht anders entscheidet.

Ob es den Europäern wirklich gelingt zusammenzuhalten, ist freilich offen. Nachdem Russland im Juni bereits die Gaslieferungen über die Nord-Stream-1-Pipeline drosselte, kam der Transport von russischem Erdgas über Deutschland nach Frankreich zum Erliegen. Allerdings können die Franzosen ihren ohnehin viel geringeren Bedarf anderweitig decken, etwa durch Importe von Flüssiggas über ihre vier LNG-Terminals.

Doch wenn es zu einem Totalausfall von russischem Gas kommen sollte, werden sich ganz andere Verteilungsfragen stellen. Wird Deutschland ausreichend Gas nach Tsche-

chien liefern, auch wenn die eigene Industrie dann leidet? Und werden die Partner einem Deutschland helfen, das sie in der Eurokrise als nicht besonders solidarisch empfunden haben?

Die Gaskrise könnte Auswirkungen haben, die selbst das Eurodebakel in den Schatten stellen. Rezession, frierende Menschen, hohe Preise – die Solidarität innerhalb der EU würde einem Stresstest unterzogen.

Seinerzeit waren es vor allem die Bürger kleinerer EU-Länder wie Griechenland oder Portugal, die sich massiv einschränken mussten. Diesmal könnte es besonders das größte Land der Union treffen. Deutschland verbraucht nicht nur mehr Gas als alle anderen EU-Partner, es ist auch das wichtigste Transitland für den Rohstoff. Man werde nicht dauerhaft deutlich weniger Gas an seine Anrainerstaaten durchleiten, sagte Habeck Ende Juni. »Das wäre ungesetzlich – und absurd.«

Doch ganz so klar ist die Lage nicht. Zwar haben die EU-Kommission und der Europäische Rat bereits vor fünf Jahren einen Solidaritätsmechanismus beschlossen. Er verpflichtet die Mitgliedstaaten, als »letztes Mittel« in extremen Lagen Brennstoff an Notleidende Mitgliedstaaten zu liefern, mit denen sie über Gasnetze verbunden sind. Dies gilt dann, wenn der andere Staat um Hilfe ersucht und nicht mehr genug Gas hat, um Privathaushalte, Krankenhäuser oder soziale Einrichtungen zu versorgen.

Damit das funktioniert, müssten die Mitgliedstaaten aber die Art von bilateralem Solidaritätsabkommen abschließen, die Deutschland und Tschechien nun vorbereiten. Darin sollen die technischen, rechtlichen und finanziellen Einzelheiten der Notfalllieferungen geregelt werden: welche Leitungen genutzt, welche Mengen geliefert und welche Preise im Ernstfall gezahlt werden.

Ohne solche Verträge drohen im Ernstfall komplizierte Verhandlungen, für die dann keine Zeit mehr ist.

Das Problem dabei: Bislang gibt es in der EU nur sechs solcher Abkommen. Wenn bis zum Winter nicht deutlich mehr Staaten miteinander aushandeln, wie die Hilfe im Notfall aussehen soll, könnte es schwierig werden mit der gegenseitigen Unterstützung.

Die EU-Kommission will am kommenden Mittwoch darlegen, wie die EU aus ihrer Sicht die drohende Gasknappheit bewältigen soll. Spezifische Empfehlungen an die einzelnen



Wirtschaftsminister Habeck, Kanzler Scholz: Im Notfall-modus

Mitgliedstaaten, etwa zum Energieeinsparen, werde es nicht geben, heißt es in Brüssel. Die Mitgliedstaaten müssen ohnehin selbst entscheiden, wie sie Engpässe bewältigen wollen. Diskutiert wird in Brüssel allenfalls, ein Einsparziel von EU-weit acht Prozent vorzugeben.

Wichtiger ist die Rolle der EU-Kommission für den Informationsaustausch über zentrale Kennzahlen wie den Gasbedarf und die Lieferketten. So will Brüssel den EU-Regierungen anbieten, die Notfallpläne der einzelnen Länder zu koordinieren, damit etwa die Abschaltung eines Werks in einem Land nicht zur unbeabsichtigten Stilllegung der Produktion in einem anderen führt.

Habeck und seine Leute pochen darauf, dass alle solidarisch sein müssten. Wenn es im Herbst oder Winter knapp werden sollte, dann würden in Deutschland Industrieunternehmen ihre Produktion drosseln und die Bürger zu Einsparungen gezwungen werden.

»Das geht aber auch nur, wenn die Länder, in die wir das Gas weiterleiten, ihren Verbrauch ebenso reduzieren«, sagt ein hochrangiger Beamter. Nur so könne man der Bevölkerung erklären, warum weiterhin Gas aus Deutschland dorthin fließt.

Nicht überall stößt die Idee der europäischen Solidarität auf Begeisterung. »Wo waren die Energiesolidarität und die Energiesicherheit Europas, als die Deutschen gegen den Willen Polens und vieler anderer Nord Stream 1 gebaut haben?«, fragt der polnische Europaabgeordnete Joachim Brudziński von der in Warschau regierenden PiS. »Ganz egal, wie viel brüsseleuropäischen Neusprech über europäische Solidarität, über europäische Energiepolitik, über Rechtsstaatlichkeit und europäische Werte es gibt – am Ende geht es doch

Es soll unter den Europäern diesmal anders laufen als in der Coronakrise.

immer nur um die deutschen oder französischen Interessen.«

Auch im Süden Europas, wo die Eurokrise tiefe Spuren hinterlassen hat, hält sich die Bereitschaft zur Hilfe für Deutschland in Grenzen.

Der Portugiese Bruno Maçães hat in der Eurokrise als Staatssekretär mit den Deutschen verhandelt. Die Bundesregierung habe über Jahre Alternativen zum russischen Gas blockiert, sagt er. So gebe es auch aufgrund des deutschen Widerstands kaum Pipelines zwischen der Iberischen Halbinsel und dem Rest Europas.

»In der Eurokrise hat Schäuble immer gesagt, die Kosten sollten nicht sozialisiert werden«, sagt Maçães. »Warum sollte das nun – nach all den deutschen Fehlern – passieren?«

Das Auftreten Deutschlands auf den internationalen Gasmärkten trägt wenig dazu bei, solche Ressentiments zu besänftigen. Die Bundesregierung hat bislang 15 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um die eigenen Gasspeicher zu füllen. Weitgehend unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit hat der Marktgebietsverantwortliche für den deutschen Gasmarkt, Trading Hub Europe, mit diesem Geld aufgekauft, was auf den Weltmärkten an Erdgas zu bekommen ist.

Ein Erfolg, zumindest aus deutscher Sicht. Die heimischen Gasspeicher füllten sich bis zu dieser Woche auf über 64 Prozent und damit knapp zwei Prozent mehr als der europäische Durchschnitt. Eine weitere Folge sind allerdings auch steigende Preise. Für viele europäische Länder wird es zunehmend schwieriger, Gas zu bezahlen.

Für Unmut vor allem in Osteuropa sorgt auch die Tatsache, dass Deutschland sich dafür eingesetzt hat, eine in Kanada gewartete Gasturbine für die Pipeline Nord Stream 1 nach Russland zu senden, obwohl dies eine Ausnahme von den Russlandsanktionen bedeutet. Im Baltikum und in Polen sieht man das als Beleg für den deutschen Energieegoismus.

Die Bundesregierung argumentiert dagegen, Putin denke in Teilen immer noch legalistisch. Man habe ihm keinen Vorwand bieten wollen, die Gaslieferungen nach Europa weiterhin zu blockieren, wenn die Wartung an der Nord-Stream-1-Pipeline beendet ist.

Auch in anderen Bereichen hat die Bundesregierung früh gehandelt. So hat Berlin den Bau schwimmender LNG-Terminals in Auftrag gegeben, als man die noch auf dem Markt bekommen konnte. Sie sollen zum Jahreswechsel startklar sein. Das ist nicht unbedingt problematisch für andere Länder, im Gegenteil – solange Deutschland das Gas im Ernstfall an die Partner weiterleitet.

Eine Reihe von EU-Ländern hat sich, genauso wie die EU-Kommission, für einen gemeinsamen Gaseinkauf ausgesprochen. Damit könnten, so die Hoffnung, günstigere Preise erzielt werden, weil sich die Mitglied-



Präsident Putin bei Online-Kabinettsitzung

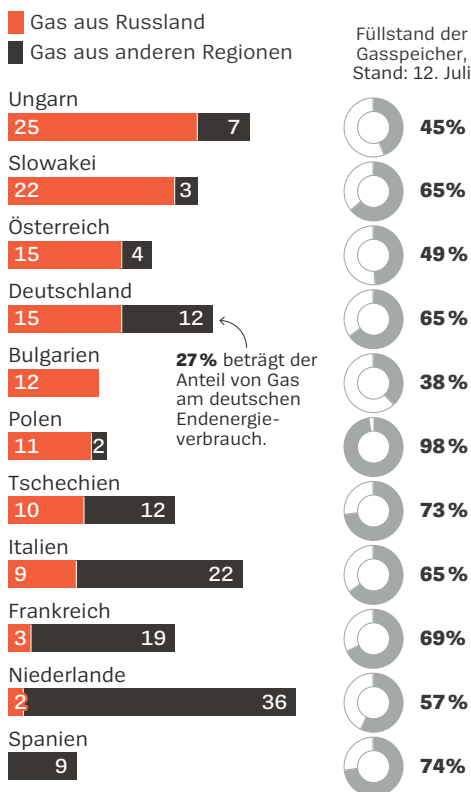
staaten nicht gegenseitig Konkurrenz machen. Dann solle das aufgekaufte Gas an die einzelnen Länder verteilt werden, ähnlich wie die Corona-Impfstoffe zu Pandemiezeiten.

Der Plan wurde auf mehreren EU-Gipfeln von Bundeskanzler Olaf Scholz blockiert. Dabei ist sich die Bundesregierung in dieser Frage nicht einig. In Habecks Wirtschaftsministerium gibt es einflussreiche Befürworter eines Großeinkaufs.

Doch Widerstand kommt von den großen Gaskonzernen, etwa RWE, sowie Industrieabnehmern. Sie wollen selbst einkaufen und fürchten, zu wenig Gas von der EU zugeteilt zu bekommen. Über die Gewerkschaften

Putins Druckmittel

Gasanteil am Endenergieverbrauch ausgewählter EU-Länder 2020/21, in Prozent



■ Quellen: Bruegel, GIE

üben sie Druck aus. Auf dem vergangenen EU-Gipfel konnten sich die Staats- und Regierungschefs deshalb lediglich auf einen freiwilligen Beschaffungspakt einigen.

Neben allen politischen Fragen ist unklar, ob das europäische Gasnetz überhaupt für die Herausforderungen des Winters gerüstet ist.

Bislang strömte der größte Teil des Gases über drei Pipelines von Russland nach Westen. Dreht Putin die Gashähne dauerhaft zu, dann muss das Erdgas von Süden, Westen und Norden in das europäische Verbundsystem gelangen. Im Süden über Pipelines aus Nordafrika und die LNG-Häfen Italiens, von Westen aus Terminals in Spanien und Frankreich. Und aus dem Norden werden die norwegischen Lieferungen an Bedeutung zunehmen.

Eine Forschungsgruppe der Münchner Technikakademie Acatech hat diese Woche eine Reihe von Gutachten über die Frage vorgestellt, ob das europäische Gasnetz diese Ströme verkraften kann.

»Je weiter östlich das Land, desto komplizierter ist in einer solchen Lage die Versorgung«, sagt Mario Ragwitz, einer der Studienleiter der Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastruktur und Geothermie. »Deutschland spielt als wichtiges Transitland eine zentrale Rolle für die sichere Versorgung der osteuropäischen Nachbarn wie Tschechien und der Slowakei.«

Die Experten warnen, im Falle eines russischen Embargos könnten europaweit 20 Prozent des benötigten Gases fehlen, in Deutschland gar 30 Prozent. Deshalb raten sie dringend dazu, das Netz technisch auf die neue Strömungsrichtung umzurüsten. Schwachstellen haben sie unter anderem zwischen Deutschland, Österreich und Italien identifiziert, damit norwegisches Gas seinen Weg gen Süden findet und LNG-Gas aus Italien nach Norden.

In Brüssel hofft man, dass die Regierungen ihre Lehren aus der Coronakrise gezogen haben. Damals habe der Binnenmarkt kurz vor dem Zusammenbruch gestanden, sagt ein hochrangiger EU-Beamter. »Die letzten beiden Jahre hat sich gezeigt, dass alle in der EU von der Solidarität profitiert haben.«

Die Frage ist, ob das nur für die Europäische Union gilt.

Wie handeln die EU-Staaten, wenn auch der Ukraine das Gas ausgehen sollte? Kiew ist kein EU-Mitglied – aber das vereinte Europa würde ein verheerendes Bild abgeben, wenn die Menschen im vom Krieg zerrütteten Land im Winter frieren müssten, weil die westlichen Staaten ihre Industrien retten wollen.

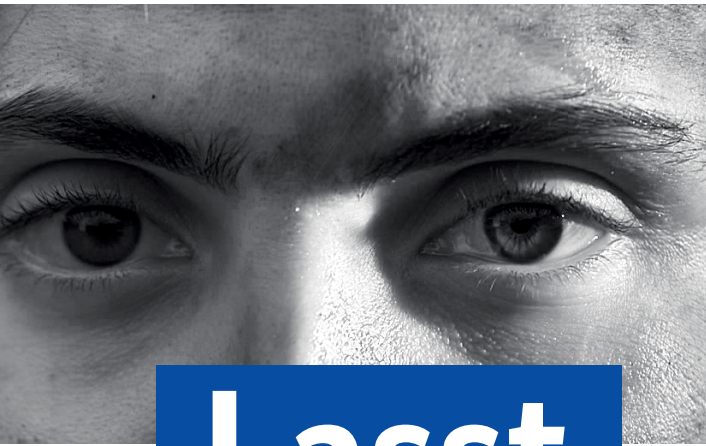
»Es ist wie so oft in den vergangenen Jahren«, sagt der Brüsseler Insider. »Die Krise ist so gewaltig, dass die EU daran entweder zerbricht – oder weiter zusammenwächst.«

Claus Hecking, Martin Knobbe, Ralf Neukirch, Jan Puhl, Gerald Traufetter

Lesen Sie auch ► Das Milliardenrama um die Rettung des Energiekonzerns Uniper | 62



jetzt.thw.de



Lasst

uns

übers

Machen

sprechen.



Vor einem Jahr zerstörte die Flutkatastrophe ganze Dörfer und Gemeinden in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer reisten aus der gesamten Republik an. Frauen und Männer, die nicht sagen „hätte“, „könnte“, „müsste“ – sondern sie „haben“, „können“, „machen“. Sie sind da, wenn sie gebraucht werden. Denn auf ihr Durchhaltevermögen und ihren Einsatz ist in fordernden Zeiten immer Verlass.

In Gedenken an die Flutopfer und Ihre Angehörigen.

**Technisches
Hilfswerk**



Unbeleuchtetes
Rathaus in
Augsburg



Fred Schilling / DER SPIEGEL

Raus aus der Komfortzone

ENERGIEKRISE Länder und Kommunen versuchen, Gas und Strom zu sparen, wo es nur geht. Schwimmbäder schließen, Ampeln bleiben aus – und in Schulen oder Behörden könnte es im Herbst ungemütlich werden.

Im Büro von Danyal Bayaz ist es gerade heiß, sehr heiß, da hilft auch der Ventilator wenig. Der baden-württembergische Finanzminister residiert im ehrwürdigen Stuttgarter Neuen Schloss, und das liegt mitten im dicht bebauten Talkessel. Das Kühlaggregat könnte die Hitze lindern, doch es soll nach dem Willen des 38-Jährigen möglichst ausgeschaltet bleiben: Zu alt, zu laut, frisst zu viel Strom, findet Bayaz.

Er schwitzt für einen höheren Zweck: »Verursacht durch den russischen Angriffskrieg ist die Situation am Energiemarkt sehr angespannt«, so schrieb der Grüne schon Mitte Mai in einem Rundbrief an die anderen Ressortchefs. Dies wolle er »zum Anlass nehmen, alle Landesbehörden zum Energiesparen zu motivieren«. Spartipps lieferte Bayaz gleich mit, vor allem im Hinblick auf die Heizperiode ab Herbst. Er setzt sich zudem dafür ein, dass die Richttemperaturen für Büros abgesenkt werden, von 20 Grad runter auf 18.

Während die Öffentlichkeit noch über den Duschappell von Bundesminister Robert Habeck diskutierte, handelten die Verantwortlichen in

Bundesländern und Kommunen schon. Es gilt, Monate mit spärlichen Gaslieferungen aus Russland zu überstehen, womöglich sogar ganz ohne sie. Und die Appelle reichen weiter: Auch der Strom in Deutschland werde noch zu etwa 15 Prozent mit Gas erzeugt, sagt Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne): »Wer Strom spart, spart also auch anteilig Gas.« Im CSU-regierten Bayern beauftragte das Kabinett diese Woche das Bauministerium, Vorgaben für alle Ministerien und Behörden zu erarbeiten.

Länder und Kommunen verbrauchen viel Energie, etwa in Schulen, Schwimmbädern oder Sporthallen. Entsprechend saftig werden die Verbrauchsabrechnungen ausfallen.

Wie dramatisch die Lage werden könnte, zeigen Zahlen aus Baden-Württemberg. Dort belief sich die Gasrechnung für rund 8000 landeseigene Gebäude im Jahr 2021 auf 17 Millionen Euro. Für 2023 geht das Land von 85 Millionen aus.

So gibt es bundesweit täglich neue Sparankündigungen: Die Stadt Augsburg leuchtet historische Gebäude wie das Rathaus nachts nicht mehr

an, für Oberbürgermeisterin Eva Weber auch ein »Symbol, um den Ernst der Lage deutlich zu machen«. Halle an der Saale setzt seine mit Erdgas betriebenen Busse weniger ein. Hilden in Nordrhein-Westfalen hat die Warmwasseraufbereitung in Schulen und Turnhallen ausgeschaltet. Das Göttinger Studentenwerk verkürzt die Öffnungszeiten der Zentralmensa um zweieinhalb Stunden. Und in Baden-Württemberg erwägen Land und Städtetag eine gemeinsame Kampagne, Motto: »BW geht vom Gas«.

14 Posten umfasst eine Liste der Sparvorschläge, die der Städtetag an Mitgliedskommunen verschickt hat, von der »Abschaltung von Ampelanlagen in der Nacht« bis zur »Absenkung der Wassertemperatur in Schwimmbädern«. Das Ziel: »Jede eingesparte Kilowattstunde hilft, damit sich die Gasspeicher weiter füllen«, sagt Helmut Dedy, der Hauptgeschäftsführer des Städtetags. Dafür, so mahnt Dedy, »werden wir die Komfortzone verlassen müssen«.

Die Bürgerinnen und Bürger merken das bisher vor allem in den Schwimmbädern: Die Stadt Regensburg lässt die Außenbecken nur noch von der Sonne aufwärmen. Augsburg senkte die Richttemperatur in den Freibädern um zwei Grad. In Wuppertal sind die städtischen Saunen um fünf Grad heruntergeregelt. In Halle an der Saale ging ein mit Erdgas beheiztes Hallenbad drei Wochen früher als geplant in die Sommerpause. Und vielerorts wankt, wie in Augsburg, eine bundesdeutsche Institution: der Warmbadetag – ein Wochentag, an dem Schwimmbäder das Wasser stärker als üblich aufwärmen. Dabei ist die Ächtung des Warmbadens wohl erst der Anfang.

Die Liste der Einschränkungen dürfte länger werden. Der Dienst in Ämtern könnte mancherorts eingeschränkt werden, Bibliotheken teilweise geschlossen werden. Sogar die Klimabilanz in den Städten könnte leiden: So haben die Stadtwerke München die Umstellung des Kohleblocks im Heizkraftwerk Nord auf Erdgas verschoben. Begründung: »Der Block ist sehr leistungsfähig und könnte mehr Wärme und Strom erzeugen als in den vergangenen Jahren.« Zwei schon stillgelegte Ölbrenner in Heizkraftwerken wurden ebenfalls reaktiviert.

Die Belegschaft der Stadtwerke soll je nach Lage mehr beitragen: »Auch verstärktes Homeoffice und das Zusammenrücken der Präsenzarbeitenden in einem oder zwei Gebäudeteilen, um Heizung, Warmwas-

»Wir müssen mit einer Situation rechnen, die niemand von uns je erlebt hat.«

Michael Beck, Oberbürgermeister von Tuttlingen

ser, Beleuchtung etc. in den übrigen Gebäuden einzusparen, könnte dann Teil unserer Überlegungen werden.«

Bundesländer und Kommunen, Beschäftigte und Kunden büßen jetzt dafür, was in der Vergangenheit versäumt wurde. Trotz vieler kommunaler Initiativen setzte Deutschland vor allem auf russisches Gas, um die Versorgung zu sichern – bis zuletzt.

Augenfällig ist dies um den Jahrestag der Flutwelle im Juli 2021 herum zum Beispiel im Ahrtal: Die Verheerungen an der Infrastruktur, mit weggeschwemmten Heiztanks und zerstörten Hauptleitungen, hätten die Chance geboten, auf Alternativen zu setzen. Doch die Zeit drängte, weil die Menschen fürchteten, den Winter in unbeheizten Häusern verbringen zu müssen. Es seien »schnelle Lösungen gefragt«, erklärte die damalige grüne Umweltministerin Anne Spiegel. Resultat: Innerhalb weniger Monate wurden die früheren Gasleitungen einfach durch neue ersetzt. Bereits Ende Oktober waren mehr als 80 Prozent der Haushalte im Tal wieder an das Gasnetz angeschlossen.

Einige Gemeinden haben weitergedacht. Das Örtchen Marienthal beispielsweise hat im Juni mit dem Bau eines Nahwärmenetzes begonnen, das sich aus Solarenergie und einer Holzpellet-Heizung speisen soll. Nachbarorte wie Dernau, Rech und Mayschoss wollen sich ebenfalls um Wärmeverbünde bemühen. Ziel sei es, möglichst schnell möglichst viele Privathäuser im Tal an diese Netze anzuschließen, erklärt Axel Bernatzki von der Energieagentur Rheinland-Pfalz. Momentan verzögerten allerdings lange Lieferzeiten und fehlendes Personal die Modernisierung.

So notwendig die Maßnahmen auch sein mögen, mit der Sparsamkeit geht auch ein Risiko einher. Eines, das Wladimir Putin durchaus recht sein dürfte: Der Rückbau von Infrastruktur, im öffentlichen Verkehr oder beim Sportangebot befördert den Staatsverdross beim Wahlvolk. Nach der Pandemie ein weiterer Stresstest für die Gesellschaft. Selbst scheinbar naheliegende Maßnahmen bergen Probleme, die Schließung der Hallenbäder im Sommer etwa. Dadurch fallen erneut Schwimmkurse für Kinder aus. Schon während der Coronazeit hielt der Staat viele Bäder geschlossen. Schwimmlehrer äußerten Befürchtungen, das könne sich nun in der Gaskrise wiederholen, Kinder müssten Nichtschwimmer bleiben.

In Dresden ruderte die Stadtverwaltung nach einem Proteststurm zurück: Der Eigenbetrieb Sportstätten hatte »vor dem Hintergrund der Gasknappheit« angeordnet, den Sportvereinen das Warmwasser abzdrehen und die Flutlichtbeleuchtung abzuschalten. Das jedoch verhinderte Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP): Die Maßnahmen seien nicht mit ihm abgestimmt und ohne »politische Abwägung über die Konsequenzen« veranlasst worden, teilte er mit und kassierte die Order. Eine Taskforce soll nun Vorschläge vorlegen, die »auch soziale Aspekte und Betroffenheit« berücksichtigen. Bei den Sport-

Einfach mehr wissen



Spielen, basteln & rätseln

Ideen für einen bunten Sommer

Konstruiere ein Murmel-Labyrinth, lass eine Pilz-Gartenlaterne leuchten und bereite eine Wassermelonentorte zu.

Im »Dein SPIEGEL«-Ferienheft findest du Anleitungen hierfür und 30 weitere Tipps sowie ein Gewinnspiel mit tollen Preisen.

Dein
SPIEGEL

Mehr erfahren:

www.deinspiegel.de

SPIEGEL TV Programm



SPIEGEL TV

Unternehmer Gerwing mit Fotovoltaikantrag

SPIEGEL TV

MONTAG, 18.7., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

Mammutaufgabe im Schnecken-tempo – Wo die Energiewende zur Rolle rückwärts wird

In Rostock hat das letzte deutsche Werk für Rotorblätter dichtgemacht, weil die Firma Nordex die Produktion nach Indien verlegt. Der Unternehmer Michael Gerwing darf seine Fotovoltaikanlage nicht in Betrieb nehmen, weil ihm nach einem Jahr immer noch die Genehmigung fehlt. Und bundesweit werden Hunderte Windkraftanlagen abgebaut, weil die staatliche Förderung ausläuft. Statt Tempo herrscht vielerorts Stillstand. Warum sich Deutschland mit dem Umbau auf erneuerbare Energien so schwertut.

SPIEGEL GESCHICHTE

DINNSTAG, 19.7., 21.15 – 22.00 UHR, SKY

Verschleppt – Die Kinder des 20. Juli

Mutig stellten sie sich gegen die Nazi-diktatur, versuchten, Adolf Hitler zu töten. Doch der Plan der Attentäter um Claus Graf Schenk von Stauffenberg scheiterte im Juli 1944 dramatisch. Die Widerstandskämpfer bezahlten den Plan mit ihrem Leben. Ihre Partnerinnen kamen in Sippenhaft, ihre Kinder wurden nach Bad Sachsa im Harz verschleppt. Im dortigen Kinderheim Bremen sollten sie umerzogen, ihre bisherige Identität ausgelöscht werden.

Die Dokumentation zeigt das Schicksal der Attentäter und ihrer Familien. In bewegenden Interviews geben die Kinder von damals Einblicke in ihr Leben im Umerziehungsheim und die letzten Monate der NS-Diktatur.

KABEL EINS

SONNTAG, 17.7., 20.15 – 22.15 UHR, KABEL EINS

Deutschlands größte Geheimnisse – Die beeindruckendsten 13

Warum kann man mit bestimmten Euroscheinen nichts kaufen? Welches weltweit einzigartige Transportmittel ist nur in Schleswig-Holstein zu finden? Was haben kontinentale Bewegungen mit Einmachgläsern zu tun? Und welches unglaubliche Hobby macht eine 80-jährige Frau aus Baden-Württemberg einmalig? Die Show präsentiert 13 schräge Orte, Rekorde, Geschichten und lädt zum Miträtseln ein. Es gilt, Hinweise zu kombinieren und so die Geheimnisse zu lüften. Zahlreiche Prominente wie Janine Kunze, Aaron Troschke, Peter Giesel und Madita van Hülsen knobeln mit.



SPIEGEL TV

Titelgrafik zur Sendung

vereinen ging derweil ein Entschuldigungsschreiben ein, das nun lediglich »zum sorgsamsten Umgang mit Gas und Strom« aufruft.

Im hessischen Lahn-Dill-Kreis bleiben seit dem 1. Juni bis voraussichtlich Mitte September in 86 Schulen und 60 Turnhallen Heizung und Warmwasser abgestellt. Dadurch könnten mehrere Zehntausend Liter Heizöl und Hunderttausende Kilowattstunden Gas eingespart werden. Denn die Wasseraufbereitungen in den Hallen sind zumeist an große Heizanlagen gekoppelt, das warme Wasser wird unter extremem Energieverlust vorgehalten. Doch auch hier gibt es Schwierigkeiten: Die Warmwasserleitungen in den Schulen und Turnhallen werden nun alle 72 Stunden mit kaltem Wasser gespült, um zu verhindern, dass sich dort gefährliche Keime wie Legionellen vermehren. Einige Vereine beschwerten sich, dass die Sportlerinnen und Sportler nun zu Hause duschen müssten.

Dabei stehen die eigentlichen Konflikte erst noch bevor. Der Deutsche Städtetag hat seine Sparliste teilweise mit Warnhinweisen versehen. Bei den Raumtemperaturen in der Verwaltung, in den Schulen und in anderen Einrichtungen sei die »Arbeitsschutzverordnung« zu beachten. Beim Ausschalten der Straßenbeleuchtung heißt es: »Sicherheitsaspekte betrachten, Haftung«.

Heikel ist auch der Punkt »Abschaltung von mobilen Luftreinigungsgeräten«, hinter dem die Städtetag-Experten das Stichwort »Pandemieabhängigkeit« notierten. Dahinter verbergen sich Zigtausende Luftreiniger, die für die Schulen während der Pandemie angeschafft wurden. Die teilweise schrankgroßen Geräte verbrauchen viel Strom. Die Frage für den Herbst: Einschalten gegen das Virus oder Abschalten gegen Putin?

Einige Städte spielen bereits Szenarien für eine Gruppe durch, für die es noch nicht einmal eine einheitliche Bezeichnung gibt: Wärmebedürftige, Kälteflüchtlinge? Es geht um Menschen, die sich womöglich im Winter keine warme Wohnung mehr leisten können. Ludwigshafen etwa denkt daran, die örtliche Friedrich-Ebert-Halle zur großen Wärmestube umzufunktionieren, sie diene vor einiger Zeit noch als Corona-Teststation.

»Wir müssen mit einer Situation rechnen, die niemand von uns je erlebt hat«, sagt auch Michael Beck, der CDU-Oberbürgermeister von Tuttlingen in Baden-Württemberg. Sein Krisenstab prüft, welche Gebäude sich im Notfall stilllegen lassen – und welche als Sammelunterkünfte etwa für Wärmesuchende geeignet wären. Kommunalpolitiker Beck denkt zum Beispiel an die Tuttlinger Stadthalle. »Ein großer Saal und weitere Räume, die nicht mit Gas, sondern mit einer Hack-schnitzanlage beheizt werden.«

Doch falle es ihm derzeit schwer, eine dauerhafte Belegung und deren Folgen für das Leben in Tuttlingen durchzudenken. »Ich hoffe sehr, dass der Umstand nie eintritt.«

Matthias Bartsch, Jan Friedmann, Christine Keck, Peter Maxwill



Immer muss er alles besser wischen!

Glänzt mit den besten Ergebnissen:
Der Besserwischer von Kobold.

Saugen
und Wischen
gleichzeitig!



www.besserwischen.de

TESTSIEGER	
Stiftung Warentest	GUT (2,1)
test	Kobold VB100 mit SPB100
	Im Test: 6 Akkuwischer
	Ausgabe 05/2022
	www.test.de

22CA78



Fans bei Red-Hot-Chili-Peppers-Konzert in Hamburg: Alle vier bis fünf Monate eine neue Mutante

»Wir werden sehr hohe Zahlen haben«

PANDEMIE Vor dem Herbst herrscht Chaos in der Koalition. Ist das Coronavirus schon harmlos geworden, oder kann es wieder gefährlicher werden? Der Gesundheitsminister warnt, will Maskenpflicht, Impfungen, Vorschriften. Die Liberalen wiegeln ab. Das kann übel enden.

Schnupfen. Das ist ein Wort der Stunde, obwohl die Hochsaison für Erkältungen noch nicht begonnen hat. Wer jetzt vom Schnupfen spricht, dem geht es eher um Corona, um den Vergleich. Wie schlimm ist die Pandemie in ihrem dritten Jahr? »Vom ganz normalen Schnupfen«, sagt Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), »sind wir noch weit entfernt.« Und: Der Herbst werde hart.

Seine Parteifreundin, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, ist anderer Meinung. Wenn nicht noch eine hochgefährliche Variante auftauche, dann müsse man mit Corona wie »mit jeder anderen Krankheit« umgehen: Wer krank sei, bleibe zu Hause. Also nicht anders als beim Schnupfen. Und: »Ich sehe alles in allem dem Herbst relativ gelassen entgegen« (siehe Interview Seite 32).

Schnupfen oder Nichtschnupfen, Alarm oder Gelassenheit, das sind jetzt Fragen, die über die politischen Maßnahmen für den Herbst entscheiden. Die Schnupfenfraktion, allen voran die FDP, ist offenbar für Durchseuchung, für wenig Gegenwehr, allenfalls für Masken. Die anderen halten das für unverantwortlich, reden über die Möglichkeit von Shutdowns. Als lebten die Politiker in zwei Zeiten, in zwei Welten.

Und so ist es auch im Alltag. Auf der einen Seite fühlt sich das Leben normal an. Man tut, was man vor Corona getan hat, geht aus, feiert vielleicht sogar, drängt sich in Klubs und auf Konzerten, der Mindestabstand ist bei vielen längst vergessen.

Auf der anderen Seite leeren sich Büros, weil sich viele Menschen infiziert haben und zu Hause bleiben müssen. Und noch immer

erkranken Menschen schwer an Covid, sterben daran oder kämpfen mit Langzeitfolgen.

Darüber wird kaum noch gesprochen, seitdem die Sorge wegen der Kriegsfolgen die Sorge wegen Corona zurückdrängt. Zwei Chefalarmisten beanspruchen derzeit Aufmerksamkeit. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen warnt vor einer kriegsbedingten Energieknappheit. Lauterbach dringt mit seinen Warnungen vor einer ungebremsen Pandemie nur noch schwer durch.

Er will das Virus nach wie vor mit aller Macht bekämpfen. Dafür arbeite er seit Wochen »ernsthaft sehr hart«, sagt er, man werde besser auf den Herbst vorbereitet sein als im vergangenen Jahr. Dann rattert er los, mit Zahlen, Namen, Begriffen.

Vier verschiedene Impfstoffe unterschiedlicher Hersteller schaffe er an, für die verschiede-

denen Varianten von Sars-CoV-2, Wuhan, BA.1, BA.5, 40 bis 50 Millionen Dosen. Manche hätten ja von Geldverschwendung gesprochen, sagt Lauterbach, ein Impfstoff für eine Variante, die längst überholt sei? Aber es gebe Hinweise, dass gegen die neue Variante BA.2.75 ausgerechnet der Impfstoff gegen BA.1 helfen könnte.

Demnächst werde es eine neue Impfkampagne geben, und die Empfehlungen zu sinnvollen Impfungen sollten schneller beschlossen werden, zum Beispiel die für die vierte Impfung von über 60-Jährigen.

Die Alten will der Minister in Zukunft zudem mit dem hochwirksamen Medikament Paxlovid schützen, mit Beständen in Pflegeeinrichtungen und bei den Hausärzten. Das Abwasser will er auf Virenkonzentrationen analysieren lassen, die Coronadaten der Krankenhäuser in Echtzeit erfassen. Derzeit machen 35 Hospitäler mit, bald sollen es 2000 sein.

In der kommenden Woche reist Lauterbach in die USA, um sich mit den Größen unter den Sars-CoV-2-Experten zu treffen, auch mit Anthony Fauci, dem Immunologen und Präsidentenberater, oder Steven Hoge, dem Präsidenten von Moderna. Es sind die Wissenschaftler, denen er vertraut und mit denen er sich regelmäßig austauscht. Er ist sich mit ihnen einig: Von einem Ende der Pandemie, von einem Übergang in die endemische Lage, ins Normale, könne noch keine Rede sein. Die Viren der Subvariante BA.5 könnten möglicherweise wieder tiefer in die Lunge eindringen als die von BA.1, von wegen normaler Schnupfen also.

Christian Drosten, der Chef der Virologie an der Berliner Charité, sieht das ähnlich. Vor drei Wochen korrigierte er im SPIEGEL-Gespräch seine Prognose vom Januar (Heft 26/2022). Damals hatte er angenommen, der endemische Zustand ließe sich gegen Ende des Jahres erreichen. Nun aber türmt sich, zu hoch, die Sommerwelle. »Ich hoffe, dass die Schulferien den Anstieg der Erkrankungsfälle etwas dämpfen werden«, sagte Drosten, »aber ab September, fürchte ich, werden wir sehr hohe Fallzahlen haben.«

Auch die Intensivmediziner blicken pessimistisch auf den Herbst. Auf ihren Stationen liegen doppelt so viele Covid-Patienten wie vorigen Sommer – während 2000 Intensivbetten weniger zur Verfügung stehen.

Zwar scheint die Inzidenz im Moment auf einem Plateau zu sein, aber der Schein trüge, sagt Thorsten Lehr, Modellierer an der Universität des

Saarlandes. »Wir testen schlicht weniger. Und die Inzidenzen gehen auffälligerweise in den Bundesländern zurück, die jetzt schon Sommerferien haben.« Die Leute sind weg, im Urlaub. Die Dunkelziffer schätzt Lehr auf zwei- bis zweieinhalbmals so groß wie die Inzidenz. Bewegt sich Deutschland mal wieder im Blindflug durch die Pandemie? »Nein«, sagt der Modellierer, »aber es ist dunkler und der Nebel dichter geworden.«

In Kalifornien lässt sich beobachten, wie das Virus fast inkognito durch die Bevölkerung tobt: Die Anzahl der positiven Tests beschreibt eine flache Kurve, deutlich kleiner als die Omikron-Welle vom Januar, als mehr als 2000 Neuinfektionen gezählt wurden. Die wahre Fallzahl zeigt sich in der Kloake: Virennachweise im Abwasser enthüllen Inzidenzen von mehr als 2000, in der Spitze sogar mehr als 4000. Auch Deutschland, sagt Lehr, bewege sich »auf so hohem Niveau in den Herbst wie noch nie«.

Lehrs Beobachtungen der Pandemie zeigen: Im Schnitt setzt sich alle vier bis fünf Monate eine neue Variante durch. »Und jedes Mal war sie doppelt so infektiös wie die davor.« Er hält es für wahrscheinlich, dass in Deutschland demnächst eine neue Variante auftaucht – wie etwa BA.2.75, eine weitere Omikron-Linie, die derzeit in Indien BA.5 überholt. »Das Virus hat bisher immer intelligente Wege gefunden, sich noch besser zu verbreiten«, sagt der Wissenschaftler.

Drei Umstände könnten die Lage im Herbst zusätzlich befeuern. Erstens: die immer noch nicht geschlossene Impflücke, die, zweitens, mit jedem Tag größer wird. Denn bei Ge-

»Die Schulen müssen vernünftig auf die Herbstwelle vorbereitet werden.«

Jessica Rosenthal,
Juso-Chefin

impften nimmt die verliehene Immunität kontinuierlich ab. Drittens: »Die Reiserückkehrer. Die haben noch in jedem Herbst neue Varianten eingetragen, als Mitbringsel gleichsam«, sagt Lehr. Wenn man all das zusammenzähle, könne er sich nicht vorstellen, »dass wir ohne bremsende Maßnahmen auskommen«.

Zumal sonst noch mehr Personal ausfallen könnte, das ist schon jetzt ein Problem. Die Lage sei »sehr angespannt«, sagt Domagoj Schunk, ärztlicher Leiter der Notaufnahme des Universitätsklinikums in Kiel. Von 40 Ärztinnen und Ärzten seiner Station seien 7 an Corona erkrankt, dazu kommen 10 Ausfälle bei den 75 Pflegenden.

»Das wirkt als Zahl gering, aber es gibt noch Urlaube, andere Erkrankungen und Long-Covid-Fälle«, sagt Schunk. Insgesamt bleibe aktuell rund ein Drittel der Mitarbeitenden weg. Da auch in Hausarztpraxen Personal fehle, suchten mehr Menschen die Notaufnahme auf. Er müsse sich mit Personal von anderen Stationen und aus dem Lehrbetrieb behelfen. Das Problem herrscht deutschlandweit. »Wir bekommen aus allen Bundesländern Meldungen über gesperrte Betten und geschlossene Stationen«, sagt Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft.

Auch Bus- und Bahnunternehmen beklagen hohe Krankenstände. Am Freitag der vergangenen Woche musste der norddeutsche Regionalanbieter Metronom 60 Züge ausfallen lassen. »Alle Möglichkeiten, Personal auf die Züge zu bringen, haben wir ausgeschöpft«, sagt Metronom-Sprecherin Miriam Fehsenfeld. »Wir haben aktuell einen zwei- bis dreimal höheren Krankenstand als sonst zu dieser Jahreszeit.«

Mit ähnlichen Problemen kämpfen die Göttinger Verkehrsbetriebe (GöVB). Nachdem die Sieben-Tage-Inzidenz im Kreis Göttingen die 1200er-Marke deutlich überschritten und einen extremen Krankenstand verursacht hatte, strich das Unternehmen »bis auf Weiteres« drei Linien. Weil dabei ein ganzes Stadtviertel vom Busnetz abgeschnitten wurde, bot die GöVB den betroffenen Kunden an, die Kosten für eine Taxifahrt zu übernehmen.

»Wir leiden unter der Pandemie und der Personalnot so sehr wie in den ganzen letzten zwei Jahren nicht«, sagt auch Anna Rose. Sie leitet eine Kita mit mehr als 60 Kindern in Schleswig-Holstein. Ihren richtigen Namen möchte sie nicht in den Me-

Gesundheitsminister
Lauterbach: Von
Normalität kann noch
keine Rede sein



Julia Steinigeweg / DER SPIEGEL



Christian O. Bruch / DER SPIEGEL

Notaufnahme der Universitätsklinik Kiel: Rund ein Drittel der Mitarbeitenden bleibt weg

dien lesen, weil sie sich mitunter »an den Grenzen der Legalität« bewege. Eigentlich müssen mindestens zwei Fachkräfte bis zu 22 Kindergartenkinder zwischen drei und sechs Jahren betreuen. Dieser Standard sei aber nicht mehr durchgängig einzuhalten. Wegen Corona hätten sich Ende Juni drei Kolleginnen krankgemeldet, sagt Rose. Sie habe eine Gruppe für eine Woche komplett schließen müssen.

An Deutschlands Schulen scheint Corona hingegen kein großes Thema mehr zu sein. Man sehe »mit großer Freude, dass das aktuelle Schuljahr in allen Ländern kaum mehr durch die pandemischen Beschränkungen beeinträchtigt ist«, hieß es in einer Mitteilung der 16 Kultusminister Ende Juni. Aufgrund von Personal-mangel fand trotzdem nicht überall regulär Unterricht statt.

Jessica Rosenthal, Bundesvorsitzende der Jusos, fürchtet denn auch, dass die Schulen nicht gut gerüstet sind. »Selbst im dritten Jahr der Pandemie machen wir die gleichen Fehler wie zu Beginn von Corona. Die Schulen müssen in diesem Sommer vernünftig auf die Herbst- und Winterwelle vorbereitet werden. Wir brauchen engmaschige Testkonzepte und eine Maskenpflicht. Außerdem sind noch immer zu viele Klassenräume nicht mit Luftfiltern ausgestattet«, sagt die Abgeordnete. »Die Zeit, in der junge Menschen in der Priorliste ganz unten stehen, muss ein für alle Mal vorbei sein.«

Eine Stimme aus einer Ampelpartei, eine von so vielen. Das Problem ist, dass es der Koalition nicht gelingt, eine konsistente Politik zu entwerfen. Auch wenn es sich so anfühlt, als gäbe

es zwei Zeiten, zwei Welten, man muss sich schon entscheiden, wie ernst man das Virus nimmt.

Das bringt Sepp Müller, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag, auf den Punkt: »Im Kern ist die Coronapolitik der Ampel inkonsequent: Entweder wir wollen eine Durchseuchung der Gesellschaft – oder eben nicht. Falls die Bundesregierung Corona wirklich durchlaufen lassen will, sollte sie das erstens auch zugeben und zweitens umgehend die Quarantäne für alle aufgeben – wer keine Symptome hat, muss auch nicht zu Hause bleiben.« Müller selbst gehört zur Schnupfen-Fraktion. Von Karl Lauterbach wünscht er sich »mehr Pragmatismus und weniger Alarmismus«.

Derzeit verhandelt Lauterbach mit Justizminister Marco Buschmann von der FDP über das nächste Infektionsschutzgesetz, da das aktuelle im September ausläuft. Auch Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt ist mit eingebunden. Strenges Stillschweigen wurde vereinbart. Lauterbach will nur eins dazu sagen: »Die Länder brauchen eine solide Rechtsgrundlage, um auf die unberechenbaren Dynamiken reagieren zu können.« Minimalinvasive Instrumente reichen dann nicht.

Bei den Liberalen zirkuliert die Ansicht, in der Bevölkerung schwinde die Akzeptanz für tiefgreifendere Maßnahmen. Entsprechend hart gibt sich der Justizminister: Lokale Lockdowns, wie einige Länder sie fordern, lehnt Buschmann ab. Auch 2G-Regeln und andere Zugangsbeschränkungen halte man nicht für verhältnismäßig, heißt es aus dem Ministerium. Ob im

Herbst zumindest eine Maskenpflicht in Innenräumen eingeführt werden kann, scheint fraglich. Der liberale Gesundheitsexperte und Bundestagsabgeordnete Andrew Ullmann sagt: »Die Pandemie ist nicht vorbei, aber wir befinden uns in der Endphase. Ich persönlich könnte mir vorstellen, die Maskenpflicht weitgehend in eine Maskenempfehlung umzuwandeln.«

Die Abgeordnete Katrin Göring-Eckardt von den Grünen hingegen fordert, »verpflichtendes Maskentragen in Innenräumen muss für den Herbst möglich bleiben«. Und das allein werde nicht ausreichen. »Wir sollten weitreichende Maßnahmen ermöglichen, für den Fall, dass sie im Herbst gebraucht werden: Testpflichten oder Kontaktbeschränkungen gehören dazu. Die Regierung muss ihrer Verantwortung zur Vorsorge nachkommen, und die FDP darf das nicht weiter aufhalten.« Auch ihr grüner Kollege Anton Hofreiter mahnt zur Vorsicht. »Wir brauchen eine starke Impfkampagne, und wir müssen schnell ein Infektionsschutzgesetz verabschieden, damit die Zahlen im Herbst nicht durch die Decke gehen.« Um einen besseren Überblick über die Pandemie zu erhalten, »sollten Schnelltests im Herbst wieder kostenlos sein«, findet Hofreiter.

Dirk Brockmann, Physiker und Modellierer an der Berliner Humboldt-Universität, ist genervt von der Debatte. Die Datenlage spreche – anders als zuletzt im Evaluationsbericht des Sachverständigenausschusses von Bundestag und Bundesregierung dargestellt – für die »glasklare und sehr signifikante Wirksamkeit von Masken«.

Die Mehrheit der Wissenschaftler dürfte das so einschätzen wie Brockmann, aber wie sollen es Politiker beurteilen können, wenn ein offizieller Bericht in dieser Frage vage bleibt? Es wirkt, als wäre die Wissenschaft uneins, und so bleibt für die Politik die Grundlage ihrer Entscheidungen nebulös. Auch das erklärt die verschiedenen Ansichten innerhalb der Regierung. Es sieht jedenfalls nicht danach aus, als könnte die Ampel der Pandemie mit einer überzeugenden Strategie gegenüberreten. Vielfalt gehört zu einer Demokratie, andererseits brauchen die Bürger Orientierung.

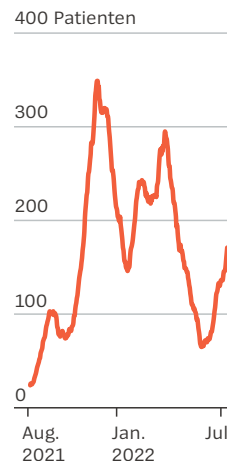
Karl Lauterbach weiß, wie groß der Druck nun ist, klare Ansagen zu machen. Seinen Urlaub hat er erst mal abgesagt.

Rafaela von Bredow, Silke Fokken, Sophie Garbe, Florian Gathmann, Florian Kistler, Martin Knobbe, Dirk Kurjuweit, Serafin Reiber, Christian Tees, Alfred Weinzierl, Sara Wess

Klinik statt Urlaub

Neuaufnahmen von Covid-Patienten auf Intensivstationen in Deutschland

• Sieben-Tage-Durchschnitt



Quelle: Divi-Intensivregister; Stand: 13. Juli

Interview mit der Nachhaltigkeitschefin von Google

»Wir wollen bis 2030 komplett CO₂-frei arbeiten«

Google möchte seinen Stromverbrauch künftig nur noch mit erneuerbaren Energien decken und Menschen, Städten und Organisationen mit digitaler Hilfe ein klimafreundlicheres Leben ermöglichen. Wie kann das gelingen? Mit innovativen Ideen, sagt Kate Brandt, Chief Sustainability Officer bei Google

Frau Brandt, immer mehr Menschen versuchen, möglichst klimafreundlich zu leben. Kann Google ihnen dabei helfen?

Allerdings, denn genau hier setzen wir an: Klimafreundliche Entscheidungen sollten so einfach wie möglich sein. Deshalb haben wir Tools entwickelt, die Menschen zum Beispiel dabei unterstützen, klimafreundlicher einzukaufen oder zu pendeln.

Können Sie konkrete Beispiele nennen?

Ein Beispiel ist Google Flüge. Wer über unser Angebot nach Flügen sucht, kann sich anzeigen lassen, wie viele CO₂-Emissionen pro Kopf eine bestimmte Verbin-

dung verursacht. Ein weiteres Beispiel ist die Google Hotel-Suche. Wer eine Unterkunft bucht, kann sich dort vorher informieren, wie klimafreundlich sie ist. Und dann natürlich Google Maps: Dort lässt sich demnächst nicht nur der kürzeste Weg, sondern auch eine umweltfreundlichere Route finden.

»Wir können mit unserer Technologie einen Beitrag leisten«

Sie haben unter Präsident Barack Obama als dessen Beauftragte für Nachhaltigkeit gearbeitet. Warum sind Sie danach zu Google gewechselt?

Die Klimakrise ist die drängendste Herausforderung unserer Zeit, und dieses Jahrzehnt ist entscheidend. Ich glaube, dass wir mit unserer Technologie einen echten Beitrag leisten können: indem wir andere auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit befähigen und unterstützen, aber natürlich auch, indem wir selber noch besser werden.

Dann lassen Sie uns über Googles eigenen CO₂-Fußabdruck sprechen. Der Konzern betreibt auf der ganzen Welt riesige Datenzentren. Wie kann das nachhaltig sein?

Von Anfang an versuchen wir, unsere Datenzentren so nachhaltig wie möglich zu betreiben. Das bedeutet: Wir verbrauchen so wenig Elektrizität wie möglich. Außerdem beziehen wir seit 2017 in der Jahresbilanz so viel Elektrizität aus erneuerbaren Energien, wie wir verbrauchen. Was wir dennoch an CO₂ emittieren, etwa zu Tageszeiten, in denen nicht genug erneuerbare Energie zur Verfügung

steht, kompensieren wir durch Investitionen in Klimaschutzprojekte, für die wir CO₂-Gutschriften erhalten. Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen und bis 2030 komplett CO₂-frei arbeiten, an allen Standorten, rund um die Uhr. Alle Elektrizität für unsere Datenzentren soll dann aus erneuerbaren Energien kommen, zu jeder Stunde des Tages.

»Für Google ist Nachhaltigkeit seit der Gründung einer der wichtigsten Werte«

Auch Deutschland hat sich ambitionierte Ziele gesetzt und will bis 2045 klimaneutral werden. Was kann Google dazu beitragen?

Bis 2030 werden wir hierzulande mehr als eine Milliarde Euro in digitale Infrastruktur und saubere Energie investieren. Ein konkretes Beispiel ist die Zusammenarbeit mit dem Energieunternehmen ENGIE, das alle Google-Standorte in Deutschland ab diesem Jahr mit Energie aus Wind und Sonne versorgt. Der Strom soll in einem neuen, großen Solarpark sowie über 22 Windparks in Deutschland erzeugt werden. Außerdem unterstützen wir Städte wie Hamburg, ihre eigenen Nachhaltigkeitsziele noch schneller zu erreichen, zum Beispiel bei der Verbesserung der Luftqualität mit Project Air View.

Manchmal können all die schlechten Nachrichten zum Klimawandel frustrierend sein. Was gibt Ihnen Hoffnung, dass wir den Kampf am Ende gewinnen? Wenn wir die Kraft der Menschen, der Staaten und der Städte mit der Technologie von Unternehmen wie Google zusammenbringen, glaube ich daran, dass wir diese unglaublich große Herausforderung gemeinsam meistern können.

Erfahren Sie mehr über das Engagement von Google im Klimaschutz auf goo.gle/klimaschutz



»Die Klimakrise ist die drängendste Herausforderung unserer Zeit, und dieses Jahrzehnt ist entscheidend«: Kate Brandt ist Chief Sustainability Officer bei Google und verantwortet die globale Nachhaltigkeitsstrategie des Konzerns.

Klima schützen. Mit Google.



»Wenn die Schuhe kaputt waren, musste ich zum Sozialamt«

GERECHTIGKEIT Von der Hauptschülerin zur Bundestagspräsidentin: Bärbel Bas (SPD) spricht über persönlichen Verzicht in Zeiten des Krieges – und fordert neue Steuern für Reiche.

SPIEGEL: Frau Bas, jetzt heißt es überall verzichten und sparen. Wie wollen Sie als Hausherrin im Bundestag sparen?

Bas: Wir werden das Warmwasser reduzieren oder abstellen, wo es möglich ist. Die Klimaanlage sollen vielerorts runtergefahren werden. Damit können wir rund zwölf Prozent Energie einsparen.

SPIEGEL: Wo sparen Sie persönlich?

Bas: Ich gebe jetzt keine Duschtippis, das haben Kollegen schon gemacht. Zu Hause achte ich auf Kleinigkeiten: Das Licht lasse ich nicht permanent an, Standby-Geräte schalte ich komplett aus.

SPIEGEL: Das bisschen Verzicht tut nicht weh, oder?

Bas: Nein. Leute wie ich, die weit mehr als 10 000 Euro im Monat verdienen, bekommen kein Problem mit der Stromrechnung. Die können weiterleben wie bisher. Aber denken Sie mal an die Menschen, die schon seit vielen Jahren verzichten müssen, weil sie ein zu geringes Einkommen haben. Die gehen nicht ins Kino, nicht ins Theater. Für sie ist Verzicht Alltag – und nun kommen Energiekrise und Inflation obendrauf. Diese Leute fragen sich, ob sie im Winter ihre Wohnung verlieren, weil die Nebenkosten zu hoch sind.

SPIEGEL: Sie haben es von der Hauptschülerin zur Bundestagspräsidentin gebracht und kennen beide Welten: das privilegierte Politikerinnendasein und das Kleine-Leute-Leben. Gibt es einen Verzicht aus Ihrer Kindheit, den Sie nicht vergessen?

Bas: Ich hatte nicht die Turnschuhe mit den drei Streifen, meine hatten zwei. Damit fing die Diskriminierung schon auf dem Schulhof an. Wenn die Schuhe kaputt waren, musste ich mit meiner Mutter und meinen fünf Geschwistern zum Sozialamt. Da haben wir die Schuhe einem Sachbearbeiter gezeigt, und der hat entschieden, ob es neue gibt oder nicht.

»Sobald Politik ihre Glaubwürdigkeit verliert, wird es gefährlich.«

SPIEGEL: Die Politik fordert Verzicht, FDP-Finanzminister Christian Lindner will bei Langzeitarbeitslosen kürzen, gleichzeitig feiert er ausschweifend seine Hochzeit auf Sylt, der Kanzler ist da, Oppositionsführer Friedrich Merz reist im Privatflieger an. Eine gute Idee?

Bas: Nichts gegen Hochzeiten! Wer sich verliebt, soll feiern. Reden und Handeln müssen allerdings stimmig sein. Sie können als Politiker nicht Verzicht predigen und dann mit der Privatmaschine herumfliegen. Das kommt bei den Leuten ganz schlecht an. Sobald Politik ihre Glaubwürdigkeit verliert, wird es gefährlich.

SPIEGEL: Inwiefern?

Bas: Wenn die Kluft zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern wächst, droht eine Krise der Demokratie. Es ist auch meine Aufgabe als oberste Vertreterin unseres Parlaments, dagegen anzukämpfen. Deshalb liegen mir Formate wie die Bürgerräte so am Herzen, die mein Vorgänger Wolfgang Schäuble eingeführt hat. Per Los ausgewählte Bürgerinnen

und Bürger diskutieren und erarbeiten Empfehlungen für den Bundestag.

SPIEGEL: Was würden Sie denn der Bundesregierung empfehlen, wenn Sie an die Leute in Ihrem Duisburger Wahlkreis denken?

Bas: Ich wünsche mir mehr Zuversicht. Erinnern Sie sich an den berühmten Auftritt von Angela Merkel und Peer Steinbrück: wie die Kanzlerin und ihr Finanzminister im Oktober 2008 vor die Kameras traten und den Deutschen versprochen, dass ihre Spareinlagen trotz Finanzkrise sicher sind. Das war riskant, aber es war ein Signal des Vertrauens. So etwas brauchen wir jetzt wieder.

SPIEGEL: Wirtschaftsminister Robert Habeck setzt eher auf drastische Worte, warnt vor einem »politischen Albtraumszenario«, sollte das Gas fehlen. Das klingt nicht nach Zuversicht.

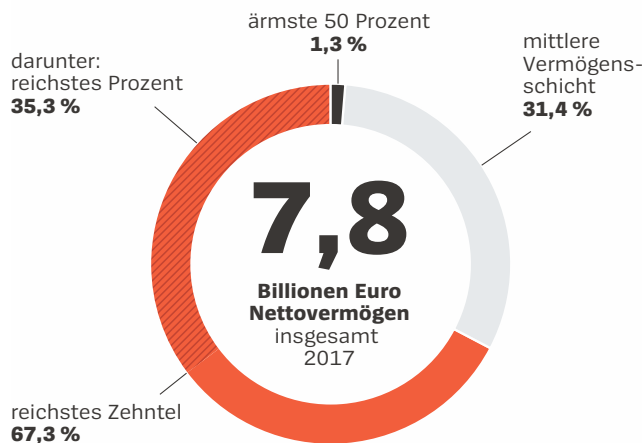
Bas: Wenn wir gravierende Probleme benennen, sollten wir auch Lösungen anbieten. Das passiert in den Debatten im Bundestag. Wir diskutieren unterschiedliche Ideen und entscheiden dann mit Mehrheit. Die Bevölkerung braucht selbst die Zuversicht der Politik, um Mut zu fassen, um dem Verzicht einen Sinn zu geben.

SPIEGEL: Ihr Kanzler hingegen tut so, als brächte ihn nichts aus der Ruhe. Da gibt es kein Horrorszenario, aber auch kein Signal der Zuversicht, wie Sie es sich wünschen. Finden Sie das schade?

Bas: Olaf Scholz ist, wie er ist. Ich werde und will die Kommunikation des Kanzlers nicht ändern, darin besteht auch nicht meine Aufgabe als Bundestagspräsidentin. Mein Eindruck: Er strahlt Ruhe aus, die Bürgerinnen und Bürger schätzen das mehr als Aktionismus. Er hat sich bisher schon dreimal einer Regierungsbefragung im Bundestag gestellt. Deutlich öfter als Frau Merkel in ihren ersten Jahren. Übrigens ist dies Aufgabe von uns allen, der Gesprächsbedarf in den Wahlkreisen ist sehr hoch.

Schieflage

Nettovermögen von Personen in privaten Haushalten, in Deutschland 2017*, in Prozent



* einschließlich Hochvermögende von 2019

• Quellen: Bundesamt für politische Bildung, DIW



Verena Brühning / DER SPIEGEL

Sozialdemokratin Bas: »Deutschland soll kein Charity-Staat wie die USA werden«

SPIEGEL: Werden die Deutschen auch dann noch solidarisch sein mit der Ukraine, wenn im Winter das Gas knapp wird?

Bas: Ich erlebe eine sehr große Solidarität. In Briefen bitten mich die Leute sogar, dass Deutschland noch mehr tun soll. Ich persönlich habe mich sehr dafür eingesetzt, dass die Ukraine EU-Beitrittskandidatin wird. Wir müssen aufpassen, dass unsere heimischen Schwierigkeiten nicht gegen die Unterstützung für die Ukraine ausgespielt werden. Denn würde Russland siegen, wären die Konsequenzen für uns viel schlimmer als die Folgen ausbleibender Gaslieferungen.

SPIEGEL: In Krisenzeiten, so lehrt es die Geschichte, zahlen meist die Ärmsten und die Mittelschicht die Zeche. In kaum einem anderen Industrieland ist die Mittelschicht seit Mitte der Neunzigerjahre so stark geschrumpft wie in Deutschland. Wie könnte man das ändern?

Bas: Über Umverteilung, über das Steuerrecht. Allein in der Pandemie gibt es so viele Gewinner. Dass davon nicht auch die Gesellschaft angemessen profitiert, verstehe ich nicht. Und wir brauchen eine Vermögenssteuer. Wer das nicht so nennen mag, kann von einer Luxussteuer sprechen.

SPIEGEL: Was ist mit der Erbschaftsteuer?

Bas: Das ist ein heißes Thema, aber auch darüber müssen wir zeitnah sprechen. Die Existenz von Unternehmen muss dabei natürlich gesichert bleiben, aber es gibt so viele Möglichkeiten im Steuerrecht, die wir bislang nicht nutzen.

SPIEGEL: Die FDP wird auf den Koalitionsvertrag verweisen und ihr Veto einlegen.

Bas: Die allgemeine Lage ist doch jetzt eine andere als zum Zeitpunkt der Koalitionsvereinbarung. Ich möchte nicht, dass Rentnerinnen und Rentner im Winter in Wärmehallen gehen müssen. Die Oma und der Opa von nebenan sollen in ihrer Wohnung bleiben können, ohne frieren zu müssen. Und wenn wir das finanzieren wollen, dann muss die Mehrheit im Bundestag gemeinsam eine Lösung finden.

SPIEGEL: Aber die Schuldenbremse...

Bas: ...finde ich grundsätzlich richtig. Nur muss sich die Ampelkoalition entscheiden: Entweder sie beurteilt die Schuldenbremse anders oder revidiert das Nein zu Steuererhöhungen.

SPIEGEL: Marlene Engelhorn, Nachfahrin des BASF-Gründers und künftige Millionierin aus Wien, hat die Aktion »Tax me now« initiiert und auch mit dem Gedanken gespielt, man könne besonders große Erbschaften verlosen. Was halten Sie davon?

Bas: Prima Idee. Aber eigentlich ist es doch peinlich, dass uns jetzt sogar Millionäre aufordern, dass sie besteuert werden möchten – und wir machen das nicht! Deutschland soll kein Charity-Staat wie die USA werden, wo die Reichen für ihr gutes Gewissen hin und wieder spenden. Wir haben einen funktionierenden Sozialstaat, und der muss von allen finanziert werden. Wer viel hat, muss mehr beitragen. Ich möchte, dass wir unsere Straßen und Schulen aus Steuermitteln finanzieren können.

SPIEGEL: Berufliche Perspektiven werden mehr denn je durch Herkunft entschieden, Einkommen aus Vermögen stiegen in den vergangenen Jahren stärker als Lohneinkommen.

Sind Aufstiegsbiografien wie Ihre heute überhaupt noch denkbar?

Bas: Ja, aber sie werden seltener. Nicht mal ein Drittel der Kinder aus Arbeiterfamilien nimmt heute ein Studium auf, unter Akademikerkindern sind es 80 Prozent. Trotz Bafög muss man sich Studieren leisten können. Wer keine Unterstützung von seinen Eltern bekommt, hat es deutlich schwerer.

SPIEGEL: Universitäten werden aus Steuergeldern finanziert, das ist bei der von Ihnen genannten Quote Umverteilung von unten nach oben. Haben Sie eine bessere Idee?

Bas: Staatliche Stipendien sind eine Möglichkeit oder ein Bafög-Modell, bei dem nichts zurückgezahlt werden muss. Wenn der Staat das nicht alles allein bezahlen soll, könnte man über einkommensabhängige Gebühren nachdenken. In Deutschland gibt es den Grundsatz, alle gleich zu behandeln. Ich bin dafür, Ungleiches auch ungleich zu behandeln.

SPIEGEL: Ihre Partei ist strikt gegen Studiengebühren.

Bas: Das ist so. Alternativ kommt das Steuerrecht infrage, um die Ausbildung junger Menschen über eine Luxussteuer mitzufinanzieren.

SPIEGEL: Bald kommt der dritte Coronaherbst. Können wir das Virus jemals besiegen?

Bas: Wir sind mit den Impfstoffen gut aufgestellt, auch wenn sie eine Übertragung nicht verhindern. Es hängt davon ab, ob wir ab Herbst Virusvarianten bekommen, die schwerere Verläufe als Omikron verursachen. Wenn nicht, dann sollten wir sagen: Wenn man krank ist, bleibt man zu Hause. Einfach so, wie man auch mit jeder anderen Krankheit vernünftigerweise umgehen würde.

SPIEGEL: Andere europäische Länder setzen de facto auf Durchseuchung, in Spanien heißt das etwa »Grippalisierung«. Geschieht das gerade auch bei uns – ohne dass die Bundesregierung es so nennen möchte?

Bas: Auch wenn sich Durchseuchung schlimm anhört – das geschieht gerade. Wer eine Maske tragen möchte, der tut es. Die meisten machen das nicht mehr. Ich sehe alles in allem dem Herbst relativ gelassen entgegen.

SPIEGEL: Der Gesundheitsminister sieht das anders.

Bas: Stimmt, Karl Lauterbach führt andere Szenarien an. Vielleicht hat er recht. Aber sollte es bei Varianten mit mildem Verlauf bleiben, bin ich doch optimistisch. Einig sind wir uns darin, dass das Gesundheitssystem nicht an seine Grenzen stoßen darf.

SPIEGEL: Welche Schutzmaßnahmen halten Sie ab Herbst dennoch für angebracht?

Bas: Es braucht eine Maskenpflicht in Innenräumen. Das ist im Winter auch mit Blick auf andere Infektionskrankheiten angeraten. Und die vierte Impfung dürfte dann für viele sinnvoll sein.

SPIEGEL: Was ist mit Klubs und Discos, sollten die wieder schließen?

Bas: Nein, das sehe ich im Moment nicht.

Interview: Sebastian Fischer, Christian Teews ■



Strand in Scharbeutz: Was nach Sommerurlaub klingt, belastet viele Alte

Rettender Schatten

KLIMAWANDEL Die Zahl der heißen Tage in Europa steigt. Länder wie Frankreich oder Belgien haben Katastrophenpläne für extreme Sommer entwickelt. Wie gut ist Deutschland vorbereitet?

Die Terrasse von »Haus Horeb«, einem Altenheim im brandenburgischen Teltow, ist im Sommer ein schöner Ort. Zwischen Klinkerfassade und Vorgarten reihen sich Gartenstühle aneinander, der Blick geht ins Grüne. Eine Frau mit Sonnenhut liest Zeitung, ein Pfleger füttert ihren Sitznachbarn.

Doch an heißen Tagen knallt die Sonne auf die Terrasse, für manche der Senioren können die Temperaturen lebensbedrohlich werden. »Die Terrasse braucht ein Dach, das ist alternativlos«, sagt Geschäftsführer Michael Blümchen. Das Altenheim hat ein Konzept, um sich an den Klimawandel anzupassen. Die Zahl der heißen Tage in Deutschland steigt seit den Siebzigerjahren und wird wohl weiter steigen. Eigentlich hatten sie in Teltow auf Fördermittel vom Bund gehofft, doch über die Gelder soll nun erst im kommenden Jahr entschieden werden. Für diesen Sommer ist das zu spät.

In diesen Tagen sollen die Temperaturen in Deutschland wieder steigen, auch mehr als 35 Grad sind örtlich möglich. Was nach Sommerurlaub klingt, belastet viele Alte, Schwangere, aber auch Kleinkinder.

Hitzewellen waren in den vergangenen 20 Jahren die gefährlichsten Wetterextreme in Europa, wie die internationale Katastrophendatenbank EM-DAT zeigt. »Danach sind über 90 Prozent der extremwetterbedingten Todesopfer auf besonders ausgeprägte Hitzeperioden zurückzuführen«, sagt Hans-Guido Mücke vom Umweltbundesamt.

Und während etwa Frankreich, Belgien oder die Niederlande seit Jahren Hitzentfallpläne haben, sei »die Bundesrepublik für den Katastrophenfall durch mögliche große Hitzewellen nicht gerüstet«, heißt es in einem Kurzdossier von Forschern und Ärzten. »Auch der Aufbau einer langfristigen Hitzeresilienz in Städten, Kommunen und Gesundheitseinrichtungen startet viel zu langsam.«

Steigt die Umgebungstemperatur, wärmt sich der menschliche Körper auf. Je feuchter die Luft, desto kritischer wird es. Das Herz muss mehr Blut ins Hautgewebe pumpen, um den Körperkern zu kühlen. Das belastet den Kreislauf, auch das Gehirn kann schlechter versorgt sein. Verliert der Körper durch Schwitzen Flüssigkeit, wird das Blut dicker, die Gefahr von Thrombosen steigt. Auch die Nie-

ren können belastet sein. Das alles führt zu einer höheren Sterblichkeit. Als Todesursache steht allerdings nur selten »Hitze« im Totenschein.

Eine neue Studie, entstanden unter Federführung des Robert Koch-Instituts (RKI), zeigt das Ausmaß der hitzebedingten Sterbefälle von 1992 bis 2021 in Deutschland. So gab es im Jahr 2018 eine ungewöhnlich lange Hitzeperiode, schätzungsweise 8700 Menschen starben dadurch – das sind mehr als doppelt so viele wie im selben Jahr im Straßenverkehr ums Leben kamen. »Das sind vermeidbare Todesfälle«, sagt RKI-Forscher Matthias an der Heiden.

Tatsächlich sehen die Forscherinnen und Forscher in der Analyse erste Anzeichen dafür, dass sich die Bevölkerung an die extremeren Sommer anpasst: Dieselbe Temperatur führte in den Neunzigerjahren zu mehr Todesfällen als im Jahrzehnt 2012 bis 2021. Doch soll die Zahl der Hitzetoten in Deutschland nicht steigen, muss sich das Land schneller anpassen. Konzepte gibt es genug. Umfragen zeigen jedoch, dass bisher nur wenige Kommunen umfassende Hitzeaktionspläne vorbereitet haben.

Wie es gehen könnte, zeigt das Altenheim in Teltow. Im Gemeinschaftsraum breitet Matthias Thürigen eine Skizze aus. Neben dem Terrassendach will der Architekt Wiesen anlegen, Pavillons und Bäume sollen Schatten spenden, automatische Markisen die Hitze abhalten. Zudem soll es einen Springbrunnen geben. 400 000 Euro werde das alles kosten, schätzt Thürigen. Zumindest was das Dach angeht, will das Heim nicht auf Fördergelder warten und das Projekt nun aus eigenen Mitteln umsetzen.

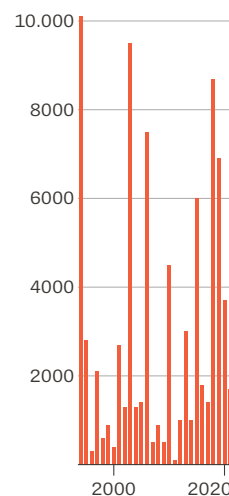
Noch stärker gefährdet als die Altenheimbewohner seien jedoch allein lebende Senioren, sagt Silvia Schäffer-Gemein vom GeoHealth Centre am Uniklinikum Bonn. »Innerhalb von Köln gibt es mitunter Temperaturunterschiede von bis zu zehn Grad, da stark bebaute Flächen nachts schlechter auskühlen«, so Schäffer-Gemein.

Auch die Wohnsituation und der soziale Status bestimmen, wie sehr Menschen unter Hitzewellen leiden: In grünen, dünner besiedelten Bezirken werde die Belastung als weniger stark empfunden als etwa in Hochhaussiedlungen wie im Stadtteil Chorweiler – denn die müssen improvisieren. »Menschen aus Chorweiler haben erzählt, dass sie ihre Fenster mit Schrankwänden vom Sperrmüll verschatten«, sagt Schäffer-Gemein.

Johanna Jürgens, Philipp Kollenbroich ■

Tödliche Temperaturen

Hitzebedingte Sterbefälle in Deutschland, Schätzung



Quelle: Deutsches Ärzteblatt

Flexibel bleiben.

Lesen Sie den SPIEGEL,
solange Sie möchten.

Flexibel bleiben. Kurze Laufzeit, monatlich kündbar

Über 8 % sparen. Für nur € 5,60 pro Ausgabe statt € 6,10 im Einzelkauf

Kostenloser Versand. Wöchentliche Lieferung frei Haus innerhalb Deutschlands

Noch mehr. Inklusive der Beilagen SPIEGEL Bestseller und SPIEGEL Geld

Einfach jetzt anfordern:

 **abo.spiegel.de/flexibel**

oder telefonisch unter 040 3007-2700
(Bitte Aktionsnummer angeben: SP-FLEX)



**Monatlich
kündbar**

Der Zins-Schock

Wird der Eigenheimkredit zur Falle?

Plus: Börsenbeben – warum jetzt ein Crash droht

Nach der Macht

KARRIEREN Julia Klöckner und Günter Krings haben bis vor einem halben Jahr mitregiert – sie als Ministerin, er als Parlamentarischer Staatssekretär. Dann verlor die CDU die Wahl, andere übernahmen.

Wie kommen die beiden in der zweiten Reihe klar? *Von Melanie Amann und Christoph Hickmann*

I. Loslassen

Der Nordeingang des Reichstagsgebäudes ist schon in Sichtweite, als ein Polizist sich dem Dienstwagen in den Weg stellt. Der Fahrer von Günter Krings fährt sein Fenster herunter, grüßt lässig: »Schönen guten Tag, Bundesinnenministerium.«

»Morgen, haben Sie eine Vorfahrtskarte?«, fragt der Polizist.

»Nein, leider nicht. Aber...« Der Fahrer zeigt in Richtung seines Passagiers. Er fährt doch hier den Staatssekretär.

»Tut mir leid, ohne Zufahrtskarte geht's ab hier nicht weiter.«

Ach, macht nichts. Günter Krings, fast zwei Meter groß, schwingt sich aus dem Auto und zieht seine Aktentasche aus dem Kofferraum. Dann eben zu Fuß, ein paar Meter an der frischen Luft. Während schwarze Limousinen an ihm vorbeierollen, marschiert Krings los.

Es ist der 26. Oktober 2021, der Bundestag konstituiert sich zur 20. Legislaturperiode. Krings ist wieder dabei, seit 2002 sitzt er im Parlament, und auf dem Papier ist er an diesem Tag auch noch Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium, unter Horst Seehofer. Doch er weiß schon, dass es damit bald vorbei ist. Seine CDU hat die Wahl verloren, Krings wird sein Amt verlieren. Dass er die letzten Meter zu Fuß geht, wirkt wie ein Vorgeschmack auf das, was kommt.

»Sie erwarten jetzt hoffentlich keine Tränen von mir«, wird er etwas später in seinem Bundestagsbüro sagen. Nein, keine Tränen, dafür ist Krings nicht der Typ. Krings kommt vom Niederrhein, er macht lieber Witze.

Es ist noch dunkel, ein früher Novembermorgen in Berlin-Mitte, um zehn nach sieben schiebt Julia Klöckner ihr Fahrrad aus der Einfahrt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Es bleiben 20 Minuten, um halb acht fängt der Gottesdienst für die Abgeordneten ihrer Fraktion an.

Klöckner fährt los, die Wilhelmstraße entlang durch den Berufsverkehr, hinter einem Laster her. Die Strecke ist nicht ganz ohne, die Wege für Radfahrer sind eng, aber Klöckner ist geübt, und vor allem will sie an diesem Morgen eine Botschaft senden: Ich brauch das alles nicht. Keinen Dienstwagen, keinen Fahrer. Und eigentlich auch die Macht nicht.

Denn auch Klöckner wird sie verlieren.

Die Koalitionsverhandlungen sind an diesem Morgen bereits in der Endphase, es gilt als sicher, dass die Ampel aus SPD, Grünen und FDP zustande kommt. Klöckner, 49, weiß, dass sie bald nicht mehr Ministerin sein wird, eine Woche vor dieser Fahrradfahrt hat sie in ihrem Ministerinnenbüro darüber geredet, hat Bilanz gezogen, aufgezählt, was sie in ihrer Amtszeit alles erreicht habe. Dann hat sie eine Frage gestellt: »Was macht eigentlich eine gute Politikerin aus?«

Sie hat die Frage selbst beantwortet. »Das hat sich bei mir über die Jahre verändert. Früher dachte ich, Politiker müssen sich überall sehen lassen und einbringen, da habe ich kaum einen Parlamentarischen Abend ausgelassen. Heute glaube ich, dass eine gute Politikerin erst mal in sich selbst ruhen muss. Und da bin ich auf einem guten Weg.«

Vor gut einem halben Jahr hat sich in Berlin, hat sich in der Republik etwas vollzogen, das in Demokratien selbstverständlich ist, in vielen Ländern der Welt allerdings nicht: ein Machtwechsel, herbeigeführt durch eine Wahl, geordnet, friedlich.

16 Jahre lang hat die CDU, die Partei von Klöckner und Krings, die Kanzlerin gestellt, die Macht gehabt. Nun sind die anderen dran. Man muss sich das vorstellen, als wäre jemand mit einem gewaltigen Vertikutierer durchs Regierungsviertel gepflügt.

Es gibt 13 neue Ministerinnen und Minister, 23 neue beamtete Staatssekretärinnen und Sekretäre, von 37 Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Sekretären sind 32 neu. Und das sind nur die Spitzenposten, drum herum gibt es neue Referentinnen, Büroleiter, Redenschreiberinnen, Pressesprecher, während die alten sich neue Jobs suchen mussten. Es war ein großes Stühlerücken, nicht für jede und jeden war am Ende noch ein Stuhl da.

»Uns Frauen fällt es einfach leichter, neu anzufangen.«

Julia Klöckner

»Ab jetzt kann es nur noch bergab gehen.«

Günter Krings

So sieht es aus, wenn man von oben draufguckt, aber für jede Einzelne, jeden Einzelnen geht etwas zu Ende, ein bedeutender Abschnitt, für viele der Höhepunkt ihrer Laufbahn. Niemand muss hier um seine Existenz fürchten, aber der Umgang mit dem Machtverlust gehört zu den schwierigsten Disziplinen der Demokratie.

Es gibt Menschen, die ihn gut bewältigen, so wie Angela Merkel, von der man seit ihrem Auszug aus dem Kanzleramt wenig gehört hat, jedenfalls kein Wehklagen, kein Grummeln. Andere kriegen das nicht so gut hin.

Krings und Klöckner, ein Parlamentarischer Staatssekretär und eine Ministerin: Beide verlieren ihr Amt, beide bleiben als Abgeordnete in Berlin, treten aber in die zweite Reihe zurück. Sie sind jetzt in der Opposition, sie haben das beide schon mal erlebt, von 2002 bis 2005. Außer ihnen wissen überhaupt nur noch 37 der 197 Unionsabgeordneten, wie sich das anfühlt.

Klöckner und Krings sind lange dabei, aber noch viel zu jung für die politische Rente. Wie gehen sie mit dem Machtverlust um?

II. Ankommen

Von seinem Büro im Bundesinnenministerium aus hatte Günter Krings immer eine besondere Aussicht. Er konnte von dort den Hubschrauberlandeplatz sehen, von dem aus Angela Merkel regelmäßig die Hauptstadt verließ. Fliegen, mit dem Hubschrauber, auch so ein Symbol der Macht. Krings selbst ist in seinen acht Jahren als Staatssekretär manchmal mit einem Helikopter der Bundespolizei geflogen.

Es ist Anfang Dezember, Krings sitzt noch immer in diesem Büro, er muss bald hier raus, aber noch hat er nichts ausgeräumt. Im Regal steht ein original verpacktes Teeservice, das eine Delegation aus dem japanischen Innenministerium mitgebracht hat. Im kleinen Kühlschrank stehen noch ein paar Flaschen, und in der Tür steht ein Noch-Referent und grüßt höflich.

»Den versetzen die jetzt in den Keller«, sagt Krings. Wieder so ein Witz, wenn auch womöglich mit einem wahren Kern.

Will er den Referenten nicht mitnehmen in sein neues Leben?

»Ja, wie denn?«, ruft Krings. »Wohin denn?!«

Es gibt ja kaum noch Stellen zu verteilen.



Abgeordnete Klöckner, Krings in ihren Wahlkreisen: Noch viel zu jung für die politische Rente



Krings ist zwar bald kein Staatssekretär mehr, dafür bleibt er Chef der nordrhein-westfälischen Landesgruppe in der Unionsfraktion. In dieser Funktion ist er gerade sehr gefragt.

Die Landesgruppenchefs, intern Teppichhändlerrunde genannt, verteilen die Posten in der Fraktion, in den Ausschüssen, sie handeln aus, wer Vizepräsidentin des Bundestags werden darf. Für eine Oppositionspartei ist das umso wichtiger, weil diese Posten die einzigen sind, die es überhaupt noch zu verteilen gibt.

»Ich würde sagen, ich bin jetzt auf dem Höhepunkt meiner Popularität«, sagt Krings. »Ab jetzt kann es nur noch bergab gehen.«

In der Woche nach diesem Treffen wird die neue Regierung vereidigt, dann werden sich die Ausschüsse des Bundestags konstituieren, Krings muss jetzt liefern, möglichst viele Posten für seine Leute. Viele wollen versorgt werden, in der NRW-Landesgruppe sitzen ehemalige Minister, ehemalige Staatssekretäre, ein früherer CDU-Generalsekretär. Und Armin Laschet, also ein gescheiterter Kanzlerkandidat. Alle wollen eine möglichst interessante, vielleicht sogar herausgehobene Aufgabe.

Eine SMS, Krings greift zum Handy, liest, rollt die Augen.

»Hören Sie sich das mal an: »Lieber Günter! Ich könnte mir auch gut einen stellvertretenden Fraktionsvorsitz vorstellen. Können wir bitte mal sprechen. Liebe Grüße...««

Krings schaut auf. »Ich sag jetzt nicht, wer das war oder aus welcher Landesgruppe. Aber da fällt mir echt nichts mehr zu ein.« Manche Leute dächten, nur weil das Schicksal oder der Parteiproporz sie irgendwann mal in eine Spitzenposition gebracht hat, gehörten sie da für immer hin.

Krings ist jetzt ein Manager des Machtverlusts. Das hilft, weil es von seinem eigenen Verlust ablenkt, aber es ist auch unangenehm. Krings muss Leute enttäuschen, vor den Kopf stoßen. Zur Entspannung schaut er »House of Cards«, die britische Ursprungsfassung, eine Serie, in der es um nichts anderes geht als die Macht, wie man sie erobert, verteidigt, zurückerobert.

Er freue sich, sagt Krings, wenn er in den Dialogen Shakespeare-Zitate entdecke.

Im Februar sitzt Julia Klöckner am Steuer ihres Mini Cooper und sagt: »Die Leute sind oft abgeschreckt, wenn man mit einer Riesenkarte vorgefahren wird, mit dunklem Dienstwagen. Hier kennen mich die Leute als die Julia. Sie kennen das fast gar nicht anders, als dass ich selbst hinterm Steuer sitze.«

Klöckner fährt durch ihren Wahlkreis, vom Bahnhof in Bad Kreuznach geht es nach Idar-Oberstein, sie will dort einen Hospizdienst besuchen, später am Tag wird sie noch eine Apotheke besichtigen, in einem Schnellimbiss einkehren und dessen hausgemachte Produkte loben, außerdem eine Firma besuchen, die ihren Standort verlegen will. Einmal Wahlkreispflege, das volle Programm.

Klöckner hat von 2002 bis 2011 im Bundestag gesessen, dann ging sie, bevor sie als

Markus Hintzen / DER SPIEGEL

Markus Hintzen / DER SPIEGEL

Ministerin für Ernährung und Landwirtschaft nach Berlin zurückkehrte, nach Rheinland-Pfalz in die Landespolitik. Erst seit der Wahl im September gehört sie wieder dem Bundestag an. Deshalb, sagt sie, mache sie jetzt als neue Abgeordnete auch Antrittsbesuche bei allen Bürgermeistern im Wahlkreis. »Natürlich kennen wir uns eigentlich alle. Aber es sind neue Themen hinzugekommen.«

Zwei Monate und zwei Tage vor dieser Fahrt hat sie das Ministerium an ihren Nachfolger übergeben, Cem Özdemir von den Grünen. Sie hat den »lieben Cem« begrüßt, »ganz herzlich«, hat mit seiner Frau geplaudert und dann mit ihm das Buffet eröffnet. »Würdevoll und fair« solle die Übergabe laufen, hat Klöckner gesagt. Das ist ihr gelungen.

Wie geht es ihr mittlerweile?

»Ach, wissen Sie«, sagt Klöckner am Steuer, »ich glaube, uns Frauen fällt es einfach leichter, neu anzufangen und nicht so viel zurückzuschauen. Außerdem habe ich ja auch Freiheit zurückgewonnen.«

Welche Freiheit?

»Ich kann jetzt zum Beispiel wieder im Auto Lieder aus dem Radio mitsingen oder mit meinen Freundinnen telefonieren, über alles reden«, sagt sie. »Das geht ja nur, wenn Sie alleine im Auto sitzen.«

Klöckner sagt viele solche Sätze, sie wirkt immer fröhlich, optimistisch, es ist fast ein bisschen unheimlich. Was bei Krings die Witze sind, ist bei Klöckner diese positive Unerschütterlichkeit, und man fragt sich, ob sie gnadenlos gut darin ist, ihr Innerstes im Innern zu bewahren. Oder ob dies ihr Innerstes ist. Ob Klöckner eine Demokratin ist, an der sich manche ein Beispiel nehmen könnten.

»Es wird jetzt auch nicht mehr jedes Ausatmen und jeder Halbsatz von mir registriert«, sagt sie einmal. »Ich war ja teilweise damit beschäftigt, Zitate richtigzustellen, die ich nie gesagt hatte.«

Klöckner hat als Ministerin allerdings auch Sachen gemacht, für die sie nachweislich selbst verantwortlich war. Zum Beispiel ein Video mit dem Deutschlandchef von Nestlé, der seinen nicht ganz unumstrittenen Konzernen dafür loben durfte, dass er in seinen Produkten Zucker, Fett und Salz reduziert hat.

III. Weitermachen

Günter Krings sagt, der Posten des Parlamentarischen Staatssekretärs sei ihm nicht sehr wichtig gewesen. Er habe sich sogar Bedenkenzeit ausbedungen, als Angela Merkel ihm den Job nach der Wahl 2013 angeboten hatte. »Damit sind Sie wirklich der Erste«, habe Merkel verblüfft gesagt.

Er blieb acht Jahre. Das ist eher lang für einen Posten, der einem nicht sehr wichtig ist.

Es gibt kaum einen Politiker, der im Gespräch nicht behaupten würde, er könne auch ohne die Politik leben. Meist folgt eine Aufzählung der vielfältigen sonstigen Interessen, aber am Ende bleibt die Politik das Wichtigste, alles andere leitet sich davon ab. Martin Schulz erzählte, noch bevor er SPD-Kanzler-



Landwirtschaftsministerin Klöckner 2018



Parlamentarischer Staatssekretär Krings 2021

kandidat wurde, dass er das alles nicht brauche, jederzeit aufhören könne und eine Biografie über Karl V. schreiben werde. Er wurde dann noch Kanzlerkandidat und Bundestagsabgeordneter, mittlerweile ist er Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Günter Krings ist Anwalt, Honorarprofessor, Vorstandsmitglied der Deutsch-Amerikanischen Juristen-Vereinigung, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung. Er liest viel, raucht Pfeife. Krings ist 52 Jahre alt, er könnte jetzt Dinge mit seinem Leben anfangen, für die bislang keine Zeit war.

Krings führt aber weiterhin den CDU-Bezirk Niederrhein, sitzt im Vorstand der NRW-CDU und im Bundestag. Dort kümmert er sich mittlerweile um Rechtspolitik, nicht mehr um Innenpolitik, weil es parlamentarischer Usus ist, dass ehemalige Minister und Staatssekretäre sich ein neues Fachgebiet suchen.

Krings macht weiter, immer weiter. »Mit der Rechtspolitik kann ich jetzt vielleicht sogar wirksamer und sichtbarer sein als vorher«, so hat er das kurz vor seinem Auszug aus dem Innenministerium gesagt.

In den Monaten danach geht zumindest die Sache mit der Sichtbarkeit nicht wirklich in Erfüllung. Ende März etwa redet er im Bundestag zum Justizhaushalt, es ist keine schlechte Rede, aber im Plenum sind nur die vorderen Reihen besetzt, der Applaus seiner Fraktion klingt deshalb dünn.

In seinem Büro im Innenministerium stand Krings' Plakat für seinen ersten Bundestagswahlkampf, gerahmt, »ein Bild aus glückli-

chen Tagen«, so nannte er es. Krings trägt darauf noch eine randlose Brille und steht lächelnd vor einer Kirche in Rheydt, einem Stadtteil von Mönchengladbach. Dazu der Slogan: »Wir Krings hin«.

Im Bundestagsbüro ist dafür kein Platz mehr, dort hängt schon das alte Schwarz-Weiß-Wahlplakat seines Vaters, der Ratsherr in Wickrath war, natürlich auch für die CDU.

Vielleicht liegen manche Dinge auch so sehr im Blut, in der Familie, dass es gar nicht anders geht. Dass man weitermachen muss.

In Berlin-Mitte, gleich neben dem Haus der Bundespressekonferenz, steht ein neues Gebäude für Abgeordnete, es sieht ein bisschen aus wie ein Legohaus, containermäßig, schnell hochgezogen. Im vierten Stock hat Julia Klöckner jetzt ihre Bundestagsbüros, außerdem sitzt hier die Arbeitsgruppe Wirtschaft in der Unionsfraktion. An einem Freitag im April steht Klöckner dort und sagt: »Hier arbeiten wir jetzt an der wirtschaftspolitischen Linie der CDU im Bundestag.«

Klöckner hat neue Aufgaben, das ist ihr wichtig. Im Januar wählte die CDU sie zur Bundesschatzmeisterin. Das ist, einerseits, einer der wenigen verbliebenen Spitzenposten – andererseits aber einer, den man normalerweise nicht wahrnimmt. Klöckners Vorgänger hieß Philipp Murmann.

Schatzmeister bekommen meist ziemlich gute Wahlergebnisse, weil niemand so richtig etwas gegen sie haben kann. Julia Klöckner bekam nicht einmal 80 Prozent.

Klöckner ist nun außerdem wirtschaftspolitische Sprecherin der Unionsbundestagsfraktion, sie leitet die Arbeitsgruppe. »Das ist noch mal ein ganz neuer Bereich, in den ich mich breiter und tiefer einarbeiten kann«, sagt sie. Das sei »bereichernd«. Allerdings gibt es über ihr noch einen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, der für das Thema Wirtschaft zuständig ist: Jens Spahn.

Klöckner zählt auf, was ihr neues Reich umfasst: Zusammen mit ihren Abgeordnetenbüros sind es hier, im Legohaus, sechs Büros plus Sitzungssaal, zwei volle Referentenstellen, zwei Vorzimmerkräfte, dazu kommen ihre Mitarbeiter als Abgeordnete, in Berlin und im Wahlkreis und dann noch ein paar Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle, in der Funktion der Schatzmeisterin. Klöckner macht in der Arbeitsgruppe täglich eine Morgenlage, so wie im Ministerium. Da arbeitet eben allerdings um die 900 Menschen unter ihr.

Klöckner erzählt von Anträgen, die sie in dieser Woche durch die Bundestagsfraktion gebracht hat, es ging um den Einzelhandel, ein Freihandelsabkommen, um ein Sofortprogramm für die Wirtschaft. Das Problem ist nur, dass die Union in der Opposition ist, die Anträge im Plenum also in der Regel abgelehnt werden. Die Frau, die vier Monate vorher noch Ministerin war, produziert jetzt für den Papierkorb.

»Ach, da reg ich mich nicht drüber auf«, sagt Klöckner. »Das ist eben der Mechanis-

mus. Positionen zu erarbeiten heißt auch, vorbereitet zu sein, für die nächste Regierungsübernahme.« Und man könne die aktuelle Regierung damit »treiben«.

Etwas später sagt sie: »Ich hab nicht weniger zu tun als vorher. Nur anders.«

Wahrscheinlich ist das schon eine Menge: genug zu tun zu haben, auch jetzt noch.

IV. Der letzte Termin

Es ist Ende Juni, das erste halbe Jahr nach dem Machtwechsel ist vorbei, die parlamentarische Sommerpause naht. Ein letzter Termin, diesmal gemeinsam, beide sitzen im Büro von Günter Krings.

Was haben Sie im vergangenen halben Jahr gelernt?

»Ich fahre nicht gern selbst Auto«, sagt Krings, »ich bin oft in Gedanken und lese gern im Auto. Aber ich habe jetzt gemerkt, allein im Auto zu sitzen, das hat auch was.«

»Gelassenheit«, sagt Klöckner. »Ich schaue manchen Abgeordneten zu und sehe, wie sie um jeden Halbsatz kämpfen, um jeden Zentimeter. Verständlich. Aber das ist verschwendete Energie.«

Was haben Sie erreicht?

»Dass wir uns in der Fraktion nicht komplett zerstritten haben«, sagt Krings. »Nicht zerlegt im Kampf um die wenigen Positionen.«

»Dass wir in der Opposition nicht zu reißerisch geworden sind«, sagt Klöckner. »Von

»Nicht mehr jeder Halbsatz von mir wird registriert.«

Julia Klöckner

»Man will ja konstruktiv sein.«

Günter Krings

der Union erwartet man ja, dass sie auch in der Opposition staatstragend bleibt und nicht die ganz schrillen Töne anschlägt.«

Es klingt seltsam klein nach diesem halben Jahr. In Europa herrscht Krieg, der Kanzler hat eine Zeitenwende ausgerufen, es geht um Selbstbild und Selbstachtung des Westens. Und in der CDU sind sie froh darüber, dass es keinen Streit in der Fraktion gab.

Aber vielleicht ist das in diesen Zeiten eine Art Vorrecht der Opposition: die ganz großen Fragen nicht beantworten zu müssen. Kann es befreiend sein, nicht die Macht zu haben?

»Ich gebe zu, als Reflex hab ich diesen Gedanken schon mal gehabt«, sagt Krings. »Aber das schieb ich dann zur Seite, das ist ja keine verantwortliche Haltung. Man will ja konstruktiv sein und sich nicht verkriechen.«

Klöckner sagt: »Nein, das ist keine Befreiung. Das können die Linkspartei oder die AfD machen, dass sie sich wegduckten, aber von uns wird doch erwartet, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden. Was wäre denn los gewesen, wenn wir bei den 100 Milliarden für die Bundeswehr nicht mitgestimmt hätten?«

Es wäre was los gewesen, klar, aber nach zwei Tagen wäre das alles am Kanzler hängen geblieben, an der Regierung. Die Union hätte die nächste Forderung erheben können. Das ist das Privileg der Machtlosigkeit.

Nach der Sommerpause wird es weitergehen, Klöckner wird Anträge schreiben, Krings wird Reden halten, die große Maschine der Demokratie wird weiter laufen. Nur dass Klöckner und Krings jetzt nicht mehr zu den größten Rädern gehören.

Wie motiviert man sich da?

Krings sagt: »Am besten mit Freude an treffender Kritik und guten Ideen und dem Willen, damit wieder in die Regierung zu kommen.«

Zurück an die Macht also.

Klöckner sagt, sie ziehe ihre Motivation aus der Sache. »Das kann mir keiner nehmen.«

Am Tag zuvor hat sie im Bundestag geredet, es ging um einen Antrag der Union mit dem Titel »Teuerspirale beenden«. Das Protokoll verzeichnete »Beifall bei der CDU/CSU«.



von **Kuscheln**

nach **Muscheln**

Kinder bis 14 J.
**fahren
kostenlos
mit***

Urlaub macht man mit der Bahn.

bahn.de/entdeckedeutschland

* Reisende ab 15 Jahren können im ICE/IC/EC bis zu 4 Kinder im Alter bis 14 Jahre kostenfrei mitnehmen, ohne mit ihnen verwandt sein zu müssen. Diese müssen bei der Buchung der Fahrkarte mit angegeben werden.

Ostfriesische Inseln



Schleichen nach Plan

MOBILITÄT Gerade in Ferienzeiten nerven notorische Verspätungen und Zugausfälle jeden Tag Tausende Bahn-Kunden. Interne Dokumente des Konzerns zeigen nun: Das Schienennetz ist wohl in einem noch schlechteren Zustand als bekannt.

Es gibt ein Dokument, das jede Lokführerin und jeder Lokführer in Deutschland zum Dienst bekommt, gedruckt oder digital. Die vertraulichen Schreiben tragen den sperrigen Titel »Tages-La | Zusammenstellung der vorübergehenden Langsamfahrstellen und anderen Besonderheiten«. Sie beeinflussen, aufgeteilt in fünf Regionen, den deutschen Schienenverkehr und damit die Reisepläne und das Leben von Millionen Reisenden in Deutschland wohl mehr als jeder Fahrplan.

In diesen Dokumenten wird jeden Tag unter anderem vermerkt, wo und weshalb im deutschen Netz ein Zug nicht so schnell fahren darf wie vorgesehen. Es sind diese Bummelstrecken, die Fahrpläne zur Theorie machen und Planungen ins Chaos stürzen können.

Die Bahn hütet die Rundbriefe wie ein Staatsgeheimnis. Der SPIEGEL konnte diese Dokumente nun auswerten. Die Recherche legt nahe, dass es um die Zuverlässigkeit des Schienennetzes möglicherweise schlechter steht, als es der Staatskonzern bislang seinem Eigentümer, dem Bund, bekannt gegeben hat. Die Probleme der Bahn, die derzeit jeden Tag Tausende Menschen in Deutschland zu spät an ihr Ziel kommen lassen, sind offenbar noch größer als gedacht.

»Langsamfahrstellen« heißen im Bahn-Jargon die Netzabschnitte, auf denen die Lokführerinnen und Lokführer nicht mit der eigentlich vorgesehenen Geschwindigkeit fahren können. Manchmal müssen sie auch verlangsamen, so wie Autofahrerinnen, die eine beschädigte Straße passieren wollen. Es

gibt zwei Arten von Langsamfahrstellen. Solche, die immer bestehen, zum Beispiel bei einer engen Kurve. Und solche, die vorübergehend auftreten. Etwa um die Arbeiterinnen auf dem Nachbargleis nicht zu gefährden, wenn auf der Strecke gebaut wird – oder die entstanden sind, weil die Infrastruktur in einem schlechten Zustand ist.

Ein Lokführer kann anders als ein Autofahrer zum Verlangsamten nicht einfach kurz aufs Bremspedal drücken, weil das Beschleunigen und das Verringern der Geschwindigkeit schwerer Züge viel länger dauert als bei Straßenfahrzeugen. Deshalb hat das Langsamfahren oft gravierende Auswirkungen auf das ganze Netz. Denn bei der Bahn hängt vieles zusammen, An- und Abfahrtszeiten der Züge sind aufeinander abgestimmt. Und so kann eine Verspätung in Bremen die Zuverlässigkeit der Bahn bis nach München beeinträchtigen.

Welch große Probleme die Bahn mitunter hat, können zurzeit viele Fahrgäste erleben, die in diesem Sommer mit dem 9-Euro-Ticket durch die Gegend fahren. Tagtäglich verspäten sich Züge, bleiben unvermittelt auf offener

Strecke stehen, erreichen nie ihr Ziel. Ein Grund ist der katastrophale Zustand des Schienennetzes. Immer mehr Güter-, Nah- und Fernverkehrszüge fahren häufig auf überalterten, teilweise schlecht gewarteten Schienen.

Wie weit die Bahn von einem »Hochleistungsnetz« entfernt ist, das Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) und Bahnchef Richard Lutz vor ein paar Wochen versprochen haben, zeigen beispielhaft die Langsamfahrberichte, die dem SPIEGEL vorliegen. Am Freitag, dem 3. Juni waren es den SPIEGEL-Auswertungen zufolge 331 Langsamfahrstellen, die den Bahnverkehr in Deutschland ausbremsen. Die Fahrvorschriften an jenem Tag zeigen allein mehr als 60 Langsamfahrstellen, die auf Mängel zurückzuführen sind: schadhafte Brücken, defekte Signale und Bahnübergänge, Schäden am Gleis. Mängel wohl gemerkt, die die Bahn noch nicht vollständig beseitigen konnte. 123 Bummelstrecken lagen an Baustellen, bei 71 nennt die Bahn als Begründung »sonstiger Grund«.

Diese Zahlen allerdings liegen weit höher als jene, die das Unternehmen der Bundesregierung kommuniziert, wie man aus einer parlamentarischen Anfrage herauslesen kann. Im Mai, vor der Einführung des 9-Euro-Tickets, fragte die Grünenfraktion im Bundestag beim Verkehrsministerium nach der Zahl der Langsamfahrstellen im Land. Unter Berufung auf Daten der DB Netz AG antwortete das Ministerium: »Im Vergleich von 2016 zu 2021 ist die Anzahl der Langsamfahrstellen annähernd gleich geblieben (2016: 485; 2021: 476). Aktuell (April 2022) gibt es 189 Langsamfahr-

Von 331 Langsamfahrstellen bestehen 225 seit mehr als einem Monat, einige seit mehr als fünf Jahren.

stellen (+14 Stück aus der Hochwasserkatastrophe/Auswirkungen aus den Sturmschäden u. a. Sturmtief Bernd).«

Die Deutsche Bahn erklärt diese Abweichung damit, dass die Daten, die dem SPIEGEL vorliegen, nicht mit den ihren vergleichbar seien. Die Bahn meldet dem Bund »ausschließlich die mängelbedingten Langsamfahrstellen, die aufgrund von Modernisierung und Instandhaltung der Infrastruktur erforderlich sind«. Diese Systematik ist tatsächlich so mit dem Bund vertraglich vereinbart.

Weiter antwortet das Verkehrsministerium auf die Frage der Grünen, die DB Netz AG werde bis zum Start des 9-Euro-Tickets 39 Problemstellen beseitigt haben.

Dass tat sie offenbar nicht. Die Daten legen nahe, dass vor dem Start des 9-Euro-Tickets Langsamfahrstellen dazugekommen sind. Außerdem dauert es teilweise sehr lange, bis Einschränkungen behoben werden. Von 331 Langsamfahrstellen bestehen 225 seit mehr als einem Monat, davon einige seit mehr als fünf Jahren – mit fatalen Folgen.

So kann beispielsweise ein Streckenabschnitt von 900 Metern in Mockrehna nordöstlich von Leipzig je nach Weichenstellung nur mit höchstens zehn Kilometer pro Stunde befahren werden – seit bald 22 Jahren. Bei Dortmund lähmt eine marode Brücke seit nahezu einem Jahr den Bahnverkehr und drosselt die Züge auf Tempo 20. Fast immer leer bleibt in den Dokumenten eine Spalte, nämlich die mit dem Titel: »außer Kraft ab«. Ob und wann Mängel behoben werden, ist meist unklar.

Wie gefährlich Schäden an der Bahninfrastruktur sein können, zeigte sich womöglich just am 3. Juni. An dem Tag, auf den die Bahndokumente, die dem SPIEGEL vorliegen, datiert sind, kam es bei Garmisch-Partenkirchen zu einem schweren Eisenbahnunglück. Die Ursache des Unfalls mit 5 Toten und fast 70 Verletzten wird noch untersucht. Doch deutet bereits einiges darauf hin, dass auch hier der desolate Zustand der Gleise Ursache sein könnte.

In einem Dokument aus dem Verkehrsausschuss des Bundestages, das sich mit dem Unglück befasst, ist von »zum Teil vorgeschädigten Betonschwellen« die Rede, die einen »Verlust der Spurführung« ausgelöst haben könnten und die Doppelstockwagen aus den Gleisen springen ließen. Bemerkenswert ist auch: Nach dem Unglück tauchen im Verzeichnis der Langsamfahrstellen »für die Region Süd« plötzlich mehr als 50 neue Streckenabschnitte auf mit der Begründung »Oberbaumangel«.

Die Deutsche Bahn verweist auf Nachfrage auf eine Fülle von Ursachen, die zur eklatanten Zahl der Langsamfahrstellen führen. Dass eine Strecke in dem täglichen Lokführerdokument eingetragen sei, bedeute nicht, »dass es sich um Langsamfahrstellen mit Blick auf die Infrastruktur handelt«, heißt es. Diese Berichte gäben »nur ein Bild darüber, welchen vielfältigen auch externen Einflüssen

der Bahnverkehr unterliegt«, so eine Konzernsprecherin.

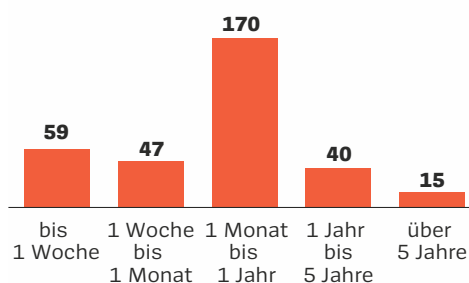
Nach ihrer Darstellung treten viele Langsamfahrstellen nur kurzzeitig auf, »nach wenigen Minuten oder Stunden können sie bereits wieder aufgehoben sein«. Insgesamt sei es Ziel des Konzerns, »Langsamfahrstellen im Netz auf ein absolutes Minimum zu reduzieren, und so agieren wir auch«, sagte die Sprecherin. »Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir dabei in vielen Fällen externen Einflüssen und Regularien unterliegen.«

Die Pflichten der Bahn für die Instandhaltung ihrer Schieneninfrastruktur sind in einem Vertrag mit dem Bund geregelt, genannt »Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung III«. Danach stehen der Bahn bis 2030 insgesamt 86 Milliarden Euro zu, 62 Milliarden davon trägt der Bund, den Rest die Bahn. Dieses Regelwerk klärt auch, welche Langsamfahrstellen die Bahn melden muss, und hier finden sich tatsächlich zahlreiche Ausnahmen zugunsten des Konzerns, etwa wenn die Einschränkung seit weniger als 100 Tagen besteht. Dann wird dieser Streckenabschnitt auch nicht in die Berechnung des »ThFzv«, des »theoretischen Fahrzeitverlusts«, eingerechnet, der die Verspätungen der Bahn prognostiziert. Den tatsächlichen Zeitverlust erleidet die Kundschaft trotzdem.

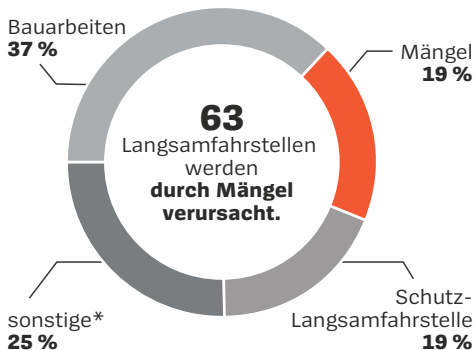
Eile mit Weile

Langsamfahrstellen der Bahn am 3. Juni 2022, Auswertung interner Angaben

Dauer der Beeinträchtigungen



Ursachen der Langsamfahrstellen der 331 Abschnitte



* beinhaltet »sonstiger Grund« und weitere Angaben, z. B. Reisendensicherung, eingeschränkte Sicht

5-Quelle: eigene Auswertung der internen »Tages-La Zusammenstellung der vorübergehenden Langsamfahrstellen und anderen Besonderheiten« der Deutschen Bahn vom 3.6.2022

Christian Böttger, Bahnexperte und Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin, kritisiert diese Praxis. Das Problem, dass die Bahn dem Bund nur einen Teil der Probleme melden muss, sei im Verkehrsausschuss des Bundestages schon 2008 und 2014 breit thematisiert worden. »Verkehrsausschuss und Ministerium haben diese Warnungen ignoriert«, kritisiert Böttger. »Deshalb sind die DB-Berichte zur Infrastrukturqualität seit Jahren recht positiv, obwohl sich der Zustand der Infrastruktur verschlechtert.«

Auch Matthias Gastel, Bahnpolitiker der Grünen, ärgert sich seit Jahren über die Langsamfahrstellen im Bahnnetz. Es sei »die Aufgabe des Bundes und der DB Netz AG«, die Sache zu beschleunigen und dafür zu sorgen, dass neue entweder gar nicht entstehen oder schnell repariert werden. Es sei zudem absehbar, dass die vorgesehenen Mittel für Ersatzinvestitionen des Bundes »möglicherweise nicht ausreichen«.

Schlechte Nachrichten für Volker Wissing, der das große Aufräumen bei der Bahn zur Chefsache erklärt hatte. Mit seinen Plänen für eine eigene Koordinierungsstelle zwischen Bahn und Ministerium hatte der Liberale den Aufsichtsratsvorsitzenden so erzürnt, dass dieser seinen Rücktritt bekannt gab.

Das Problem wird noch durch einen alten Trick der Bahn verschärft: Sie übernahm früher einige der mängelbedingten Langsamfahrstellen einfach in den Fahrplan. Die Verspätungen wurden von einem Tag auf den anderen für planmäßig erklärt. »Im Einzelfall gibt es gute Gründe dafür, man kann sich des Eindrucks aber nicht erwehren, dass bei den Langsamfahrstellen immer wieder geschönt wurde«, sagt einer, der die Infrastruktur des Konzerns gut kennt und lange Zeit Führungskraft bei der Bahn war.

Für den Bahnexperten bestätigen die SPIEGEL-Recherchen, wovon er seit Jahren warne: die völlige Überlastung des Systems. Und die Langsamfahrstellen seien dabei auch ein Faktor. »Viel schlimmer ist«, so der Experte, »dass zu viele Züge auf zu wenig Infrastruktur verkehren. Der Fahrplan kann nicht mehr heilen, was die Infrastruktur nicht hergibt. Ein besonderes Problem sind dabei die Kapazitätsengpässe auf den Bahnsteigen und beim Güterverkehr.«

Gibt es eine bessere Lösung? Hilfreich wären mehrere Hundert kleine Projekte, die die Netzstabilität garantieren sollen und gleichzeitig angegangen werden müssten. Etwa wie in der Schweiz, die ihr Bahnnetz dadurch signifikant verbessert hat.

»Für Deutschland wurde eine entsprechende Liste solcher Projekte bereits 2018 im Auftrag des Verkehrsministeriums erstellt«, so der Experte. Mit dem Regierungswechsel verschwand sie offenbar in irgendeiner Schublade, wo sie auf die weitere Bearbeitung wartet. Genauso wie die 331 Langsamfahrstellen bundesweit.

Serafin Reiber, Patrick Stotz

Zehn Menschen pro Tag

LEBENSENDE Er ist der letzte Begleiter der einsamen Toten. Wer allein stirbt in der Hauptstadt, wird von Bernd Simon unter die Erde gebracht. Mit einem Mindestmaß an Würde und für wenig Geld. *Von Guido Mingels*



Urnenräger Simon: »Meistens mach ich den letzten Gang ganz allein«

Vierzig Zentimeter. So viel beträgt der Abstand zum nächsten Verstorbenen. 40 Zentimeter Pietätsdistanz, in alle Richtungen, die Urnen von bis zu neun toten Berlinern passen auf einen Quadratmeter, hier, in den Gemeinschaftsgräbern auf dem Alten Domfriedhof in Berlin-Mitte, wo die Einsamen liegen, die Verlassenen oder Verarmten.

80 Zentimeter. So tief gräbt der Friedhofsgärtner, ein älterer Herr mit Kippe im Mund, die Öffnung mit seinem großen, zangenförmigen Erdlochausheber. Muss er nicht messen, die 80 Zentimeter, hat er schon lang im Gefühl. Er legt, damit das Loch nicht so nackt aussieht bei der Bestattung, ein Stück Kunstrasen drauf mit einer Öffnung in der Mitte, wo die Urne durchpasst.

»Meistens mach ich den letzten Gang ganz allein«, sagt Bernd Simon, der Urnenräger. In sieben von zehn Fällen komme niemand. Keine Angehörigen, keine Trauergäste, keine Menschenseele. Weil es keine gibt oder weil sie nicht wollen.

Simon ist der letzte Begleiter für Berlinerinnen und Berliner, die am Ende oder schon lange davor niemanden mehr haben im Leben. Ist kein Verwandter auszumachen, der ein Begräbnis organisiert und bezahlt, dann übernimmt von Gesetzes wegen der zuständige Stadtbezirk. »Ordnungsbehördliche Bestattung« heißt das im Amtsdeutschen. Und in Berlin finden diese überwiegend auf dem katholischen Alten Domfriedhof St. Hedwig in der Liesenstraße statt. Bei Bernd Simon.

10 Menschen begräbt er pro Tag, im 45-Minuten-Takt. 50 pro Woche, rund 2500 im Jahr. Um acht Uhr an diesem Tag, einem Mittwoch im Juni, war es zuerst Herr Wilde, dann um 8.45 Uhr Frau Wachowsky, um 9.30 Uhr Frau Brinkerink, um 10.15 Uhr Herr Wendt. Bei rund 37000 Verstorbenen in Berlin, wie in den letzten Jahren, ist es etwa jeder 15., dessen Überreste Bernd Simon unter die Erde bringt.

Er schaut auf die Uhr: Es ist Zeit. Um elf Uhr ist Frau Schleske dran.

Er geht in die Kapelle, in deren Mitte auf einem Podest bereits die Urne steht. Passende Musik, jetzt gerade etwas von Bach, klingt aus einem Lautsprecher, Simon hat eine CD zusammengestellt, die in Endlosschleife dreht. Der Bestatter, mit Weste, Krawatte und dunkelgrauem Anzug, wie er ihn bei jeder Witterung trägt, sagt »In Gottes Namen«, verbeugt sich und ergreift mit beiden Händen das Totengefäß. Dann geht er die wenigen Schritte zum Grab, lässt sehr langsam die Urne an ihrem Tragnet in die Erde sinken, erhebt sich und sagt »Ruhe in Frieden«.

Gleich wird der Friedhofsgärtner die nächste Öffnung stechen und mit dem neuen Aushub Frau Schleskes Loch zuschütten. Die handtellerkleinen, ovalen Schilder, auf denen später Name, Geburts- und Sterbejahr und eine Nummer stehen, fügen sich zu einem exakten Raster. Frau Schleske hat die Nummer 34.

Wie viele kommen in dieses Gemeinschaftsgrab? »Na, so viele wie eben reinpasse«, sagt Simon, 57, mit badischem Einschlag, »so 70, 80 Stück.«

Sterben wird einsamer in Deutschland. Vor allem in den Großstädten und besonders in einer Stadt mit vielen Alleinstehenden wie Berlin. Die Zahl der ordnungsbehördlichen Bestattungen ist hier in den vergangenen zehn Jahren gestiegen, von knapp 2000 im Jahr 2012 auf mehr als 2700 im letzten Jahr.

»Corona hat die Krise der deutschen Bestattungskultur zusätzlich beschleunigt«, glaubt Johann Hinrich Claussen, Kulturbbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland. In der Pandemie waren Trauerfeiern nur eingeschränkt oder gar nicht möglich, »und jetzt kommen die Trauergäste gar nicht mehr zurück«. Selbst in den »Normalfällen«, wo es durchaus Familie und Verwandte gäbe, bevorzugten diese immer häufiger einen »kurzen, schnellen, unpersönlichen Abschied«, ohne Ritus, ohne Worte, ohne Musik, so beobachtet es der Theologe.

Einerseits. Andererseits wächst das Angebot für aufwendige, individualisierte Beisetzungen, etwa für Menschen, die noch mal eine richtige Party samt Feuerwerk ausrichten lassen zum Abgang, die sich im Wald beisetzen oder im Meer verstreuen lassen oder deren Asche per Rakete in den Nachthimmel geschossen wird. Auch »queere Bestattungen« sind

möglich, damit, wie es beim Anbieter heißt, »Menschen im richtigen Geschlecht bestattet werden« und »ihre Namen und Pronomen auch im Tod selbst bestimmen dürfen«.

11.45 Uhr: Frau Unkrodt, 12.30 Uhr: Frau Schaefer, 13.15 Uhr: Frau Kusserow.

Bernd Simon weiß nichts über seine Toten, nur die Namen und Lebensdaten. Immer freitags werden sie gemeinsam aus dem Krematorium angeliefert, in großen grauen Plastikboxen, sieben Urnen pro Kiste. Simon bereitet die Gefäße dann für die Beisetzung vor, steckt sie in das Tragnet, es ist kompostierbar, ebenso wie die Urne selbst, »nach ein paar Jahren ist da nichts mehr übrig«. Vor der Bestattung legt er jeweils eine einzelne Blume auf die Urne, das gehört zum Service.

Es kommt vor, dass er noch still zu den Verstorbenen spricht, ihnen Fragen stellt, kürzlich etwa, als einer mit Jahrgang 1995 in den Boden ging, keine 30 geworden. »Mensch, hab ich zu dem gesagt, was ist passiert? Warum so früh?« Er habe auch ehemals Drogenkranke hier liegen, Obdachlose, Straßenpunks, »die leben oft nicht lang«. Die meisten aber, die er beerdigt, sind keine Randständigen, sondern Menschen, vielleicht zufällig kinderlos, die vergessen haben, die eigene Beisetzung rechtzeitig zu regeln.

Am schwierigsten seien die Babys, sagt Simon, die Totgeborenen, auch sie kommen manchmal ins Gemeinschaftsgrab, zu den Alten. Da steht dann meist nur »Säugling weiblich« oder »Säugling männlich« drauf, kein Vorname, bloß ein Familienname, manchmal nicht mal das, dazu derselbe Geburts- und Sterbetag. »Habe ich zum Glück nur ganz selten«, sagt Simon.

Mehr als 2700

ordnungsbehördliche Bestattungen wurden 2021 auf Berliner Friedhöfen durchgeführt.

Quelle: Senatsgesundheitsverwaltung

Gemeinschaftsgrab auf dem Alten Domfriedhof: Bis zu neun tote Berliner passen auf einen Quadratmeter

Bei Frau Schneider, Beisetzung 14 Uhr, passiert etwas Unerwartetes: Es erscheinen Trauergäste. Gleich mehrere. Dass ein Seniorenheim, wo ein Verstorbener vielleicht viele Jahre lebte, mal eine einzelne Pflegerin mit einem Strauß Blumen zum Begräbnis vorbeischickt, das komme schon ab und zu vor, sagt Simon – aber ganze Trauergemeinschaften seien ungewöhnlich.

Simon muss das jetzt regeln, er spricht mit den Leuten. Trauerfeiern sind zwar möglich bei ihm, müssen jedoch vorher angemeldet und extra bezahlt werden. Aber er macht eine Ausnahme. 15 Minuten bekommt die Gesellschaft mit der Urne in der Kapelle, die Anwesenden sind erleichtert. Es wird sogar ein Gedicht verlesen, Hermann Hesses »Besinnung«. Darin ist die Rede von »der Schöpfung gebrechlichstem Kind«, nämlich dem Menschen, dieser »zitternden Seele«, »des Leidens fähig wie kein anderes Wesen, und fähig des Höchsten: Gläubiger, hoffender Liebe«. Frau Schneider hat die Nummer 38.

»Es geht ums Geld«, sagt Hartmut Woite, und er muss es wissen. Der Chef des Billigbestatters Berolina ist 80 Jahre alt und seit mehr als 50 Jahren im Geschäft. Weil er der günstigste Anbieter ist, organisiert Berolina seit 2015 die ordnungsbehördlichen Bestattungen für alle zwölf Berliner Stadtbezirke. Sein Preis lag lange bei 150 Euro, doch in der Pandemie, als zusätzliche Hygienemaßnahmen nötig wurden, musste er erhöhen, auf 237 Euro pro Leiche.

Aus Sicht des Bezirksamts kommen noch die Kosten für das Krematorium und den Friedhof hinzu, knapp 1000 Euro gibt Berlin im Schnitt für eine ordnungsbehördliche Bestattung aus.

Die Leute von Berolina holen den Verstorbenen ab, ziehen ihn aus, kleiden ihn in ein einfaches Sterbehemd, legen ihn in einen Sarg, fahren ihn in die firmeneigenen Kühlhallen, »wo immer ein paar Hundert Sterbefälle liegen«. Dort, so Woite weiter, bleiben die Verbliebenen oft für mehrere Wochen, bis der Papierkram erledigt ist, dann erst folgt die Kremierung, schließlich die Beisetzung. Durch Bernd Simon.

Ein anderer Tag. Um acht Uhr Frau Reeder, dann Frau Hämmerle, Herr Friedrich, Herr Dölling, Frau Wehner, Frau Wolf, Frau Lucius, Herr Dorau, Frau Radatz, Frau Musikant. Ihre Namen hängen samt Bestattungszeitpunkt als Liste jede Woche



MILOS DILUTE / DER SPIEGEL

neu in einem Infokasten am Eingang des Friedhofs.

Es sind nicht nur die Einsamen, deren Abgang möglichst kostengünstig sein soll, sagt der Berolina-Chef. Auch private Auftraggeber – Söhne, Töchter, Ehepartner – buchen bei ihm gern die allerbilligste Variante: Einäscherung im Krematorium Vysočany in Tschechien, anonyme Beisetzung der Urne ebendort. Die Bestattung als Abschiebung. Niemand muss extra mit anreisen, kein Grab ist zu pflegen, es ist, als hätte es den Menschen nie gegeben.

Die Gesellschaft sei »kälter geworden«, sagt Woite. Einmal habe ein Angehöriger, der einen Verstorbenen abtransportieren lassen wollte, ihn am Telefon ermahnt, seine Leute sollten »eine große blaue Tüte« mitbringen für die Leiche, also einen Abfallsack. »Wir sind nicht die Müllabfuhr«, habe Woite ihm geantwortet.

Beim nächsten Toten kommt der gesetzliche Betreuer des Verstorbenen vorbei. Er kannte ihn seit 26 Jahren, regelte alles Finanzielle und Rechtliche für ihn, weiß alles über den Mann, der hier Siggie heißen soll. Und während gleich nebenan, wo einst die Mauer und der Todesstreifen lagen, jetzt eine S-Bahn auf ihrem Gleis vorbeizieht, erzählt der Betreuer bereitwillig Siggies unglückliche Vita, holt in Stichworten ein vergangenes Leben heraus aus den Reihen der Unbekannten.

Schwierige Kindheit in der DDR, der Vater soff und schlug und brachte sich schließlich um. Kinderheim, Dauerausreißer, Jugendwerkhof, Zwangsarbeit im volkseigenen Betrieb am Hochofen. Flucht in den Westen, immer wieder Gefängnis, dann Verrentung wegen psychischer Erkrankung. Alkoholismus, mehr als ein Dutzend Entziehungstherapien. Siggie habe viel Pech gehabt, sagt der Mann, aber er habe sich immer wieder aufgerappelt, habe trotz aller Widrigkeiten seinen Humor behalten. Am Ende waren die Arterien verschlossen, Herzschlag, mit 68. »Ich mochte ihn sehr«, sagt der Betreuer.

Wenn jemand anwesend ist beim Begräbnis, so wie jetzt bei Siggie, dann spricht Bernd Simon die Langversion seines Abschiedsspruchs, mit lauter Stimme und ernsthaftem Tonfall: »Jetzt bist du von uns gegangen, doch in unseren Herzen wirst du bleiben. Ruhe nun friedlich und sanft, in Gottes Hand.«

Simon kann klingen wie ein Priester, aber ein Heiliger ist er nicht. Er sagt, er könne sich gut einfühlen in die Unglücklichen und in ihre Geschichten vom Scheitern, wie er sie



Bestatter Simon, Friedhofsgärtner:
Keine Angehörigen,
keine Trauergäste,
keine Menschenseele

manchmal von Angehörigen erfährt. Weil er selbst lange ein kurvenreiches Leben führte, das mehr als einmal zu entgleisen drohte.

Genauer werden will er nicht. Schreiben darf man, dass er aus dem Schwarzwald kommt, dass er eigentlich Animator werden wollte, dass er sich einst als starr stehender Pantomime an Frankreichs Strandpromenaden verdingte, dass er es als semi-professioneller Dartspieler in die Oberliga schaffte, dass er später Wasch- und Spülmaschinen auslieferte, »aber das war schlecht für den Rücken«. Urnen sind leichter, bloß ein paar Kilogramm.

Er erlebe durchaus auch Schönes an seinem Arbeitsplatz. Einmal, so erzählt er, trafen sich zwei Söhne aus zwei Beziehungen eines Verstorbenen bei der Bestattung, sie waren sich noch nie zuvor begegnet und fielen einander in die Arme. Es gab schon Livemusik samt tanzenden Gästen am Gemeinschaftsgrab. Es gibt eine alte Dame aus der Nachbarschaft, die jeden Tag kommt, um eine Wildkatze zu füttern, zwischen den Gräbern.

Es kommt auch vor, dass Leute beim Friedhof anrufen und sagen, sie möchten bitte gern von keinem anderen als von ihm beerdigt werden. Seit Kurzem gibt es sogar einen kleinen, stillen, großartigen Dokumentarfilm über Bernd Simon namens »Alleingang«, der auf Festivals läuft.

»Bitte auf dem Friedhof kein Fahrrad fahren!«, ruft er jetzt einer Radfahrerin zu, die an der Kapelle vorbeidüst, sie antwortet nicht und fährt weiter.

Es ist schön auf dem Alten Domfriedhof. Viele prachtvolle historische Familiengräber reihen sich im Schat-

ten alter Bäume. Große Namen liegen hier auch begraben, Lorenz Adlon etwa, der Hotelier, James Cloppenburg, Mitgründer von Peek & Cloppenburg, und nebenan, auf dem angrenzenden Französischen Friedhof, ruhen Theodor Fontane und seine Frau Emilie.

Es entbehrt nicht der Poesie, dass die Gemeinschaftsgräber von Berlins einsam Verstorbenen der Gegenwart mitten in die abgelaufenen Grabstätten vermögender Familien der Vergangenheit zu liegen kommen. Hunderte Namen haben manchmal Platz auf der Fläche einer einzigen alten Ruhestätte. Reich und arm, im Tod eng gebettet.

Überhaupt: Man kann schlimmer liegen. Für den Berliner Linkenpolitiker Sebastian Schlüsselburg, der sich seit Jahren für ein »Mindestmaß an Würde bei ordnungsbehördlichen Bestattungen« in der Hauptstadt einsetzt, ist der Domfriedhof »geradezu vorbildhaft«, wie er sagt. Immerhin gibt es eine Art Zeremonie, auch wenn Bernd Simon sie allein ausführt. Immerhin gibt es ein Namensschild, was in vielen deutschen Städten, etwa in Hamburg, bei verwandtschaftslosen Verstorbenen nicht der Fall ist: Sie werden anonym auf der grünen Wiese begraben.

Es fragt sich ohnehin, was übler ist: allein bestattet zu werden, weil es keine Angehörigen gibt, wie auf dem Alten Domfriedhof bei Bernd Simon, oder allein bestattet zu werden, obwohl es Angehörige gibt.

Abschiedsfeiern jedenfalls werden ganz allgemein seltener. Für Hamburg nennt Volker Wittenburg, Geschäftsführer des Großhamburger Bestattungsinstituts GBI, die Zahl von »60 Prozent aller unserer Beisetzungen im Jahr 2020, bei denen keinerlei Trauerfeier dazugebucht wurde«. Die Höhe der Zahl sei nur in geringem Maß der Pandemie geschuldet, sagt Wittenburg, der Trend gehe seit vielen Jahren in diese Richtung. Über die Toten nur Schweigen.

Ob er an Gott glaubt, an ein Jenseits? Irgendetwas müsse es geben da oben, sagt Bernd Simon, irgendjemanden, der schaltet und waltet. Er erzählt jetzt als Argument die Geschichte, wie er seine Frau kennenlernte, im Grunde einfach ein glücklicher Zufall, für ihn aber ein Gottesbeweis. Er selbst möchte, wenn es so weit ist, auch in ein Grab gelegt werden, das niemand pflegen muss, um keinem zur Last zu fallen. Ansonsten sei ihm ganz egal, was nach dem Tod mit seinem Körper geschehe, »denn meine Seele ist frei«.

»Mensch, hab ich zu dem gesagt, was ist passiert? Warum so früh?«

SPIEGEL+

Alle SPIEGEL-Magazine an einem Ort

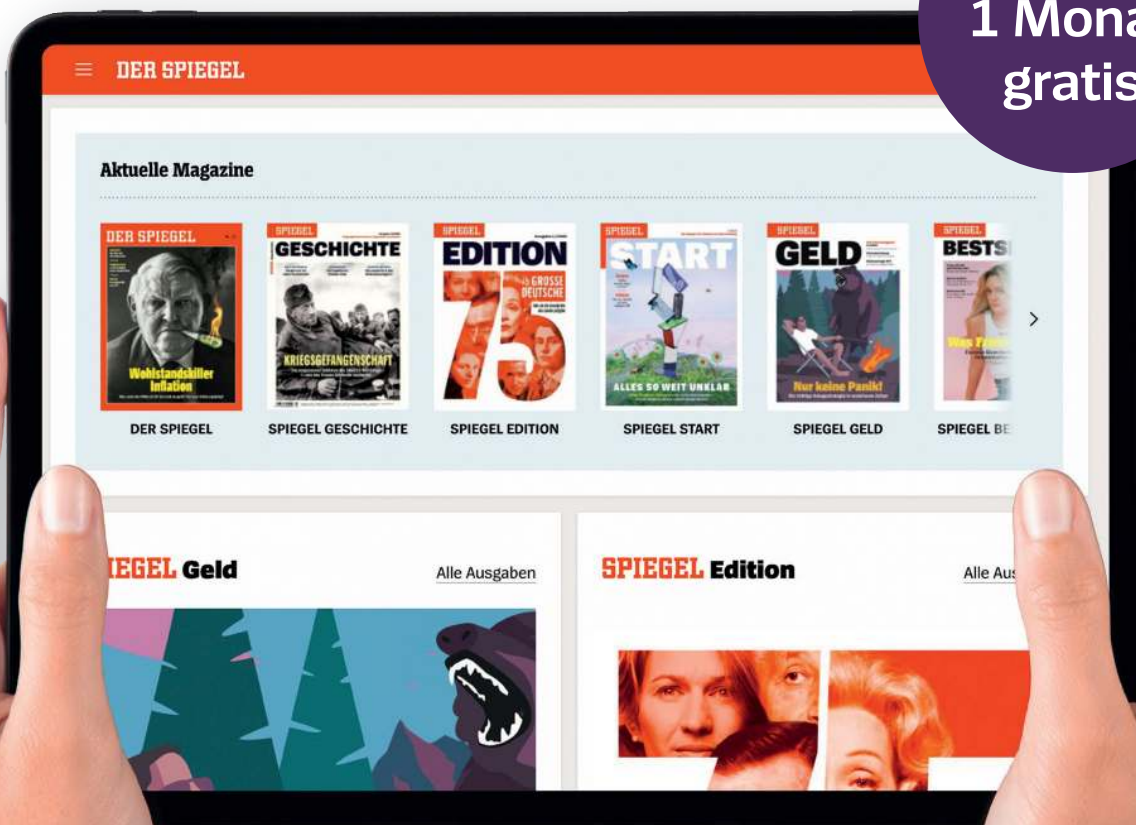
Mit SPIEGEL+ lesen Sie alle digitalen Magazine des SPIEGEL-Verlages! Zusätzlich genießen Sie die aktuelle Ausgabe freitags ab 13 Uhr, alle S+-Artikel auf SPIEGEL.de und weitere Vorteile.

Kostenlosen Probemonat starten:

 abo.spiegel.de/plus



**Jetzt
1 Monat
gratis**



»Ich musste ein Zeichen setzen«

STRAFJUSTIZ Der Mord sorgte in der Pandemie bundesweit für Entsetzen: In Idar-Oberstein erschoss ein Verschwörungsfreak einen jungen Tankstellenmitarbeiter, weil er eine Maske aufsetzen sollte. Der Prozess gegen ihn zeigt nun, wie ein Mann aus der bürgerlichen Mitte so durchdrehen konnte.

Er war acht Jahre alt, als sich der Vater an sein Bett stellte, er hielt eine Waffe in der Hand und sagte: »Ich erschieß dich jetzt!«. So erzählt es Mario N. mehr als 40 Jahre später in Saal 7 des Landgerichts Bad Kreuznach. Dieser Moment habe ihn geprägt, sagt Mario N. Er hole ihn immer wieder ein – jetzt, wo der Vater tot ist und er selbst im Gefängnis sitzt.

Mario N. weiß, dass er wohl für lange Zeit in Haft bleiben wird, auch wenn das Urteil erst noch verkündet wird. Er hat am Abend des 18. September vergangenen Jahres im rheinland-pfälzischen Idar-Oberstein den 20-jährigen Alexander W. erschossen. Der Student hatte ihn aufgefordert, eine Maske zu tragen.

Alexander W. jobbte an einer Tankstelle, nur ein paar hundert Meter von einem Polizeirevier entfernt. Er wollte von dem Lohn seinen Führerschein bezahlen. Sein Chef hatte ihm eingeprägt, Kunden auf die Maskenpflicht hinzuweisen. Überwachungskameras zeichneten die Tat auf: Mario N. betritt an jenem Abend die Tankstelle ohne Mund-Nasen-Schutz, stellt sich an der Kasse an; es kommt zum Wortgefecht mit dem Kassierer. Wütend verlässt N. den Verkaufsraum, ohne die beiden Sixpacks Bier, die er bezahlen wollte.

Draußen hebt er die Faust gegen den Kassierer. Rund 90 Minuten später kehrt er zurück: mit Maske über Mund und Nase und einem Revolver Smith & Wesson, Modell 686, Kaliber .357 Magnum.

Auf den Videos ist zu sehen, wie Mario N. vor dem Tresen steht, demonstrativ schiebt er die Maske runter, er will Alexander W. provozieren, er grinst. »Maske hoch«, sagt W. »Echt?«, fragt N. »Ja, echt«, sagt W. Dann schießt N., zieht die Maske wieder hoch und spaziert aus der

»Maske hoch«, sagt W.

»Echt?«, fragt N.

»Ja, echt«, sagt W.

Tankstelle. Er geht zu seinem Auto, so als wäre nichts geschehen, und fährt davon. Zwei mit W. befreundete junge Frauen stehen an der Verkaufstheke und müssen die Tat mit ansehen.

Die Tat fällt in eine Zeit, in der Pandemiemaßnahmen das gesellschaftliche Klima prägen. Zehntausende demonstrierten gegen die Auflagen des Staats. Die einen leugnen Corona, sehen sich ihrer persönlichen Freiheit beraubt. Die anderen reagieren mit immer mehr Unverständnis auf die Demonstranten und »Querdenker«. In den Meinungsstreit mischt sich Gewalt, es kommt zu Angriffen und Hasskriminalität. Der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer spricht von der »Verächtlichmachung der Demokratie«, die für das politische System zur Herausforderung wird.

Die Polizei zählte 2021 insgesamt 9201 »Straftaten im Kontext der Covid-19-Pandemie«. Dazu könnte

auch der Angriff auf Alexander W. gehören.

Der Prozess gegen den mutmaßlichen Mörder in Idar-Oberstein zeigt, wie sich ein Mann aus der bürgerlichen Mitte radikalisierte. Der Polizei war Mario N. bis dahin nicht bekannt. »Ich hatte ein gutes Leben mit gutem Einkommen«, sagt er am zweiten Verhandlungstag. Der gelernte Schreiner, 50 Jahre alt, zweimal geschieden, lebte als selbstständiger Softwareentwickler mit seiner langjährigen Lebensgefährtin und zwei Hunden in einem Einfamilienhaus in Enzweiler, einem Stadtteil von Idar-Oberstein. »Ein intelligenter, gebildeter Mensch«, sagt der Gefängnispsychologe.

Das Leben des Mario N. veränderte sich, als die Pandemie ausbrach. »Ich war zermürbt von den Corona-Maßnahmen«, sagt er. Unternehmen stellten Aufträge an ihn zurück, sein Umsatz brach ein, im Frühjahr 2021 setzte er die Raten fürs Haus aus.

Sein schwer kranker Vater, ein Waffennarr, hatte sich im März das Leben genommen und davor der Mutter in den Kopf geschossen. Mario N. gibt Corona die Schuld am Familiendrama, der Vater sei nicht mehr zum Arzt gegangen, habe wahllos Medikamente eingenommen, dadurch halluziniert. Nach seinem Tod fanden sich in seinem Blut Barbiturate.

Obwohl die Beisetzung seines Vaters unter freiem Himmel stattfand, sagt Mario N., habe er nicht daran teilnehmen dürfen. Seine schwer verletzte Mutter habe er viele Wochen nicht im Krankenhaus besuchen dürfen. »Ich konnte für so viele Kontaktverbote kein Verständnis aufbringen.«

Als Zumutung empfand er die Maskenpflicht, er leidet nachgewiesenermaßen an Asthma. Einkäufe habe er in Eile erledigen müssen, um nicht in Panik zu verfallen, weil er das Gefühl hatte, nicht genug Luft zu bekommen. »Durch die Maskenpflicht zog ich mich zurück, entfernte mich vom tatsächlichen Leben.«

Der Prozess zeigt allerdings, dass N.s Wut nicht aus heiterem Himmel kam. Schon vor Ausbruch der Pandemie hatte sich der Informatiker in einer rechtsextremen Blase ein Parallelleben eingerichtet: Er leugnete den Klimawandel, verabscheute die Umweltaktivistin Greta Thunberg und hatte Angst vor Überfremdung. In offiziellen Foren hielt er sich jedoch zurück. Hetze wagte er nur in privaten Chats.

Oliver Decker, Rechtsextremismus- und Demokratieforscher an der



Polizei Wiesbaden

Universität Leipzig, beobachtet seit 2015, wie Menschen scheinbar aus dem Nichts heraus Gewalttaten ausüben. »Tatsächlich aber teilen sie bereits im Vorfeld Ressentiments und fühlen sich dazu legitimiert«, sagt Decker. Oft seien es Männer im Alter zwischen 40 und 50 Jahren, gewaltbereit, getragen von Antifeminismus, Hass und Ressentiments.

Mario N. sagt, er sei sich am 18. September, als er die Tankstelle mit dem Revolver betreten habe, nicht sicher gewesen, ob er wirklich abdrücken werde.

Die Ermittler werteten mehrere Terabyte Daten von diversen Geräten aus, sie belegen: Mario N. ist in den vergangenen Jahren in eine verbale Hassspirale geraten, seine Worte wurden drastischer, seine Sprache verrohete. Er beginnt, Gewalt für sich zu legitimieren.

Im Februar 2020 schreibt er, er »sehe keine Lösung mehr, in der keine Gewalt vorkommt«. Im Oktober ärgert er sich über die Maskenpflicht: »Ich lande dieses Jahr noch wegen Mord oder Totschlag im Knast.« Am 19. Juli 2021 kündigt er an: »Wenn mir jemand meine Freiheit nehmen will, dann schneide ich ihm die verdammte Kehle durch.«

Er fühlte sich »wie ein Verbrecher behandelt«, weil er sich den Corona-Maßnahmen widersetzt habe, sagt N. im Gericht, »wie ein Aussätziger«. Er überwarf sich mit seiner Schwester. Bekannte distanzierten sich von ihm. Im Prozess wirkt es so, als hätte N. zuletzt nur noch einen überschaubaren Kreis an Sozialkontakten gehabt: seine Lebensgefährtin, mit der er angeblich nicht über Politik sprach; den Mann seiner Schwester, einen waffenbegeisterten Polizisten in den USA, und seine beiden Hunde.

Die Chats mit seinem Schwager sind entlarvend. Im Gericht werden die Videos an mehreren Prozesstagen vorgespielt. Auf den Bildschirmen erscheint Mario N., sein Handydisplay vorm Gesicht. Er läuft über eine Wiese oder sitzt auf seinem roten Sofa, lobt Donald Trump, schimpft auf Fake News und preist die Gaskammern der Nazis.

Am Tattag um 20.31 Uhr, knapp 50 Minuten vor den tödlichen Schüssen auf Alexander W., schreibt er seinem Schwager: »Ich bin fast soweit meine 357er aufzuheben und hinzugehen. Ich schieße dem verdammten Scheißkerl in den Kopf.«

Die Beweise sind erdrückend, die beiden Verteidiger Alexander Klein und Axel Küster versuchen, die beiden Mordmerkmale Heimtücke und



Andreas Rentz / Getty Images

niedrige Beweggründe abzuwenden und die Schuldfähigkeit des Angeklagten in Zweifel zu ziehen. Sie setzen auf N.s Alkoholkonsum an jenem Tag: zehn Halbliterdosen Bier. Dann müsste er bei der Tat etwa 2,3 Promille gehabt haben.

Mario N. habe aus schierer Verzweiflung gehandelt, sagt Klein. Er habe sich wie in einer verkehrten Welt gefühlt, umgeben von Marionetten, die Maßnahmen ausführten, die er für falsch und übertrieben halte. »Wie wirkt das, wenn man dann auf fehlende Akzeptanz in seinem Umfeld stößt?«, fragt Klein im Prozess die Kriminalpsychologin vom LKA. Sie beschreibt den Ohnmachtzustand, den N. empfunden haben muss.

Die Stimmung in Saal 7 ist oft angespannt. Mario N. und seinen Anwälten gegenüber sitzen die Oberstaatsanwältin samt Kollegin, die Nebenklagevertreterin und manchmal deren Mandantin, die Mutter des getöteten Studenten. Sie alle sind davon überzeugt, der Tod des Tankstellenmitarbeiters sei eine politisch motivierte Tat, keine Verzweiflungstat.

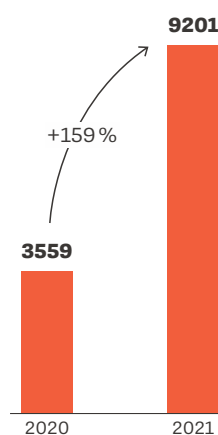
Aufzeichnungen der Überwachungskameras zeigen, wie Mario N. beim ersten Besuch in der Tankstelle in der hinteren Hosentasche eine Maske bei sich trägt. »Ich dachte, ich hätte sie vergessen«, sagt N. im Gericht. Er habe sich von Alexander W., diesem »Tankstellenboy«, wie er ihn in einer ersten Vernehmung abfällig nennt, »wie ein Idiot« behandelt gefühlt, vorgeführt, gedemütigt, bevormundet.

Die LKA-Psychologin konstatiert, der 20-Jährige sei für Mario N. der

Angeklagter Mario N.: »Ich war nie ein Mensch, der Konflikte gewaltsam gelöst hat.«

Pandemie als Pulverfass

Politisch motivierte Straftaten im Kontext der Covid-19-Pandemie, in Deutschland



Quelle: BKA

»Repräsentant einer bedrohlichen Außenwelt« gewesen.

Nach seinem ersten Besuch an der Tankstelle fährt N. an eine andere, bekommt dort das gewünschte Bier. Kameraaufzeichnungen zeigen, wie er dabei eine Maske trägt – allerdings nur über dem Mund. Zu Hause habe er sich »reingesteigert«, sagt er vor Gericht.

Aus seiner Nachttischschublade habe er den geladenen Revolver geholt, sagt N. Die Waffe gehörte seinem Vater.

Im Gericht geht es auch um die Frage, warum sich Mario N. überhaupt ein zweites Mal zu der Tankstelle aufmachte. Er habe Alexander W. provozieren wollen, sagt er. »Und falls er wie erwartet reagiert, wollte ich ihn sofort erschießen. Ich musste ein Zeichen setzen.«

Oliver Decker, der Rechtsextremismusforscher, bezeichnet das als »destruktive narzisstische Fantasie« des Täters, ähnlich wie im Fall des Rechtsterroristen Anders Breivik, der in Norwegen 77 Menschen tötete: »Ich setze ein Zeichen, ich bin derjenige, der ein Fanal setzt.«

Wichtig sei, wie die Gesellschaft auf solche Herausforderungen reagiere, mahnt Decker und spricht von starken Defiziten. Der Verfassungsschutz habe erst spät mitbekommen, »was im Internet los ist«. Staatliches Handeln sei gefragt, fordert Decker und verweist auf Gruppen wie QAnon, die seit 2017 aus den USA im Internet Verschwörungstheorien mit rechtsextremem Hintergrund verbreiten.

Nach der Tat habe er von zu Hause seinem Schwager eine Videobotschaft geschickt, sagt Mario N., er habe ein letztes Bier getrunken und sei alkoholschwer ins Bett gesunken.

Am nächsten Morgen habe er zuerst an Suizid gedacht, dann habe ihn seine Lebensgefährtin zur Polizei gefahren.

Mario N. bereut. »Es hätte nicht so weit kommen dürfen«, sagt er. »Ich war nie ein Mensch, der Konflikte gewaltsam gelöst hat.« Man ahnt, was eine lebenslange Freiheitsstrafe wegen Mordes bei ihm auslösen könnte.

Im Gefängnis versuchte er schon, sich die Halsschlagader aufzuritzen. Seither öffnet sich alle 15 Minuten die Klappe seiner Zellentür, stündlich wird er geweckt. Manchmal sitzt er sichtbar übermüdet auf der Anklagebank. Und immer meidet er den Blick zur Mutter seines Opfers.

Julia Jüttner



Staatskünstler
Kissinger in seinem
Haus in Connecticut

George Etheredge / DER SPIEGEL

»Für diesen Konflikt gibt es kein Beispiel«

SPIEGEL-GESPRÄCH Der legendäre US-Außenminister über Putins Obsession und einen Waffenstillstand

Kissinger, 1923 in Fürth geboren, 1938 mit seinen Eltern in die USA ausgewandert und 1973 von US-Präsident Richard Nixon zum Außenminister ernannt, gilt als einer der prägendsten Staatsmänner der Nachkriegszeit. In seinem gerade erschienenen Buch »Staatskunst. Sechs Lektionen für das 21. Jahrhundert« (C. Bertelsmann; 608 Seiten; 38 Euro) formuliert er sein realpolitisches Vermächtnis.

SPIEGEL: Herr Kissinger, als Sie zur Welt kamen, lebte Lenin noch. Sie waren 29 Jahre alt, als Stalin starb, 39, als Nikita Chruschtschow Atomraketen auf Kuba stationierte, und 45, als Leonid Breschnew den Prager Frühling niederschlug. An welchen dieser Kremlherrscher erinnert Sie Wladimir Putin?

Kissinger: An Chruschtschow.

SPIEGEL: Warum?

Kissinger: Chruschtschow ging es um Anerkennung. Er wollte die Bedeutung seines Landes bestätigen und nach Amerika eingeladen werden. Alles drehte sich für ihn um Ebenbürtigkeit. In Putins Fall ist das noch akuter. Er betrachtet den Zusammenbruch der russischen Position in Europa seit 1989 als ein strategisches Desaster. Das ist geradezu eine Obsession von ihm. Ich teile nicht die Einschätzung, dass Putin alles zurückgewinnen möchte, was Moskau seit 1989 verloren hat. Aber er kann es nicht ertragen, dass fast das gesamte Territorium zwischen Berlin und der russischen Grenze an die Nato gefallen ist. Das hat die Ukraine zu einem so heiklen Punkt für ihn gemacht.

SPIEGEL: Chruschtschow hat die Kubakrise ausgelöst, aber am Ende eingelenkt. Würde Putin das auch tun?

Kissinger: Putin ist nicht so impulsiv wie Chruschtschow. Er ist berechnender und nachtragender. Wahrscheinlich wäre es einfacher, wenn wir es in

dieser Krise mit einem anderen Anführer Russlands zu tun hätten. Aber es ist unwahrscheinlich, dass der Übergang von Putin zu einem Nachfolger reibungslos verlaufen wird. Wie sich Russland entwickelt, ist letztlich eine russische Angelegenheit. Die Staaten des Westens werden sich danach und nach dem militärischen Ausgang in der Ukraine richten müssen.

SPIEGEL: Sie haben ein neues Buch geschrieben, und das erste Kapitel porträtiert Konrad Adenauer. Seine Politik, schreiben Sie, »beruhte darauf, die Teilung seines Landes als vorübergehend zu behandeln«. Hatten Sie das im Sinn, als Sie kürzlich Ihren Vorschlag zur Beendigung des Ukraine-Krieges machten: dass die Ukraine eine vorläufige Teilung ihres Territoriums akzeptiert, einen Teil des Landes zu einer prowestlichen, demokratischen, wirtschaftlich starken Nation ausbaut und darauf wartet, dass der andere Teil sich eines Tages anschließt?

Kissinger: Was ich gesagt habe, ist etwas anderes: Um diesen Krieg zu beenden, wird die beste Trennlinie die des Status quo ante sein, die etwa 93 Prozent des Landes umfasste. Diesen Status quo wiederherzustellen würde bedeuten, dass die Aggression keinen Erfolg hatte. Es geht also um einen Waffenstillstand entlang der Kontaktlinie des 24. Februar. Das dann noch von Russland kontrollierte Gebiet, etwa 2,5 Prozent des ukrainischen Territoriums im Donbass sowie die Halbinsel Krim, wäre dann Bestandteil weitergehender Verhandlungen.

SPIEGEL: Sie fügten allerdings hinzu, dass es bei einer Fortsetzung des Krieges über die Kontaktlinie vom 24. Februar hinaus »nicht mehr um die Freiheit der Ukraine, sondern um einen neuen Krieg gegen Russland selbst« gehe.

Kissinger: Ich habe nie gesagt, dass die Ukraine einen Teil ihres Territoriums aufgeben soll.

SPIEGEL: Viele Ukrainer haben das anders verstanden. Der Parlamentsabgeordnete Olexsej Gontscharenko

sagte, Sie lebten »immer noch im 20. Jahrhundert«, und die Ukraine werde keinen Zollbreit Territorium aufgeben.

Kissinger: Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt das nicht. Im Gegenteil. Keine zwei Wochen nach meinem Statement sagte er in einem Interview der »Financial Times«, dass die Wiedergewinnung des Status quo ante ein großer Sieg wäre. Und dass man dann diplomatisch um den Rest des Territoriums weiterkämpfen werde. Das stimmt mit meiner Position überein.

SPIEGEL: In der Einleitung Ihres neuen Buches zitieren Sie Winston Churchill: »Studieren Sie Geschichte. In der Geschichte liegen alle Geheimnisse der Staatskunst.« Welchen historischen Präzedenzfall halten Sie für den lehrreichsten, um den Krieg in der Ukraine zu verstehen und zu beenden?

Kissinger: Das ist eine sehr gute Frage, auf die ich keine direkte Antwort habe. Denn auf der einen Ebene ist der Konflikt um die Ukraine ein Krieg um das Gleichgewicht der Mächte, und auf einer anderen hat er Elemente eines Bürgerkriegs. Er verbindet also einen klassisch europäischen Konflikt mit einem absolut globalen. Wenn dieser Krieg eines Tages endet, wird sich die Frage stellen, ob Russland ein schlüssiges Verhältnis zu Europa findet – was es immer wollte – oder ein Vorposten Asiens an der Grenze zu Europa wird. Für einen solchen Konflikt gibt es kein gutes Beispiel.

SPIEGEL: Sie selbst und die sechs Persönlichkeiten, die Sie in Ihrem Buch porträtieren – neben Adenauer auch Charles de Gaulle, Richard Nixon, Anwar el-Sadat, Lee Kuan Yew und Margaret Thatcher –, haben die Welt geprägt, in der wir heute leben. Es ist keine stabile Welt: In Europa tobt der Ukraine-Krieg, in Asien wird ein Konflikt um Taiwan befürchtet, im Nahen Osten einer um Irans Atomprogramm. Warum sollten Politiker und Politikerinnen den Beispielen aus Ihrem Buch folgen?



Anthony Kwan

Bernhard Zand, geboren 1967 in Bad Aussee (Österreich), ist seit 1998 Redakteur beim SPIEGEL und seit Anfang des Jahres Korrespondent in New York.

Das Gespräch führte der Redakteur Bernhard Zand.

Kissinger: Ich sage nicht, dass sie dem Beispiel dieser Persönlichkeiten folgen sollten, die sehr unterschiedlich waren. Aber ich glaube, man kann von den Problemen lernen, mit denen sie es zu tun hatten. Dass die Welt voller Konflikte ist, das ist nicht neu. Neu ist, dass wir es aufgrund der Globalisierung heute zum ersten Mal mit einem permanenten Aufprall kulturell unterschiedlicher Regionen zu tun haben. Für manche aktuellen Konflikte mögen die Beispiele aus dem Buch hilfreich sein, für andere nicht. Ich habe kein Kochbuch für internationale Beziehungen geschrieben.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass Außenpolitik, wie sie US-Präsident Richard Nixon und Sie betrieben, nach wie vor die effektivste ist – also, dass Stabilität wichtiger ist, als normativen Geboten zu folgen, und dass Staatsmänner in der Politik Visionären vorzuziehen sind?

Kissinger: Staatsmänner und Visionäre, das sind einfach zwei unterschiedliche Typen von Führungsfiguren.

SPIEGEL: Ihre Präferenz ist offensichtlich: Als »Staatsmänner« nennen Sie in Ihrem Buch Theodore und Franklin D. Roosevelt, Kemal Atatürk und Jawaharlal Nehru, als »Visionäre« Echnaton, Jeanne d'Arc, Robespierre und Lenin. Glauben Sie, dass es immer noch vor allem um ein ausgeglichenes Gewicht der Kräfte geht?

Kissinger: Das Gleichgewicht der Kräfte ist eine Voraussetzung für vieles, aber es ist kein Zweck an sich. Ein Mächtigkeitsgewicht allein garantiert keine Stabilität. Ohne Gleichgewicht aber gibt es keine Stabilität.

SPIEGEL: Im Bücherregal hinter Ihnen steht eine Biografie des Fürsten Metternich, über den Sie promoviert haben und der als Architekt der europäischen Friedensordnung des frühen 19. Jahrhunderts gilt. Sind Perioden von einigen Jahrzehnten relativer Stabilität wie damals oder wie nach dem Zweiten Weltkrieg das Beste, worauf wir realistischerweise hoffen können?

Kissinger: Nein. Ich glaube, dass die Gegenwart in dieser Hinsicht einzigartig ist. Aus meiner Sicht hat schon der Erste Weltkrieg bewiesen, dass sich die moderne Technik rascher entwickelt als unsere Fähigkeit, sie politisch zu beherrschen. In unserem Zeitalter besteht daran kein Zweifel mehr. Seit knapp 80 Jahren sind Atomwaffen in der Welt, Tausende von Milliarden sind für ihre Entwicklung ausgegeben worden. Seit 1945 wagte niemand, sie einzusetzen, nicht einmal gegen nicht nukleare Staaten. Heute aber sind Kernwaffen durch die Mittel der Cyberkriegsführung und der künstlichen Intelligenz noch gefährlicher...

SPIEGEL: ... weil die sie steuernden Algorithmen im Krisenfall unberechenbar werden?

Kissinger: Für politische Führer ist es jedenfalls extrem schwierig geworden, ihre eigene Technologie zu kontrollieren, vor allem im Fall eines Krieges. Deshalb besteht eine allem



Präsident Nixon (r.) 1972 in China*

anderen übergeordnete Verpflichtung, einen Krieg zu verhindern, in dem solche Hochtechnologie zum Einsatz kommen könnte. Vor allem natürlich einen Krieg zwischen den beiden führenden Hightech-Ländern, China und den USA. Eine vergleichbare Situation hat es noch nie gegeben, weil man sich in Kriegen bislang immer vorstellen konnte, dass einer der beiden Kontrahenten zumindest einen gewissen Vorteil aus einem Sieg über den anderen ziehen könnte.

SPIEGEL: US-Präsident Joe Biden beschreibt die aktuelle geopolitische Lage als ein Ringen zwischen Demokratie und Autokratie. Auch die neue Bundesregierung hat sich eine stärker »wertegeleitete« Außenpolitik vorgenommen. Wie bewerten Sie das?

Kissinger: Für jemanden mit meiner persönlichen Geschichte versteht sich die Präferenz für die Demokratie von selbst. Demokratie ist für mich das erstrebenswertere System. Wenn diese Präferenz in den internationalen Beziehungen der heutigen Welt aber zum Hauptziel erklärt wird, führt das zu einem missionarischen Impuls. Der könnte einen erneuten militärischen Konflikt wie im Dreißigjährigen Krieg zur Folge haben. Was China angeht, hat die Regierung von Präsident Biden übrigens erklärt, dass sie nicht die Absicht habe, dort einen »regime change« herbeizuführen. Er steht also vor einem Problem, vor dem alle Anführer großer Staaten stehen. Es gibt in der Tat Situationen, in denen eine Verpflichtung zur Verteidigung besteht – und so fasst Europa den Konflikt um die Ukraine ja auch auf. Staatskunst muss in dieser Lage allerdings drei Dinge gleichzeitig umfassen: die historische Bedeutung des Gleichgewichts der Kräfte, die neue Bedeutung der Hoch-

»Wenn die Präferenz für die Demokratie zum Hauptziel erklärt wird, führt das zu einem missionarischen Impuls, der einen militärischen Konflikt zur Folge haben könnte.«

technologie und die Bewahrung ihrer wesentlichen Werte. Diese Herausforderung ist neu.

SPIEGEL: Wie bewerten Sie Bidens Aussage, Präsident Putin könne »nicht an der Macht bleiben«?

Kissinger: Das war kein kluger Satz.

SPIEGEL: Eine der Grundannahmen des politischen Realismus besagt, dass das internationale System letztlich anarchisch ist und dass es keine Autorität über der einzelner Staaten gibt. Bestätigt Ihre Erfahrung diese Annahme?

Kissinger: Nein. Das Prinzip der Souveränität, auf dem die internationalen Beziehungen zuerst in Europa und schließlich in der ganzen Welt aufgebaut worden sind, hat zwei Konsequenzen: Zum einen hat es einen Begriff von Legalität im Völkerrecht etabliert. Zum anderen aber zersplittet es die Welt, weil in den einzelnen Staaten das Prinzip der eigenen Souveränität als das ranghöchste gilt. Das ist ein Dilemma, das philosophisch sehr schwer aufzulösen ist, zumal die einzelnen Regionen aufgrund ihrer kulturellen Differenzen ganz unterschiedlichen Wertehierarchien folgen.

SPIEGEL: Verstärkt oder verringert der bisherige Verlauf des Ukrainekriegs den Wunsch der chinesischen Führung, die Taiwanfrage in ihrem Sinn zu lösen?

Kissinger: Weder – noch. Putin hat den Widerstand, dem er begegnet ist, eindeutig unterschätzt. Die Chinesen aber werden nur dann mit voller Gewalt gegen Taiwan vorgehen, wenn sie zu dem Schluss kommen, dass keine friedliche Lösung dieses Konflikts möglich ist. Ich glaube, diesen Punkt haben sie noch nicht erreicht.

SPIEGEL: Falls China eines Tages aber zu diesem Schluss kommen sollte – wie würde sich dieser Konflikt von dem in der Ukraine unterscheiden?

Kissinger: Es ist eine militärische Besonderheit des Ukraine Konflikts, dass dort zwei nukleare Kontrahenten einen konventionellen Krieg auf dem Territorium eines dritten Staates austragen, der natürlich viele Waffen von uns hat. Ein Angriff auf Taiwan dagegen würde, rechtlich gesehen, China und die Vereinigten Staaten in einen direkten Konflikt stürzen, und zwar von Beginn an.

SPIEGEL: Es ist 50 Jahre her, dass Präsident Richard Nixon und Sie Ihre historische China-reise unternahmen. War es aus heutiger Sicht eine Errungenschaft oder ein Fehler, die Lösung des Taiwankonflikts damals zu vertagen?

Kissinger: Es war der einzig mögliche Weg, um die Zusammenarbeit mit China zu beginnen. Diese wiederum war unabdingbar, um den Vietnamkrieg zu beenden, das Ende des Kalten Krieges einzuleiten – und eine mindestens 25 Jahre andauernde friedliche Entwicklung. Dass Chinas Aufstieg Probleme mit sich bringen würde, war unvermeidbar. Doch was Taiwan betrifft, war es schon eine ziemliche Errungenschaft, Mao eine Verschiebung der endgültigen Lösung dieses Konflikts abzurufen.

SPIEGEL: Politiker suchen seit Jahrzehnten Ihren Rat, amerikanische Präsidenten, deutsche Kanzler von Konrad Adenauer bis

* Mit Premierminister Zhou Enlai (vorn l.), Sicherheitsberater Henry Kissinger (3. v. l.).

Angela Merkel. Aber Sie werden auch kritisiert, unter anderem für Aktionen der Nixon-Regierung in Kambodscha und Chile. Wenn Sie auf Ihre politische Laufbahn zurückblicken, wo haben Sie sich geirrt?

Kissinger: Ich werde jetzt nicht in eine Debatte über Kambodscha und Chile einsteigen, darüber habe ich in meinen Memoiren ausführlich geschrieben. Aber die journalistische Fairness gebietet es, darauf hinzuweisen, dass all diese Ereignisse einen gewissen Kontext hatten. Das erste Bombardement Kambodschas fand gut einen Monat nach Nixons Amtsantritt statt. Die Nordvietnamesen hatten unmittelbar danach eine Offensive gestartet, mit vier Divisionen, die sie in Kambodscha stationiert hatten, sehr nahe bei Saigon. Sie haben dabei etwa 1000 Amerikaner getötet. Sie kamen nachts über die Grenze, schlugen zu und zogen sich wieder nach Kambodscha zurück. Diese Bombardements waren also nicht die Maßnahmen eines Präsidenten, der einen Krieg ausweiten, sondern eines Präsidenten, der einen Krieg beenden wollte. Das war von Anfang an Nixons Absicht – was er dem nordvietnamesischen Anführer Ho Chi Minh bereits vor seinem Amtsantritt geschrieben hatte. Und der Sturz von Präsident Salvador Allende war das Ergebnis innerer Entwicklungen in Chile. Wir waren nicht glücklich darüber, dass er 1970 ins Amt gekommen war. Aber zum Zeitpunkt seines Sturzes hatten sich alle demokratischen Parteien im chilenischen

Parlament von ihm distanziert. Das war es, was die Voraussetzungen für den Militärputsch schuf. Politiker stehen immer vor dem Dilemma, das nationale Interesse in zweideutigen Situationen abwägen zu müssen. Journalisten haben dann große Freude daran, Fehler aufzuzeigen oder auf deren Folgen hinzuweisen. Niemand kann den Anspruch erheben, nie einen Fehler gemacht zu haben. Aber immer wieder auf Dinge zurückzukommen, die vor mehr als 50 Jahren geschehen sind, ohne den Kontext darzustellen, das ist nicht fair.

SPIEGEL: Verstanden. Und da wir gerade über den Nahen Osten sprachen: War die US-Invasion im Irak ein Fehler?

Kissinger: Ich war bereits seit über 20 Jahren nicht mehr in der Regierung, als die Invasion begann. Ich hatte Verständnis für diesen Schritt. Mein Eindruck war, dass Präsident George W. Bush zeigen wollte, dass Regimes, die Terroranschläge unterstützen, permanente Unsicherheit schaffen. Für die Entscheidung, Saddam aus dem Amt zu entfernen, gab es viele rationale und moralische Rechtfertigungen. Aber den Irak so regieren zu wollen, wie wir das besetzte Deutschland regiert hatten, war ein analytischer Fehler. Die Situationen waren nicht vergleichbar, und die Besetzung des Iraks hat unsere Fähigkeiten überschritten.

SPIEGEL: Vor dem Ukrainekrieg wurde darüber diskutiert, ob die USA die Nähe Russlands suchen sollten, um ihren Rivalen China unter Druck zu setzen. Heute stellt sich eher die

Frage, ob Washington angesichts der russischen Bedrohung die Spannungen mit Peking abbauen sollte – so wie Nixon und Sie das vor 50 Jahren taten. Halten Sie Amerika für stark genug, es mit den zwei größten Gegnern gleichzeitig aufzunehmen?

Kissinger: Wenn das bedeuten sollte, den Krieg in der Ukraine zu einem Krieg gegen Russland auszuweiten und gleichzeitig in einer feindseligen Haltung gegenüber China zu verharren, dann hielte ich das für sehr unklug. Ich unterstütze die Bemühungen der Nato und Amerikas, Russlands Aggression zu stoppen und die Ukraine in den Dimensionen wiederherzustellen, die sie vor dem Krieg hatte. Und ich verstehe, dass die Ukraine darüber hinausgehende Forderungen erhebt. Dieses Problem könnte im Rahmen einer breiteren Betrachtungsweise der internationalen Beziehungen gelöst werden. Aber selbst wenn das gelingt: Danach muss das künftige Verhältnis Russlands zu Europa geklärt werden, also die Frage, ob Russland ein Teil der europäischen Geschichte bleibt oder ob es ein permanenter Gegner wird, der mit ganz anderen Territorien im Bündnis steht. Das wird die zentrale Frage sein. Und das gilt unabhängig vom Ausgang des Ukrainekriegs, dessen mögliche Folgen ich nun mehrfach skizziert habe – und dabei nie gesagt habe, dass die Ukraine einen Teil ihres Territoriums aufgeben soll.

SPIEGEL: Herr Kissinger, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

MHP
A PORSCHE COMPANY

Transportketten optimiert und 7.200 Tonnen CO₂ jährlich eingespart. Für nur einen Kunden. **ON PURPOSE.**

Sonja Wernich, Manager Digital Supply Chain Solutions

Die MHP Management- und IT-Beratung bringt Unternehmen den entscheidenden Schritt weiter: Als Technologie- und Businesspartner digitalisieren wir die Prozesse und Produkte unserer Kunden und gestalten gemeinsam mit ihnen nachhaltig die Zukunft. Ganz im Sinne unseres Purpose:

ENABLING YOU TO SHAPE A BETTER TOMORROW. Jetzt entdecken auf mhp.com/onpurpose

»Was hilft gegen Schnecken, Frau Reise?«

SPIEGEL: Ist dies ein besonders schlimmes Schneckenjahr?

Reise: Man weiß: Wenn der Winter nicht besonders kalt ist, so wie der letzte, kommen viele Jungtiere durch, die frostempfindlich sind – gerade bei der Spanischen Wegschnecke. Und die ist ja im Garten das größte Problem.

SPIEGEL: Wie findet sie zu unserem Gemüse?

Reise: Sie hat einen guten Geruchssinn. Bier zum Beispiel riecht sie von weit her – insofern halte ich Bierfallen für keine richtig gute Idee. Das lockt die Tiere eher an.

SPIEGEL: Und wenn es regnet, oder wenn wir gießen, haben wir sie im Salat.

Reise: Ja. Es gibt unzählige Tipps für Barrieren: Sägespäne, Holzkohle, Eierschalen, Kaffeesatz, aber ich kenne keine, die längerfristig zuverlässig hilft – wenn das Material feucht wird.

SPIEGEL: Also, was tun? Was machen Sie?

Reise: Absammeln.

SPIEGEL: Und dann?

Reise: Setze ich sie in einen Eimer, gieße reichlich kochendes Wasser darüber und entsorge sie im Kompost.

SPIEGEL: Das lockt doch wieder welche an. Sie sind ja Kannibalen.

Reise: Das tut der Kompost sowieso.

SPIEGEL: Schneckenkorn?

Reise: Nein. Das verwende ich nicht. Auch nicht das Eisen-III-phosphat, das im Biolandbau erlaubt ist – das fressen auch die Falschen. Zum Beispiel die Weinbergschnecken, die geschützt sind. Die Schließmundschnecke, die Gefleckte Schüsselfschnecke, die harmlos sind. Der Tigerschnecke, der tendenziell auf unserer Seite ist, weil er ja unter anderem auch Jungschnecken frisst. Schneckenkorn ist wie Streumunition – alles wird getroffen, im Kampf gegen ein einziges Tier. BSU

Heike Reise ist Biologin und Kuratorin in der Sektion Weichtierforschung des Senckenberg Museums für Naturkunde in Görlitz.



Prominentenbesuch, 1967

FAMILIENALBUM Dieter Teichmann, 68, aus Hamburg

Ich war 13 Jahre alt. Ich hatte gehört, dass ein Kaiser nach Hamburg komme: Reza Pahlewi, der Schah von Persien, der mit seiner Frau Farah Diba auf Staatsbesuch in Deutschland war. Und ich hatte erst seit Kurzem diesen alten Fotoapparat: ein Vorkriegsmodell der Marke Voigtländer, den mir ein Nachbar geschenkt hatte. Ich musste von oben in ein Klappfenster gucken und seitlich einen kleinen Hebel herunterdrücken, um den 6x6-cm-Rollfilm zu belichten. Ich fuhr also zum Flughafen, auf einem Familienausflug waren wir schon einmal dort gewesen. Ich kannte auch die Aussichtsterrasse, das war eine Hamburger Sehenswürdigkeit wie Hagenbeck. Von dort aus fotografierte ich das schon gelandete Flugzeug und wartete dann draußen auf den Schah.

Ich ging davon aus, dass er im offenen Wagen langsam vorbeifährt, aber tatsächlich fuhr er im geschlossenen Auto in einer kleinen Kolonne mit vorn und hinten Polizisten schnell vorbei. Ich drückte im richtigen Moment auf den Auslöser und hatte mein Foto! Man sieht die Staatslimousine, in der der Schah und seine Frau saßen, samt

Polizei und sehr viel Himmel. Von den Menschen im Auto habe ich kaum etwas mitbekommen, aber einen echten Mercedes-Benz 600 Pullmann zu sehen, das war schon aufregend genug.

Nicht weit von mir entfernt stand eine Gruppe Demonstranten, die mich mit »Was machst du denn hier, Kleiner?« begrüßten. Es war alles ganz friedlich, sie schwenkten so ein bisschen ihre Plakate, ich verstand nicht, was sie dort trieben. In der »Bild«-Zeitung, die mein Vater las, wurde der Schah bejubelt, und die bunten Blätter im Lesezirkel waren begeistert von Farah Diba. Was also gab es zu demonstrieren? Dass am Tag vorher in West-Berlin bei Protesten der Student Benno Ohnesorg erschossen worden war, hatte ich als 13-Jähriger nicht mitbekommen.

Ich glaube, ich habe erst Jahre später begriffen, wer der Schah eigentlich war und was diese Demonstranten wollten.

Aufgezeichnet von Barbara Supp

► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an: familienalbum@spiegel.de

Salz in der Wunde

EINE PETITION UND IHRE GESCHICHTE Warum eine Influencerin bereits 50 000 Euro für ihren Kinderwunsch ausgegeben hat – und nun mit Karl Lauterbach sprechen will

Entspann dich«, »Nimm Kurkuma« oder auch: »Fahr doch in Urlaub, dann klappt das schon« – alles tausendfach gehört, sagt Anna Adamyan. Nur: »Wenn man einer Frau, die beispielsweise keine funktionierenden Eileiter mehr hat, sagt, sie solle mal in den Urlaub fahren, dann ist das kein wohlmeinender Tipp, dann ist das vor allem Salz in die Wunde.«

Anna Adamyan, ehemals Wilken, ist 26 Jahre alt, Model, Influencerin, Buchautorin und ungewollt kinderlos. Sie finde, die Menschen seien bei dem Thema oft empathielos und unwissend. Auch deshalb hat sie an diesem Nachmittag im Obergeschoss ihres Lieblingscafés in Heidelberg auf einem Designerstuhl Platz genommen, ihre Modelbeine gekreuzt, einen Latte macchiato bestellt: Sie will erzählen, wie es ist, wenn man Mutter werden möchte, aber nicht kann.

Erst vor ein paar Wochen sei sie mit ihrem Mann in einer Klinik in Belgien gewesen, erzählt sie, um ihre Gebärmutter und Eierstöcke mit Eigenblut behandeln zu lassen. Im März habe sie sich einen Embryo einsetzen lassen, der noch vom letzten Versuch der künstlichen Befruchtung übrig, also eingefroren war. Ohne Erfolg. Im Dezember hatte sie in der zehnten Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt. Etwa 50 000 Euro habe sie ihr Kinderwunsch über die Jahre gekostet – das sei einer der vielen Punkte, über die sie gern mal mit Karl Lauterbach sprechen würde, dem Gesundheitsminister. Auch deshalb die Sache mit der Petition.

An der Leine hält Adamyan ihren Zwergspitz Oskar, der ebenfalls oft auf Instagram zu sehen ist. Oskar komme gerade vom Tierarzt, erzählt sie, wegen einer Mandelentzündung. Ihre Instagram-Community weiß das längst. Auch das pinkfarbene Rippenkleid, das sie an diesem Nachmittag trägt, zusammen mit der neuen Kollektion eines bekannten Schmuckherstellers, hat sie bereits auf ihrem Account präsentiert. So verdient Anna Adamyan Geld. Doch etwas unterscheidet sie von anderen Influencerin-

nen: »Bei mir ist nicht nonstop happy Life, gute Laune, tolle Outfits.« Anna Adamyan hält auch negative Schwangerschaftstests ins Bild, zeigt sich mit Augenringen und Pickeln von der Hormonbehandlung, mit OP-Haube nach einem Eingriff, spricht über Schmerzen, macht all das Hoffen und Leiden sichtbar, das ein unerfüllter Kinderwunsch mit sich bringt.

Adamyan sagt, sie habe schon immer jung Mutter werden wollen. Als sie das erste Mal mit ihrem heutigen Mann, einem Profifußballer, eine Kinderwunschlinik besuchte, war sie 21 Jahre alt. Adamyan leidet an Endometriose, eine der häufigsten und trotzdem häufig unerkannten Unterleibserkrankungen bei Frauen. Betroffene leiden oft unter enormen Schmerzen – und Problemen mit der Fruchtbarkeit. In der Klinik erfuhr Adamyan, dass sie tatsächlich unfruchtbar ist. Die Empfehlung lautete, direkt mit der künstlichen Befruchtung zu beginnen. Doch Adamyan war noch nicht so weit.

Stattdessen startete sie ein Jahr später, auf Rat ihrer Endometriose-Ärztin, mit dem Social Freezing, dem Einfrieren von Eizellen. Kosten: mehrere Tausend Euro. »Ich muss dazu sagen, dass mein Mann und ich die finanziellen Mittel haben und hatten.« Trotzdem habe es sie extrem

»Ich frage mich – in welchem Jahrzehnt leben wir eigentlich?«

Influencerin Adamyan 2020, Screenshot von der Website Vip.de



Ex-GNTM-Star Anna Wilken kämpft für Paare mit Kinderwunsch

aufgeregt, dass sie das allein zahlen sollte, weil: »Das war ja komplett unverschuldet.« Niemand suche sich aus, unfruchtbar zu sein.

Gegen die Ablehnungen der Kostenübernahme habe sie Widerspruch eingereicht. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen habe argumentiert, sie sei doch noch jung, ihre Fruchtbarkeit und die Endometriose könnten sich mit zunehmendem Alter verbessern. »Das ist halt so dumm«, sagt Adamyan, »jeder weiß, dass sich die Fruchtbarkeit einer Frau mit dem Älterwerden verschlechtert. Und die Endometriose verschwindet auch nicht von Zauberhand.«

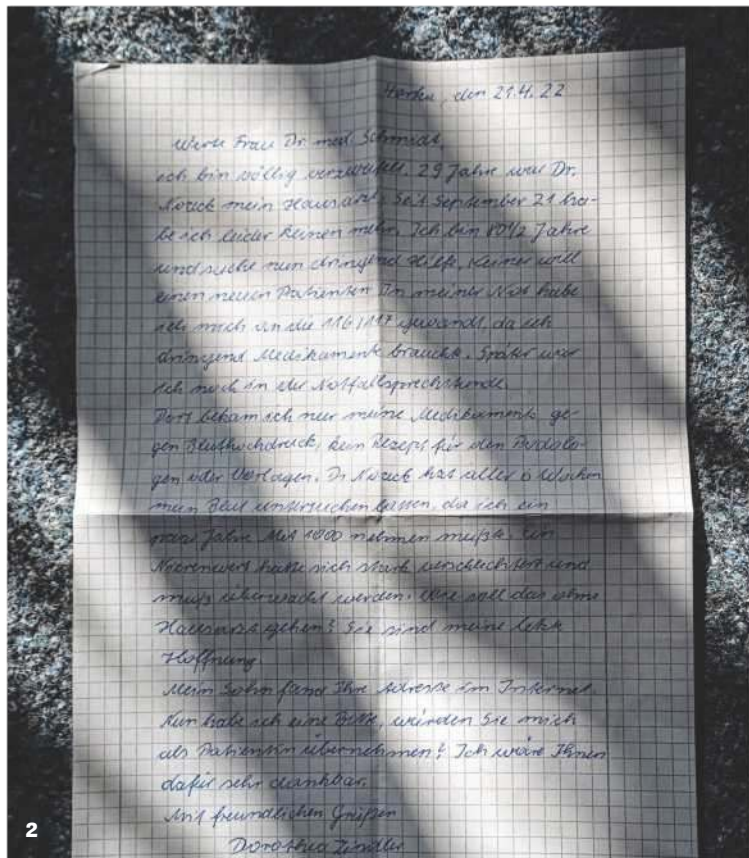
Eine Kinderwunschbehandlung, wurde ihr klar, ist auch ein Privileg von Menschen, die es sich leisten können und die in eine bestimmte Vorstellung von Elternschaft passen: Gesetzliche Krankenkassen übernehmen bis zu 50 Prozent der Kosten einer künstlichen Befruchtung. Allerdings häufig nur für drei Versuche und oft auch nur unter der Bedingung, dass das Paar heterosexuell und verheiratet ist – und die Frau zwischen 25 und 40 Jahren alt. »Da frage ich mich: In welchem Jahrzehnt leben wir eigentlich?« Sie habe überlegt, die Krankenkasse zu verklagen. Doch ihr Anwalt riet ab, also machte sie weiter, auf eigene Kosten. Bis heute habe sie zehn künstliche Befruchtungen hinter sich. Zweimal erlitt sie eine Fehlgeburt.

Zwar ist sie inzwischen über 25 Jahre alt und verheiratet, erfüllt also die Kriterien der Krankenkasse. Aber die Ungerechtigkeit der Gesetze lasse sie nicht los. Täglich sehe sie in den Kommentaren auf ihrem Instagram-Profil, wie viele darunter leiden: Eines von zehn Paaren zwischen 25 und 59 ist in Deutschland ungewollt kinderlos. So kam es, dass Adamyan zusammen mit einer Ärztin, die ebenfalls betroffen war, eine Petition startete, Titel: #KiwuFürAlle – für eine faire Kostenübernahme von Kinderwunschbehandlungen. Innerhalb von 48 Stunden hatten sie 50 000 Unterschriften. Inzwischen sind es mehr als 80 000.

Karl Lauterbach hat sich noch nicht gemeldet, vermutlich ist er mit Corona beschäftigt. »Ich würde ihm gern erzählen, wie schwer es ist. Und wie sehr der finanzielle Druck das Ganze verschlimmert«, sagt sie.

Vor Kurzem haben sie und ihr Mann den nächsten Versuch gestartet. Eine Insemination. Auf Instagram schreibt sie: »Wir drücken jetzt bitte alle mal die Daumen ...👍«

Dialika Neufeld



1 | Hausärztin Schmidt 2 | Bewerbungsbrief der Patientin Zindler
3 | Straßenzug im sächsischen Niesky 4 | Empfangsraum der Praxis Schmidt 5 | Patientin Zindler

NOTRUF AUS NIESKY

GESUNDHEIT Schlaflosigkeit, Schmerzen, schwaches Herz: Dafür braucht man Hausärzte. Nur gibt es in vielen Gegenden viel zu wenige davon. Wie kann es passieren, dass in Deutschland Menschen leiden – und niemand hilft? Von Barbara Hardinghaus und Christian A. Werner (Fotos)

In Sprechzimmer vier, im Ablagekasten, in der Praxis an der Muskauer Straße in Niesky, liegt ein Brief von Dorothea Zindler, 80. Sie hat ihn mit Kugelschreiber auf kariertes Papier geschrieben. »Werte Frau Dr. med. Schmidt«, beginnt sie. Den Brief hat sie auf ihrer Couch geschrieben, vor ihr der kleine, flache Tisch mit der Fernbedienung und der Schale in Sonnenblumenform, in der die Packung mit ihren Schmerzplaster liegt, Fentanyl AL Matrix 100.

Rechts die karierte Wolldecke, das rote Kissen aus Samt, auf dem »Ich liebe Dich« steht, darauf legt sie sich manchmal, wenn sie nicht mehr kann.

Der Brief an die Ärztin war der achte oder neunte Brief an einen Hausarzt aus der

Gegend. Den ersten wollte Dorothea Zindler noch selbst zum Briefkasten bringen, aber sie musste sich nach der Hälfte auf einen Stein setzen und wieder umkehren.

Diesen Brief jetzt hat eine Nachbarin für sie eingeworfen. Ihr Sohn hat ihr den Namen und die Adresse der neuen Ärztin in Niesky im Internet herausgesucht. Dorothea Zindler beendete ihren Brief mit den Worten: »Nun habe ich eine Bitte, würden Sie mich als Patientin übernehmen?«

Es ist ein Anliegen, das sie mit vielen Menschen in ihrer Region und Menschen in vielen weiteren Regionen teilt. 4100 Hausärzte fehlen bundesweit, nicht nur in Ostdeutschland, auch in Baden-Württemberg oder in Niedersachsen.

Es gibt medizinisch »unterversorgte« Regionen oder solche, denen eine Unterversorgung droht, zu denen gehört Niesky, Landkreis Görlitz, Sachsen, 9000 Einwohner. Niesky liegt damit in der Problemlage des Hausärztemangels im Mittelfeld.

Versorgungsgrad: 88,9 Prozent. Zugelassene Hausärzte: 12. Offene Hausarztsitze: 4,5. Menschen, die in dem Planungsbereich Niesky leben, zu dem auch umliegende Dörfer zählen: 26000.

Die Ärztin Dana Schmidt, 32 Jahre alt, eröffnete ihre erste Praxis am 3. Januar 2022. Sie war am Morgen aus der Nähe von Bautzen gekommen, wo sie lebt, war 50 Kilometer über die Landstraße gefahren bis an die Muskauer Straße, wo sie all die Leute vor ihrer



Praxis sah und dachte: Ist der Bus nicht gekommen?

Das waren, so beschreibt sie es, rund 800 Leute. Die Schlange hatte sich komplett um ihr weißes Praxishaus gewickelt bis an die Garagen und wieder zurück an die Straße. Manche saßen auf Anglerhockern, tranken Kaffee aus Thermoskannen. Sie suchten einen Hausarzt und hofften auf Dana Schmidt.

Schmidt, weißblondes Haar, rundes freundliches Gesicht, klarer Typ, hat in Dresden Medizin studiert, danach jahrelang in Kliniken und anderen Praxen gelernt, sie war mehr als 12 Jahre lang in der Ausbildung zur Allgemeinmedizinerin und hatte also schon viel gesehen, aber sie wusste nicht, dass es in Deutschland so viele Menschen ohne Hausarzt gibt.

In der Praxis, erzählt Dana Schmidt, stellte sie an diesem Morgen sofort den Drucker an, Schwester Grit, Schwester Jaqueline halfen. Sie verteilten bis zum Mittag 4000 Anmeldebögen an die Leute draußen, die auch für Familienmitglieder oder Freunde anstanden.

Sie sollten die Bögen ausfüllen und zurückbringen, das machten viele direkt und brachten auch noch Torte und Wein aus der Weinhandlung Flicke vorbei. Einige legten ihre Versichertenkarten mit in den Umschlag, ihre Impfausweise und Befunde im Original. Manche nannten diese kleinen Pakete: »Bewerbungen«.

Schmidt und ihre Kolleginnen leerten den Briefkasten in den ersten Tagen stündlich, und schon am Freitag, nach vier Tagen, klebten auch sie einen Zettel an die Tür, wie er ähnlich an allen anderen Hausarztpraxen im Ort hing: »Momentan können leider keine Neu-Patienten aufgenommen werden.« Es war, als hätte nur kurz die Sonne durch eine dicke Wolkendecke geblitzt.

Ende April, Dienstag, 8.09 Uhr. Im Wartezimmer der Praxis sind die Wände gelb gestrichen, die Stühle grün, im Kreuzworträtsel der »Apotheken Umschau« ist alles ausgefüllt bis auf »Region in der Republik Südafrika«, fünf Buchstaben. Aus den Boxen in der Decke kommt Musik, John Lennon: »Imagine«.

Imagine all the people.

Ins Wartezimmer geschafft hat es eine junge Frau, deren Ehemann sich angestellt hatte. Ein Herr, Mitte fünfzig, dessen Eltern, 78 und 82 Jahre alt, schon in der Frühe um fünf Uhr in der Schlange gestanden hatten. In Sprechzimmer eins, erzählt Schmidt, was sie in den ersten Wochen so vorgefunden habe: un-

**Manche lassen
100-Euro-Scheine auf
den Tresen fallen.
Andere bringen Blumen.**

behandelten Diabetes, Bluthochdruck, chronisch Kranke ohne Medikamente. Sie brauchte nach drei Wochen eine Woche Urlaub.

Sie ist in Bautzen geboren worden, ihre Mutter war alleinerziehend, und manchmal reichte das Geld nicht für die Klassenfahrt der Tochter. Als Schmidt Abitur machte, wollte sie warten, bis sie ihren Notenschnitt kannte, und dann entscheiden, was sie studieren würde. Sie wollte anderen Menschen helfen, aber auch Geld verdienen. Sie wollte ein besseres Leben.

Und jetzt? Was macht sie mit denen, die sie nicht mehr aufnehmen kann?

»Wegschicken«, sagt sie.

Manche kommen immer wieder in die Praxis und lassen 100-Euro-Scheine auf den Tresen am Empfang fallen. Manche kommen erkennbar mit Blumen vom Friedhof. In Sprechzimmer zwei stehen auf dem Schreibtisch die anderen Geschenke, und in der Ablage, oberes Fach, liegen die Briefe, die noch nicht beantwortet sind.

»Ich brauche dringend Medikamente, mein Nierenwert muss dringend überwacht werden. Wie soll das ohne Hausarzt gehen? Sie sind meine letzte Hoffnung!«, hatte Dorothea Zindler weiter geschrieben.

Unter dem Brief ist ihre Telefonnummer notiert, in dieser alten sorgfältigen, etwas kantigen Schrift. Die Nummer ist angestrichen mit einem Leuchtstift in Orange; daneben ist noch etwas geschrieben in einer jün-

geren Schrift, auch angestrichen: »Bitte absagen«.

Schwester Jaqueline, um die fünfzig, sanftes Lächeln, leise Schritte auf Turnschuhen, soll das übernehmen. Sie soll Frau Zindler anrufen, aber das hat sie bislang nicht geschafft.

Draußen vor dem Fenster liegt der Ort Niesky, der geteilt ist durch eine Hauptstraße, an der das Restaurant »Bürgerhaus« liegt, die Pension »Body Sun«, ein Marktplatz mit Kopfsteinpflaster. Es gibt Vereine, Fußball, Tennis, ein Eisstadion, ein Freibad, sogar ein kleines Krankenhaus. Ein Ort, wie für ein Kinderbuch illustriert. Ein Müllwagen fährt.

»Gibt es auch Arbeit für meinen Partner?« »Fahren Busse?« »Funktioniert das Internet?« Das aber sind die Fragen der jungen Ärzte, die bei der Kassenärztlichen Vereinigung anrufen und wissen wollen, wo im Land Sachsen offene Hausarztstellen sind. Die Abteilung Sicherstellung macht diese Arbeit, und die Mitarbeiter müssen immer wieder Fragen so beantworten, dass sich jemand gegen den Ort entscheidet.

Die Vereinigung vergibt die Hausarztsitze nach einem »Bedarfsplan«. Sie versucht Anreize zu schaffen für bestimmte Regionen, verspricht ein sicheres Einkommen während der ersten zwei Jahre und vergibt Prämien. Wer sich in Niesky als Hausarzt niederlässt, kann eine Förderung von 60 000 Euro bekommen. Im benachbarten Weißwasser, wo die Versorgung bei 74 Prozent liegt, gibt es 100 000 Euro.

In der Praxis von Dana Schmidt ist alles frisch renoviert. Die Praxis misst 200 Quadratmeter, hat sechs Sprechzimmer, eins für Akupunktur. Der Teppichboden ist neu, der Empfangstresen ist modern in Weiß und mit Türkis abgesetzt.

Dahinter sitzt Simone Steller, eher der energische Typ, kurze Haare, kräftig, »mit dickem Fell, weil man das am Empfang braucht«, so sagt es Dana Schmidt, und schickt gerade wieder einen Patienten weg.

11.09 Uhr: »Ich wollte bloß mal fragen, ob Sie noch jemanden aufnehmen?«, fragt eine Frau, Ende zwanzig.

11.22 Uhr: »Nehmen Sie noch wen?«, fragt ein Mann, 61 Jahre alt. Er braucht sein Asthma-Medikament und ein Mittel für sein schwaches Herz.

»Da muss ich Sie noch mal wegschicken«, sagt Steller zu ihm. Er ist rund, trägt Schnauzer, unter dem er schwer atmet. Er bleibt höflich. Er steht da wie ein Bettler.

Als er gegangen ist, sagt Steller noch: »Wir können die Welt ja auch nicht retten.«

Es gibt Leute, die können nicht immer so höflich bleiben. Frank Martin, 54, Hausmann aus Horka, hatte früher ein Geschäft für Mineralien, ein eigenes Haus in Löbau, aber beides hat er verloren. Er lebt heute auf einem Resthof zur Miete, wo seine Frau und er es sich wieder ein wenig schön gemacht haben mit Ziegen und einer kleinen Werkstatt.

Er leidet unter Bluthochdruck, er hatte schon mal einen Herzinfarkt. Im vergangenen Sommer rief er 30 oder 40 Hausärzte im Kreis an, sogar einen in Bautzen, ohne Erfolg. Also ist er im Dezember in die Notaufnahme vom Krankenhaus gefahren und hat dort sein Medikament geholt, was aber dann im Januar verbraucht war. Also fuhr er all die Ärzte mit dem Auto ab, und bei einer Ärztin, so erzählt er es, sei er so lange im Wartezimmer sitzen geblieben, bis er ein neues Rezept hatte.

In der Notaufnahme dürfen die Ärzte nur kleine Packungen an Medikamenten mitgeben, sie können die Blutwerte der Patienten nicht dauerhaft überprüfen. Früher gab es in der DDR weit verbreitet Polikliniken, wo Ärzte und Ärztinnen aus verschiedenen Fachrichtungen zusammen in einem Haus arbeiteten, aber die verschwanden nach der Wende. Inzwischen sind wieder ein paar neue kleinere Ärztezentren entstanden, auch in Niesky. Aber darin sitzen nun Hausärzte, die niemanden mehr aufnehmen.

Im März hörte Martin von Dana Schmidt, der neuen Ärztin, stand dann bei Simone Steller am Tresen und wurde, das sagt er selbst, ein bisschen laut.

Andere, sagt Simone Steller, führen bis nach Dresden. Oder sie gingen eben wieder nach Hause.

»Heute«, sagt sie zufrieden, »läuft das alles sehr, sehr übersichtlich ab.« Dana Schmidt arbeitet in ihrem Sprechzimmer hinter verschlossener Tür und ist froh, nicht immer alles von da vorn mitzukriegen.

Ihre Patienten kommen zu ihr, weil die Blutwerte gecheckt werden müssen, sie wollen Corona-Abstriche, etwas gegen Übelkeit. Schmidt sagt, es kämen immer mehr Leute mit Schlaflosigkeit, Depressionen, Ängsten. Einige fürchten, der Russe könnte einmarschieren, oder sie selbst könnten irgendwann ihre Heizrechnung nicht mehr bezahlen oder ihr Essen.

Pro Patient planen sie in der Praxis 10 Minuten ein. So verteilt Steller die Termine, klickt immer wieder in das kleine Kästchen auf ihrem Bildschirm. 20 schaffen sie am Vormittag, 30 am Nachmittag. So ist der Tag gegeben. Sie wollen pünktlich Mittag machen.

Und um Punkt zwölf sitzen sie tatsächlich alle am runden Tisch in der kleinen Küche. Leute vom Bürgerhaus bringen Zwiebelbraten. Nur Schwester Jaqueline fehlt noch, die ruft gerade Frau Zindler an.

Sie kommt dann durch die Tür, läuft um den Tisch, setzt sich und nimmt stumm ihr Besteck, und Simone Steller sagt wieder ihren Satz: »Wir können die Welt auch nicht retten!«

»Kannste nicht ändern«, fügt Schwester Grit hinzu, wie das Amen nach einem Tischgebet. Dann essen sie.

1300 Patienten sind mittlerweile fest in der Kartei der Arztpraxis, jetzt arbeiten sie erst mal noch die vielen übrigen Unterlagen durch, »und dann gucken wir mal«, sagt Schmidt.

Sie ist das erste Mal selbstständig, sie muss die Abrechnungen kapiieren, das ist viel Bürokratie. Sie macht Bereitschaftsdienste, auch nachts. Erst am Sonntag hatte sie wieder so einen Notdienst. Da wachte sie bis sieben Uhr in der Frühe am Telefon, und ab acht kamen die ersten Patienten in die Praxis.

Und dann hat sie ja noch das andere Leben, in dem sie ein altes Zollhaus gekauft hat, das sie renoviert, einen Freund hat und eine Mutter im Pflegeheim.

Nicht weit von ihrer Praxis, auch an der Muskauer Straße, liegt die Arztpraxis von Dr. Dietrich Hartmann, auch Allgemeinmediziner. Er ist Ende sechzig und hat rund 3500 Patienten.

Am Nachmittag steht sein Kollege, ein junger Arzt aus der Gegend, kurze Haare, Falko Hoppenz heißt er, auf dem Gehweg in Lederjacke und erklärt: »Er hat Patienten für vier Praxen.« Hoppenz ist noch in der Ausbildung, er macht in eineinhalb Jahren seine Facharztprüfung und will danach übernehmen, aber er sagt: »Allein werde ich das nicht schaffen.« Auch er hat noch ein anderes Leben, eine Frau und Zwillinge, sechs Jahre alt.

Es gibt den »Bedarfsplan« der Kassenärztlichen Vereinigung, darin sind die Lücken verzeichnet, aber die Versorgungslöcher dahinter sind heute größer als früher. Den Grund dafür sieht Hoppenz' Kollege Volker Höynck in der »Work-Life-Balance« der jungen Kollegen, er quetscht das Wort heraus wie etwas, das ihm nicht schmeckt.

Höynck steht auf dem Hof seines Hauses in roter Outdoorjacke und führt das weiter aus. Es gehe nicht nur um die reine Anzahl der Ärzte, die niedrig sei, auch um die »Arzt-Zeit«, die sich bei jungen Ärzten heute immer mehr verringere. Höynck ist Allgemeinmediziner in Rente, aber hält den schwarzen Arztkoffer noch unter dem Arm.

Auf die Frage, ob er Zeit habe, antwortet er: »Wenig«. Sagt: »Als Rentner arbeitet man hier freundlicherweise weiter.« Höynck ist seit Sommer im Ruhestand, er habe früher 80 Stunden in der Woche gearbeitet, sagt er. Auch er hat keinen Nachfolger gefunden, in seiner Praxis praktiziert jetzt ein Augenarzt aus Polen.

Seit Höynck in Rente ist, arbeitet er nur noch 40 Stunden. Er übernimmt weiter die Nacht- und Wochenenddienste für acht Kollegen und für die Polizei Niesky und arbeitet samstags und sonntags öfter in der Praxis der Kassenärztlichen Vereinigung.

Dr. Höynck, in seiner Hofeinfahrt, schlägt vor, dann lieber gleich zu reden, und auf dem Weg ins Bürgerhaus sagt er bei langen Schritten wieder dieses Wort: »Work-Life-Balance«.

Er selbst stammt aus Westfalen, hatte zwölf Jahre in Malawi und Botswana gearbeitet, er ist vor 13 Jahren nach Niesky gekommen, weil die Oberin der Diakonie ihn so freundlich gefragt habe.

Krankenschwester Grit, Mitarbeiterin Steller: Nach vier Tagen muss der Zettel an die Tür: »Momentan können leider keine Neu-Patienten aufgenommen werden«



Freundlichkeit, Mitmenschlichkeit, so sagt er, seien für ihn das Wichtigste. So lehre es die Bibel. Er hilft in mehreren Praxen aus, wo Krankheit herrscht oder Erschöpfung. Er zumindest versucht, die Welt zu retten.

Höynck ist einer von vier Ärzten, deren Praxis im vergangenen Jahr im »Planungsbereich Niesky« geschlossen wurde. Dann: Medizinalrat Hurtig, zu DDR-Zeiten noch Chef der örtlichen Poliklinik, ist mit 85, noch praktizierend, plötzlich verstorben. Dann: Dr. Raff, lag tot in seiner Praxis, mit 69 Jahren. Und noch Dr. Noack aus Ushmannsdorf, der mit 70 aufgehört hat. Dr. Noack ist derjenige, der Frank Martin im Sommer noch sein Bluthochdruckmittel verschrieben hatte und bei Frau Zindler zu Hause gewesen war, um sich zu verabschieden nach 29 Jahren. Er hat ihr für den Pflegegrad 3 ein Attest geschrieben, mit diesem Pflegegrad kommt sie leichter an einen Taxischein. Etwa 30 Prozent der Hausärzte in Sachsen sind älter als 60.

Einen Abend später zeigt Dana Schmidt das neue Zollhaus. Sie hat Feierabend, die Abendsonne wirft ihre Strahlen durch den lichten Wald. Tagsüber in der Praxis ist sie freundlich zu den Leuten, schaut jedem in die Augen, aber 1300 Patienten bedeutet für sie, dass sie darum kämpft,

die Kontrolle über ihr Leben zu behalten.

Sie zeigt am Zollhaus, wo die Handwerker Wände herausgenommen haben, die gesamte zweite Etage werde sie beziehen, 190 Quadratmeter. Den Rest lässt sie zu vier Ferienwohnungen umbauen, das Skilanglaufgebiet liegt um die Ecke.

Schmidt möchte später noch Bienen züchten und nach Feierabend im Boot über den Teich fahren. Das habe sie gemeint mit dem »besseren Leben«.

Vor Dana Schmidt behandelte ein Orthopäde in den Praxisräumen, aber der ist auch in Rente. Manche rufen noch bei Steller an, weil sie einen Orthopäden suchen. Auch Augenärzte fehlen in Niesky und ein Hautarzt.

Immer wieder stehen deshalb Kunden vor Heiko Neumann, die fragen: »Könnten Sie sich das mal ansehen?«, und zeigen ihr wundes Bein.

»Diagnosen dürfen wir natürlich nicht stellen«, sagt Neumann.

Er ist Apotheker in Niesky, ihm gehört die Zinzendorf Apotheke an der Hausmannstraße. Vor jedem der vier Serviceschalter liegt ein kleiner, roter Teppich, so, als bekäme der Patient hier seine Würde zurück.

Neumann, ein großer, sportlicher Mann, 52, sitzt zum Gespräch hinten in seinem Büro und sagt, er kämpfe um jeden Kunden. Im Regal steht ein Ordner mit der Aufschrift: »Kassen-

abschluss 2022«. »Wenn weniger Ärzte am Ort sind, gibt es weniger Rezepte«, sagt er. Seit 30 Jahren ist er in der Apotheke, seit 22 Jahren Inhaber. Früher habe es für alle Erkrankungen einen Facharzt in Niesky gegeben.

Er versucht jetzt einen höheren Umsatz durch rezeptfreie Produkte zu erreichen; Nahrungsergänzungsmittel oder medizinische Cremes. Leider seien Dinge wie Vorsorge oder Pflege bei den Menschen hier aber selten ein Thema, da fehle es an Kaufkraft. Viele der Menschen aus Niesky seien eher verzweifelt und müde. Bei der Stadtratswahl 2019 wählten 27 Prozent die AfD.

Die Leute würden ihn fragen, ob er ihnen ihr Medikament nicht mal so verkaufen könne, ohne Rezept. Er schicke Faxe an Ärzte, um zu helfen, was aber meistens auch nichts bringe.

Die Leute rufen, in ihrer Not, oft die 116 117 an, damit ein Arzt zu ihnen nach Hause kommt, besuchen die KV-Sprechstunde am Krankenhaus, in der sie auch zumindest kleine Packungen ihrer Medikamente bekommen können. Oder sie fahren eben in die Notaufnahme des Krankenhauses, das von der Diakonissenanstalt Dresden betrieben wird. Echte Notfälle bestehen, das erzählt die Mitarbeiterin am Empfang, aber nur in 30 bis 50 Prozent der Fälle. Die Leute kämen mit Halsschmerzen oder Husten, weil sie keinen Hausarzt hätten.

Am nächsten Morgen, um 8.55 Uhr, arbeitet sich ein älterer Herr, Jahrgang 1939, bis an die Anmeldung des Krankenhauses vor und berichtet von seiner Verstopfung, die er erfolglos selbst behandelt habe. Er habe weitere Beschwerden, die sich durch die lange Zeit ohne Hausarzt bei ihm angehäuft hätten.

Ihn nimmt das Krankenhaus direkt stationär auf.

Der Anteil der Alten im Kreis Görlitz, die älter sind als 65 Jahre, liegt bei 30 Prozent. Die Alten seien immer die, die es besonders schwer hätten, erklärt Simone Steller in der Praxis Schmidt am selben Vormittag. »Die haben dicke Akten und brauchen Hausbesuche.« Das koste Zeit.

Nebenan im Sprechzimmer zwei sitzt Schwester Grit und scannt wieder Akten. Dana Schmidt, die Ärztin, behandelt in Sprechzimmer eins und hatte das bereits früh gesagt und steht auch noch dazu: Hausbesuche lehne sie generell ab.

Kurz vor Mittag wartet sie bei Steller am Empfang auf ihren Tee und beantwortet auch gern noch die Fra-

Die Absage sei zumindest eine Antwort gewesen. Von anderen Ärzten habe sie gar nichts gehört.

ge nach dem Warum. »Bis ich auf den Dörfern die Hausnummer gefunden habe, habe ich in der Praxis zehn Patienten behandelt«, sagt sie.

Es ist wie bei einem Tischtuch, an dem man zieht, das aber an allen Enden zu kurz ist.

Und Frau Zindler?

Es tue ihr auch leid, aber solche Geschichten höre sie häufig, täglich, sagt die Ärztin.

Und so setzen sie sich um 12 Uhr wieder zum Mittagessen zusammen. Das Bürgerhaus bringt Schweinekoletts.

In der Nacht zuvor war Volker Höynck, der Arzt in Rente, wieder im Fahrdienst unterwegs gewesen. Er schreibt eine Mail mit einem kurzen Bericht. »Ich hatte die klassische Patientin. Ältere Dame mit starkem Juckreiz seit Wochen. Hat keinen Hausarzt. Traute sich an die Behandlung nicht selbst ran. Hatte schon wunde Stellen. Wir konnten den Ursprung schnell klären: ein Medikament, gegen das sie allergisch ist.«

Simone Steller sagt, während sie isst, heute Vormittag sei es wirklich schwer gewesen. Es sei wieder jemand da gewesen, der aufgenommen werden wollte, eine Frau um die sechzig, Krebspatientin, die ihre Medikamente brauchte. Als Steller die Frau wegschickte, weinte die.

Da habe sie auch bald geweint, sagt Steller, die mit dem dicken Fell. Jetzt gerade sagt keiner etwas in der kleinen Küche. Sie können die Welt auch nicht retten, so, wie sie der Arzt Volker Höynck auch nicht retten kann. Und Dana Schmidt und ihre anderen jungen Kollegen sind nur nicht mehr bereit, das große Problem zu ihrem zu machen.

Nur wessen Problem ist es? Bei der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen an der Schützenhöhe 12 in Dresden telefoniert unten am Empfang eine Dame gerade mit einem Patienten, der nun von ihr wissen will, wo er einen Arzt findet.

Oben in der zweiten Etage wartet Sylvia Krug, selbst HNO-Ärztin und stellvertretende Vorstandsvorsitzende, die die Fragen beantwortet, und neben ihr der Mitarbeiter aus der Abteilung Sicherstellung, der gewöhnlich Antworten auf die Fragen junger Ärzte haben soll.

Sie hören von Niesky, von Dorothea Zindler, die Frage ist: Warum ist sie nicht versorgt?

Sylvia Krug antwortet: »Ja, es ist schwierig, da kann man nur an die Hausärzte appellieren und versuchen, über die Terminservicestelle einen

Hausarzt Höynck: »Als Rentner arbeitet man hier freundlicherweise weiter«



»Die Alten haben es besonders schwer – sie haben dicke Patientenakten und brauchen Zeit.«

Termin zu vereinbaren. Wir hoffen, dass die Patientin unterkommt.«

Das sagt sie, während der Kollege aus der Sicherstellung schon unruhig wird auf seinem Stuhl.

Er zuckt die Achseln, die Unterversorgung oder drohende Unterversorgung sei, in der Verantwortung, dann nicht mehr das Problem der Kassenärztlichen Vereinigung.

Die schlechte Infrastruktur im ländlichen Raum, die Menschen davon abhält, nach Niesky zu kommen, ist das Ergebnis jahrelanger politischer Versäumnisse mit ungelösten Problemen solcher Regionen: viel Abwanderung, wenig Digitalisierung und oftmals eine mangelnde Grundversorgung. Zu wenige Schulen, Kindergärten, Pflegeeinrichtungen und eben: Ärzte.

In den Töpfen vor Dorothea Zindlers Haus sind bunte Tulpen gepflanzt, in den Fenstern hängen feine Gardinen. Sie öffnet vorsichtig die Tür und sagt: »Ist doch schön, wenn mal jemand vorbeikommt.«

Sie bittet hinein, stellt im Wohnzimmer den Stock an die Wand, bevor sie sich setzt. Im Haus ist es dunkel, kühl, und sie, schmal, blaue Augen, trägt zwei Strickpullover übereinander.

Sie stützt die Ellenbogen auf den flachen Tisch, von dem aus sie die Briefe geschrieben hatte, vor ihr der Block. Sie hat Arthrose in den Hän-

den und schält schon längst keine Kartoffeln mehr.

Sie sagt, die Absage der jungen Ärztin sei zumindest eine Antwort gewesen. Von allen anderen Ärzten habe sie nichts gehört. »Die rühren sich gar nicht«, sagt sie.

Im Regal über ihr stehen die Fotos ihrer Söhne, ihres Mannes. Sie haben ihr Leben in diesem Haus gelebt, Kindergeburtstage gefeiert, Dorothea Zindler war 37 Jahre lang im Schuldienst.

Es ist still, nur ein Wecker tickt.

Vor ihr auf dem Tisch liegt auch die Sonnenblumen-Schale mit dem Schmerzpflaster, Fentanyl AL Matrix 100. Zindler braucht die Pflaster seit einem Bandscheibenvorfall plus Operation im Jahr 1999, ihr Mann hatte sie immer auf ihren Rücken geklebt. Seit er im vergangenen Jahr gestorben ist, klebt sie die Pflaster, weil sie selbst an den Rücken nicht kommt, auf den Oberschenkel.

Dr. Noack war also im Juli das letzte Mal bei ihr gewesen, die Pflaster waren verbraucht im Dezember. Sie hatte die 116 117 angerufen, eine Ärztin kam zu ihr, die ihren Blutdruck maß, die Lebertabletten verschrieb und einen Taxischein ausstellte, mit dem sie nach Niesky fahren könne, wegen der Pflaster.

Sie fuhr in die Notfallpraxis, die ihr die Pflaster nicht verschrieb. Aber Volker Höynck machte an diesem Tag zufällig den Dienst, der ihr zumindest ein Schreiben mitgegeben hat an zwei Hausärztinnen, mit der Bitte, sie mögen doch bitte das Rezept für die neuen Pflaster schreiben.

»Das hat eine Ärztin auch gemacht, aber sie war sauer, weil sie sich unter Druck gesetzt fühlte«, sagt Zindler.

Da kann sie also nicht wieder hin.

Sie nimmt die Schachtel Fentanyl aus der Schale in ihre Hände und sieht hinein wie in ein langes Rohr, schüttelt die Packung und sagt: »Vier sind noch drin.«

Sie braucht jeden Tag ein Pflaster, sie streckt sie seit einer Weile und zerschneidet sie mit der kleinen Schere auf dem Tisch. Sie hat Schmerzen. Zum Aufstehen bohrt sie die Fäuste in die Couch und hebt sich zitternd und wie in Zeitlupe in die Höhe. Sie kann schlecht stehen.

Und jetzt?

»Gar nichts«, sagt sie und umfasst das Papiertaschentuch fester. Sie könne nur wieder die 116 117 anrufen, sich einen Taxischein ausstellen lassen, losfahren und sehen, ob sie es vom Taxi aus in eine Praxis schaffe, um dort jemanden zu überreden, an einem Tresen stehend. ■

Patienten ohne Praxis

Anlass der Geschichte war das Foto einer Menschen Schlange im sächsischen Niesky: Eine Hausarztpraxis hatte eröffnet. SPIEGEL-Redakteurin Hardinghaus, die selbst in Hamburg lebt, bekam eine Idee davon, was »medizinische Unterversorgung in strukturschwachen Gebieten« bedeutet. Sie fuhr nach Niesky, um bei Patienten und medizinischem Personal zu recherchieren. Die Ärztin Dana Schmidt öffnete ihr die Türen für mehrere Tage.

Leck in der Saugleitung

ALLES GUTSCH Über die deutsche Handwerker-Dreifaltigkeit, die Geschlechterfrage und die Sehnsucht nach einem Sommerloch

Einnert sich noch jemand an das Sommerloch? Irgendwann im Juli kam es üblicherweise nach Deutschland und blieb meist für einige Wochen. Im Sommerloch gab es die »Sommerlochtiere«, über die die Zeitungen berichteten. Der Brillenkaiman »Sammy«. Der angeblich dackelfressende »Killerwels Kuno«. Der »Problembär Bruno«. Oder der »Problemstorch Ronny«. Im Sommerloch wurde der Sommerhit gehört, ein potthässliches Stück Musik, das die überhitzten Hirne der Menschen trotzdem beglückte. Im Sommerloch machten Politiker aus der dritten Reihe gern Vorschläge, über die dann alle lachten. Eine Pizza-Steuer. Ansonsten passierte nicht viel im Sommerloch. Man wurde ganz lullerig, weil so wenig passierte.

Heute, im Sommer 2022, erscheint es mir fast märchenhaft, dass es mal ein Sommerloch gab. Ich schalte den Fernseher ein, und sie reden über den Krieg, die Pandemie, die Inflation, die Gas-krise, die Klimakrise. Überall Zeitenwende, überall spielt die Welt verrückt. Und nirgendwo ein Problemstorch. Karl Lauterbach warnt vor den möglichen »vielen Todesopfern« durch die Hitzewelle der nächsten Tage. Robert Habeck warnt vor einer »Zerreißprobe« durch den Gasmangel. Der IWF warnt vor dem Zinsschock. In der Zeitung las ich, dass die Kichererbsen knapp werden könnten. Und die Dosentomaten. Das Sonnenblumenöl. Der Sand in der Bauindustrie. Ja, Sand.

Menschen bunkern Kohle oder Holz für den Winter. Manchmal denke ich: Die DDR ist wieder da, und der Badeofen meiner Kindheit kommt zurück. Damals gab es bei uns den Badetag, die ganze Familie stieg in die Wanne, mein Vater schob Briketts in den Ofen. Vielleicht kommt das alles wieder. Genauso wie die rußgesichtigen Kohlenmänner, die mit dem Kohlenlaster durch die Straßen tuckerten. Mutter, der Mann mit dem Koks ist da.

Vor mehr als 30 Jahren habe ich zum letzten Mal eine Art Mangel erfahren. Dann kamen der Kapitalis-



mus und der Überfluss nach Ostdeutschland. Ich dachte, es geht immer so weiter. Immer aufwärts. Jetzt wird wieder alles irgendwie knapp.

Außer bei den Geschlechtern. Da werden es plötzlich immer mehr. In den vergangenen Tagen las ich einen Haufen Artikel darüber, wie viele Geschlechter es nun eigentlich gibt. Ich dachte, das wäre längst geklärt, wissenschaftlich: Biologisch gibt es zwei Geschlechter, wobei das soziale Geschlecht, also das Gender, natürlich facettenreicher sein kann. Aber was weiß ich schon? Auf die uralte Frage »Ist es ein Mädchen oder ein Junge?« werden die Ärzte im Kreißsaal bald antworten: »Keine Ahnung. Da müssen Sie es schon selbst fragen.«

Dosentomaten, Sonnenblumenöl, Sand, eine warme Heizung im Winter – das waren ja deutsche Gewissheiten. Dinge, um die man sich nie sorgen musste. Klar war auch, dass der deutsche Sommer meist verregnet ist, weshalb man in den Süden flüchtete. Rudi Carrell sang: »Wann wird's mal wieder richtig Sommer? Mit Sonnenschein von Juni bis September.«

Jetzt sitze ich in Brandenburg, und schon wieder rückt die Feuerwehr

aus, weil irgendwo der Wald brennt. Ich hoffe ständig auf Regen. Was soll ich im Süden? Brandenburg wird immer spanischer, und die deutschen Flughäfen soll man lieber meiden. Weil dort das »Reisechaos« droht. Ob ein Flugzeug abfliegt oder nicht – das ist wegen Personalmangels auch nicht mehr gewiss.

Natürlich ändern sich die Zeiten. Immer. »The times they are a-changin'«, sang Bob Dylan. Aber gerade bin ich sehr Zeitenwende-müde. Ich sehne mich nach ein paar Gewissheiten. Wenn die Welt wankt, möchte man sich irgendwo festhalten. So tickt der Mensch, oder?

Dann ging in meinem Haus in Brandenburg die Pumpe kaputt. Sie ist uralte und brüllte wie ein Tier, wenn sie das Grundwasser in den Garten und in die Toilette pumpte. Ich rief einen Installateur an. Er sagte: »Ick komm am Donnerstag.« Der Installateur kam nicht am Donnerstag. Auch nicht am Freitag. Ich hatte mir extra freigenommen, Termine freigeschaufelt. Überraschenderweise blieb ich ganz ruhig. Ich rief wieder an, bettelte.

Als der Installateur endlich da war, sagte er kopfschüttelnd: »Ditt wird aber richtig teuer.«

Ich bekam eine neue Pumpe. Nach ein paar Tagen pumpte sie nicht mehr. Ich rief wieder den Installateur an. Er sagte: »Ja, watt soll ick da jetzt machen?« Dann fuhr er in den Urlaub.

Ich spülte meine Toilette mit dem Wassereimer wie anno 1945. Der Garten verdorrte. Ich rief den Installateur an. Er knurrte: »In zwei Wochen vielleicht.« Am nächsten Tag stand er plötzlich vor der Tür. Ich kam gerade aus der Dusche. Mit einem Handtuch um die Hüfte ging ich in den Keller und diskutierte tropfend über ein »Leck in der Saugleitung«. Der Installateur sagte, dass der Brunnenbauer kommen müsse. Der Brunnenbauer sagte: »Nee, ditt Problem is' die Druckleitung.« Ich rief wieder beim Installateur an. Er geht nicht mehr ans Telefon.

Früher hätte ich mich furchtbar aufgeregt. Heute denke ich: Der deutsche Handwerker ist womöglich eine der letzten Gewissheiten in diesen Zeiten. Hier ist wirklich alles noch »wie immer«. Diese Handwerker-Dreifaltigkeit aus Unfreundlichkeit, Inkompetenz und »Der Kunde ist der letzte Arsch« – sie wird ewig leben.

Das ist nicht schön, gewiss. Aber ich kann nicht leugnen, dass ich es, im Strudel der Zeitenwende, auch beruhigend fand.

Jochen-Martin Gutsch

Wenn die Welt wankt, möchte man sich gern irgendwo festhalten.



Politiker Olaf Scholz (M.), Weil (r.) bei Eröffnung der Hannover Messe im Mai

Axel Heimken / AFP

Briten brüskieren Hannover Messe

HANDELSPOLITIK Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil wollte Großbritannien als Partner für die weltgrößte Industriemesse gewinnen – und so die Beziehungen verbessern. Doch die Regierung winkte ab.

Der deutschen Wirtschaft droht eine anhaltende Durststrecke in den Beziehungen zu Großbritannien. Das zeigt ein gescheiterter Vorstoß des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD), die beiden Handelsnationen wieder enger zusammenzuführen.

Bei einer Großbritannienreise im März hatte Weil versucht, das Land als Partner für eine der nächsten Hannover Messen zu gewinnen. Auf der weltgrößten Industriemesse tritt jedes Frühjahr eine andere Nation prominent in Erscheinung, um sich und ihre Unternehmen zu präsentieren. 2016 etwa fiel die Wahl auf die USA, zur Eröffnung reiste eigens der damalige Präsident Barack Obama an. Bei einem Treffen mit dem damaligen britischen Minister für

Handel und Investitionen, Lord Gerry Grimstone, Ex-Chef der Großbank Barclays und Mitglied des britischen Oberhauses, warb Weil vehement für die Partnerschaft. Gerade nach dem Brexit müssten Deutschland und Großbritannien ihre bilateralen Beziehungen auf wirtschaftlicher Ebene stärken, sagte der niedersächsische Ministerpräsident laut Teilnehmern.

Drei Monate später sagte Grimstone jedoch ab. Die britische Regierung habe unlängst ihr Engagement auf internationalen Messen überprüft, heißt es knapp in einem Brief vom 23. Juni, »wir mussten unsere begrenzten Ressourcen weltweit auf eine kleinere Anzahl von Events fokussieren«.

Beobachter halten das für einen Vorwand. Die konservative Regierungspartei

scheue derzeit eine allzu große Nähe zur deutschen Wirtschaft, aus wahltaktischen Gründen: Europafreundliche Signale könnten die Wählerinnen und Wähler der Tories womöglich vergrätzen. Die jüngste Regierungskrise in London werde an der ablehnenden Haltung deshalb wenig ändern, heißt es. Grimstone ist vergangene Woche wegen der Skandale um den scheidenden Premier Boris Johnson zurückgetreten.

Die niedersächsische Staatskanzlei will sich zu den vertraulichen Gesprächen nicht äußern. Einen weiteren Vorstoß nach dem anstehenden Regierungswechsel schließt Weil jedoch nicht aus: »Großbritannien ist immer ein potenzielles Partnerland«, lässt er mitteilen. Es bestehe »kein zeitlicher Druck in dieser Frage«. SH

Gericht sieht Sicherheitsmängel bei Tesla-Modell

AUTOINDUSTRIE Tesla hat erneut Ärger wegen seiner Fahrassistentenfunktion Autopilot. Das Landgericht München I verurteilte den kalifornischen Konzern, einer Kundin den Großteil des Kaufpreises von gut 112 000 Euro für ein SUV des Typs Model X zurückzuerstatten. Das Gericht folgte Mitte Juni in dem bislang noch nicht bekannt gewordenen Urteil einem technischen Gutachten, wonach das Assistenzsystem Hindernisse – etwa die Verschmälerung einer Baustelle – nicht zuverlässig erkenne. Zudem bremsen das Auto immer wieder unnötig ab. Dies könne gerade in Innenstädten eine »massive Gefährdung« bedeuten und zu Auffahrunfällen führen. Das Argument der Tesla-Anwälte, wonach der Autopilot nicht für den Stadtverkehr vorgesehen sei, ließ das Gericht nicht gelten: Müssten Nutzer den Autopiloten zwischen

Autobahn, Außerortsverkehr und Stadtverkehr händisch an- und ausschalten, könne das vom Verkehrsgeschehen ablenken. »Ein weiteres Mal zeigt sich, dass Tesla beim Thema Autopilot das vollmundig Versprochene nicht einhält«, sagt Klägeranwalt Christoph Lindner. Eine Technologieführerschaft bei den Assistenzsystemen sehe jedenfalls anders aus. In den USA untersucht bereits die Verkehrsbehörde NHTSA, ob der Autopilot zu Unfällen geführt habe. Tesla kommentiert das Verfahren nicht. Der US-Konzern hat Berufung eingelegt, die Klägerin auch: Sie fordert statt des Geldes die Lieferung eines Neufahrzeugs. SH



Tesla-Cockpit

Winfried Rothert/ picture alliance

Verdacht auf Abzocke beim Spritpreis

TANKRABATT Das Bundeskartellamt hat Belege dafür, dass Mineralölkonzerne in den vergangenen Monaten höhere Gewinnmargen erzielt haben. »Hinsichtlich der Kraftstoffmärkte zeigen erste Datensätze des Bundeskartellamts, dass die Abstände zwischen Rohöl- und

Raffinerieabgabepreisen signifikant gestiegen sind«, heißt es in einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linken. Dies könne auf Kartellrechtsverstöße hindeuten, so das Ministerium weiter, das für die Wettbewerbskontrolle zuständig ist. Als Erklärung für die Preissteigerungen kämen aber auch strukturelle Wettbewerbsprobleme in Betracht. Eine Sektoruntersuchung solle dies klären. Schon lange ist umstritten, ob der Tankrabatt an die Verbraucher weitergegeben wird. Allerdings dürfte mit Ergebnissen nicht vor seinem Auslaufen Ende August zu rechnen sein. Dies kritisiert der Linkenabgeordnete Victor Perli. »Das Bundeskartellamt ist unfähig, Abzocke an den Tankstellen zu beenden«, sagte er. »Die laufende Sektoruntersuchung wird erst lange nach Ende des Tankrabatts abgeschlossen sein.« Perli fordert einen Spritpreisdeckel ähnlich wie in Slowenien, wo der Liter Benzin oder Diesel nur zwei Cent mehr kosten darf als im Großhandel. GT



Julius-Christian Schreiner / dpa

»Die Krise trifft uns schon jetzt«



Georg Schneider, 56, Chef der Brauerei Schneider Weisse, über die neuen Schwierigkeiten der Bierproduktion

SPIEGEL: Herr Schneider, was würde es für Ihre Brauerei bedeuten, sollte im Winter das Gas knapp werden?

Schneider: Bei den Vorprodukten trifft uns die Energiekrise schon jetzt. Unsere Lieferanten produzieren quasi alle auf Grundlage von Gas. Die Papieretiketten sind viel teurer geworden, ebenso die Kronkorken. Beim Malz, das ja getrockneter Weizen oder getrocknete Gerste ist, kommen zwei Faktoren zusammen: die hohen Getreidepreise und die Energiekosten. Das größte Problem sehe ich bei den Flaschen. Die Glashütten werden mit Gas betrieben. Ein Ausfall würde die Anlagen zerstören. Ich bezweifle, dass sie hierzulande wieder aufgebaut würden.

SPIEGEL: Trotzdem müssen Sie weiter brauen.

Schneider: Wenn es hart auf hart kommt, könnten wir nicht mehr alle Biersorten produzie-

ren und müssten uns wohl auch auf regionale Kunden oder den Großhandel konzentrieren.

SPIEGEL: Wo können Brauereien Energie sparen?

Schneider: Durch das intelligente Vernetzen verschiedener Technologien. Wie kann ich die Abwärme einer Flaschenwaschmaschine wiederverwenden? Oder Energie transformieren, indem ich aus Wärme Kälte mache? Auch Wasser sparen ist ein zentrales Thema: Im Mehrwegkreislauf wird eine Flasche bis zu 80-mal wiederbefüllt. Früher brauchte man drei Liter Wasser, um eine Flasche zu spülen. Heute sind wir bei 0,25 Liter. Jeder Brauer muss mit Ressourcen sparsam umgehen – allein aus Kostengründen.

SPIEGEL: Im Moment kämpfen alle Branchen darum, bei der Gasversorgung möglichst vorn dabei zu sein. In welcher Reihe stehen die Brauer?

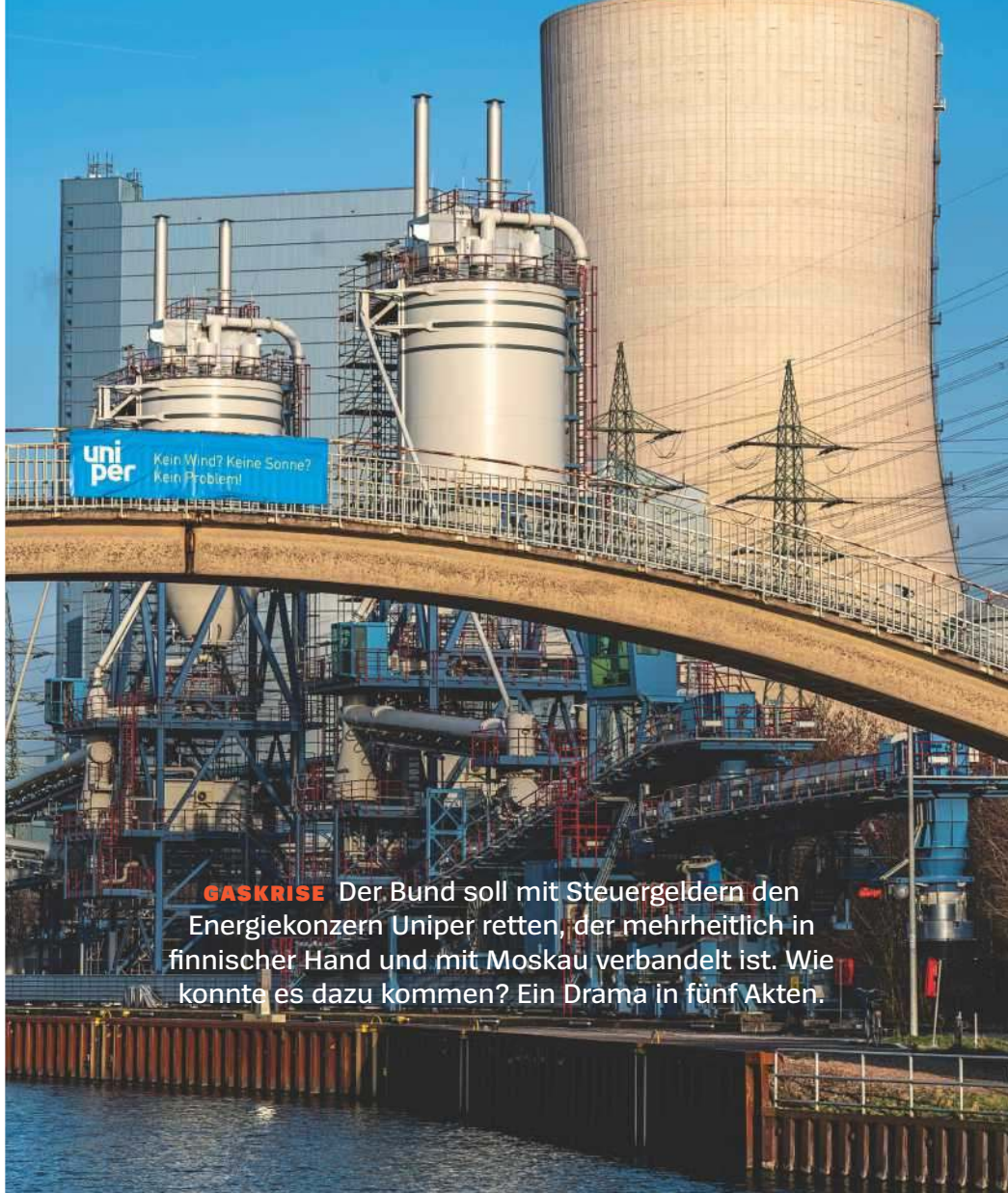
Schneider: Wir brauchen uns nichts vorzumachen: So systemrelevant wie Krankenhäuser oder die Grundversorgung mit Lebensmitteln sind wir nicht. Aber auch wir haben eine Relevanz, weil wir für Auszeiten stehen. Der Mensch kann nicht 24 Stunden lang im Krisenmodus leben. MMQ

Mehr Geldwäsche, weniger Personal

KRIMINALITÄT Im Kampf gegen Geldwäsche vernachlässigen die Länder ihre Aufsichtspflichten über den sogenannten Nichtfinanzsektor. Darunter fallen unter anderem Glücksspielketten, Versicherungsmakler oder Gebrauchtwagenhändler. Hier haben sich die Verdachtsmeldungen zwischen 2018 und 2021 mehr als verdreifacht, wie aus einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums hervorgeht. Die Landesregierungen stockten das Personal in den zuständigen Behörden aber nicht auf, im Gegenteil: Die Hälfte der Bundesländer baute sogar Stellen ab. Am heftigsten fiel der Schrumpfkurs in Nordrhein-Westfalen aus. Dort widmeten sich 2018 noch 72 Mitarbeiter der Geldwäschebekämpfung im Nichtfinanzsektor, 2021 waren es nur noch 51. Damit verfügt

NRW aber immer noch mit Abstand über die üppigste Ausstattung: Auf Platz zwei liegt Bayern mit 28 Stellen, immerhin 4 mehr als 2018. Zu den Bundesländern mit abnehmender Personalausstattung zählen noch Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Schlusslicht Thüringen. Die Regierung in Erfurt leistet sich gerade einmal knapp drei Stellen für die gesamte Geldwäscheaufsicht im Nicht-Finanzbereich. »Während der Bund das Thema Geldwäschebekämpfung immer konsequenter verfolgt, lassen die Länder wichtige Kontrollaufgaben schleifen«, kritisiert Markus Herbrand, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Der Nichtfinanzsektor sei »ein blinder Fleck der Geldwäschebekämpfung«. Die Länder müssten ihren Beitrag leisten für einen funktionierenden Rechtsstaat. REI

Das Milliarden-Dilemma



GASKRISE Der Bund soll mit Steuergeldern den Energiekonzern Uniper retten, der mehrheitlich in finnischer Hand und mit Moskau verhandelt ist. Wie konnte es dazu kommen? Ein Drama in fünf Akten.

In der Zentrale von Uniper in Düsseldorf scheint die alte Gaswelt noch intakt, zumindest nach außen wirkt das so. Hinter seiner Glasfassade im schicken Medienhafen hat der Energiekonzern ein graues Stück Pipeline postiert, ein Ausstellungsstück aus besseren Zeiten. Daneben kleben Fakten zur Leitung Nord Stream 1, die von Russland nach

Deutschland reicht: 55 Milliarden Kubikmeter Gas transportiert sie Jahr für Jahr, erfährt der arglose Passant, das reiche rechnerisch für 26 Millionen Haushalte.

Schön wär's.

Die geopolitische Realität hat die Werbeversprechen eingeholt – und Uniper steht im Zentrum einer Gaskrise, wie sie die Republik noch nicht

Steinkohlekraftwerk in Datteln:

Uniper ging als fossiler Rest von E.ON an die Börse

erlebt hat. Vor einem Monat schon drosselte Russland die Lieferungen durch Nord Stream 1 und führte technische Gründe an. Seit Montag strömt vorerst gar kein Gas mehr durch die Röhre, wegen jährlicher Wartungsarbeiten. Doch noch nie war die Sorge so groß, dass der Gasfluss aus Russland auch nach der Wartung versiegen könnte – mit wohl dramatischen Folgen für Privatteile und Wirtschaft.

Uniper war bis vor Kurzem einer der größten Kunden Gazproms und der größte Gasimporteur in Deutschland. Ein wichtiges Geschäft des Konzerns besteht darin, das russische Gas an mehr als 100 Stadtwerke und Industriebetriebe in Deutschland weiterzuvertreiben. Es ist Energie, die Wohnungen beheizt, Fabriken am Laufen hält.

Damit das Unternehmen seine Lieferverpflichtungen erfüllen kann, muss es nun Gas auf dem Markt nachkaufen – zu massiv gestiegenen Preisen. So verliere Uniper Tag für Tag Geld im zweistelligen Millionenbereich, sagt Vorstandschef Klaus-Dieter Maubach: »Eine Situation, die für uns nicht lange durchhaltbar ist«. Der Konzern hat deshalb Staatshilfe beantragt. Im Raum stehen bis zu neun Milliarden Euro, mit denen der Bund bei Uniper einsteigen könnte. Unipers Schicksal ist zum Politikum geworden.

Für die Bundesregierung wäre es doppelt erklärungsbedürftig, Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger für die Rettung einzusetzen. Uniper betreibt Geschäfte, die querstehen zur energiepolitischen Agenda der Bundesregierung: von Kohlekraftwerken in Russland bis hin zu Atommeilern in Schweden. Gerade klagt Uniper vor einem Schiedsgericht gegen den niederländischen Staat, weil der ein Uniper-Kohlekraftwerk vorzeitig stilllegen möchte. Knapp eine Milliarde Euro Entschädigung fordert das Unternehmen von den Niederlanden.

Vor allem aber gehört das Unternehmen zu 78 Prozent dem Energiekonzern Fortum aus Finnland, der sich mehrheitlich in staatlicher Hand befindet. Beide Staaten haben sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, wer nun wie viel Verantwortung tragen muss – und beide wollen nicht zu viel zahlen. Am Donnerstag reiste die finnische Europaministerin Tytti Tuppurainen zu Krisengesprächen nach Berlin, unter anderem, um mit Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt und Staatssekretär Jörg Kukies zu verhandeln.

Die Gespräche seien »gut und konstruktiv« gewesen, hieß es später

aus der Bundesregierung. Und weiter: Man sei sich einig, gemeinsam die Rettung zu »bewerkstelligen«. Doch während man in Berlin noch verhandelte, zogen in Düsseldorf Demonstrantinnen, vor allem aus der Ukraine, vor die Zentrale von Uniper. Sie protestierten gegen die Gasgeschäfte des Konzerns.

Dass eine mögliche Staatshilfe so viel Widerstände hervorruft, liegt auch an der bizarren Geschichte dieses Unternehmens. Sie steckt voller unternehmerischer Fehlgriffe, überraschender Wendungen und fataler Abhängigkeiten.

Erster Akt: Die Bad Bank

Uniper gäbe es heute nicht ohne den Energieversorger E.on und dessen Tochterfirma Ruhrgas. Im Jahr 2014 beschloss E.on einen radikalen Umbau: Die Strompreise waren niedrig, und nach der Katastrophe von Fukushima sollte die Zukunft des Konzerns nicht länger großen Kraftwerken gehören. Stattdessen konzentrierte sich E.on auf das stabilere Geschäft mit Netzen, Ökostrom und dem Energievertrieb an Privatsleute und kleinere Firmen. Das bis dato breite Geschäftsmodell von E.on werde den Herausforderungen auf dem Energiemarkt nicht mehr gerecht, erklärte der damalige Chef Johannes Teyssen, zwei getrennte Unternehmen hätten bessere Perspektiven.

Im Herbst 2016 ging der fossile Rest von E.on als neue Firma Uniper an die Börse: ein zusammengewürfeltes Konstrukt, bestehend aus Atommeilern in Schweden, Gaskraftwerken in Russland, Kohlemeilern in Großbritannien und Wasserkraftwerken in Deutschland – sowie dem internationalen Handel mit Gas und Strom.

Unipers Antwort auf die Energiewende, das waren all die Jahre vor allem Gaskraftwerke als vermeintlich sichere Bank. »Kein Wind, keine Sonne, kein Problem«, so fasste es der ehemalige Uniper-Finanzvorstand Christopher Delbrück einmal in einer Hauptversammlung zusammen.

Hatten Kritiker Uniper in den Anfängen noch als »Resterampe« oder »Bad Bank« verschmäht, schüttete die Firma in den Folgejahren stets steigende Dividenden an die Aktionäre aus. Zumindest das gelang bis vor Kurzem.

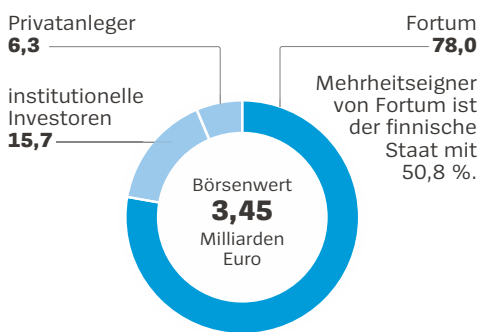
Zweiter Akt: Der Verrat

Schon ein Jahr nach dem Börsengang entschied sich der alte Mutterkonzern E.on, die Reste seiner Beteiligung zu verkaufen. Fast 47 Prozent der Uniper-Aktien gingen an Fortum aus Finnland; der neue Großaktionär unterbreitete allen Anteilseignern ein Übernahmeangebot. Davon fühlte sich der damalige Uniper-Chef Klaus Schäfer derart düpiert, dass er Fortum als »Wolf im Schafspelz« beschimpfte, die ganze Offerte »feindlich« nannte. Es war der Beginn einer schwierigen Beziehung.

Schon damals rätselte die Arbeitnehmerseite, was Fortum mit den Teilen von Uniper

In fester Hand

Eigentümer von Uniper, Anteile in Prozent



Quelle: Unternehmensangaben, Refinitiv Datastream; Stand 31. Dez. 2021 (Börsenwert: 14. Juli)

anfangen möchte, die so gar nicht ins skandinavische Zielbild einer CO₂-freien Stromerzeugung passten. Bei Kraftwerken in Schweden und Russland ergänzen sich Uniper und Fortum gut – aber wie passen beispielsweise Kohleleimer in Deutschland dazu? Bei Beschäftigten grassierte die Sorge, Uniper könne zerschlagen werden.

Dritter Akt: Die Schützenhilfe

Die Beziehung des Unternehmens zu Russland reicht zurück in die Siebzigerjahre, als Firmen der alten Bundesrepublik Gaspipelines nach Russland bauten – und die Uniper-Vorgängergesellschaft Ruhrgas zum großen Abnehmer wurde.

Von 2017 an finanzierte Uniper gemeinsam mit vier anderen westlichen Energiekonzernen die umstrittene Ostseepipeline Nord Stream 2 mit – zu einem Zeitpunkt, da Russland bereits die Halbinsel Krim annektiert hatte.



Marina Weigl

»Unser russischer Partner hat immer Gas geliefert.«

Klaus-Dieter Maubach, Uniper-Chef

Der ehemalige Uniper-Chef Schäfer wusste die guten Kontakte nach Russland offenbar zu nutzen. Um zu verhindern, dass Fortum bei Uniper durchregiert, soll er Geschäftspartner und Freunde in Russland aktiviert haben, was Schäfer allerdings zurückwies. Jedenfalls blockierte die russische Antimonopolbehörde monatelang, dass Fortum als halbstaatlicher Konzern die Mehrheit der Uniper-Aktien übernimmt. Offizielle Begründung: Zum Kraftwerkspark von Uniper in Russland gehöre eine Wasseraufbereitungsanlage, die plötzlich in einem Register natürlicher Monopole auftauchte. Sie machte Uniper nach russischem Recht zu einem strategischen Investment – und die Übernahme damit genehmigungspflichtig.

Investoren, die auf einen schnellen Durchmarsch von Fortum gesetzt hatten, regten sich über diese Blockade auf. Sie drohten dem Uniper-Vorstand mit einer aufwendigen Sonderprüfung, um herauszufinden, ob Schäfer die russischen Behörden auf seine Seite gezogen hatte.

Doch der Unabhängigkeitskampf des Managers für Uniper endete tragisch: Eine Krebserkrankung zwang Schäfer im Sommer 2018 zu einer Pause, wenige Monate später trat er endgültig vom Chefposten zurück.

Uniper und Fortum äußerten die Hoffnung, dass sie ihre Zusammenarbeit neu aufsetzen könnten. Gemeint war: ohne Schäfer. Im Herbst 2019 übernahm Fortum tatsächlich die Mehrheit an Uniper – verbunden mit einem Bekenntnis zum Uniper-Sitz Düsseldorf. Niemand in der Politik widersprach. Schäfer verlor auch seinen wichtigsten Kampf: Er starb 2020 im Alter von 53 Jahren.

Vierter Akt: Die Zäsur

So eng die Bande zwischen Uniper und Moskau waren, so kalt erwischte es das Unternehmen, als Russland in diesem Februar die Ukraine überfiel. »Wir haben Lieferbeziehungen seit mehr als 50 Jahren«, sagt Uniper-Chef Klaus-Dieter Maubach heute. »Unser russischer Partner hat immer Gas geliefert, und wir haben es immer pünktlich bezahlt.«

Von den 370 Terawattstunden Gas, die Uniper zuletzt über langfristige Verträge bezog, stammten etwa 200 aus Russland. Das entspricht knapp einem Fünftel des jährlichen Gasbedarfs Deutschlands.

Doch in Reaktion auf den Krieg schrieb Uniper das fast eine Milliarde Euro schwere Darlehen an Nord Stream 2 ab und versprach, keine langfristigen Gaslieferverträge mehr neu mit Russland abzuschließen. Mit jedem Tag, an dem Uniper nun ersatzweise Gas kauft, häuft das Unternehmen Verluste an. Wenn sich nichts ändere, könnten sich die Einbußen bis Ende dieses Jahres auf bis zu zehn Milliarden Euro summieren, rechnet Maubach vor.

Der Imageschaden kommt dazu. Am Donnerstag demonstrierten etwa 50 Menschen, die meisten von ihnen Frauen mit ukrainischen Wurzeln, vor der Zentrale in Düssel-

dorf. Wegen der vielen Gasimporte sei Uniper »der größte Sponsor des Kriegs in der Ukraine«, rief eine Organisatorin, Uniper müsse nun endlich Alternativen zu Russland finden. »RU GAS = TOD«, schrieben die Demonstrantinnen in roter Farbe auf ihr weißes Transparent.

Dabei fürchtet das Unternehmen jetzt um sein eigenes Überleben. Maubach hofft, dass der Bund ihm bald erlauben wird, die höheren Gasbezugskosten weiterzugeben: entweder durch Eingriffe in bestehende Kundenverträge oder eine Umlage, die alle Gaskunden zahlen müssten. Die gesetzlichen Grundlagen dafür hat die Ampelkoalition kürzlich geschaffen, aber bislang noch nicht angewendet. »Sie sind für unser Unternehmen von überragender Bedeutung«, sagt Maubach.

Auch Fortum betont, dass die Höhe der Verluste für Uniper wesentlich davon abhängt, wie die Bundesregierung die Mehrkosten verteilt. »In dieser Krise, die allein von Russland verursacht wurde, müssen wir alle einen Beitrag leisten, um die Zukunft zu sichern«, sagt Fortum-Chef Markus Rauramo.

Fünfter Akt: Die Staatshilfe

Uniper-Chef Maubach also trat vor einer Woche in Düsseldorf vor die Presse. »Bisschen lächeln, vielleicht?«, fragte eine Fotografin. »Der Anlass ist nicht so«, antwortete Maubach.

Der Vorstand bittet jetzt darum, dass die staatliche KfW Uniper mehr Geld zur Verfügung stellt – und dass der Bund mit Eigenkapital eine »relevante Beteiligung« am Unternehmen eingehen solle. Maubach grenzte die Beteiligung deutlich ab. Nach unten: »Da reden wir nicht von fünf oder zehn Prozent.«

Der Mehrheitseigentümer sei über diesen Vorschlag zwar informiert, so Maubach. Nichtsdestotrotz schwebt Fortum ein ganz anderes Vorgehen vor: Das Uniper-Gasgeschäft hält man für ein Fass ohne Boden, solange Lieferverpflichtungen und Einkaufspreis immer weiter auseinanderklaffen. Daher wäre man es gern los. Die Idee: Fortum will »die systemkritischen deutschen Geschäftstätigkeiten« abspalten. Oder anders: eine neue Bad Bank gründen.

Außer dem Gasgeschäft könnten dazu auch die großen Gasspeicher in Bayern, Westfalen und Ostfriesland zählen oder das neue Flüssiggasterminal, das gerade in Wilhelmshaven gebaut wird. Die Bundesregierung könnte in solche Teile einsteigen, und nur in diese, schlägt Fortum vor.



Andreas Peltz / bfi

Die Gewerkschaft Ver.di deutet es als schlechtes Omen, dass Uniper und Fortum so unterschiedliche Lösungswege verfolgen. Das verstärkte die Befürchtung, »dass es dem Konzern letztlich darum geht, mit möglichst niedrigen Verlusten die Risiken loszuwerden«, sagt Vorstandsmitglied Christoph Schmitz.

Die Differenzen zeigen sich in dieser Woche auch zwischen der finnischen und der deutschen Regierung. An weiteren Rettungsmaßnahmen will sich Helsinki offenbar nicht beteiligen. »Die Schlüssel sind in den Händen der deutschen Regierung«, erklärt Ministerin Tuppurainen auf SPIEGEL-Anfrage. Fortum habe Uniper schon im Winter eine Kreditlinie von acht Milliarden Euro bereitgestellt und in diesem Frühling weitgehend auf Dividendenzahlungen verzichtet. »Es ist aber nicht vernünftig«, so Tuppurainen, »zu verlangen, dass ein finnisches Unternehmen oder gar der finnische Staat die Last der deutschen Energieversorgungssicherheit zu gleichen Teilen mit der deutschen Regierung teilt.«

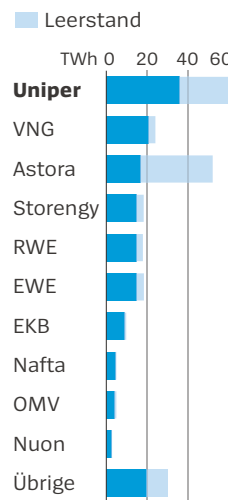
In deutschen Verhandlungskreisen sieht man es so: Finnen und Deutsche seien der gleichen Fehleinschätzung erlegen, was die Verlässlichkeit Putins angehe. Nun müssten sie auch gemeinsam die Lasten tragen.

Doch verglichen mit dem Uniper-Desaster war die Lufthansa-Rettung zu Pandemiezeiten ein leichter Fall. Damals hatte sich der Bund am Eigen-

Finnische Ministerin Tuppurainen: »Die Schlüssel sind in den Händen der deutschen Regierung«

System-relevant

Gas in deutschen Speichern, in Terawattstunden



Quelle: GIE; Stand 12. Juli

kapital beteiligt und seine Anteile nach der Erholung des Unternehmens wieder mit Gewinn verkauft. Im Gasgeschäft allerdings sind die langfristigen Perspektiven ungewiss.

In der Bundesregierung werden verschiedene Modelle für eine Rettung diskutiert: weitere Kredite, stille Einlagen, Umstrukturierungen. Ein Übernahmegebot, so ist zu hören, werde es nicht geben. Denkbar sei eine Beteiligung zwischen 25 und 30 Prozent. Den Anteil von Fortum an Uniper würde das deutlich verwässern, so würde Finnland an den Lasten beteiligt. Dass es eine Rettung geben wird, steht außer Frage.

Inzwischen hat sich Wirtschaftsminister Robert Habeck professionelle Hilfe geholt. Die Investmentbank Lazard und die Unternehmensberatung PwC sollen einen Weg finden, mit dem sich der gordische Knoten durchschlagen lässt. Die Zeit drängt. Ratingagenturen haben bereits angekündigt, Uniper herabzustufen. Schlimmstenfalls könnte das Unternehmen in den Junk-Bereich rutschen – und bräuchte dann einen zweistelligen Milliardenbetrag an zusätzlichen Sicherheiten.

Theoretisch könnte die Bundesregierung Uniper auch aus der Klemme helfen, indem sie dem Unternehmen erlaubt, die gestiegenen Einkaufspreise für Gas trotz lang laufender Verträge an die Kunden weiterzugeben – wie Manager Maubach es fordert. Das würde aber bedeuten, dass die Bundesregierung für private Gaskunden ein neues Hilfspaket schnüren müsste. Auch kämen die Stadtwerke, die bei Uniper ihr Gas beziehen, finanziell unter großen Druck.

Deshalb besteht in der Bundesregierung die Tendenz, das Problem direkt bei Uniper zu lösen. Wie teuer die Rettung für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wird, hängt aber auch von Putins Launen ab. Blicke Nord Stream 1 auf Dauer geschlossen, könnten die Preise weiter hochschießen – und die Rettungsaktion zu kostspielig machen. Nehmen die Russen ihre Lieferungen wieder auf, käme man billiger davon. Falls Putin nicht irgendeinen Vorwand findet, den Gasfluss wieder abzuwenden.

Die Ungewissheit wäre ein Argument, mit der Rettung bis nach der Wartung der Gaspipeline zu warten, die bis zum 21. Juli dauern soll. Viel Zeit allerdings, ahnt man in Berlin, werde man angesichts der Lage bei Uniper nicht haben.

Frank Dohmen, Claus Hecking, Martin Hesse, Martin Knobbe, Benedikt Müller-Arnold, Gerald Traufetter

Showdown in Delaware

UNTERNEHMEN Elon Musk will Twitter nicht mehr haben, der Kurznachrichtendienst möchte den reichsten Mann der Welt zum Milliardendeal zwingen. Alles hängt nun an einer US-Richterin.

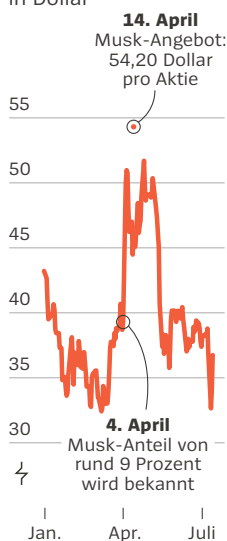
Vielleicht hat sich Elon Musk einfach verrechnet. Soll ja vor kommen. Für besseren Schlaf empfehle er, das Kopfende des Betts »um rund 3 Zoll oder 5 cm« anzuheben, riet Musk diese Woche seinen Followern. Tatsächlich wären die fünf Zentimeter schon mit zwei Zoll erreicht.

Seine Fehlkalkulation beim Übernahmeangebot für Twitter könnte den Tesla-Chef nun selbst den Schlaf kosten. Das Unternehmen hat den irrlüchternen Entrepreneur auf Vertragserfüllung verklagt. Ein Gericht soll ihn zwingen, wie vereinbart die Aktien für insgesamt 44 Milliarden Dollar aufzukaufen. Musk dürfe mit seinem Rückzugsmanöver nicht durchkommen, empören sich die Twitter-Anwälte in ihrer 62-seitigen Klageschrift. Erst habe er ein öffentliches Übernahmespektakel inszeniert, jetzt glaube er offensichtlich, er könne »es sich anders überlegen, Twitter nieder machen, das Geschäft beeinträchtigen, Shareholder Value zerstören und sich davonmachen«.

Ob der E-Auto-Pionier wirklich einfach abhauen kann, liegt nun in der Hand eines einzigen Richters – oder einer Richterin. Kathaleen McCormick, Vorsitzende am Court of Chancery in Delaware, kann den Fall einem ihrer Kollegen zuteilen oder ihn selbst entscheiden. Das 230 Jahre alte Gericht ist zuständig, weil Twitter wie viele Konzerne den zweitkleinsten Bundesstaat der USA für die Eintragung der Gesellschaft gewählt hat. Delaware, Wahlheimat von US-Präsident Joe Biden, gilt unter anderem wegen seiner niedrigen Steuersätze als unternehmensfreundlich. Und das Gericht, der Court of Chancery, ist deshalb in den vergangenen Jahrzehnten zu einer Art Kolosseum für die Gladiatoren der Kapitalmärkte geworden.

Kurzes Aufbauen

Twitter-Aktienkurs, in Dollar



Quelle: Refinitiv Datastream

Für die Richterinnen und Richter in Delaware ist Musk kein Unbekannter. Tesla-Aktionäre hatten ihn nach der Übernahme des strauchelnden Energieanbieters SolarCity 2016 dort verklagt. Sie argwöhnten, dass es ihm in Wirklichkeit vor allem darum ging, die von seinen Cousins gegründete Firma zu retten. Damals ging der Tesla-Chef als Sieger vom Platz.

Diesmal räumen die meisten Juristen dem Multimilliardär keine großen Chancen ein, die juristische Begründung für den von ihm eingelegten Rückwärtsgang erscheint wenig plausibel. Musk müsste das Gericht in Delaware davon überzeugen, dass der Vertrag hinfällig ist. Doch was er dafür vorbringe, »scheint mir dafür keine gute Basis«, sagt Lawrence Hamermesh, Exekutivdirektor am Institute for Law and Economics an der University of Pennsylvania. Musks Argument, die Zahl der Fake-Accounts sei viel höher, als Twitter zugebe, dürfte kaum verfangen. Hamermesh jedenfalls bewertet die Angaben des Unternehmens als »qualifiziert und vorsichtig« – also juristisch wohl unangreifbar.

In der Vergangenheit hat der Court of Chancery Käufer mehrfach daran gehindert, von einem Vertrag zurückzutreten. So verurteilte es den Branchenriesen Tyson Food zur Übernahme des Fleischverarbeiters IBP. »Käuferreue« reiche nicht, um einen Deal platzen zu lassen, so der Richter Leo Strine damals. Heute gehört Strine zum Juristenteam von Twitter – ebenso wie sein früherer Richterkollege Bill Chandler.

Auch »Katie« McCormick, die im vergangenen Jahr als erste Frau an die Spitze des Gerichts rückte, hat gezeigt, dass sie sich nicht gern etwas vormachen lässt. Im vergangenen Jahr zwang die Mutter von zwei Töchtern die versierten Private-Equity-Manager von Kohlberg zum Auf-

essen, obwohl denen kurz nach Vertragsunterzeichnung der Appetit auf den Kuchendeko-Hersteller DecoPac vergangen war, wie McCormick sarkastisch im Urteil schrieb. Sie wies darauf hin, dass da keine Amateure, sondern erfahrene Juristen am Werk gewesen seien. Kohlberg konnte sich nicht aus dem Vertrag winden.

Die 42-jährige McCormick hat nicht den wuchtigen Auftritt ihrer Vorgänger. Bei Podiumsveranstaltungen sitzt sie mit durchgedrücktem Rücken gerade im Stuhl, lächelt viel und überlässt anderen das Wort. Sie verteilt Anerkennung, statt sie für sich einzufordern. Aber der Juristin, die auch in Harvard Philosophie studierte, eilt der Ruf einer scharfen Intelligenz und ausgeprägter Arbeitsethik voraus.

Beides wird sie brauchen, wenn sie den Musk-Fall übernimmt. Die Prozessgegner haben Top-Anwaltskanzleien angeheuert. Twitter hat zudem ein Eilverfahren beantragt. Die Anwälte wollen in nur vier Gerichtstagen beweisen, dass Musk im Unrecht ist. Das für sein Tempo bekannte Gericht könnte schon im September das Urteil sprechen. Egal wer gewinnt: Das Verfahren dürfte danach in die nächste Instanz an den Delaware Supreme Court gehen.

Obwohl Twitter in dem Verfahren die besseren Karten zu haben scheint, kann sich Rechtsexperte Hamermesh nicht recht vorstellen, dass das Gericht Musk wirklich zum Kauf der Aktien verurteilt. Auch andere Beobachter rechnen damit, dass es doch noch zu einer Verhandlungslösung kommen wird, bei der Musk wenigstens einen Rabatt auf den ursprünglich vereinbarten Preis von 54,20 Dollar je Aktie herausholt.

Twitter könnte sich darauf einlassen, weil das Unternehmen ein Problem hat, das es zum Verlierer macht, egal wie ein Urteil ausfiele: Das Gericht kann nur auf ganz oder gar nicht entscheiden.

Entweder es ordnet die Übernahme an, dann gehört das Unternehmen künftig jemandem, der es gar nicht wollte und es zudem öffentlich desavouiert hat.

Entscheidet das Gericht aber gegen die Pflicht zur Übernahme, käme der reichste Mann der Welt mit einer läppischen Vertragsstrafe von einer Milliarde Dollar davon. Mehr Schadensersatz kann der Chancery Court nicht verhängen, diese Möglichkeit schließt der Vertrag zwischen Twitter und Musk explizit aus.

Und zumindest eine Partei scheint Vertragstreue wahren zu wollen.

Ines Zöttl



Milliardär Musk: Gladiatoren der Kapitalmärkte



Martin Scherag / Yuma GmbH

Solarboom in Balkonien

ENERGIE Das Gas wird knapp, der Strompreis steigt. Viele Menschen starten nun ihre private Energiewende – mit selbst gebauten Solaranlagen für Balkon und Garten. In den Mini-Kraftwerken schlummert Potenzial. Wenn nur die Bürokratie nicht wäre. Unser Autor hat es ausprobiert.

Was für ein seltsamer Sommer. Es ist heiß, vielerorts stehen die Ferien noch bevor – und alle reden übers Heizen. Ofenbauer freuen sich über Rekorderlöse, die Leute hamstern Brennholz und Braunkohlebriketts. Bei einigen macht sich angesichts drohender Gasengpässe und steigender Strompreise fast schon Panik breit. Und die Sehnsucht, etwas dagegen zu unternehmen?

Auch ich heize und koche mit Putins Gas. Das würde ich gern ändern. Nur scheint auf die Schnelle nicht viel zu gehen. Unser Dach eigne sich schlecht für Fotovoltaik, hat eine Voranfrage ergeben. Von einer Umrüstung auf eine Wärmepumpe raten Experten ebenfalls ab. Bleibt also wirklich nur Robert Habecks Vorschlag vom Energiespar-Duschkopf, um etwas beizutragen?

Da muss mehr gehen, dachte ich mir – und offenbar bin ich damit nicht allein. Wenn ich bei Google das Wort »Windrad« eingabe, wird es automatisch mit »Garten« und »Balkon« vervollständigt. Das heißt, dass gerade viele Menschen danach suchen. Ich würde für den Hausgebrauch die Sonne dem Wind vorziehen und habe mich auf die Suche nach kleineren Solarlösungen gemacht.

Die Sache ist nicht ganz einfach, selbst für Balkonbesitzer. Hunderttausende Mini-Solaranlagen sollen inzwischen privat verschraubt worden sein. Doch wer ein bisschen autarker werden will, stößt schnell auf Hindernisse. Einen Mangel an Bauteilen. Einen Überfluss an Bürokratie. Unwillige Vermieter und Netzbetreiber. Und manchmal kommt auch die große Politik dazwischen. Denn kurz

sah es so aus, als würde ausgerechnet der Klimaminister mein kleines Projekt mit einem neuen Gesetz torpedieren.

Dabei begann es mit einem Zufall. Im Juni war ich auf der Berliner Digitalkonferenz re:publica unterwegs, als mir ein Grüppchen auffiel, das sich um einen Tisch versammelt hatte. Mehrere Solarmodule lagen darauf, Kabel mit seltsamen Steckern und ein schwarzer Kasten. Ein freundlicher Freiburger namens Sebastian Müller hatte gerade mit seinem Vortrag begonnen. »Alte Solarpanels zu neuen Balkonsolargeräten« stand im Programm. Eine Strom-Selbsthilfegruppe, was könnte besser in diese Zeit passen?

Die Pioniere der Mini-Kraftwerksbewegung sind schon lange bei der Sache. Längst gibt es fertige Sets zu kaufen, bei denen die Module nur noch aufgehängt und ein paar Kabel verbunden werden müssen. Diese »Plug&Play«-Lösungen werden oft in die normale Außensteckdose auf dem Balkon gestöpselt – und los geht es mit der Stromproduktion für den Hausgebrauch. Für bis zu 600 Watt Einspeiseleistung braucht man keinen Elektriker.

Müller wirbt für das Wiederverwerten gebrauchter Panels. Die liefern auch nach 20 Jahren Einsatz in der Regel noch 85 Prozent und mehr ihrer ursprünglichen Leistung, erklärt

80 Millionen

Tonnen Solarschrott wird bis 2050 anfallen – viel Stoff für neue Kleinanlagen.

Quelle: Suncrafter

er. Viele ältere Solarmodule würden einfach weggeworfen. Strom aus wiederverwendeten Anlagen sei also doppelt nachhaltig.

Das alles klingt nach einem einfachen Einstieg in die private Energiewende – jedenfalls bei Sonnenschein. 10 bis 15 Prozent des eigenen Stromverbrauchs ließen sich mit einem 600-Watt-Steckersolarsystem decken, berichtet der Referent, in Singlehaushalten bis zu 30 Prozent. Fast zu gut, um wahr zu sein.

Tatsächlich dämpft Müller die aufkommende Euphorie am Tisch schnell wieder. Es beginnt mit dem schwarzen Kasten, der Mikrowechselrichter heißt. Bis vor Kurzem waren die Dinger vergleichsweise günstig und leicht zu haben. Aktuell seien sie oft ausverkauft oder nur mit langen Lieferfristen zu bekommen. Auch der Gebrauchtmittelmarkt sei wie leer gefegt. »Derzeit Mangel«, heißt es auf Müllers Vortragsfolie, »auf Wartezeiten einstellen / früh bestellen«.

Auch gebrauchte Solarpaneele waren schon mal günstiger. Man könne es bei Elektrikern, Solarvereinen oder Energieunternehmern versuchen. Nächste Hürde: Die eigene Hauselektrik sollte neueren Datums sein und eine sogenannte Rücklaufsperrung haben, damit der Stromzähler nicht rückwärts laufen kann, wenn das Mini-Kraftwerk mit voller Leistung einspeist. Wer noch einen alten analogen Zähler hat, sollte diesen austauschen lassen.

Der Mangel an Teilen führt dazu, dass Müllers Workshop an diesem Junimorgen eher theoretisch bleibt. Seinen mitgebrachten Wechselrichter will er lieber nicht mit den geliehenen Modulen verbinden. Manchmal ließen sich die Steckverbindungen nur schwer wieder lösen, sagt er.

Eine fertige Stecker-Solar-Konstruktion haben wir also am Ende nicht – aber ich bin jetzt entschlossen, es selbst zu versuchen. Im Netz finden sich bei einer schnellen Suche allerlei kuriose Konstruktionen. Einer hat seine Module im Garten auf Rollen geschraubt, um sie nach dem Sonnenstand auszurichten. Andere verbauen sie auf vier Beinen als Balkontisch. Ganz Ambitionierte protokollieren ihre Einspeisedaten und posten stolz ihre »Stromernte«. Ich frage mich, warum nicht längst viel mehr dieser umweltfreundlichen Energiespender an deutschen Balkonbrüstungen hängen.

Barbara Praetorius kann da weiterhelfen. Sie ist Professorin an der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW). Gerade wachse der Markt »ziemlich dynamisch«, sagt sie. Die Volkswirtin hat schon mehrere Studien mitverfasst, zuletzt über die »Nutzung von Steckersolargeräten 2022«. Diese hat ergeben, dass die Nutzer überwiegend männlich sind und älter als 45 Jahre. Kurz: Leute wie ich. Viele sind Eigenheimbesitzer, und nur ein knappes Drittel hängt seine Stecker-solarmodule tatsächlich an Balkon oder Terrasse. 35 Prozent der Befragten stellen sie im Garten auf oder montieren sie auf Flachdächern, etwa auf ihre Carports. Glaubt man

Eine Strom-Selbsthilfe-gruppe – was könnte besser in diese Zeit passen?

den Umfrageergebnissen, dann sind es nicht überwiegend finanzielle Motive, die Kleinerzeuger antreiben: Umweltschutz ist das mit Abstand meistgenannte Argument.

Warum machen so wenig Mieterinnen mit? Ist es womöglich die Optik? Manche finden die Platten unästhetisch. Andererseits: Deutschlands Balkone und Dächer sind voller Satellitenschüsseln. Und manche Balkongitter werden nicht hässlicher, wenn man sie mit modernen Kollektoren kaschiert.

Praetorius sagt, es seien neben den Kosten für Fertigsysteme bislang vor allem die »übertriebenen Regularien«, die abschrecken. Mieter sollten demnach ihre Vermieterinnen fragen, bevor sie Module anschrauben. Manche Wohnungsbaukonzerne oder Eigentümergemeinschaften tun sich offenbar schwer. Es gibt allerdings ein Urteil, auf das man sich berufen kann: In Stuttgart wollte eine Vermieterin ihren Mieter zwingen, seine fertige Anlage wieder abzubauen. Das Amtsgericht dort entschied im vergangenen Sommer, dass sie bleiben darf. Es begründete das unter anderem mit dem im Grundgesetz als »Staatsziel« verankerten Umweltschutz.

Wer auf Nummer sicher gehen will, informiert nicht nur den Vermieter. Erforderlich sind zwei weitere Anmeldungen: beim Netzbetreiber und bei der Bundesnetzagentur (BNetzA). So schreibt es die deutsche »Marktstammdatenregisterverordnung« vor. Dann

gibt es auch noch den Fachverband VDE, der für eine normgerechte Installation eine spezielle Energiesteckdose vorschreibt; bis Oktober will er eine komplette Produktnorm für steckerfertige Mini-PV-Anlagen vorlegen. Ganz schön viel Bürokratie für so wenig Watt.

Eigentlich betrachtet die EU Kleinststromerzeuger unter 800 Watt als nicht »signifikant«. In Österreich gilt für Anlagen bis zu dieser Grenze eine Bagatellregelung, in Irland liegt sie sogar darüber. HTW-Expertin Praetorius fordert, die Mini-Anlagen anmeldefrei zu machen und die erlaubte Leistung auf 900 Watt zu erhöhen: »Bislang gelten für die Mini-Geräte dieselben Regeln wie für Großanlagen, das ist historisch verständlich, aber natürlich Quatsch.« Sicherheitsbedenken der Netzbetreiber hält sie für vorgeschoben. Selbst wenn der Solarboom auf Balkonen weitergehe, werde es deswegen »niemals Probleme für die Verteilnetze« geben.

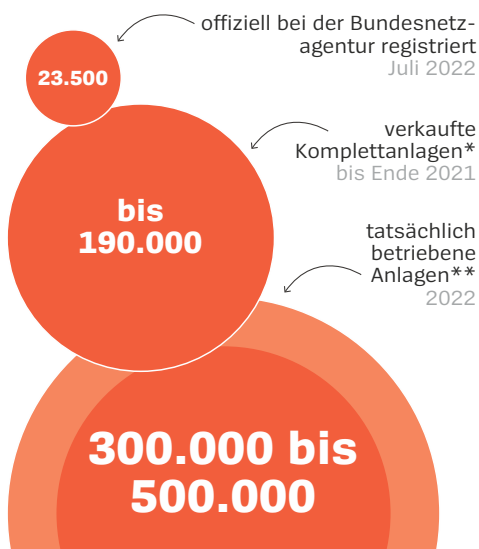
Praetorius hat hochgerechnet, dass bis Ende 2021 in Deutschland wohl zwischen 140 000 und 190 000 Fertiganlagen verkauft wurden, mit zusammen 66 Megawatt Leistung. Andere Schätzungen gehen bei Eigenbauten von 300 000 oder sogar 500 000 Geräten aus. Ein hilfsbereiter Mitarbeiter der Bundesnetzagentur erklärt mir, wie ich die Zahl der ordnungsgemäß angemeldeten Geräte bis 600 Watt im digital verfügbaren Register recherchieren kann: Am Mittwoch waren es demnach bundesweit 23 574, ihre Zahl hat sich seit vergangenem Juli mehr als verdoppelt. Bei den Anlagen bis zu einem Kilowatt gab es sogar eine Verdreifachung, auf nun rund 46 000.

Offenbar produziert die überwiegende Mehrheit heimlich und undercover, um der Bürokratie zu entgehen. In der Szene ist auch von Guerilla-PV-Anlagen die Rede. Zu befürchten haben die Stromrebellin offenbar wenig. Die BNetzA könnte zwar ein Zwangsgeld verhängen, so der Mitarbeiter, dies sei indes »ein scharfes Schwert«, das man zu vermeiden versuche. Die Anmeldung sei aber gerade wegen der wachsenden Nachfrage weiterhin sinnvoll und notwendig: »Angesichts der großen Zahl von Kleinstanlagen, die bereits installiert sind oder künftig installiert werden, ist es von immer größerer Bedeutung, dieses Marktsegment in die Statistiken aufzunehmen« – etwa, um es bei Netzplanungen zu berücksichtigen. Er sei auch ein Freund der Energiewende, fügt er hinzu, auch wenn viele Guerillabetreiber womöglich anderes vermuteten.

Barbara Praetorius empfiehlt noch einen Blick auf den Onlinerechner ihrer Hochschule. Dort kann man mit wenigen anonymen Angaben simulieren, wie viel Strom, Geld und CO₂ man mit welcher Anlage einsparen könnte. In meinem Fall ergibt sich für eine 600-Watt-Variante eine Stromproduktion von 556 Kilowattstunden jährlich – und eine rund 150 Euro günstigere Stromrechnung. Selbst bei einem neu gekauften Komplettsatz könnte sich die Sache also in sechs oder sieben Jahren

Markt für Kleinkraftwerke

Private Mini-Solaranlagen (bis 600 Watt Leistung) in Deutschland (Eigenbau und Kompletanlagen)



* Hochrechnung der HTW Marktstudie 2022

** Schätzungen von greenakku.de und macheindeinstrom.de

5 Grafik

rechnen – oder früher, wenn der Strompreis weiter steigt. Bei einem Eigenbau mit gebrauchten Modulen könnte es schon nach drei bis vier Jahren so weit sein. Und ich würde 1860 Kilogramm CO₂-Emissionen vermeiden.

Leider sind Gebrauchtteile immer noch Mangelware. Geeignete Secondhand-Module scheint es gerade nur in Leipzig zu geben, und das im Zehnerpack. Bei den Wechselrichtern gibt es kaum schnell lieferbare Geräte, dafür aber eine verwirrend große Modellauswahl. Sie sollten unbedingt zertifiziert sein und eine Schnellabschaltung (»NASchutz«) enthalten, damit die blanken Steckerkontakte spannungsfrei sind, sobald man den Stecker aus der Dose zieht.

Mein Verhältnis zu Strom ist belastet, seit ich einmal neben einem Bagger stand, der ein nicht markiertes Starkstromkabel durchtrennte. Den Knall, den Blitz und das umherfliegende Erdreich werde ich nicht vergessen. Okay, das war Starkstrom, also etwas ganz anderes. Dennoch fühle ich mich nach der Theoriestunde noch nicht gewappnet für Experimente mit Watt, Volt und Ampere.

Anfang Juli wächst meine Verunsicherung, mich erreichen aufgeregte Alarmmeldungen. Es drohe politisch weiteres Ungemach, heißt es in einem Szene-Newsletter. Demnach werde bei der anstehenden Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) der Betrieb der Mini-Anlagen nicht etwa liberalisiert. Im Gegenteil: Es drohten künftig gar jährliche Strafzahlungen bis 100 Euro. Ich kann es kaum glauben. Gibt es nicht gerade allerorten Appelle, jede und jeder möge helfen, die Energiekrise zu meistern?

Ich mache mich tags darauf auf den Weg zu Lisa Wendrich und Bryce Felmingham vom Berliner Start-up Sunrafter. Sie glauben schon lange an das Wiederverwenden gebrauchter Solarmodule, bauen und vermieten etwa transportable Solarladestationen für Handys an die Veranstalter von Festivals. Auch Sunrafter kämpft mit den Regularien:



Sunrafter-Team, Autor Rosenbach (l.)

Eigentlich sollte das Start-up Lademodule für ein großes Berliner Wohnungsunternehmen betreiben, man hätte dann etwa E-Roller mit Solarstrom laden können. Darf man bislang aber nicht und das, obwohl der Strom dort gar nicht ins Netz gespeist, sondern »off grid« verbraucht worden wäre. Nach den geltenden Bestimmungen wäre Sunrafter dennoch zum großen Energieversorger geworden. Deshalb liegt die Sache vorerst auf Eis.

Nun dämmert eines dieser Module im »Motion Lab«, einem riesigen »Makerspace« in der Hauptstadt. Bryce hat die Gerätschaften bereitgelegt. Wegen des Lieferengpasses bei den Wechselrichtern verwenden wir einen mit nur 300 Watt sowie zwei gebrauchte Module, Baujahr 2011.

Zuerst tragen wir die Paneele vor die Halle, um sie mit einem Multimeter durchzumessen. Der Himmel über Berlin ist an diesem Tag bedeckt, dennoch zeigt Modul eins noch um die 41,22 Volt, das zweite indes nur schlapp-

pe 31. Das liegt an einem winzigen Ein-Euro-Bauteil, einer kaputten Diode. Der Austausch dauert nur ein paar Sekunden, es bleibt die einzige Komplikation. Wir verbinden die beiden Module parallel und dann mit dem Wechselrichter. Jetzt müssen die Panels nur noch sicher befestigt werden, dann kommt der Stecker in die Dose – der Wechselrichter beginnt grün zu leuchten. Aus Sonnenenergie wird Strom, ich finde das immer noch irgendwie magisch. Gesamtkosten für die 300-Watt-Eigenbau-Variante: zwischen 300 und 500 Euro.

Ich fühle mich nun sicher genug, es allein zu versuchen – und möchte die erlaubten 600 Watt ausschöpfen. Nichts hindert mich mehr daran, nicht einmal Robert Habeck. Am vorgangenen Donnerstag hat der Bundestag die EEG-Novelle beschlossen. Für bestehende Stecker-PV-Anlagen »ändert sich aus unserer Sicht nichts«, heißt es auf Nachfrage in seinem Ministerium, Strafzahlungen sind also nicht zu befürchten. Das Anmelden soll zwar nicht entfallen, aber »vereinfacht und beschleunigt« werden. Auch Wechselrichter sind wieder schneller zu haben.

Ich werde mich ranhalten, denn eines ist mir während der Recherche klar geworden: Die Sache wirkt ansteckend und hat Zukunft. Nachbarn, denen ich davon erzähle, wollen sofort auch so ein Ding. Bei Sunrafter entwickeln sie gerade erste Modelle mit Batteriespeichern. Ein anderes Berliner Start-up sammelt Geld für die Serienproduktion eines »Einspeisewächters«, der ein sicheres Einleiten von bis zu 1,8 Kilowatt per Stecker ermöglichen soll. Und eine Kollegin schickte mir ein Foto. Ihr Lebensgefährte hat einen Prototyp gebaut, bei dem kleinere Paneele solarbetrieben und automatisch dem Stand der Sonne folgen, für eine bessere Ausbeute.

Sie laden zu Hause schon ihre Mobilgeräte damit.

Marcel Rosenbach

UNSERE LEIDENSCHAFT

IST UNSERE BERUFUNG.

UND UNSERE STEUERBERATUNG

DIE GRÖSSTE HILFE.

Im Restaurant Margarete dreht sich alles um Regionalität und Nachhaltigkeit. Dank der Unterstützung ihrer Steuerberatung und den digitalen Lösungen von DATEV können sie sich voll und ganz auf ihre Gäste konzentrieren.

GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE



Raffaella und Simon,
Inhaberin und Inhaber Restaurant MARGARETE

DATEV

Zukunft gestalten.
Gemeinsam.

»Europa braucht finanziell einen langen Atem«

KRIEGSKOSTEN Der österreichische EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn, 64, prophezeit, dass die Auseinandersetzungen in der Ukraine noch lange dauern – und fordert ein Umdenken der Union.

SPIEGEL: Herr Hahn, Ihre Chefin Ursula von der Leyen hat versprochen, dass sich die Europäische Union bei der Finanzierung der Ukraine »umfassend einbringen« wird. Stehen Sie zu dieser Zusage?

Hahn: Ja. Die EU hat gerade eine Milliarde Euro für den ukrainischen Staatshaushalt bereitgestellt. Außerdem sind weitere acht Milliarden Euro in der Pipeline. Die europäischen Regierungen sind sich einig, dass sie der Ukraine in ihrem Kampf solidarisch zur Seite stehen müssen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Regierungschefs der EU ihrer Verantwortung gerecht werden.

SPIEGEL: Das reicht aber nicht aus. Die Regierung in Kiew benötigt jeden Monat rund fünf Milliarden Euro an Haushaltshilfen.

Hahn: Die ukrainische Regierung räumt ein, dass sie davon mindestens eine Milliarde Euro selbst darstellen kann ...

SPIEGEL: ... bleiben noch vier Milliarden.

Hahn: Das stimmt. Die Finanzierung der Ukraine ist aber nicht nur eine Aufgabe Europas, sondern der internationalen Gemeinschaft insgesamt. Es gibt guten Grund für die Annahme, dass die Finanzierung der Ukraine bis Ende des Jahres gesichert ist. Zugleich müssen wir uns in Europa darauf vorbereiten, dass der Krieg länger dauert. Und das heißt: Wir müssen uns auf weitere Zahlungen einstellen. Europa braucht finanziell einen langen Atem.

SPIEGEL: Der Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg wird laut ukrainischer Regierung rund 750 Milliarden Euro kosten. Wie viel davon wird die EU beisteuern?

Hahn: Erst einmal muss der Krieg beendet sein, dann können wir den Bedarf erheben und auf dieser Basis über den Wiederaufbau reden. Wir stimmen mit der ukrainischen Regierung überein, dass Europa dabei eine Führungsrolle spielen und die internationale Hilfe kanalisieren sollte. Ziel muss sein, dass sich die Ukraine so schnell es geht an die Gegebenheiten der Europäischen Union anpasst.

SPIEGEL: Da gibt es Luft nach oben. Internationalen Vergleichen zufolge ist die Ukraine eines der korruptesten Länder der Welt.

Hahn: Dass es in Sachen Rechtsstaat Defizite gibt, ist unbestritten. Aus meiner Erfahrung als Nachbarschaftskommissar weiß ich aber

auch, dass die Ukraine viele Reformen bereits in die Wege geleitet und etwa 70 Prozent des EU-Rechtsbestands übernommen hat. Das muss jetzt umgesetzt werden. Es liegt also im Interesse der Ukraine, wenn die internationale Gemeinschaft ihre Finanzhilfen an wirksame Reformen koppelt. Im Gegenzug sollten wir bereit sein, der Ukraine günstigere Kreditkonditionen einzuräumen. Ich kann mir vorstellen, dass die internationale Gemeinschaft in der Anfangsphase auf die Zahlung von Zinsen verzichtet.

SPIEGEL: Die Bundesregierung ist dagegen, für die Wiederaufbauhilfen gemeinsame europäische Schulden aufzunehmen, wie es von der Leyen vorgeschlagen hat. Können Sie das nachvollziehen?

Hahn: Die Ukraine ist ein rohstoffreiches Land mit einem großen Markt. Gerade Deutschland bieten sich dort enorme wirtschaftliche Chancen. Es liegt deshalb im ureigensten Interesse von Regierung und Industrie, in den Wiederaufbau des Landes zu investieren. Deutschland ist schon bei der Finanzierung seiner Verteidigungsausgaben über den eigenen Schatten gesprungen. Es würde sich auszahlen, wenn das Land beim Wiederaufbau der Ukraine das ebenfalls machen würde.



EU-Politiker Hahn

SPIEGEL: Europa muss nicht nur der Ukraine helfen, sondern auch mit den Coronafolgen oder den steigenden Energiepreisen fertigwerden. Wann geht Ihnen das Geld aus?

Hahn: Für das EU-Kernbudget dürfen wir keine Schulden machen. Wir müssen mit dem Geld auskommen, das uns die Regierungschefs bereitgestellt haben, und zwar für die gesamte Haushaltsperiode von sieben Jahren. Mehr als 99 Prozent der Mittel sind dabei fest an Programme oder unsere Struktur- und Kohäsionsfonds gebunden. Jedes Jahr steht uns weniger als eine Milliarde Euro zur Verfügung, um auf Krisen zu reagieren. Das ist in der Tat eine bescheidene Summe.

SPIEGEL: Wie wäre es, wenn Sie das Geld im Haushalt einfach umschichten?

Hahn: Das tun wir, und zwar in einem Ausmaß, wie das bislang undenkbar war, in dem wir zum Beispiel mit ungenutzten Geldern aus dem Kohäsionsfonds jene Länder unterstützen, die besonders viele ukrainische Flüchtlinge aufgenommen haben. Inzwischen aber ist hier das Ende der Fahnenstange erreicht. Außerdem trifft uns die Inflation: Weil Preise und Löhne steigen, können wir mit den vorgesehenen Mitteln weniger umsetzen als geplant. Deshalb müssen wir unseren Finanzplan neu aufstellen. Ich plädiere dafür, unsere reguläre Haushaltsrevision um zwölf Monate auf das nächste Jahr vorzuziehen.

SPIEGEL: Im Klartext: Europa braucht mehr Geld.

Hahn: In der Tat. Dabei ist nicht zwangsläufig die Union gefordert, es können auch die Mitgliedstaaten sein. Wer dagegen glaubt, die verschiedenen Krisen ließen sich ohne neue Mittel quasi mit »business as usual« bewältigen, liegt falsch. Alle müssen bereit sein, neu zu denken, sowohl in Brüssel, wie in den 27 Hauptstädten. Bislang ist die Bereitschaft dazu allerdings noch nicht so ausgeprägt, wie ich mir das wünsche.

SPIEGEL: Was werfen Sie den EU-Staaten vor?

Hahn: Ich halte nichts von Schuldzuweisungen, es ist eine gemeinsame Herausforderung. Zu Beginn des Krieges haben wir den Anrainerstaaten zum Beispiel viel Geld für die Flüchtlingshilfe zur Verfügung gestellt. Inzwischen sind aber viele Ukrainer wieder in ihre Heimat zurückgekehrt – oder haben in ihrem Gastland Arbeit gefunden. Solche Entwicklungen sind in unseren Plänen bislang nicht ausreichend berücksichtigt. Auf der anderen Seite stellen sich uns verstärkt Aufgaben außerhalb Europas, die finanziert werden müssen.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Hahn: Unsere Sicherheit hängt von den politischen Entwicklungen in unserer Nachbarschaft ab. Entweder exportieren wir Stabilität, oder wir importieren Instabilität. Wir brauchen zum Beispiel mehr Geld, um den Aufbau und die Entwicklung in Afrika zu fördern. Das sollten wir in unserem ureigensten Interesse nicht China überlassen.

Interview: Michael Sauga



Arbeiterinnen bei Maskenproduktion im chinesischen Hai'an: »Hohe Bestände an Schmutzware«

Kollektive Gedächtnislücke

CORONA Zu Beginn der Pandemie fehlten überall im Land brauchbare Masken. Um von China unabhängig zu werden, förderte der Staat mit Steuermillionen heimische Hersteller. Doch fast alle scheiterten – wegen deutscher Vorschriften.

In einem Gewerbegebiet in Heinsdorfergrund nahe Zwickau stehen die Maschinen still, mitten in der Woche. Eigentlich könnten pro Schicht mehr als 80 000 Atemschutzmasken vom Band laufen. Doch für die FFP2-Ware »Hergestellt in Sachsen« fehlt der Markt. Sie ist zu teuer, mit Billigmasken aus China kann sie nicht konkurrieren. Auch an diesem Junimittwoch herrscht daher Ruhe in der Fabrik.

Dabei begann die Geschichte abenteuerlich. Als in Deutschland medizinischer Mund-Nasen-Schutz gesucht wurde, dringend, beschloss Timo Fischer, in die Produktion einzusteigen. Zuvor hatte sein Unternehmen mit 70 Mitarbeitern etwa Zubehör für Autotürverkleidungen hergestellt. Das Geschäft litt unter der Pandemie, und zugleich war es die Zeit, in welcher der damalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn mehr als eine Milliarde Masken kaufen ließ – für 4,50 Euro das Stück. Es klang nach einem ganz großen Geschäft.

Der fränkische Medizinproduktegroßhändler Medika Medizintechnik bat Fischer, Masken herzustellen. Der Unternehmer war angetan. Was ihm

fehlte: eine Maschine. Er bestellte sie im Internet, bei Made-in-china.com. Man kann dort fast alles ordern, von der Kinderzahnbürste über den OP-Tisch bis zum Mährescher. Als das monströse Teil in Deutschland ankam, war nicht alles so perfekt wie erhofft, aber nach ein paar Adaptationen funktionierte es leidlich.

Fischer ließ das Ungetüm von Fachleuten begutachten – und schließlich nachbauen. Wenn die Pandemie Gewissheiten über den Haufen geworfen hat, dann auch die, dass Kopisten immer in China sitzen müssen.

Bis zu 30 Mitarbeiter überwachten die Produktion, das Geschäft war so unkompliziert wie kaum eines zuvor. Ein großes Universitätsklinikum beispielsweise, dem Medika erst um 8.30 Uhr ein Angebot geschickt hatte, bestellte noch am selben Tag um 11 Uhr. Rechnungsvolumen: 240 000 Euro. »Sonst dauert so was drei Jahre«, schwärmt Michael Koch, Produktmanager bei Medika Medizintechnik.

Heute, fast anderthalb Jahre nach dem Produktionsstart in Heinsdorfergrund, hat sich Ernüchterung breitgemacht. »Es gibt nur noch ein Krite-

**35
Cent**

kostet derzeit eine FFP2-Maske »made in Germany« im Einkauf.

**12
Cent**

kostet eine solche Maske in China, hinzu kommen Frachtkosten.

rium, nach dem heute Krankenhäuser sowie Behörden einkaufen, und das heißt Preis«, sagt Koch. Für einfache OP-Masken aus deutscher Produktion zahlen Kliniken derzeit zwischen sechs und acht Cent das Stück. Kommt die Ware aus China, werden nur anderthalb Cent fällig. Bei FFP2-Masken ist der Unterschied deutlicher. »Made in Germany« gibt es ab 35 Cent das Stück, in China kann man für 12 Cent einkaufen, zuzüglich Fracht.

Auch wenn es um vermeintlich kleine Beträge geht: Bei Massenbestellungen wie jenen von Behörden, Unternehmen, Supermarktketten oder eben Krankenhäusern sind sie entscheidend. Meist wählen die Verantwortlichen »made in China«, für die Maskenproduktion in Deutschland bedeutet dies das Aus. »Auf dem Höhepunkt der Pandemie beteuerten Krankenhäuser und Firmen noch, auch künftig in Deutschland hergestellte Ware kaufen zu wollen, um nicht mehr von ausländischen Herstellern abhängig zu sein«, sagt Koch. »Doch man ist vergesslich.«

Auch die Politik scheint unter Gedächtnislücken zu leiden. Nach dem Schock im ersten Coronajahr, als die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt Billigartikel wie Schutzmasken nur beschwerlich und überteuert heranschaffen konnte, wollte auch die Bundesregierung das Land mit einer heimischen Produktion unabhängiger vom Weltmarkt machen. »Wir sollten als Europäische Union nicht in diesem Umfang, wirtschaftlich und in unseren Lieferketten abhängig sein von China«, sagte Spahn damals bei einem EU-Krisengipfel.

Der Bund förderte den Bau von Anlagen zur Masken- oder Vliesherstellung; an 82 deutsche Unternehmen flossen bis heute mehr als 63 Millionen Euro. Damit wurden Kapazitäten für die Herstellung von 7,1 Milliarden Masken aufgebaut, der größte Teil davon einfache OP-Masken, wie das Bundeswirtschaftsministerium angibt.

Nach Branchenzählungen haben rund 150 Firmen in der Hochphase der Pandemie in Deutschland Masken und andere Schutzartikel hergestellt. Die wenigsten hielten durch.

Für Stefan Bergmann ist das nicht erstaunlich. Er engagiert sich im sogenannten Maskenverband, einem Zusammenschluss deutscher Unternehmen, die in der Pandemie in die Produktion der Masken eingestiegen sind. Privatleute würden eher mal Masken aus heimischer Produktion kaufen, sagt Bergmann, die müssten oft nicht auf den Preis ach-

Serie Die neue Unabhängigkeit – Teil IV: Pandemie und Ukrainekrieg haben sichtbar gemacht, wie verflochten die Wirtschaft weltweit ist – und wie anfällig für Störungen. Viele Nationen, Unternehmen und selbst private Haushalte streben nun nach Unabhängigkeit. Aber wer kann sich schon wirklich



selbst versorgen? Wie viel internationale Vorarbeit steckt in einem Auto? Wie kommt ein Haus ohne fossile Energien aus? Ist Autonomie in Europa denkbar? Das SPIEGEL-Wirtschaftsressort geht diesen Fragen in einer Serie nach und beschreibt, wie viel Autarkie möglich ist – und wo sie an Grenzen stößt.

ten. Doch von Kleinbestellungen über Webshops könnten die Produzenten nicht leben.

Bei Kliniken oder Behörden ist das anders. Sie sind einem strengen Controlling unterworfen. »Man hätte das vorher wissen können, dass Großbestellungen nur über den Preis funktionieren. Dabei könnte man auch die Ausschreibungskriterien anders setzen, doch man macht es einfach so gut wie nicht«, sagt Bergmann. Und weil solche Bestellungen ausbleiben, sind viele Maschinen in Deutschland, die einst Masken produzierten, zugedeckt. Ihre Besitzer warten. Nur: worauf?

Würden alle Maschinen hochgefahren werden, rechnen Bergmann und sein Verband vor, könnte Deutschland binnen drei Monaten wieder autark vom Weltmarkt sein. Allerdings wird das nicht passieren. Spätestens 2025, prophezeit Bergmann, werde alles wieder so sein wie vor Corona. »Viele bauen dann vermutlich ihre Maschinen wieder ab und verkaufen sie. Wahrscheinlich nach China, wo einige zuvor gekauft wurden. Die Unternehmen versuchen damit ihre Schulden, oft in Millionenhöhe, zu begleichen«, sagt er.

Die Bilanz? Außer Spesen nichts gewesen. »Kaum jemand dürfte seine Investitionen wieder reingefahren haben, trotz der Förderung des Bundes«, glaubt Bergmann. Dass die Anbieter ihre Maschinen noch betriebsbereit halten, hat auch mit der »Haltefrist« zu tun, die der Staat vorgegeben hat: Wenn die Anschaffung gefördert werden soll, muss eine Maschine bis 2025 in der Werkhalle bleiben.

Auch Bergmanns Verband, gegründet um den Masken »made in Germany« eine Lobby zu geben, dürfte sich bald auflösen. Wo es keine Unternehmen mehr gibt, braucht es auch keine Fürsprecher. Bergmann nennt das »Kollateralschaden«. Die Zukunft, glaubt er, werde so aussehen: »Wir stehen da, wie zu Anfang der Covid-Pandemie: nackt. Und China wird erneut triumphieren, falls es zu einer neuen Pandemie kommt.«

Der Trend ist ungebremst, die Covid-19-Krise hat ihn nur offengelegt: Weil einfache Artikel wie Handschuhe, Schutzmasken aber auch chirurgisches Besteck immer billiger eingekauft werden sollten, erschienen Produktionsstätten in Asien als das Allheilmittel. Geändert hat sich daran nichts. Und so ist auch zu erklären, warum es nicht Produzenten sind, sondern findige Importeure, für die die Pandemie zum Geschäft ihres Lebens wurde. Viele von ihnen hatten niemals zuvor etwas mit Masken zu tun. Statt selbst herzustellen, brachten sie Ware ins Land, manch-

mal auch von zweifelhafter Qualität – und kassierten dabei ab.

Anni Kollmann ist eine der Glücksritzerinnen. Die 38-jährige Juristin arbeitete zuvor in einer Stuttgarter Kanzlei in den Gebieten Kartell- und Medienrecht und als Unternehmensjustiziarin. Anfang 2021, mitten in der Pandemie, gründete sie ein Unternehmen. Nicht sehr einfallsreich nannte sie es »Kollmanns«. Ihre Mission: Masken auftreiben, wo auch immer.

»Ich habe ein großes Netzwerk, kenne viele Leute und habe einfach gesucht, wo man Masken und andere Corona-Schutzartikel noch herbekommen kann«, sagt sie. Anfangs importierte sie Masken vor allem aus China. Bald erkannte sie, dass es potenziellen Herstellern in Deutschland an Rohstoffen fehlte, insbesondere an heimisch produzierten. Kollmann witterte ihre Chance.

Besonders gefragt: Meltblown-Vlies. Dieses wird für FFP2-Masken gebraucht und war auf dem Höhepunkt des Mangels kaum zu bekommen. Kollmann machte deutsche Fabrikanten ausfindig, die Vlies herstellten, das sie an Hersteller verkaufte. Theoretisch, sagt Kollmann, sei die Maskenproduktion im Lande zwischenzeitlich mal »echt gut aufgestellt« gewesen.

Die Qualität der hier hergestellten Ware sei oft besser, behauptet Kollmann. Das fange schon beim Geruch an. Auch sei der Atemwiderstand angenehmer, die Zertifizierung verlässlicher. Produkte aus Fernost machten bei ihren Trägern oft die charakteristischen »Alf-Ohren«, wie sie es nennt. Jetzt gebe es

»unglaublich hohe Bestände an Schmutzware«, wie sie es nennt: minderwertige Masken, millionenfach importiert und kaum geprüft, die jetzt für deutlich unter zehn Cent verramscht würden.

Doch wie könnte man heimischen Herstellern eine dauerhafte Perspektive bieten? Kollmann glaubt, dass das nur über staatliche Eingriffe ginge. »Würde man auch Kriterien wie die Qualität, Nachhaltigkeit oder den CO₂-Fußabdruck bei Ausschreibungen heranziehen, wäre man schnell bei Masken aus Deutschland oder dem benachbarten europäischen Ausland«, sagt sie.

Doch eine Abfrage in den 16 Bundesländern – die etwa für ihre Kliniken und Behörden einkaufen – zeigt, dass es kaum möglich ist, ausdrücklich in Deutschland hergestellte Ware anzufragen. Eine Ausschreibung, heißt es in den Ländern, müsse diskriminierungsfrei erfolgen und deshalb Angebote aus aller Welt berücksichtigen. Hinzu kommt die Pflicht zur sparsamen Haushaltsführung. Was aber erlaubt sei: Kriterien wie Nachhaltigkeit, Soziales oder Qualität zu berücksichtigen. Doch weil das Ermessensfrage ist, landet man am Ende wieder beim Preis.

In Frankreich ist man weiter. Im Dezember wurde eine Verfügung erlassen, wonach der Preis nur zu 25 Prozent bei Ausschreibungen eine Rolle spielen darf. 75 Prozent sollen Faktoren wie Liefersicherheit, Qualität oder Klimabilanz ausmachen. Auch die Berliner Polizei achtete kürzlich bei einer Ausschreibung über 400 000 FFP2-Masken für ihre Beamten etwa auf Transportentfernung und Treibhausgasemissionen. Wenig überraschend machte ein Berliner Unternehmen das Rennen.

Bund und Länder setzen inzwischen auf Lagerhaltung statt auf heimische Produktion, um in Zukunft besser gewappnet zu sein. Die meisten Bundesländer haben eigene Depots aufgebaut, das Bundesgesundheitsministerium betreibt die Nationale Reserve Gesundheitsschutz. Noch werden dort Masken eingelagert, die Spahn in seiner Hauruckaktion schnell zu hohen Preisen beschafft hatte. Künftig soll das Technische Hilfswerk die Masken und andere Schutzartikel verwalten.

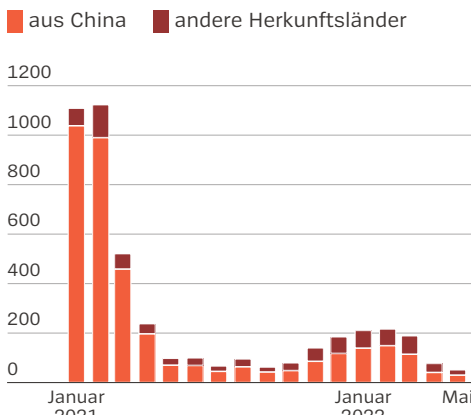
Immerhin knapp 700 Millionen gehortete FFP2-Schutzmasken stammen aus deutscher Produktion. Doch die meisten haben nach spätestens fünf Jahren ihr Haltbarkeitsdatum erreicht. Wahrscheinlich ist, dass dann wieder viele Masken aus Fernost gekauft werden.

Inzwischen schrieb das Gesundheitsministerium auch den Betrieb eines neuen Zwischenlagers aus. Standort: China.

Martin U. Müller

Maskenmacht China

Nach Deutschland importierte Atemschutzmasken*, in Millionen Stück



* filtrierende Halbmasken, z.B. FFP2

Quelle: Destatis



In dem portugiesischen Ort Boa Vista trägt ein Mann ein Schaf auf seinen Schultern, um es vor den sich ausbreitenden Feuern zu retten: Tagelange Dürre, starke Winde sowie Temperaturen von weit über 40 Grad begünstigen die Brände im Land, ein Mensch ist wohl bereits ums Leben gekommen, Tiere sind verbrannt. Für 8 von 18 Distrikten hat Portugals Meteorologisches Institut Alarmstufe Rot verhängt. Auch in Spanien und Italien herrscht massive Trockenheit, und ein Ende der Hitzewelle im Süden ist vorerst nicht in Sicht.

Paulo Cunha / epa

Ruck im Sicherheitsrat

ANALYSE Die Uno genehmigt Hilfslieferungen für Syrien – warum so zögerlich?

Es ist ein unwürdiges Feilschen um humanitäre Hilfe für Syrerinnen und Syrer: Erst Tage nach Auslaufen des Mandats verlängerte der Uno-Sicherheitsrat eine Resolution für Hilfslieferungen über die türkische Grenze direkt in jene syrischen Gebiete, die von Aufständischen kontrolliert werden. Zuerst hatte Russland ein Veto dagegen eingelegt und dann eine Zeitspanne von kleinlichen sechs statt zwölf Monaten durchgedrückt. Das erschwert, völlig unnötig, die Planung und Logistik der komplexen humanitären Operation.

Schon seit Jahren will Moskau humanitäre Hilfe für Syrien ausschließlich durch Gebiete gestatten, die vom Assad-Regime kontrolliert werden. Doch Damaskus blockierte in der Vergangenheit immer wieder Hilfslieferungen in die Rebellengebiete, mit dem offenkundigen Ziel, die Gegner auszuhungern. Humanitäre Hilfe sollte nicht mit politischen Absichten ver-

mischt werden: Wenn eine Vetomacht im Sicherheitsrat sich aber nicht an diesen Grundsatz hält, sind der Uno die Hände gebunden. Das geschieht immer öfter. Der Ukrainekrieg erschwert die Zusammenarbeit zwischen Russland und westlichen Ländern in internationalen Organisationen zusätzlich.

Weil Moskau weiß, dass die Türkei und Europa sich vor Fluchtbewegungen aus Nordsyrien fürchten, nutzt es diese Angst als Druckmittel im Sicherheitsrat. Es setzt etwa für die vom Regime kontrollierten Teile Syriens vermehrt sogenannte Rehabilitationsprojekte durch. Das könnte die Reparaturen von Wasserleitungen beinhalten oder Hilfsmittel für die Landwirtschaft – deutlich mehr als nur Lieferungen von Nahrungsmittelpaketen oder Medikamenten. Das können die Not leidenden Syrer gut gebrauchen.

Westliche Länder wollen allerdings verhindern, dass die humanitäre Hilfe dem syrischen Regime die Arbeit abnimmt – und Hilfsorganisationen eine Art Wiederaufbau durch die Hintertür finanzieren. Einen echten Wiederaufbau will der Westen nur unterstützen, wenn es eine politische Lösung für Syrien gibt. Wie sie gefunden werden soll, darauf haben derzeit weder Russland noch der Westen eine Antwort – und so geht das politische Tauziehen um Hilfslieferungen weiter. Monika Bolliger

Wahlgewchenke für die Ärmsten

BRASILIEN Der Kongress hat am Mittwoch dem Drängen des Rechtspopulisten Jair Bolsonaro nachgegeben und ein Gesetz verabschiedet, das Kritikern gemäß einer Lizenz zum Stimmenkauf gleichkommt. Eigentlich verbietet es die brasilianische Verfassung dem Präsidenten, die Bürger kurz vor einer Wahl mit großzügigen Geschenken auf seine Seite zu ziehen, aber für den Amtsinhaber zählen rechtsstaatliche Prinzipien generell wenig. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage haben seine Anhänger im Parlament einfach den Ausnahmezustand ausgerufen. Das Gesetz, das in den letzten Tagen im Eilverfahren durch beide Kammern geschleust wurde, sieht unter anderem vor, dass ein während der Pandemie geschaffenes Hilfgeld für die Bedürftigsten auf umgerechnet 110 Euro angehoben wird. Hinzu kommen Gutscheine für

Kochgas sowie finanzielle Zuwendungen für die unter den hohen Spritpreisen leidenden Taxi- oder Lkw-Fahrer. Rund acht Milliarden Euro kostet dieser Geldregen, der bis Dezember über den ärmeren Winkeln Brasiliens niedergehen wird.

Angeht es von schlechten Wirtschaftsdaten, Korruptionsskandalen und einer wachsenden Zahl rechtsextremer Gewalttaten braucht Bolsonaro dringend positive Nachrichten. Zumindest, wenn er bei dem für Anfang Oktober angesetzten Urnengang eine Chance gegen den in allen Umfragen deutlich führenden ehemaligen Amtsinhaber Lula Inácio da Silva haben will. Dass Bolsonaros Goodwill-Strategie Erfolg verspricht, hat die Vergangenheit gezeigt. Als seine Regierung mitten in der Pandemie zum ersten Mal ein Hilfgeld aufsetzte, schossen seine Popularitätswerte trotz dramatisch hoher Sterbezahlen binnen Wochen in die Höhe. **BLA**

Quarantäne statt Protest

CHINA Die Volksrepublik wird von einem Finanzskandal erschüttert, der das Zeug hat, sich zu einer handfesten politischen Krise auszuweiten. Begonnen hatte es im April, als Anlegergeld in Höhe von 40 Milliarden Yuan (knapp sechs Milliarden Euro) eingefroren wurde, nachdem die chinesische Bankenaufsicht wegen illegaler Finanzaktivitäten ermittelt hatte. Offenbar hatten die Institute mit überzogenen Renditeversprechen Anleger aus der gesamten Volksrepublik geködert und waren in Schieflage geraten. Als sich jetzt die ersten Bankkunden auf den Weg in die Provinzhauptstadt Zhengzhou in der zentralchinese-

sischen Provinz Henan machten, um ihr Geld abzuheben, schritten die lokalen Behörden ein und schalteten die Corona-Warn-App, die jeder auf seinem Smartphone installiert haben muss, auf Rot – Quarantäne statt Protest. Angeblich sei es eine technische Panne gewesen, beteuert die Provinzverwaltung. Hunderte frustrierte Anleger schafften es dennoch nach Zhengzhou. Dort wurden sie von Sicherheitskräften erwartet.

Fotos und Videos von Beamten in Zivil, die die Demonstranten angreifen, wurden in den sozialen Medien Chinas millionenfach geteilt. Die bange Frage, die sich viele Chinesinnen und Chinesen stellen: Was passiert, wenn durch die harten Lockdowns der vergangenen Wochen noch mehr Banken in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten? Für die Führung in Peking kommen die Proteste zur Unzeit. Im von der Null-Covid-Strategie gebeutelten Land steht in wenigen Monaten der 20. Parteitag an, auf dem Staatschef Xi Jinping seine Macht zementieren möchte. Ansteckende Unruhen im Volk könnten da unerwünscht nicht sein. **GIE**



Protestierende in Zhengzhou



Mädchen am Flughafen in Sanaa

Mohammed Huwais / AFP

»Vorsichtig hoffnungsfroh«

JEMEN »Save the Children«-Mann Amjad Yamin über die Waffenruhe nach sieben Jahren Krieg



Yamin, 37, ist Kampagnenchef des Hilfswerks »Save the Children« im Jemen.

SPIEGEL: Herr Yamin, seit gut drei Monaten hält die Waffenruhe im Jemen, ist der Krieg Geschichte?

Yamin: Das hoffen wir sehr, zum ersten Mal seit sieben Jahren sind die Menschen wieder vorsichtig hoffnungsfroh. Ich habe Jemenitinnen und Jemeniten gesehen, die ihre Geschäfte wieder öffnen und aus Flüchtlingslagern zurückkehren.

SPIEGEL: Sie trauen also der Waffenruhe?

Yamin: Das letzte Gespräch, das wir mit dem Uno-Sonderbeauftragten hatten, legt nahe, dass eine langfristige Waffenruhe absolut möglich ist. Es scheint, als würde im Jemen endlich Hunger nach Frieden bestehen.

SPIEGEL: Hunger auf beiden Seiten – bei den Huthi-Rebellen und beim von Saudi-Arabien geführten Militärbündnis?

Yamin: Ja, obwohl es noch Streitpunkte gibt, die zu Gefechten führen. Wie etwa den noch nicht komplett geöffneten Flughafen in Sanaa. Oder die Einfuhr von dringend benötigtem Treibstoff. Gelingt der Uno eine Einigung, steht einer Kampfpause für weitere sechs Monate nichts im Weg. Sollte der Krieg neu aufflammen, droht Millionen der Hungertod.

SPIEGEL: Das Ernährungsprogramm der Uno warnte vor

einer der schlimmsten Hungerkrisen, ist das realistisch?

Yamin: Der Jemen ist eines der ärmsten Länder des Mittleren Ostens. Rund 80 Prozent der Erwachsenen können sich nicht selbst ernähren. Leider ist die Spendenbereitschaft der Geberländer auf einem Tiefstand. Der Jemenkrieg dauert einfach zu lange, und er ist einer der vergessenen Konflikte der Erde – diese Kombination ist fatal.

SPIEGEL: Trotz der Waffenruhe sterben Kinder. Woran liegt das?

Yamin: Kinder werden durch nicht explodierte Sprengkörper verletzt und getötet, allein 42 Kinder waren es seit April. Diese Waffen sind der größte Killer. Das liegt an zwei Faktoren: Die Menschen bewegen sich durch kontaminiertes Gebiet, und Mienen werden durch Überschwemmungen fortgespült an Orte, wo sie keiner vermutet.

SPIEGEL: Warum sind besonders Kinder gefährdet?

Yamin: Weil Kinder neugierig sind. Sie sehen ein unbekanntes Ding am Boden, heben es auf – und schon ist die Mine oder die Streubombe explodiert.

SPIEGEL: Wird der Jemen jemals ein sicheres Land werden?

Yamin: Es wird weitere Unruhen geben. Schwer wiegt auch die kaputte Infrastruktur.

Andererseits habe ich den Eindruck, dass man sich seit dem Ukrainekrieg nach diplomatischen Erfolgen sehnt. Diese Zeit scheint für den Jemen gekommen. **FIO**

Putins stille Waffe



LEBENSMITTEL Um den Westen im Ukraine-Konflikt zu erpressen, nimmt Wladimir Putin Milliarden Menschen als Geisel. In vielen Ländern drohen Hungersnöte, denn Russland blockiert bislang Millionen Tonnen Weizen, Gerste und Mais in der Ukraine. Diplomaten verhandeln, nur läuft ihnen die Zeit davon.

Mit festen Schritten geht Oleksander Hysijenko durch das Gewölbe unter den Getreidespeichern im Hafen von Odessa. Im Angesicht der Katastrophe bemüht er sich, den Anschein von Normalität zu wahren. Nach all den Jahren, die er als Ingenieur die Aufsicht über dieses Silo geführt hat, ist er so verwachsen mit dem Ort, dass er sagt, sie beide seien Baujahr 62.

Hysijenko greift in ein Förderband, auf dem ein paar Körner Gerste liegen, und lässt sie durch die Finger rinnen. »Kühl und trocken«, sagt er. »So soll es sein.«

Kühl und trocken. So ist es immer noch hier unten zwischen den Betonmauern des Silos, aber sonst ist eigentlich nichts mehr, wie es sein sollte.

Das Förderband, aus dem Hysijenko die Getreidereste gefischt hat, steht seit Monaten still. Seit Monaten kommen keine Lastwagen und Züge mehr, um die Mais- und Weizen-ernte abzuliefern. Draußen in den Docks, wo bis zum Angriff der Russen im Februar noch jeden Tag vier Überseefrachter beladen wurden, liegen zu diesem Zeitpunkt neun Geisterschiffe, deren Besatzungen teils in Odessa festsitzen.

Der Staub, der früher in der Luft stand, hat sich längst gelegt.

Hysijenko hat zwei Revolutionen erlebt, den Verlust der Krim. Was auch immer in der Welt geschah, auf eines war Verlass: Die Menschen hatten Hunger, sie brauchten ukrainisches Getreide, und mit der Weltbevölkerung wuchsen die Silos im Hafen.

Das konstante Rauschen des Getreides schien wie ein Naturgesetz, aber nachdem am ersten Tag nach dem russischen Überfall das letzte Schiff ausgelaufen war, verstummte es. Der Hafen wurde militärisches Sperrgebiet. Die Gewässer vor Odessa wurden vermint, um eine Invasion der russischen Marine zu verhindern. Wenn Hysijenko in den Wochen nach dem Angriff aus der Kontrollzentrale aufs Meer blickte, habe er die russischen Patrouillen am Horizont erkennen können, sie blockierten die Exportrouten der Getreidefrachter. Seit höchstwahrscheinlich zwei ukrainische Neptun-Raketen das russische Kriegsschiff »Moskwa« versenkt haben, kreuzen sie in größerer Entfernung, aber geändert hat sich nichts: Kein Frachter kommt durch. Das Schwarze Meer, über das so gut wie alle ukrainischen Exporte abgewickelt wurden, ist blockiert.

Mehr als 20 Millionen Tonnen Weizen, Gerste und Mais stecken in der Ukraine fest. Nach der Ernte, die gerade läuft, könnten es 70 Millionen Tonnen sein. Wenn diese Ware nicht bald auf die Märkte kommt, warnen Experten, kann es zu weltweiten Hungersnöten kommen. Die ukrainischen Felder haben in der Vergangenheit große Teile der Weltbevölkerung ernährt.

Der Hunger sei Russlands »stille Waffe« in diesem Krieg. So drückte es der Putin-

[M] DER SPIEGEL: Shutterstock; Nitty Gear Studio, Getty Images

Getreue und frühere Präsident Dmitrij Medwedew im April aus, als er den »Feinden Russlands« drohte, keine landwirtschaftlichen Produkte mehr zu liefern, sollten sie sich den Sanktionen des Westens anschließen.

Dass es Putin ernst meint, lässt sich daran erkennen, dass im Frühjahr kaum russische Getreideschiffe in Häfen südlich der Sahara festgemacht haben. Die 40 000 Tonnen Weizen, die Kenia im Mai in Empfang nahm, sind ein Fünftel dessen, was Russland in normalen Zeiten in die Region liefert.

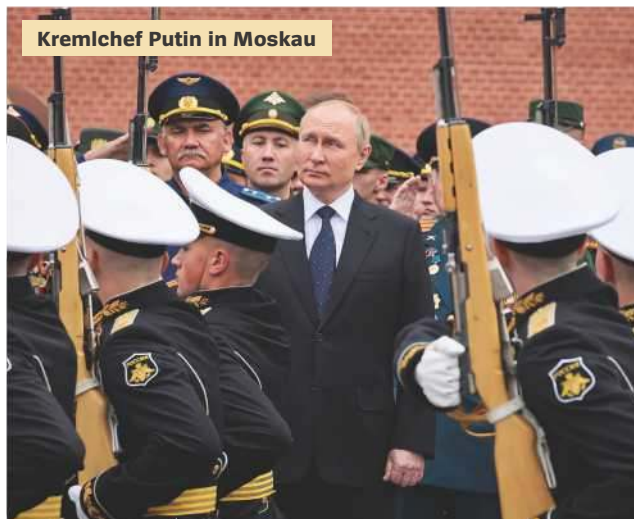
Wenn man in diesen Tagen mit Diplomaten aus Ägypten, Pakistan oder Senegal spricht, gibt es fast nur ein Thema: das Getreide. Die Fragen, um die es in Europa dieser Tage geht, sind von dort aus betrachtet weit weg: Putins Angriff auf die europäische Sicherheitsordnung oder die stark gestiegenen Energiepreise. In den Ländern, die von Nahrungsmittellieferungen aus der Ukraine abhängig sind, geht es ums Überleben. Für Putin ist das ein mächtiges Druckmittel, um in Afrika oder Asien die Stimmung zu beeinflussen.

Der Kriegsherr will das Schwarze Meer bisher nur dann für Getreidetransporte aus der Ukraine öffnen, wenn Europa und die USA ihre Sanktionen lockern. Es ist ein moralisches Dilemma, vor dem der Westen steht. Gibt er Putins Drängen nach, verliert er eines seiner stärksten Druckmittel in diesem Krieg. Bleibt er hart, riskiert er, irgendwann den Hungertod Hunderttausender Menschen rechtfertigen zu müssen.

Und so steht der Westen nun vor der Frage, wie er das Getreide aus der Ukraine in die Welt schaffen kann. Über das Meer? Aber dann wäre ein Kompromiss mit Putin nötig. Über den Landweg, was aber viel zu ineffizient ist? Oder sogar mittels bewaffneter Eskortten für Schiffe, was den Konflikt mit Russland verschärfen dürfte?

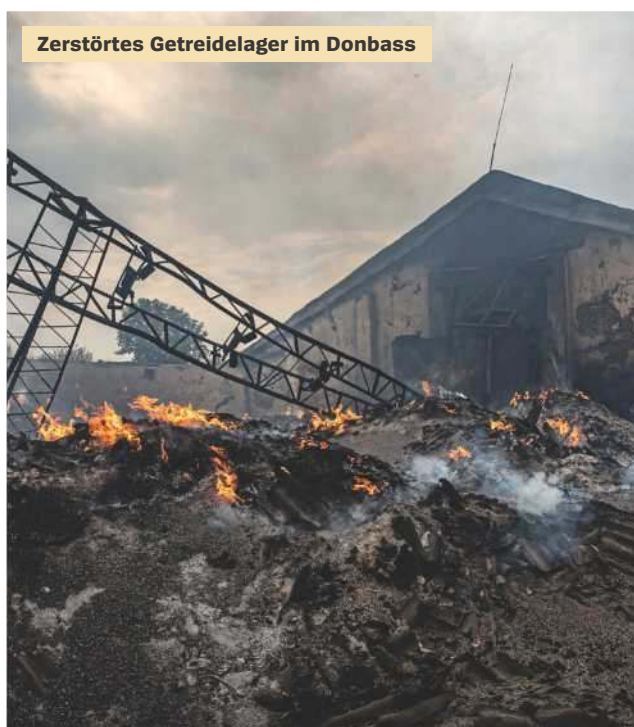
Diese Woche verhandelten russische und ukrainische Diplomaten, unter türkischer Vermittlung, wieder einmal in Istanbul über mögliche Lösungen des Getreidekonflikts – das erste Treffen beider Seiten seit Ende März. Das zeigt, wie ernst die Lage ist. Es geht bei diesen Gesprächen um alles, um Leben und Tod für Millionen Menschen. Die ersten Signale, die beide Seiten am vergangenen Mittwoch sendeten, waren zwar vorsichtig positiv, aber sie waren eben auch nur das: Hoffnungsschimmer in einer verfahrenen Situation.

Das Getreide, das in der fruchtbaren Schwarzerde der Südukraine



Kremlchef Putin in Moskau

Mikhail Metzel / AP, picture alliance



Zerstörtes Getreidelager im Donbass

Alex Chan / SOPA Images / ddp

wächst, ist relevant für das System der Welternährung. Gemeinsam mit Russland, dessen Handel aufgrund der Sanktionen auch eingeschränkt war, liefert die Ukraine rund 30 Prozent des weltweit exportierten Weizens. Beim Mais und bei der Gerste beträgt allein der ukrainische Anteil am Weltexport jeweils knapp 15 Prozent. Beim Sonnenblumenöl sind es zwei Drittel von beiden Staaten zusammen. Experten zufolge produzieren beide Länder etwa 12 Prozent der weltweit gehandelten Kalorien.

Wenn große Mengen dieses Angebots nun wegbrechen, dann ist das in einer eng verflochtenen Welt auch in entlegenen Gegenden zu spüren, am Horn von Afrika oder in Ländern wie dem Libanon, Pakistan oder Ägypten. Denn die beziehen ihr Getreide fast vollständig aus der Region ums Schwarze Meer. Die Knappheit lässt die Preise explodieren. Lebensmittel für Millionen Menschen werden unbezahlbar. Allein der Preis des Weizens hat nach der Offensive um fast 40 Prozent zugelegt, ist aber in den vergangenen Wochen wieder gefallen.

»Die blockierten Häfen sind eine Kriegserklärung für die Nahrungsmittelsicherheit«, sagte David Beasley, Direktor des Welternährungsprogramms (WFP). Wenn die Häfen nicht bald wieder öffneten, sagt er, dann sehe man in den nächsten Monaten nicht nur eine Hungerkrise, die alles in den Schatten stelle, was die Menschheit seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt habe. Es drohten auch Hungeraufstände, Instabilität und Massenmigration. Er warnte die Welt vor »einem perfekten Sturm in einem perfekten Sturm«.

323 Millionen Menschen, so Beasley, seien von Hunger bedroht. Für 49 Millionen in 43 Ländern könnte die Lage in naher Zukunft existenzbedrohend werden, vor allem in den Ländern südlich der Sahara, wo schon heute jeder Zweite nicht genug zu essen hat. Inzwischen hat sich die Ernährungslage in Ländern wie Senegal, Somalia und Südsudan dramatisch verschärft.

Und die russischen Streitkräfte blockieren das ukrainische Getreide nicht nur, sie zerstören auch etwa Getreidespeicher: Am 3. Mai haben sie in der Nähe der ostukrainischen Stadt Rubeschnoje ein Silo in die Luft gejagt, in dem 30 000 Tonnen Weizen gelagert werden konnten. Am 4. Juni traf es ein Silo im Hafen von Mykolajiw, das mit einem Fassungsvermögen von 42 000 Tonnen das zweitgrößte des Landes war. Es brannte

Fruchtbarer Süden

Prognostizierte Weizenenerträge 2022, in Mio. Tonnen

0 0,5 1,0 1,5 2,0 // Vormarsch der russischen Armee am 13. Juli



Quellen: BayWa AG/VISTA GmbH; Institute for the Study of War and Critical Threats Project

mehr als zwei Tage lang. Vergangene Woche postete das ukrainische Verteidigungsministerium ein Foto von brennenden Weizenfeldern bei Saporischschja, angeblich von der russischen Armee gezielt bombardiert, um sie in Brand zu setzen.

Und schließlich hat Russland nach glaubhaften Berichten damit begonnen, in der Ukraine gestohlenen Getreide außer Landes zu schaffen. Damit bringt Russland Empfängerländer in die schwierige Lage, entweder Diebesgut anzunehmen oder einer hungernden Bevölkerung gegenüberzustehen. Die BBC konnte zeigen, wie ukrainische Bauern auf russisch besetztem Territorium um ihre Ernte beraubt wurden – offenbar wird die Ware von dort zunächst auf die Krim und dann nach Russland gebracht.

In den vergangenen Wochen gab es dann Berichte über verdächtige Schiffe, die von russischen Häfen wie Noworossijsk und Berdjansk ausliefen und womöglich ukrainisches Getreide an Bord hatten. Andere Schiffe, so zeigte die »Financial Times«, wurden auf der Krim und in kleineren russischen Häfen mit Getreide beladen. Die fuhren dann weiter Richtung Türkei oder nach Syrien.

Die Bomben und Granaten, die auf die Getreidespeicher, Felder und auf Düngemittellager stürzten; die zerstörten Mähdrescher, Traktoren, Pflüge; die Minen, die geflohene Bauern bei ihrer Rückkehr auf den Äckern fanden; die geraubten Ernten und Maschinen – all dies fügt sich zu einem Muster, dem Umriss einer Strategie.



Ingenieur
Hysijenko

Johanna Maria Fritz / DER SPIEGEL

Es gibt Leute wie den amerikanischen Historiker Scott Nelson, die der Theorie anhängen, dass es ein lang gehegter Traum von Putin ist, ehemalige Sowjetrepubliken wie die Ukraine, Kasachstan und Belarus zu einem von Moskau dominierten, Opec-artigen Weizenkartell zusammenzuschließen. Andere, wie der Kremlexperte Andrej Sizow, glauben, dass Putin erst nach dem Angriff auf die Ukraine begriffen habe, was für ein mächtiges Werkzeug er mit den Agrarprodukten in den Händen hält.

Fakt ist, dass Putin die Knappheit nutzt, um den Westen »zu erpressen«, wie es die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellvertretend für viele andere europäische Politiker sagt. Von einer perfiden, an Skrupellosigkeit nicht zu übertreffenden Doppelstrategie spricht der deutsche Landwirtschaftsminister Cem Özdemir. Während Putin einerseits die Getreidelieferungen über das Schwarze Meer blockiere, inszeniere er sich zugleich als Retter der ärmeren Länder Afrikas, denen er suggeriere, dass der Westen mit seinen Sanktionen schuld an der Ernährungskrise sei.

Es finden sich gerade wenige afrikanische Staatschefs, die ein Interesse daran haben, Putin die Stirn zu bieten. Das wurde kürzlich deutlich, als der senegalesische Präsident Macky Sall ins russische Sotschi reiste. Sall, der zurzeit auch der Afrikanischen Union vorsitzt, kam als Vertreter eines hoch verschuldeten Landes, dem das Geld fehlt, auf dem Weltmarkt Weizen zu kaufen.

Afrika, erklärte Sall dem französischen Radiosender RFI, nachdem er Putin um Getreide angefleht hatte, sei der Krise ausgeliefert. »Unsere Länder, auch wenn sie weit entfernt vom Schauplatz des Geschehens liegen, sind unschuldige Opfer.«

Sall saß in einem tiefen Sessel, hinter ihm stand eine Landesflagge. Der Westen würde mit seinen Sanktionen, sagte er, Russlands Weizenausfuhren erschweren. Dann rief er den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj dazu auf, die ukrainischen Seeminen zu räumen, die eine sichere Durchfahrt der Getreidefrachter verhinderten.

Minen und Sanktionen, sofort entschärfen. Es war, als würde Putin reden.

Es lohnte sich. Nach seiner Rückkehr in die Heimat kündigte Sall den Vertretern der großen Weizenmühlen an, dass es bald eine Lieferung zu Vorzugspreisen geben solle. Als Tage später der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa mit Putin über die Lieferung russischer Agrarprodukte verhandelte, streute der Kreml, Putin blicke zufrieden auf die »strategische Partnerschaft« der beiden Länder.

Selenskyj hat es schwerer bei den Herrschern des Kontinents. Mehrmals hatte der ukrainische Präsident darum gebeten, direkt zu den Vertretern der Afrikanischen Union sprechen zu können. Immer wieder wurde eine Videoschaltta verschoben. Als sie schließlich stattfand, wählten sich gerade einmal 4 von 55 afrikanischen Staatschefs ein.

Anders als Putin, dessen Getreidespeicher prall gefüllt sind, hat Selenskyj nicht viel anzubieten. Den Weizen und den Mais, den er hat, kann er kaum liefern. Anders als Putin hat er keine Waffen übrig, um afrikanische Armeen aufzurüsten. Das ist der Grund, weshalb Russlands Narrativ in Afrika verfängt. In der Not fragt niemand nach, ob Putin Ursache und Wirkung umkehrt. Man greift nach der ersten rettenden Hand. Und so stellt sich Putin in Teilen Afrikas geschickt an die Spitze einer antikolonialen Bewegung, die mit Skepsis auf den Westen blickt.

Nach Angaben der EU-Kommission müssten 20 Millionen Tonnen Getreide bis Ende Juli exportiert werden – auch um Platz für die kommende Ernte zu schaffen. Unter den Bedingungen des Krieges aber sei das in so kurzer Zeit eine »gigantische Aufgabe«, heißt es in einer Studie der Kommission. Notwendig wären fast 300 große Schiffe und Tausende Züge zu den Häfen. Zudem koste der Ge-

»Die Kinder
nicht satt zu
kriegen ist
unerträglich.«

Rukia Hassan, Kenia



Lkw-Fahrer des Welternährungsprogramms in der Ukraine

Johanna Maria Fritz / DER SPIEGEL

treidetransport auf dem Landweg rund 120 US-Dollar mehr pro Tonne als per Schiff.

Seit klar ist, wie Putin mit dem Hunger zockt, hat eine hektische Getreidediplomatie eingesetzt. Mehrere europäische Regierungschefs, unter ihnen auch Bundeskanzler Olaf Scholz, versuchten telefonisch, Putins Bereitschaft auszuloten, die Seeblockade zu lockern. In Ankara trafen sich Unterhändler der Uno mit russischen Gesandten, aber wochenlang stießen alle auf dieselben, kaum zu erfüllenden Forderungen.

Putin drängte darauf, Kiew müsse die Minen vor den Häfen räumen lassen – was die Ukraine ablehnt, aus Angst vor einer Invasion. Dann kam die Forderung, im Gegenzug für die Aufhebung der Blockade die westlichen Sanktionen zu lockern. Später kam der Vorschlag, das Getreide über den besetzten Hafen von Mariupol herauszubringen, was bedeuten würde, dass die Ukrainer den Russen die Kontrolle über ihre Waren geben. Dazu ist der Hafen der Stadt nach Wochen des Kampfs zum großen Teil zerstört.

Mit jeder Woche, die verrinnt, wächst die Zahl der Staatschefs, die in Moskau um Getreide betteln. Dafür sind nicht wenige bereit, seine Propagandalüge in die Welt zu tragen, der Hunger sei eine direkte Folge der westlichen Sanktionen. Auch wenn Nahrungsmittel und Dünger explizit von diesen Strafen ausgenommen sind, glauben heute viele Afrikaner, dass ihre früheren Kolonialherren die Schuld an ihrer heutigen Not tragen.

Indem er Getreide zur Waffe macht, trägt Putin den Krieg auf andere Kontinente und verwickelt die Regierungen des Westens in ein zeitraubendes Pokerspiel. Jede Regung Putins lässt die Preiskurven für Getreide an der Chicagoer Agrarbörse ausschlagen. Auch wenn es nur Centbeträge pro Kilogramm sind, können diese Vibrationen dazu führen, dass die Not irgendwo zur Katastrophe wird.

Zudem steht es außerhalb der Ukraine auch noch schlecht um die Nahrungsmittelproduktion, das liegt am Klimawandel. Die globale Weizenproduktion könnte laut der Studie der EU-Kommission erstmals seit vier Jahren sinken. Dürren in Europa und den USA, in Nord- und Ostafrika sowie im Nahen Osten und heftige Regenfälle vergangenes Jahr in China würden die Ernten schmälern. Am Horn von Afrika ist die Regensaison bereits zum vierten Mal in Folge ausgefallen.

Der Hunger schlägt nicht ein wie eine Bombe in einem Getreidesilo. Er kommt schleichend, er ist schon da.

Im Libanon, der sein Getreide hauptsächlich vom Schwarzen Meer bezieht, sind Schulspeisungen teils gestrichen worden, im April verdoppelten sich die Brotpreise innerhalb von zwei Wochen. Im Senegal stoppten im vergangenen Monat alle großen Weizenmühlen ihre Produktion, weil sie die Weltmarktpreise nicht mehr bezahlen können. Ägypten hat den privaten Handel mit Getreide untersagt, um eine Explosion der Preise zu verhindern. Um Verhungerte zu retten, hat das



Kinderimpfung im kenianischen Dorf Kesi

Brian Otieno / DER SPIEGEL

Welternährungsprogramm im Jemen die Rationen der Hungernden reduziert, im Südsudan mussten zuletzt 1,7 Millionen Menschen die Rationen gar gestrichen werden.

Die Fragen lauten nun: Welche Möglichkeiten gibt es, das ukrainische Getreide auf den Markt zu bringen, um Putins Waffe zu entschärfen? Wie aufrichtig sind die diplomatischen Versprechungen Russlands, zu einer Lösung des Problems beizutragen zu wollen?

Infrage steht nun aber auch grundsätzlich, wie widerstandsfähig solche globalen Lieferketten sind, wenn sie schon infolge eines Kriegs zwischen zwei Nachbarstaaten kollabieren. In Wahrheit, sagen Agrarexperten, gebe es gar keine Knappheit. Das vorhandene Getreide werde nur schlecht verteilt – weil viel zu große Mengen in Futtertrögen, Tanks oder in der Mülltonne verschwinden.

An einem dieser Tage, an denen der Ingenieur Hysijenko die Temperatur in seinen Hafensilos kontrolliert, hat ein Ärzteteam rund 5000 Kilometer weiter südlich ein paar Bastmatten im Schatten einer Akazie ausgelegt. Die Mediziner sind an diesem Morgen in das kleine, im trockenen Nordosten Kenias gelegene Dorf Kesi gekommen, um den Hunger zu vermessen.

Unter dem Baum stehen einige Mütter mit ihren Kindern und warten darauf, dass sie aufgerufen werden. Rukia Hassan ist eine dieser Frauen. Sie trägt ein langes, buntes Gewand, neben ihr die dreijährige Maka. In der Hand hält die Mutter eine lilafarbene Kladde, in der einige Daten aufgelistet sind: Makas Größe, ihr Gewicht, ihre Impfungen.

Als Maka an der Reihe ist, legt ihr eine Krankenschwester ein Maßband um den dünnen Oberarm. Drei Messbereiche hat das Band. Grün heißt: Das Kind ist ausreichend ernährt. Gelb bedeutet Grund zur Sorge. Bei Rot schrillen die Alarmglocken. Bei Maka schließt das Band gerade eben noch bei Gelb.

Hassan steht mit teilnahmslosem Blick daneben, als die Schwester ein paar Zahlen in

ihr Büchlein schreibt. Dann gibt man ihr ein Tütchen mit einer Erdnusspaste, das sie hastig aufreißt, als sie Augenblicke später auf die Stufen vor der Dorfschule sinkt. Hassan muss sich ausruhen. Es ist Mittag, aber sie hat noch nichts gegessen. »Wieder einmal«, sagt sie.

Die Luft flimmert in der Hitze. Die Schule hinter ihr ist zu, weil es kein Wasser gibt. Acht Kinder habe sie, sagt Hassan. In manchen Nächten, wenn sie zwei Tage nichts gegessen haben, weinten sie wegen der Bauchschmerzen so lange, bis sie vor Erschöpfung in den Schlaf fielen. »Diese Ohnmacht, sie nicht satt zu kriegen, ist unerträglich«, sagt sie.

Kesi ist eine Nomadensiedlung, deren Bewohner in runden, verstreut in der Steppe stehenden Strohdachhütten leben. Jetzt, in der Trockenzeit, ist es ein Dorf der Frauen. Wie die meisten Männer ist auch Hassans Mann mit ihrer Rinderherde losgezogen, dem Regen hinterher, der hier im Norden von Tana River County kaum noch fällt. Jedes Jahr, sagt Hassan, würden die Wege weiter. Jedes Jahr würde es schwieriger, einen grünen Weidgrund zu finden. Von den 40 Rindern, die sie mal besaßen, haben 10 die Dürre überlebt.

Hassan weiß nicht genau, warum in der Ukraine Krieg geführt wird, aber sie spürt, dass etwas aus den Fugen ist, das Klima, die Weltpolitik. »Alles ist extrem«, sagt sie. »Nichts ist mehr normal.«

Sie und ihre Tochter gehören zu den dreieinhalb Millionen Kenianern, die als schwer unterernährt gelten. Allein 755 000 Kinder unter fünf Jahren sind akut gefährdet. Kenia, das seit Wochen darauf wartet, dass Russland wieder Weizen exportiert, ist nur ein Beispiel dafür, wie lokale Krisen zu einem Flächenbrand werden. Was im Osten Afrikas die Dürren sind, das sind im Südsudan die Überschwemmungen. In Äthiopien kommt der Bürgerkrieg hinzu. In Mali der Terror islamistischer Milizen.

Was das bedeutet, begreift man, wenn man im Kontrollzentrum des Welternährungspro-

gramms (WFP) in Rom den großen Flachbildschirm betrachtet, auf dem die tagesaktuelle Weltkarte des Hungers aufleuchtet. In mehreren Farbtönen, von Orange bis Dunkelrot, sind die Länder mit den höchsten Risiken markiert. Die gesamte Sahelzone und das zentrale und östliche Afrika, von Burkina Faso über Südsudan bis Somalia, ist ein durchgehend roter Gürtel. Schräg darüber liegen die roten Krisenherde des Nahen Ostens, weiter östlich dann Afghanistan, Pakistan, Myanmar.

»Noch nie habe ich so viel Hunger in der Welt gesehen«, sagt Alex Marianelli, ein 49-jähriger Franzose, als er mit dem Finger über die Karte fliegt. Seit 23 Jahren arbeitet er für das WFP. Er war im Irak, in Syrien und Afghanistan. Heute leitet er die Logistikabteilung und dirigiert von Rom aus eine Flotte von Flugzeugen, Schiffen und Lkw, die mehr als 150 Millionen Bedürftige in mehr als 80 Ländern mit Getreide versorgt.

Rund vier Millionen Tonnen Nahrung kaufen Marianellis Leute jedes Jahr, mehr als die Hälfte davon Weizen, der wiederum etwa zur Hälfte aus der Ukraine kommt. Sie verfügen über keine großen Lager, auch weil sie darauf vertrauten, dass Häfen wie Odessa stets offen sind.

Wenn Probleme auftraten, sagt Marianelli, dann in der Regel auf der letzten Etappe des Transportwegs, zwischen Knotenpunkten wie Dubai oder Dschibuti und den Zielorten der Hilfsempfänger. Heute, sagt er, sei die ganze Lieferkette das Problem.

Wie fragil diese logistischen Gebilde sind, zeigte sich bereits durch die Lockdowns in der Pandemie, als viele Häfen den Betrieb runterfuhren. Dann kam der Krieg, und all die Rädchen, die schon nicht mehr richtig ineinandergriffen, verkeilten sich noch mehr.

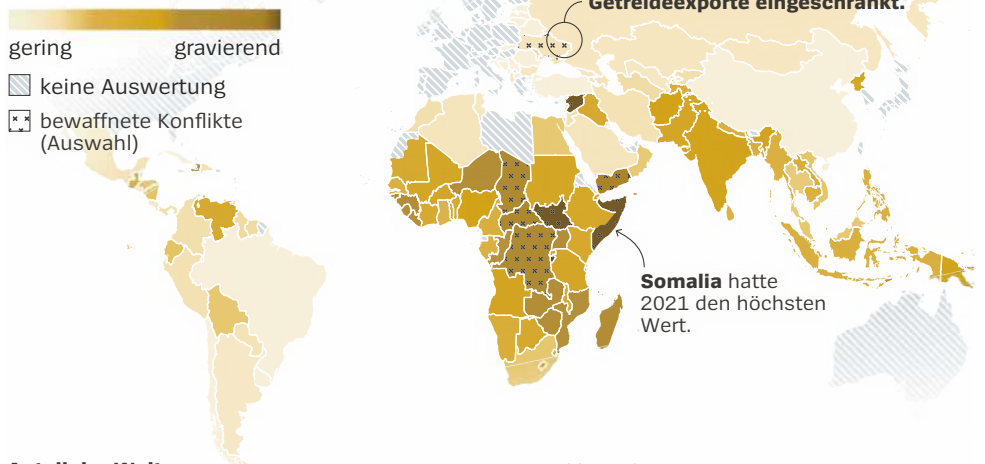
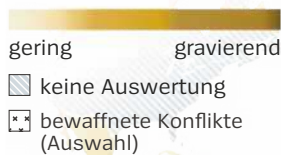
Die Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen ist nur einer der Faktoren, die den Getreidemarkt verkomplizieren. Da sind die hohen Energiepreise, die Inflation, die den Lebensmittelpreis-Index der Uno schon letztes Jahr in immer neue Höhen trieben. Im Mai stoppte Indien – der zweitgrößte Weizenproduzent der Welt – nach einer Dürre die Weizenausfuhren. China, der größte Weizenproduzent, hat die Nahrungsmittelsicherheit zur Staatsdoktrin erhoben und hortet Berechnungen des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums zufolge 159 Millionen Tonnen in seinen Silos.

Russland schließlich hat schon vor dem Überfall Exportsteuern und Exportquoten verhängt, um die Preise im eigenen Land stabil zu halten. Bis Juni galten zusätzliche Exportbeschränkungen. Allerdings erwartet Russland in diesem Jahr wegen des guten Wetters eine Rekordernte und könnte damit theoretisch einen Teil der ukrainischen Ernteaussfälle kompensieren: Gegenüber den rund 33 Millionen Tonnen des vergangenen Jahres gehen die Prognosen für 2022 von 40 bis 42 Millionen Tonnen Weizen für den Export aus, Putin sprach sogar von bis zu 50 Millio-

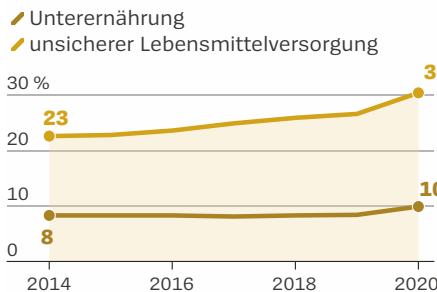
Auf Kosten der Ärmsten

Welthungerindex

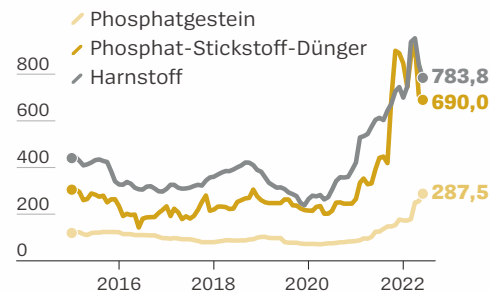
In den Wert fließen neben dem Anteil der Unterernährten auch Daten zur Kindersterblichkeit und zum Kindeswachstum mit ein.



Anteil der Weltbevölkerung mit ...

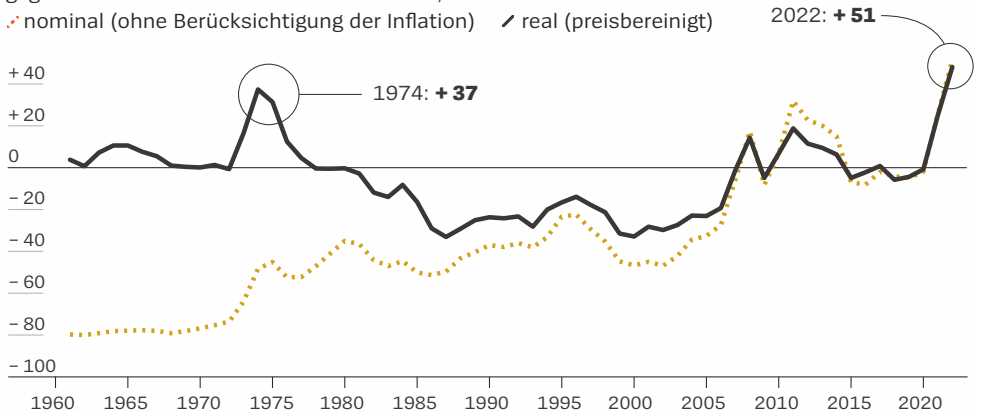


Entwicklung der weltweiten Düngerpreise, in Dollar pro Tonne

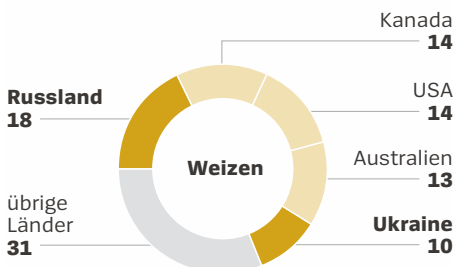


Veränderung der weltweiten Lebensmittelpreise

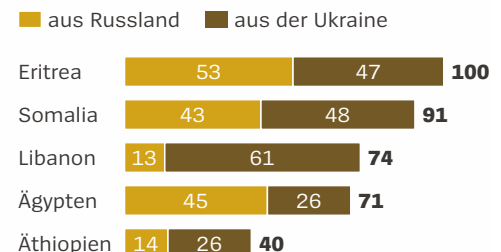
gegenüber dem Durchschnitt 2014 bis 2016, in Prozent



Größte Weizenexporteure weltweit 2021, Marktanteil in Prozent



Anteil am Weizenimport 2021, Auswahl, in Prozent ...



Quellen: FAO, Welthungerhilfe, Weltbank

nen Tonnen – doch dafür erwartet Russland, wie Putins Sprecher Peskow sagte, die Aufhebung von Sanktionen.

Für einen Einkäufer wie Marianelli vom WFP bleibt in dieser Gemengelage nicht viel Spielraum. Um seine Frachtschiffe mit Weizen zu befüllen, sucht er sich seine Produzenten jetzt in den USA und Kanada, auch wenn das bedeutet, dass die Lieferzeiten länger und die Kosten des Transports noch höher sind. Es sei nicht so, sagt Marianelli, dass es einen Mangel an Getreide gäbe. Es ist nur schwer erreichbar, und deshalb zahle er im Vergleich zum letzten Jahr heute das Doppelte für eine Tonne Weizen.

Marianelli steht vor einem ähnlichen Problem wie Rukia Hassan. Nur dass er mit seinem stagnierenden Budget eine wachsende Zahl von Hungernden versorgen muss.

20 Milliarden Dollar hat das WFP für dieses Jahr beantragt. Nicht mal die Hälfte davon haben die reichen Geberländer bislang zugesagt. Wann kommt der Rest? Wer hält sich an die Zusage? Und was ist mit der Milliarde Dollar, die sie als Kriegszuschlag jetzt eigentlich noch zusätzlich benötigten?

Heute tauchten hungergeplagte Dürreländer in den Nachrichten so gut wie nicht mehr auf, sagt der Ernährungsfachmann Luca Russo von der Uno-Landwirtschaftsorganisation FAO. »Noch vor ein paar Jahren hätte ihre Not die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft finden können.«

Der Hunger ist nur eine Krise unter vielen in der Welt. Den Menschen, die ihn bekämpfen, fehlt nicht nur das Geld, sondern auch eine Lobby. Ist es gerecht, fragen sich viele, dass der Ukrainer Wolodymyr Selenskyj in etlichen Parlamenten europäischer Länder von der Leinwand spricht? Warum hört man dort nicht mal dem Präsidenten Kenias zu?

Normalerweise, wenn die Dinge derart in Schieflage geraten, richten sich die Blicke voller Hoffnung auf den Markt. Dass er sie schon wieder hinbiegt, schien ein Naturgesetz zu sein wie das Rauschen des Getreides in den Hafensilos von Odessa. In normalen Zeiten, sagen die Prediger der reinen Lehre, würde die Knappheit nicht nur die Preise steigen lassen; sie hätte auch zur Folge, dass höhere Gewinnaussichten Investitionen und eine gesteigerte Produktion nach sich ziehen, was wiederum ein Überangebot zur Folge hätte, das die Preise sinken ließe. Diese Prozesse sind allerdings oft langwierig, und die aktuelle Not in Teilen des globalen Südens ist akut.

Dazu kommt, dass Russland nicht nur einer der größten Produzenten von Weizen ist, sondern auch einer der weltweit größten Hersteller von Kunstdünger. Ohne diese auf der Grundlage von Stickstoff, Phosphor oder Kaliumcarbonat hergestellten Pflanzennährstoffe, haben Wissenschaftler ausgerechnet, könnten mehr als die Hälfte der knapp acht Milliarden Menschen nicht ernährt werden.

Wie der Weizen ist auch der Dünger heute ein rares Gut. Nachdem viele Fabrikanten aufgrund der hohen Gaspreise ihre Produktion

zurückgefahren hatten, begrenzten Russland und auch China den Export, um ihre eigenen Landwirte weiter versorgen zu können. Die Folgen, die sich durch die Sanktionen noch verschärft haben, sind vielerorts dramatisch.

Überall auf der Welt liegen heute Anbauflächen brach, weil Betriebe nicht die Mittel haben, die stark gestiegenen Düngerpreise zu zahlen. Viele düngen deshalb weniger, was zu geringeren und schlechteren Ernten führt, zu Einnahmeausfällen, zu noch weniger Dünger in der folgenden Saison. Es ist eine Spirale, die sich abwärts dreht. In Westafrika war der Bedarf an Düngemitteln Ende April laut WFP gerade mal zu 46 Prozent gedeckt. Infolge dieser Lücke, schätzt die Afrikanische Entwicklungsbank, werden die Bauern der Region rund 20 Prozent weniger Nahrungsmittel ernten. Weil ihren Regierungen das Geld für teuren Weltmarktweizen fehlt, werden viele dieser Leute früher oder später Marianellis Bedürftigenregister erweitern.

Der Dünger ist nur ein Grund, warum viele Bauern südlich des Äquators ihre Felder aufgeben und ein Auskommen am Rand der großen Städte suchen. In einem Dorf wie Kesi ist es der Regen, der nicht mehr fällt. Anderorts sind es Tropenstürme, Überschwemmungen oder Insektenplagen, die den Menschen zu schaffen machen.

Was das für die Landwirtschaft bedeutet, haben die Wissenschaftler des Weltklimarats im aktuellen Sachstandsbericht ausgeführt. Sie kommen zu dem Schluss, dass eine um 2 Grad Celsius wärmere Welt die globale Maisernte um bis zu 45 Prozent reduzieren könnte. Beim Weizen, der schon bei 31 Grad Celsius während der Blüte weniger Körner in der Ähre bildet, wären es rund 12 Prozent.

Bald fünf Monate nach Beginn des Krieges könnte man meinen, dass eine Grenze erreicht sei, ein Punkt des Innehaltens, aber wenn man in der Kleinstadt Reni vor dem wichtigen Binnenhafen in der Ukraine steht, verblassen solche Gedanken schnell wieder. Hier, 300 Straßenkilometer südwestlich von Odessa, an der Grenze zu Moldau und Rumänien, stauen sich die Schiffe auf der Donau. Auf der zum Hafen führenden Fernstraße warten rund 5000 Trucker darauf, dass ihre Lkw abgefertigt werden. Im Gebüsch liegt Plastikmüll. Es stinkt nach Urin.

Viele Männer dösen in ihren Führerhäuschen. Andere stehen zusammen und klagen über das Fehlen von Toiletten oder die Mühlen der Bürokratie. In Reni, brummt einer, führe noch immer Lenin das Kommando.

Reni ist über Nacht zu einem Ort geworden, von dem womöglich Hunderttausende Menschenleben abhängen. Nervöse Händler, Spediteure und Logistiker versuchen hier,

ukrainisches Getreide aus dem Land zu schaffen. Die Uhr tickt, sagt der Unternehmer Dmytro Golubjew, der in Hafennähe gerade eine alte, thermoisolierte Gemüselagerhalle zu einem 20 000 Tonnen fassenden Getreidespeicher umbaut, weil im Flusshafen Lagerkapazitäten fehlen. Schon drängt die Sommerernte in die Silos, und bis dahin braucht es Platz, denn wenn das Korn vor dem Verschiffen nicht kühl und trocken lagert, dann wird es anfällig für Pilze und Schädlinge.

Die Uhr tickt, das sagt auch der Rumäne Viorel Panait, als er seinen Geländewagen über die Straßen des 200 Kilometer weiter südlich gelegenen Schwarzmeerhafens von Constanța steuert. Panait, der Jeans zum gegülten Hemd trägt, führt die Geschäfte eines Unternehmens, das Fracht von kleineren über den Donau-Schwarzmeer-Kanal auch aus Reni einlaufenden Schiffen auf die größeren Frachter verlädt.

Immer mehr ukrainische Exporte werden heute über Rumänien abgewickelt, aber auch Constanța ist ein Nadelöhr. Wie in Reni stammen viele der an diesem Morgen stillstehenden Verladekräne noch aus vergangenen Epochen. Die ältesten Silos sind 120 Jahre alt. Auf den grasbewachsenen Gleisen stehen Hunderte ausrangierte Güterwaggons.

Um die Dinge etwas zu beschleunigen, sagt Panait, hätten sie im März für vier Millionen Euro ein neues Förderband gekauft. Angesichts der Mengen an Getreide, die aus der Ukraine herausgebracht werden müssen, wäre es eigentlich angebracht, die Infrastruktur in größerem Stil zu modernisieren. Aber solche Investitionen seien riskant, sagt Panait, weil niemand wisse, ob die Häfen in Odessa oder Cherson nicht bald wieder öffneten.

»Wir brauchen Sicherheiten«, sagt Panait in leicht genervtem Ton.

Weil es nicht sein könne, dass der Fluss des Getreides in diesen Zeiten allein vom Engagement privater Firmen abhängt, haben die Logistikunternehmen von Constanța kürzlich eine Art Wunschzettel an die EU geschickt. Panait will 500 Millionen Euro für Geräte und Maschinen, »eine kleine Anstrengung« für Europa, wie er sagt, die ihre Kapazitäten verdoppeln würde. Der Antrag aber hängt irgendwo in Brüssel fest, ebenso wie ein im Mai beschlossener Aktionsplan, der die Mitgliedstaaten dazu aufrief, »Solidaritätskorridore« zur Ausfuhr des Getreides einzurichten.

In diesem von der EU-Kommission verfassten Papier ist die Rede von Lkw oder Waggons, die die Marktteilnehmer zur Verfügung stellen sollten, um den Transport zu beschleunigen. In einer Sitzung im Rahmen des europäischen Krisenreaktionsmechanismus (IPCR) hat die Behörde im Juni »erneut die Dringlichkeit« von Transportkorridoren betont, wie es in einem Protokoll des Treffens heißt, das dem SPIEGEL vorliegt.

Grenzbahnhöfe, an denen das Getreide im Schnitt 16 Tage lang steht, ehe es von der größeren ukrainischen Spurweite – ein Relikt aus der Sowjetzeit – auf die schmalere der Nach-

»Wir dürfen uns nicht von Putin einschüchtern lassen.«

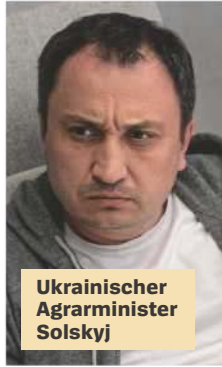
Cem Özdemir, Landwirtschaftsminister

barländer umgeladen wird, sollten durchlässiger werden. Hygienekontrollen und Zölle, heißt es, sollten entfallen. Doch auch die EU arbeitet nicht schneller als die Kräne in Constanța. Noch Ende Juni befand sich vieles in der »Finalisierungsphase«, so die Brüsseler Verkehrskommissarin Adina Vălean.

All dies bedeutet für den Logistikunternehmer Panait, dass er vor dem Dilemma steht, eine Art Getreide-Triage durchführen zu müssen. Nicht nur die ukrainischen Bauern ernten im Juli, auch die rumänischen. Logistisch habe es mehr Sinn, das rumänische Getreide zu verschiffen, sagt einer von Panaits Mitarbeitern. Aber solidarisch ist das nicht.

Die Binnenhäfen, die Güterbahnhöfe, die von der EU-Kommissarin Vălean angepriesene Matchmaking-Plattform, auf der ukrainische Produzenten nach Getreidetransporteurern suchen können, die improvisierten Lagerhallen, die jetzt überall entlang der Grenze entstehen – all dies sind Versuche, die alten Rädchen wieder zu verzahnen. Doch Straßen, Schienen und Kanäle werden nie die Kapazität eines Seehafens haben.

Um einen durchschnittlichen Massengutfrachter zu ersetzen, brauchte es 2400 Lastwagen oder 34 aus jeweils 32 Waggons bestehende Güterzüge. Jedes Schiff mit einer Tragfähigkeit von 60 000 Tonnen, das Hysijenko in Odessa auf den Weg bringt, fasst annähernd so viel Getreide, wie die Österreichischen Bundesbahnen seit Kriegsbeginn aus dem Land geschafft haben.



Ukrainischer Agrarminister Soloskyj

Johanna Maria Fritz / DER SPIEGEL

Deshalb die müden Augen, mit denen der ukrainische Landwirtschaftsminister Mykola Soloskyj, 43, hinter einem Konferenztisch im dritten Stock seines Ministeriums die entscheidenden Zahlen referiert. In normalen Jahren, sagt er, lägen die Getreideexporte seines Landes in den Erntemonaten bei bis zu sechs Millionen Tonnen. Im März waren es 200 000 Tonnen. Im April eine Million. Im Mai anderthalb. »Wenn wir alle Mittel und Wege ausschöpfen«, sagt er, »dann erreichen wir bald hoffentlich zwei, maximal zweieinhalb Millionen Tonnen.«

Das ist das Limit. Mehr geht ohne die Häfen nicht raus.

Soloskyj beugt sich vor.

»Viele Menschen, vor allem in asiatischen, arabischen oder nordafrikanischen Ländern, glauben immer noch, dass sich das Problem des Krieges irgendwie erledigen wird«, sagt er. »Sie haben noch ein paar Reserven übrig, doch die sind in zwei Monaten verbraucht. Der Krieg aber wird weitergehen, und von uns wird kein neues Getreide kommen. Der Druck wird weltweit deutlich steigen.«

Während um die Ecke auf dem Kiewer Maidan das Leben in die Cafés zurückgekehrt ist, hat Russlands Angriffskrieg etwa 30 Prozent der ukrainischen Anbauflächen vernichtet oder unbenutzbar gemacht. Wenn Betriebe, die jetzt noch von ihren Saatgut- oder Düngemittelvorräten leben, in diesem Sommer nichts verkaufen, dann stehen sie im Winter still, weil ihnen das Geld ausgeht. Verrottendes oder nicht verkauftes Ge-

treide heißt: Es wird dann kein Geld mehr da sein, um im nächsten Jahr die Saat auszubringen. Um dies zu verhindern, sagt Soloskyj, müsste die Blockade ihrer Häfen enden, nicht irgendwann, sondern sofort.

Wie soll das gehen? Soloskyj hebt die Schultern. »Wenn Putin nicht dazwischengeht«, sagt er, »dann ist es gar nicht so schwer.«

Im Mai, als Ägypten eine Lieferung aus Russland ablehnte, weil der Verdacht bestand, dass es sich um Diebesgut aus der Ukraine handelte, sah es für einen kurzen Augenblick so aus, als käme etwas Bewegung in die Angelegenheit.

Nachdem russische Diplomaten in der Türkei mit Vermittlern des türkischen Präsidenten und der Uno Gespräche geführt hatten, schrieb die kreuflnahe Zeitung »Iswestija« plötzlich von einem Deal, der Getreidelieferungen aus Häfen wie Odessa wieder möglich machen sollte. Türkische Militärs, hieß es, würden bei der Minenräumung helfen. Sie könnten Sicherheitskorridore einrichten, durch die sie die Frachter in neutrale Gewässer eskortierten. Die Weizenpreise fielen.

Kurz darauf zogen sie wieder an, nachdem der russische Außenminister Sergej Lawrow bei einem Besuch in Ankara erneut die Lockerung der westlichen Sanktionen zur Bedingung für eine Aufhebung der Seeblockade gemacht hatte. Auch von einem Ende der Exportbeschränkungen, die Russland zwischenzeitlich angekündigt hatte, war nun keine Rede mehr.

Putin hält die Trümpfe in der Hand. Er spielt auf Zeit. Mit jedem Tag, so sieht es aus, kommt er seinem Traum einer Getreide-Opec näher.

»Wir dürfen uns nicht von Putin einschüchtern lassen«, sagte der deutsche Landwirtschaftsminister Cem Özdemir Ende Juni in Berlin, nachdem eine Delegation aus mehr als 50 Ländern beschlossen hatte, eine »Allianz für Ernährungssicherheit« auf den Weg zu bringen. »Jetzt geht es auch darum zu zeigen, aus welchem Holz wir geschnitzt sind.«

Wie soll das gehen, die Häfen wieder zu öffnen, ohne die Sanktionen abzuschwächen? Was kann der Westen tun, wenn er nicht warten will, bis sich Putin freiwillig bewegt?

Am konkretesten wurde bislang der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis, der schon vor Wochen vorgeschlagen hat, dass eine »Koalition der Willigen« Eskortschiffe in die Region verlegen könnte, um Getreidefrachter sicher aus dem Schwarzen Meer zu geleiten. Es brau-

Russischer Frachter im Schwarzen Meer



Ozan Kose / AFP

che mutige Entscheidungen, glaubt auch die Russlandexpertin Sabine Fischer von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Ein solcher militärisch abgesicherter Korridor, sagt sie, sei die beste Möglichkeit, »auch wenn er schwer umzusetzen ist«.

Denn die russische Flotte könnte Geleitschiffe als legitimes Kriegsziel sehen. Putin könnte in solchen bewaffneten Konvois, auch wenn sie unter humanitärer Flagge führen, ein direktes Eingreifen des Westens in das Kriegsgeschehen sehen.

Weil diese Bedenken überwogen, verschwand Landsbergis' Vorschlag wieder aus der Diskussion. Er versandete, wie auch der Hinweis, dass Putin moralisch in der Klemme steckte, wenn die Begleitschiffe aus betroffenen Ländern wie Ägypten kämen.

Deshalb konzentrieren sich die Hoffnungen nun darauf, dass es doch noch zu einer Einigung kommt bei den Gesprächen, die in Istanbul stattfinden. Ein Vorschlag, über den dieser Tage gesprochen wird, sieht – so erzählt man es in Berlin – im Kern so aus: Die Ukraine stellt einen Seekorridor zur Verfügung, der von Minen befreit und damit passierbar wäre. Die Ukraine würde Frachter privater Unternehmen in ihren Hoheitsgewässern begleiten. Zumindest vor der Einfahrt müssten die Transportschiffe wohl auch auf versteckte Waffenlieferungen kontrolliert werden, unklar ist allerdings, von wem. Russland lasse die Fracht passieren.

Die Türkei führt die Verhandlungen maßgeblich und verbreitet in Diplomatenkreisen, sie rechne mit einem Durchbruch. Noch aber sind große Fragen offen. Die entscheidende heißt: Wer übernimmt die Kontrolle der Schiffe? Die Türkei käme infrage, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen. Das aber lehnt Russland offenbar ab. Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock sagte auf ihrer Asienreise jedenfalls, Russland versuche, bei den Getreidelieferungen »die Vereinten Nationen rauszuhalten«.

Eine gewisse Entspannung könnte auch die Rückeroberung der strategisch wichtigen Schlangeninsel im Schwarzen Meer durch die Ukraine bringen. Acht rumänische Frachtschiffe sind seither in kleinere ukrainische Häfen eingefahren – und könnten künftig Weizen durch den Bosphorus transportieren.

Auch WFP-Einkäufer Marianelli hofft auf einen diplomatischen Durchbruch: »Vor dem Krieg exportierte die Ukraine sechs bis sieben Millionen Tonnen Getreide pro Monat. Diese Mengen waren erforderlich, um die Lage auf dem globalen Nahrungsmarkt stabil zu halten. Im Juni waren es nur noch 2,5 Millionen Tonnen.« Wenn die drei ukrainischen Häfen am Schwarzen Meer nun tatsächlich geöffnet würden, rechne er damit, dass die Ukraine zeitnah weitere zwei Millionen Tonnen pro Monat liefern könnte – zusätzliche zwei Millionen Tonnen dürften später folgen. Dann wäre »das Vorkriegsniveau wieder erreicht«.

Für ihn wäre ein solcher Deal ein »massiver Gamechanger«, auch wenn man natürlich zu-

erst die Logistik wieder in den Griff bekommen müsse. Die Probleme der Welternährung wären damit allerdings nicht gelöst. Und so überlegen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wie sich der Weizenkrieg auf längere Sicht befrieden ließe. »Warum versuchen wir nicht, die kurzfristigen Probleme, die sich aus dem Krieg ergeben, mit einer langfristigen Veränderung zu lösen, hin zu einem gesünderen Ernährungssystem, in dem genug für alle da ist?«, fragt Benjamin Bodirsky vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

Gerade mal ein Fünftel des Getreides diene in Deutschland dem unmittelbaren menschlichen Verzehr, sagt der Agradexperte. Gut die Hälfte wird verfüttert, das übrige industriell verwertet, oder es landet als Beimischung im Tank von Kraftfahrzeugen. Ein großer Teil wird als Mastfutter für Rinder, Schweine und andere Tiere verwendet.

Viele Staaten, glaubt er, stünden dem Konsumverhalten ihrer Bürger keineswegs hilflos gegenüber. Man könne es lenken, über Steuern, die Fleischprodukte teurer machen und Obst oder Gemüse billiger. Man könnte den Getreideanteil im Biokraftstoff senken.

Die Vorschläge der Wissenschaftler könnten als Grundlage einer Strategie dienen, die den Kampf gegen den Hunger, gegen den Klimawandel und den Kampf für eine gesündere Ernährung zusammendenkt. Was es brauchte, sagt Bodirsky, wäre politischer Wille.

Was er damit meint, kann man im senegalesischen Touristen-Resort L'Arc en Ciel beobachten, wo sich 40 Landwirte und Aktivisten zu einem Workshop der Alliance for Food Sovereignty eingefunden haben.

Mit aufgebrachten Stimmen diskutieren sie über Saatgut, das schon ihre Urahnen in die Erde gepflanzt haben. Einer der Farmer, die hier die Zukunft des Kontinents in der Vergangenheit suchen, ist Ngouye Camara, ein kräftiger 56-jähriger Senegalese mit akkurat gestutztem Bart, der im Süden des Landes eine 40 Hektar große Farm besitzt. Dort baut er Fonio an, ein altes Korn, das der Volksmund Hungerhirse nennt. Seit der Weizen knapp ist, sagt Camara, komme er mit der Produktion kaum nach.

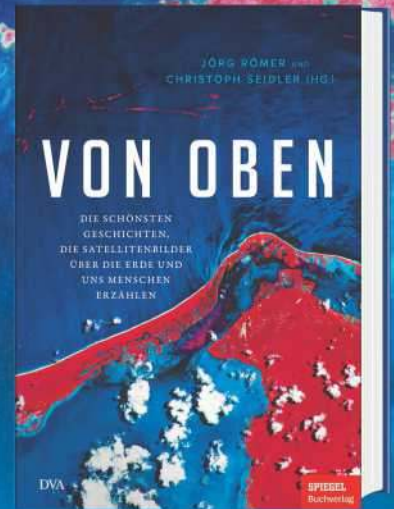
Als er in den Achtzigerjahren damit begann, war das noch anders. Die Leute im Dorf hätten ihn ausgelacht, sagt Camara. Senegal wurde darauf überschwemmt von europäischem Weizen, der so billig war, dass er die Esskultur des Landes tiefgreifend veränderte. Camara deutet auf das Buffet neben dem Pool, wo Pizzabrote ausliegen, Teigtaschen, Törtchen.

Alles aus Weizen.

Im Senegal ist das Baguette heute politisch, sagen viele. Wäre es anders, wäre Putins stille Waffe stumpf.

Markus Becker, Marian Blasberg, Alexander Chernyshev, Christina Hebel, Claus Hecking, Heiner Hoffmann, Frank Hornig, Maria Marquart, Ralf Neukirch, Mathieu von Rohr, Fritz Schaap, Thore Schröder, Kurt Stukenberg, Gerald Traufetter, Lina Verschwele

FASZINATION ERDE



288 Seiten, durchgehend vierfarbig,
gebunden · 24,00 €

Qualmende Vulkane,
einsame Wüsten,
traumhafte Atolle
und pulsierende Metropolen:
Über 50 faszinierende
Aufnahmen aus dem All und
die spannenden Geschichten
dahinter präsentiert
dieses Buch, basierend auf der
beliebten SPIEGEL-Kolumne
»Das Satellitenbild
der Woche«.

Foto: © NASA/unsplash

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
Buchverlag

Abschied von Uncle Joe

USA Vier Monate vor den Kongresswahlen hat die Debatte über die Zukunft des 79-jährigen Präsidenten Biden begonnen. In der Partei wächst die Sehnsucht nach einem Generationenwechsel – und mögliche Nachfolger laufen sich bereits warm.

Es ist schwer zu sagen, was den Ausschlag gab: War es der Fahrradausflug Mitte Juni in Delaware, bei dem der Präsident zeigen wollte, wie fit er ist – und von dem nur das Bild hängen blieb, wie er hilflos zu Boden stürzt? War es Joe Bidens zögerliche Reaktion auf das Urteil des amerikanischen Supreme Court, mit dem das Recht auf Abtreibung gekippt wurde und das viele linke Demokraten verzweifeln ließ? Oder sind es einfach die schlimmen Zahlen aus den Umfragen zu Bidens Beliebtheit?

Zweieinhalb Jahre sind es noch bis zur nächsten Präsidentschaftswahl; eigentlich eine Zeit, in der eine Regierungspartei damit beschäftigt sein sollte, Gesetze auf den Weg zu bringen. Als Biden im Januar 2021 sein Amt antrat, versprach er, Amerika grundlegend umzubauen: Er kündigte ein Klimapaket an, das Amerika mit neuen Zugstrecken und elektrischen Ladestationen versorgen sollte. Er entwarf ein Sozialprogramm, das die USA zu einem Wohlfahrtsstaat machen sollte, wie man ihn in Europa kennt. Er sprach davon, sein Land nach dem Hader und dem Zorn der Trump-Jahre wieder zu einigen.

So gut wie nichts davon konnte der Präsident bisher einlösen: Seine ehrgeizigen Reformpläne scheiterten am Widerstand der eigenen Parteifreunde im Senat, und der Ton in der amerikanischen Politik ist giftig wie eh und je. Biden, der in die Fußstapfen Franklin D. Roosevelts treten wollte, der das Land mit seinem New Deal grundlegend reformierte, droht zu einer tragischen Figur zu werden. »Eine solche Situation habe ich noch nie erlebt«, sagt ein erfahrener Parteistrateg, der darum bittet, ihn nicht namentlich zu zitieren. Es sei ja nicht nur so, dass Biden mit 79 Jahren der älteste Präsident in der Geschichte der USA sei: »Er ist auch noch extrem unpopulär.« Schon seit einem Jahr ist eine Mehrheit der Amerikaner unzufrieden mit seiner Arbeit. Aber noch viel beunruhigender finden viele Demokraten, in welcher rasenden Geschwindigkeit die eigene Parteibasis das Vertrauen verliert. Laut einer Umfrage im Auftrag der »New York Times« wünschen sich 64 Prozent der demokratischen Wähler, dass Biden in zwei Jahren in Rente geht und Platz für einen jüngeren Kandidaten macht. »Nur Bidens Spender und Geldgeber hoffen, dass

er noch einmal antritt«, lästert ein linker Demokrat auf dem Capitol Hill.

Bidens Alter ist ein Thema, seit er im April 2019 seine Kandidatur erklärte. Praktisch am ersten Tag starteten die Republikaner und rechte Fernsehsender wie Fox News eine Kampagne, die Biden als senilen Greis karikierte. Kaum ein Abend vergeht, an dem rechte Giftmischer wie Sean Hannity den Präsidenten im Fernsehen nicht als »sleepy creepy Uncle Joe« verspotten. Das musste Biden so lange nicht bekümmern, wie die seriöse Presse nicht darauf einstieg. Nun aber brachte die »New York Times« einen langen Report, der ausführlich beschreibt, wie genau Bidens Stab darauf achtet, dass der Präsident genügend Zeit für Ruhe und Entspannung findet. Der Washingtoner Chefkorrespondent Peter Baker schrieb, das Weiße Haus habe auch deshalb den ursprünglichen Plan verworfen, Bidens Europareise im Juni mit einem Besuch in Israel und Saudi-Arabien zu verbinden, weil dies für den Präsidenten zu strapaziös geworden wäre. Biden genießt oft lange Wochenenden in seinem Strandhaus in Delaware, in die er schon am Freitag aufbricht. Außerdem sind seine Leute darauf bedacht, dass er nicht allzu häufig von unangenehmen Fragen aus dem Konzept gebracht wird.

Als Biden Anfang Juni in der Talkshow von Jimmy Kimmel in Los Angeles auftrat, sagte der Moderator zur Eröffnung: »Ich bin stolz, sagen zu dürfen, dass ich ihn schon Dutzende Male gewählt habe.« Als Biden nach

dieser verbalen Verbeugung auf Kimmels Sofa Platz nahm, sagte dieser: »Würde es Ihnen etwas ausmachen, wenn ich ein paar ernsthafte Fragen stelle?« Es war, als wollte Kimmel seinen Gast in Watte packen. Aber selbst in dieser Wohlfühlatmosphäre stolperte Biden manchmal über die eigenen Sätze und brachte seine Gedanken nicht zu Ende.

Biden ist schon seit Jahrzehnten für seine Versprecher berühmt. Er hat sich einmal selbst als »gaffe machine« bezeichnet – als einen Politiker, der zielsicher in jedes Fettnäpfchen tappt. Aber inzwischen verheddert er sich selbst bei Reden, die über Wochen vorbereitet wurden und die er nur vom Teleprompter ablesen muss. In der »State of the Union«-Rede im März sagte er: »Putin mag Kiew mit Panzern einkesseln, aber er wird niemals das Herz und die Seele des iranischen Volkes gewinnen.« Als er drei Wochen später nach Polen reiste, rutschte ihm der Satz »Um Gottes willen, dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben« heraus – eine Bemerkung, die sofort via Eilmeldung um die Welt raste, weil sie so klang, als wolle die US-Regierung einen Regimewechsel im Kreml bewirken. Das aber war nicht so gemeint, und Bidens Leute waren über Wochen damit beschäftigt, die Worte ihres Chefs wieder einzusammeln. Der Präsident habe sich von seinen Emotionen leiten lassen und seine Empörung über Wladimir Putins Angriffskrieg ausgedrückt, hieß es. Das sollte wie eine sympathische menschliche Regung klingen, bedeutete aber eben auch, dass der Präsident selbst in Fragen von Krieg und Frieden manchmal mehr vom Bauch als vom Hirn geleitet wird.

Biden hat Erfolge vorzuweisen, so ist es nicht. Er hat in der Ukraine-Krise die auseinanderstrebenden Staaten der Nato wieder zusammengeführt und die Allianz gestärkt; seiner Entschlossenheit ist es zu verdanken, dass Kiew noch über genügend Waffen verfügt, um sich gegen Putins Truppen wehren zu können. Aber Bidens innenpolitische Bilanz ist mager, und weit mehr als der ferne Konflikt in Europa bekümmert die Amerikaner die galoppierende Inflation, die mit über neun Prozent so hoch ist wie seit 40 Jahren nicht, und die Kriminalität in den amerikanischen Städten. Bidens Auftritte wirken inzwischen wie eine Metapher auf ein Land, das sein Selbstbewusstsein verloren hat: Die Spannung in seinen Reden ergibt sich vor allem aus der Frage, ob er sie unfallfrei zu Ende bringt. Bidens Schritte sind deutlich schlurfender geworden, ein Umstand, der im vergangenen November auch Eingang in das medizinische Bulletin des Weißen Hauses fand: »Der Gang des Präsidenten ist wahrnehmbar steifer und weniger flüssig als vor einem Jahr«, schrieb Bidens Leibarzt Kevin O'Connor. »Es gibt dafür mehrere plausible orthopädische Erklärungen, aber eine genauere Untersuchung war angeraten.«

Muss man wirklich untersuchen, warum ein 79-Jähriger nicht mehr so gut zu Fuß ist? Viel jüngere Männer als Biden sind unter den



Vizepräsidentin Harris

Amanda Andrade-Rhoades / CNP / Polaris / iaf



Evelyn Hockstein / REUTERS

täglichen Strapazen des Amtes vorzeitig gealtert. »Lassen Sie es mich offen sagen«, schrieb der »Atlantic«-Kolumnist Mark Leibovich Mitte Juni: »Joe Biden sollte im Jahr 2024 nicht noch einmal antreten. Er ist zu alt.« Wenn es für Piloten und Fluglotsen Altersbegrenzungen gibt, warum sollte sich dann ein Präsident für eine zweite Amtsperiode bewerben, an deren Ende er die durchschnittliche Lebenserwartung amerikanischer Männer um über zehn Jahre überschritten hätte?

Bidens Leuten ist nicht entgangen, wie sehr es in der Partei rumort. Offiziell hält der Präsident an der Sprachregelung fest, dass er »plane«, im Jahr 2024 noch einmal anzutreten. Aber ein Plan kann sich ändern, und inoffiziell lässt er seine Leute verbreiten, dass er nur dann noch einmal den Kampf um das Weiße Haus aufnehmen werde, wenn sich auch Donald Trump bewerbe. So jedenfalls erzählt es ein einflussreicher demokratischer Stratege. Aber im Moment scheint es mehr als ungewiss, ob Biden diesen Anspruch auch wird durchsetzen können.

Offen stellt wegen der anstehenden Kongresswahlen noch niemand die Machtfrage. Die Aussichten sind ohnehin mehr als bescheiden; inzwischen würde es schon als Erfolg gelten, wenn die Demokraten nur das Repräsentantenhaus verlieren würden und nicht den Senat. Es käme einem Selbstmord gleich, in dieser

prekären Lage auch noch einen Krieg in eigenen Lager anzuzetteln.

Aber wer die Zeichen zu lesen vermag, der erkennt, dass die Planungen für die Zeit nach Biden begonnen haben. JB Pritzker, der Gouverneur von Illinois, hat Mitte Juni einen Abstecher nach New Hampshire gemacht – ein Staat, in dem traditionell eine der ersten Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur stattfindet. Der kalifornische Gouverneur Gavin Newsom schaltete am 4. Juli, dem amerikanischen Nationalfeiertag, einen Werbespot in Florida, in dem er seinen dortigen Amtskollegen Ron DeSantis attackierte, der in der Republikanischen Partei zum schärfsten Rivalen Trumps aufgestiegen ist.

Es ist ein Manöver, das man nur riskiert, wenn man Ambitionen über den eigenen Bundesstaat hinaus hat. Newsom hat offenkundig erkannt, wie groß der Frust im linken Parteiflügel über die Untätigkeit des Präsidenten ist. Bei den Demokraten gelten die laufenden Anhörungen zu dem Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 zwar als Erfolg, weil sie gezeigt haben, wie tief Trump darin verstrickt ist. Die Popularität des Ex-Präsidenten ist gesunken, auch bei seinen einstigen Wählern. Nur noch die Hälfte der republikanischen Anhänger wünscht sich ein Comeback Trumps, der offenbar mit dem Gedanken spielt, seine Kandidatur schon vor den Kongresswahlen anzukündigen.

Demokrat Biden bei Israelbesuch am Donnerstag:
Seltsam
teilnahmslos

Seine Auftritte wirken wie eine Metapher auf ein Land, das sein Selbstbewusstsein verloren hat.

Aber gleichzeitig wirkt Biden selbst teilnahmslos angesichts der Gefahr, die der amerikanischen Demokratie drohte. Im Januar 2021 hing das Schicksal der Nation am seidenen Faden. Hätte sich Vizepräsident Mike Pence nicht geweigert, bei den Planungen für einen Staatsstreich mitzumachen, wäre Trump eventuell unrechtmäßig im Amt geblieben – oder das Land wäre in gewalttätigen Auseinandersetzungen versunken. Weder Biden noch Nancy Pelosi, die Sprecherin des Repräsentantenhauses, fänden die richtigen Worte für diesen historischen Wendepunkt in der amerikanischen Geschichte, sagt ein Berater eines linken Kongressmitglieds.

Gerade im progressiven Lager hatten viele auf Kamala Harris gehofft, die erste schwarze Vizepräsidentin in der Geschichte der USA. Aber Harris' Umfragewerte sind ähnlich desaströs wie die Bidens; ihr ist es nicht gelungen, ein eigenes Thema zu setzen. Sie wirkt wie ein Schatten ihrer selbst, ihre wichtigsten Berater sind offenbar auch wegen des chaotischen Arbeitsstils der Chefin geflohen. Ashley Etienne, die Kommunikationsdirektorin der Vizepräsidentin, heuerte im April bei einer PR-Firma an. Harris' Sprecherin Symone Sanders unterschrieb einen lukrativen Vertrag als Kommentatorin für den Sender MSNBC. »Ich glaube nicht, dass irgendjemand noch Vertrauen in sie hat«, sagt ein demokratischer Stratege.

Noch schützt Biden die Tatsache, dass keiner seiner Gegner stark genug ist, ihn offen herauszufordern. Obwohl Pritzker als auch Newsom müssen im November ihre Gouverneurswahlen gewinnen, bevor sie den eigenen Präsidenten herausfordern könnten. Aber bei den Demokraten gibt es kaum einen Zweifel daran, dass dem Präsidenten ein Konkurrent im eigenen Lager erwächst, falls er nicht von sich aus einen Rückzieher macht.

Biden wirkt im Moment wie der Unglücksrabe Jimmy Carter, dessen Präsidentschaft in einem Strudel aus Inflation und miesen Umfragewerten versank. Weil er am Ende seiner Amtszeit so schwach wirkte, forderte ihn ein Parteifreund heraus: Ted Kennedy, Bruder des ermordeten Präsidenten John F. Kennedy. Der Senator aus Massachusetts verlor zwar die Vorwahlen gegen den eigenen Präsidenten. Aber das Chaos bei den Demokraten brachte einen strahlenden Sieger hervor: den Republikaner Ronald Reagan, der die Präsidentschaftswahlen im November 1980 furios für sich entschied.

René Pfister



Explosion eines mutmaßlichen russischen Waffenlagers in der Region Cherson

Newscom / ddp

Kiews fünfte Kolonne

UKRAINE In den besetzten Gebieten wächst der Widerstand: Partisanen greifen Russen an, jagen Autos in die Luft, auch normale Bürger helfen. Sie liefern Positionen russischer Panzer an die Artillerie.

Der Kämpfer trägt Feldmütze, Sonnenbrille und einen Schal über Mund und Nase. Seine Stimme im Video ist verzerrt, nichts soll auf seine Identität hinweisen. Denn seine Botschaft ist deutlich: »Wir werden Gebäude besetzen, wir werden auf den Straßen und Brücken kämpfen. Wir werden kein einziges Stück unseres Landes verschenken.« Er und seine Verbündeten würden gegen die prorussische Verwaltung in der Region Cherson im Süden der Ukraine kämpfen. »Jeder, der daran beteiligt ist, steht bereits auf unserer Todesliste.«

Das Anfang Juli aufgenommene und über Telegram-Kanäle verbreitete Video gibt dem Widerstand ein Gesicht, wenn auch ein verummtes. Wechselnd zwischen Ukrainisch und Russisch, der Sprache der Aggressoren, macht das Mitglied der Bewegung »Gelbes Band« konkrete Angaben über ein russisches Militärlager in der Stadt. Die Botschaft an die Besatzer: Wir wissen, wer ihr seid und wo ihr seid, ihr werdet nie sicher sein.

In den ersten Sommerwochen häufen sich Partisanenanschläge in den von Russen besetzten Gebieten, besonders in Cherson, der 280000 Einwohner zählenden Provinzhauptstadt am Dnipro. Am 18. Juni wurde der von den Russen dort eingesetzte Gefängnischef bei einem Sprengstoffanschlag verletzt, vier Tage später starb ein hochrangiger Mitarbeiter

der Regionalverwaltung durch eine Autobombe. Am vergangenen Montag wurde ein Anschlag auf den Wagen des prorussischen Verwaltungschefs der Region vereitelt; bereits im Juni hatte er eine Attacke nur knapp überlebt.

Im Nordosten des Landes, im besetzten Teil der Region Charkiw, wurde Anfang der Woche ein Statthalter Russlands getötet. Dazu kommen Angriffe auf kriegswichtige Infrastruktur, so wurde Anfang Juli eine Eisenbahnbrücke im Süden zwischen Tokmak und Melitopol in die Luft gejagt.

Die meisten Aktionen bleiben zwar in der Regel geheim. Aber der SPIEGEL konnte mit ukrainischen Agenten sprechen, dazu mit ehemaligen und aktiven Widerständlern in den besetzten Gebieten, in der freien Ukraine und im Ausland. Ihre Berichte zeigen, wie vielfältig der Widerstand gegen Wladimir Putins Truppen schon jetzt ist – und wie bedrohlich die Lage für die Besatzer noch werden könnte. Mit den kürzlich gelieferten westlichen Waffensystemen wie dem US-Mehrfachraketenwerfer Himars mit einer Reichweite von 80 Kilometern können die ukrainischen Streitkräfte Ziele tief im besetzten Gebiet angreifen. In den vergangenen Tagen mehrten sich die Berichte von zerstörten russischen Munitions- und Treibstofflagern sowie Kommandozentralen. Damit ist klar: Die Mithilfe der eigenen Bürger, die etwa Standorte rus-

sischer Truppen und Materiallager weitergeben, ist in dieser Phase des Kriegs von entscheidender Bedeutung. Die Partisanen sind Kiews fünfte Kolonne.

Dabei haben die ukrainischen Behörden lange gebraucht, um den militärischen Wert der eigenen Bevölkerung zu erkennen – niemand weiß das besser als Wolodymyr Schemtschugow. Der 51-Jährige ist der bekannteste Pionier des ukrainischen Partisanenkampfs. Er stammt aus dem Ort Chrystalnyj in der Region Luhansk und hat schon vor acht Jahren gegen russische Besatzer gekämpft. Als in der Donbass-Provinz 2014 die Besatzung durch von Moskau gesteuerte Separatisten begann und später reguläre russische Soldaten folgten, lebte er als Eigentümer einer Firma für Verpackungsmittel in Georgien. Als er zu Besuch in die Heimat reiste, erlebte er, wie »Alkoholiker« die Kontrolle in seiner Stadt übernahmen, Freunde von ihm ermordeten und verboten, die Leichen ukrainischer Soldaten zu beerdigen, so erzählt er es.

Schemtschugow sagt: »Die Angst in den Augen meiner Mutter war meine Motivation, etwas zu unternehmen.« Er beschloss, zusammen mit Bergleuten, Managern, Ärzten und Lehrern eine Partisaneneinheit aufzubauen. »Damals hat uns niemand ernst genommen«, sagt er beim Gespräch, »für viele waren wir bloß Terroristen. Jetzt interessieren sich plötzlich alle für uns.«

Mit einer kleinen Gruppe von Freunden und 10 000 Dollar aus eigener Tasche legte er los. Zunächst sammelte die Einheit Informationen über den Feind. »Wir haben den russischen Soldaten Bier und Zigaretten gebracht, uns für ihren Schutz bedankt, sie dabei ausgekundschaftet«, sagt er. Die ersten Waffen bekamen sie ausgerechnet von den Besatzern ausgehändigt, für ihre vermeintliche Loyalität. Weitere Waffen kauften sie von korrupten Separatisten. Die Gruppe attackierte Militärlager und einzelne Soldaten, die gerade in der Kneipe oder der Sauna waren. Sie sprengte Schienen in die Luft, Sendemasten, Stromleitungen und mehrmals eine durch das Gebiet verlaufende Gaspipeline.

Den Sprengstoff organisierten sie privat. »Chrystalnyj ist eine Bergbaustadt«, sagt Schemtschugow. »Schon als Kind wusste ich, wie man Bomben baut.« Erst nach acht Monaten unterzeichneten er und seine Mitstreiter einen Vertrag mit dem ukrainischen Militär – und wurden dadurch zu Agenten.

30 erfolgreiche Aktionen habe er geplant und durchgeführt, bis er am 28. September 2015 bei einem Einsatz gegen den Stolperdraht einer Splittermine trat. Schwerverletzt wurde er von russischen Soldaten gefunden, er erblindete, Ärzte amputierten ihm beide Hände. Gut ein Jahr blieb er in Gefangenschaft und wurde immer wieder verhört und gefoltert. Dann erst wurde er ausgetauscht. Der damalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko verlieh ihm die höchste Auszeichnung des Landes: Held der Ukraine. Schemtschugow hat gelernt, mit Prothesen

zu leben. Ärzte in Köln konnten später zumindest die Sehkraft eines Auges wiederherstellen und Splitter aus mehreren Körperteilen entfernen. Auf seinem Smartphone zeigt er, wie er sich nun nützlich macht: Unter dem Hashtag #Widerstandsbewegung erklärt er in einer YouTube-Sendung auf dem Kanal des ukrainischen Militärfernsehens etwa, wie man russische Lastwagen unschädlich machen kann (mit etwas Sand im Tank). Außerdem schreibt er Verhaltensregeln für Partisanen: unauffällige Kleidung tragen und stets Ruhe bewahren, egal was passiert.

Für den Partisanenkrieg sind gleich mehrere ukrainische Sicherheitsbehörden verantwortlich, darunter der Militärgeheimdienst (HUR) und die Spezialeinsatzkräfte (SSO). Einzelne Widerstandsgruppen wie »Gelbes Band« oder die »Partisanenarmee von Berdjansk« informieren über Facebook, Instagram, YouTube und den Messengerdienst Telegram – und sammeln selbst Informationen.

Nach Angaben eines SSO-Mitarbeiters kommunizieren nur fünf bis zehn Prozent der Beteiligten überhaupt mit ukrainischen Stellen. Andere leisten Widerstand, indem sie ihre Geschäfte schließen, wenn sich russische Soldaten nähern, oder indem sie Handzettel verteilen, auf denen Russen und Kollaborateuren mit dem Tod gedroht wird. Zum Widerstand gehört auch, Kopfgeld auf Kollaborateure auszusetzen oder die Ausstellung eines russischen Passes zu verweigern, um dadurch angekündigte Referenden in den besetzten Gebieten zu verhindern.

Eine Kindergärtnerin aus Cherson erzählt, dass die Menschen dort strengen Alltagsregeln folgten: »Wir sprechen nur im engsten Kreis über den Widerstand.« Regelmäßig telefoniere sie mit ihrem Sohn, der im europäischen Ausland wohne und über ein Netzwerk von Kontakten in Cherson verfüge.

Ihr Sohn bestätigt das bei einem Telefonat über eine verschlüsselte Verbindung: »Wenn ich Informationen bekomme, gebe ich das sofort an einen Freund bei der ukrainischen Armee weiter. Der wiederum gibt es dem Geheimdienst durch.« Mittlerweile führe er auch Rechercheaufträge aus: »Manchmal fragen sie nach konkreten Informationen, dann telefoniere ich herum, bis ich es weiß.«

Er erinnert sich an eine Lieferung von russischen Panzern, deren Ankunft in Cherson er durchgegeben hatte und die dann wenig später von ukrainischer Artillerie zerstört worden seien. Ein Mitarbeiter der Spezialekräfte bestätigt, dass die Berichte von Bürgern vor Ort »bei der Zielauswahl genauso wichtig sind wie etwa Satellitenaufnahmen«.

Die Besatzer wissen, wie groß die Gefahr durch Partisanen ist. In Cherson gehen sie nun immer brutaler gegen den Widerstand vor. Seit einem präzise ausgeführten Luftschlag gegen ihre Kommandozentrale im Stadtzentrum Anfang Juli haben sie ihre Checkpoints verstärkt und die Fahndung verschärft. »Sie haben schon länger Panik«, sagt der 20-jährige Designer Max, der vor einem Monat von dort geflohen

Die Lage in der Ukraine

Vormarsch russischer Truppen



Quelle: Institute for the Study of War and Critical Threats Project; Stand: 13. Juli

ist und aus Angst um seine Familie, die noch immer in der Region lebt, nur seinen Vornamen nennen will. Mehr als 600 Menschen seien nach öffentlichen Angaben bereits verhaftet worden, erzählt eine Aktivistin: »Aber wahrscheinlich sind es viel mehr.«

Die Rede ist von Listen, auf denen die Namen von ehemaligen Sicherheitskräften, Politikern und Bürgern stehen sollen. Nicht wenige von ihnen blieben nach der Abholung durch russische Truppen verschwunden oder wurden tot geborgen.

Max hatte zu Beginn der Besetzung mit Freunden eine Telegram-Gruppe gestartet,



Veteran Schemtschugow, Widerstandskämpfer Max

der bald 5000 Menschen angehört. »Wir haben dann einen neuen Chat aufgesetzt, den wir streng überwacht haben«, erzählt er, »neue Mitglieder wurden mithilfe ihrer Social-Media-Konten und durch gezielte Fragen von uns überprüft.« In ihrer Telegram-Gruppe mit dem Titel »Cherson ist ukrainisch« sammelten die Freunde Informationen über russische Truppen. »Wir haben unsere Angaben gegenseitig geprüft und dann weitergegeben«, sagt er. Sie nutzten die ukrainische E-Governance-App Diia, um sich auszuweisen und Informationen anschließend in den eigens vom ukrainischen Geheimdienst geschaffenen Chatbot »E-Enemy« bei Telegram einzuspeisen.

»Meinen größten Erfolg hatte ich im März«, erzählt Max in einem Telefonat per Zoom. Damals habe er eine russische Militärkolonne mit Lastwagen, Truppentransportern, Tanklastern und Raketenwerfern, über 40 Fahrzeugen, entdeckt und die Informationen an »E-Enemy« weitergegeben: »Ich lag versteckt im Gras und sah, wie Granaten auf die Fahrzeuge fielen. Erst war ich voller Euphorie, dann bekam ich Angst.«

Max hatte am Anfang in Cherson an einer Demonstration gegen die Besatzer teilgenommen. »Ohne mein Gesicht zu verdecken«, auch deswegen wuchs die Angst. Schließlich fand er einen Schleuser, der ihn für umgerechnet 150 Euro mit einem Kleinbus aus der Stadt brachte. Nach zwölf Stunden Fahrt erreichten sie sicheres Gebiet. »Als ich unsere Soldaten sah, musste ich weinen«, sagt Max. Mittlerweile lebt er bei Bekannten in Kiew und hofft, dass seine Stadt bald befreit wird.

Es sind gefährliche Zeiten sowohl für die Besatzer als auch für die Widerständler. Im Süden bereiten sich Bürger bereits auf die ukrainische Offensive vor, die von Präsident Wolodymyr Selenskyj angeordnet wurde. Während immer mehr Menschen die Städte aus Angst vor drohenden Häuserkämpfen verlassen, horten andere Lebensmittel, mischen Molotowcocktails und bauen Bomben.

Ein Schlosser aus dem besetzten Enerhodar in der Region Saporischschja berichtet, er habe bereits ein ganzes Arsenal im Keller: »Aber diese Waffen werden meine Freunde und ich erst einsetzen, wenn unsere Truppen nahe sind.« Der ukrainische Militärexperte Oleg Schdanow hofft für den Fall einer schnell vorankommenden Offensive auf einen Zweifrontenkrieg für die Besatzer: »Dann werden sie keine Kapazitäten mehr für die Fahndung nach Partisanen haben.«

Schdanow sagt, dass der Widerstand schlecht organisiert gewesen sei. »Wir hätten Waffenlager anlegen und mehr Leute ausbilden können.« Schuld gibt er auch Wolodymyr Selenskyj, der in seiner Neujahrsansprache die Kriegsgefahr herunterspielte. Das Land, so Schdanow, habe kostbare Zeit verschenkt.

Die Widerständler wissen, dass Verluste drohen. Ein Partisan aus Enerhodar sagt aber: »Wir haben keine Wahl, wenn wir in unserem Land in Freiheit leben wollen.«

Katja Lutska, Thore Schröder

»In der Luft liegt das Gefühl von Verrat«

GROSSBRITANNIEN Der Historiker Anthony Seldon über das Chaos, das Boris Johnson angerichtet hat, und die Schwachstelle in der britischen Politik

SPIEGEL: Herr Seldon, die Kandidaten für Boris Johnsons Nachfolge kämpfen mit allen fairen und unfairen Mitteln gegeneinander. Sind die Konservativen nach zwölf Jahren an der Macht noch in der Lage zu regieren?

Seldon: Es ist nicht garantiert, dass die Partei sich selbst therapieren kann. Die Tories sind seit Jahrzehnten gespalten. Die Verbitterung über jene, die Margaret Thatcher demonitierten, währte eine Generation. Johnson ist nicht im Entferntesten eine historische Figur von Thatchers Format, aber in der Luft liegt dasselbe Gefühl von Verrat. Ein Premierminister wurde gemeuchelt. Wenn in der Situation ein Brexitgegner gewinnen sollte, wird es schwierig.

SPIEGEL: Könnte denn ein Brexitbefürworter die Partei und das Land wieder einen?

Seldon: Nötig ist jemand mit zwei Fähigkeiten: Er oder sie muss ein Heiler sein und gut regieren können, also mit dem System arbeiten, nicht dagegen.

SPIEGEL: Anders als Boris Johnson?

Seldon: Johnson hat seine Versprechen nicht eingehalten. Er hat keine Brexitdividende eingefahren und die Ungleichheit nicht beseitigt. Sein größtes Versagen war, dass er Strategie nicht in Politik, Slogans nicht in die Wirklichkeit übersetzt hat. Er war zu sehr Einzelkämpfer, um Wandel bewirken zu können.

SPIEGEL: Bei den Tories liefern sich derzeit Kandidaten vom rechten Rand einen bizarren Wettkampf um die Frage, wer der härteste EU-Gegner ist. Ist die Schlamm Schlacht, die wir jetzt erleben, eine direkte Folge seines Regierungsstils?

Seldon: Ja, es war eine chaotische Regentschaft, die chaotisch endete. In den 301 Jahren, seit es britische Premierminister gibt, ist keiner so turbulent untergegangen. Und jetzt haben Johnsons Unterstützer die Messer gezückt und suchen Schuldige, allen voran Ex-Schatzkanzler Rishi Sunak.



Gareth Iwan Jones / ddp

Autor Seldon

»Seine Unterstützer haben jetzt die Messer gezückt und suchen Schuldige.«

SPIEGEL: Würde Großbritannien einen zweiten Johnson überleben?

Seldon: Nein, das System würde den Druck kaum aushalten. Aber ich glaube nicht, dass es so weit kommt. Allein die Tatsache, dass es nie zuvor einen Premier wie Johnson gab, zeigt doch, wie selten Menschen wie er sind. Boris kann nichts anderes, als Boris zu sein, und er scheint damit im Reinen. Aber man bekommt nicht zwei von der Sorte hintereinander. Es herrscht auch Einigkeit, dass jetzt kompetentes Regieren nützt. Die Regeln und Konventionen des öffentlichen Lebens können nicht länger ignoriert werden.

SPIEGEL: War nur Johnsons Charakter das Problem, oder ist grundsätzlich etwas faul im Staat Großbritannien?

Seldon: Das Regierungssystem ist funktionstüchtig, wir haben einen herausragenden Beamtenapparat. Aber ich habe das Amt des Premierministers in einem Buch als »unmögliches Amt« bezeichnet, man braucht Jahre, um es zu lernen. In Deutschland haben fast alle Kanzler seit 1945 Nennenswertes bewirkt. Aber im Vereinigten Königreich haben in den letzten 100 Jahren nur vier Premiers einen Unterschied gemacht: Lloyd George, Winston Churchill, Clement Attlee und Margaret Thatcher. Und Johnson? Ich kann nicht erkennen,



Dan Kitwood / Getty Images

dass er im Amt dazugelernt hätte. Was sehr schade ist.

SPIEGEL: Wieso?

Seldon: Johnsons Tragödie ist, dass er ein sehr guter Premierminister hätte werden können. Er war kein beinhardter Brexiteer, er hatte Verständnis für Brexitgegner. Aber den Brexit umzusetzen war nach dem Referendum von 2016 notwendig, selbst glühende EU-Freunde sehen das inzwischen ein. Theresa May hat das nicht vermocht, Johnson schon.

SPIEGEL: Er hat das Land allerdings auch mindestens zweimal an den Rand einer Verfassungskrise gebracht. Was nicht unbedingt für das System spricht.

Seldon: Mein Kollege Peter Hennessy hat eine Theorie der »guten Typen«. Ihm zufolge funktioniert Regieren in diesem Land mit seiner weitgehend ungeschriebenen Verfassung nur, wenn sich jeder im Rahmen bestimmter Konventionen bewegt. Wenn das nicht geschieht, und unter Johnson geschah es nicht, dann wird das System anfällig. Daher müssen wir uns fragen, ob wir nicht Reformen brauchen, die derartige Alleingänge künftig ausschließen. Da gibt es allerdings den langen Schatten von Donald Trump. Eine geschriebene Verfassung allein hindert einen Amtsinhaber nicht daran, sein Land zu verwüsten.

SPIEGEL: Trump, Johnson, Beppe Grillo in Italien und andere Anti-Politik-Politiker sind erst mal weg. Endet die Ära populistischer Entertainer?

Seldon: Kurzfristig wohl schon. Aber wirtschaftliche Turbulenzen und Unruhen werden immer von populistischen Anführern ausgenutzt. So gern ich also sagen würde, es ist vorbei, so wenig glaube ich daran.

SPIEGEL: Denken Sie, dass Boris Johnson, wie sein Vorbild Churchill, noch mal zurückkommen wird?

Seldon: Comebacks waren in der britischen Politik mal ziemlich in Mode. William Ewart Gladstone war im 19. Jahrhundert viermal Premier. Aber seit Harold Wilson 1974 ist kein anderer Premier wiedergekehrt. Deshalb scheint mir das auch im Fall Boris Johnson unwahrscheinlich. Er hat nicht das Temperament dazu und auch nicht die Fähigkeiten. Die Tragik vieler Premiers ist, dass sie nicht historisch denken. Sie lassen sich von ihrer Macht und dem flüchtigen Tagesgeschäft verführen. Manche mögen tiefe Überzeugungen haben – Johnson war an der Umwelt und der Angleichung der Lebensverhältnisse gelegen. Aber oft erkennen sie die Dringlichkeit erst, wenn es zu spät ist.

Interview: Jörg Schindler



Eine Million Tote?

In den Rheinwiesenlagern sollen die Alliierten deutsche Kriegsgefangene misshandelt haben. Die aktuelle Ausgabe von SPIEGEL GESCHICHTE deckt auf, wie das falsche Gerücht entstand.

Am 13. November 2021 zogen rund 50 Männer und wenige Frauen durch die Kleinstadt Remagen. Einige hielten schwarze Flaggen in die Höhe, andere trugen einen Trauerkranz mit roten Blumen. Drei Männer an der Spitze der Gruppe präsentierten ein Banner mit der Aufschrift: »Rheinwiesenlager. Eine Million Tote rufen zur Tat.«

Im Protestzug liefen bekannte Rechtsradikale vorwiegend aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Angemeldet hatte die Demonstration ein Funktionär der Partei »Die Rechte«, auch Mitglieder der NPD waren gekommen. Die Organisatoren behaupteten, anlässlich des Trauermoments November der deutschen Kriegsgefangenen zu gedenken, die 1945 in Remagen und anderen Lagern entlang des Rheins umgekommen waren.

Doch machte ihr Transparent deutlich, dass die Trauer nur ein Vorwand war, um einen Verschwörungsmythos zu verbreiten. Auf

den Rheinwiesen, so die Behauptung, habe die US-Armee absichtlich eine Million Kriegsgefangene sterben lassen.

Diese Behauptung ist unter Rechtsradikalen beliebt. Eine Website verbreitet vermeintliche Beweise für die Opferzahl. 2020 berichtete der Leiter der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, dass bei Führungen Gäste auftauchten und nach den Rheinwiesen fragten. Sie relativierten die NS-Verbrechen just an einem der Orte, an dem sie geschehen waren. Die Botschaft: Die Alliierten waren schlimmer als Hitler.

Doch was passierte im Frühjahr und Sommer 1945 wirklich auf den Rheinwiesen? Schon vor ihrer Landung in der Normandie hatte die US-Armee Hunderttausende deutsche Soldaten gefangen genommen, vor allem in Italien und Nordafrika. Man verschiffte sie nach Nordamerika und sperrte sie dort in Lager. Die Camps glichen Ausbildungsstätten der US-Armee samt Werkstätten, Kaufläden und Sportplätzen. Die Gefangenen mussten auf Feldern arbeiten, in ihrer Freizeit durften sie Fußball spielen, Theaterstücke aufführen und sogar den Geburtstag Adolf Hitlers feiern. In Anspielung auf ein Pariser Luxushotel nannte man die Lager »Fritz Ritz«.



Neues aus der SPIEGEL-Welt: Warum Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg bis heute ein vernachlässigtes Thema ist, erklärt die aktuelle Ausgabe von SPIEGEL GESCHICHTE.

Weitere Themen im Heft

- Familienerinnerungen: Die Tragödie der fremden Väter
- Racheaktion: Hitlers italienische Arbeitssklaven
- Haft in Sibirien: Hunger und Tod hinter Stacheldraht

SPIEGEL GESCHICHTE erscheint sechsmal im Jahr, fächert jeweils ein historisches Thema anschaulich und analytisch auf – und liefert immer auch Erkenntnisse für die Gegenwart. ERHÄLTICH IM ABONNEMENT (ABO.SPIEGEL-GESCHICHTE.DE), IM ZEITSCHRIFTENHANDEL UND UNTER AMAZON.DE/SPIEGEL. 148 SEITEN; 9,90 EURO.

Chaos im Paradies

SRI LANKA Die Insel galt einmal als Sehnsuchtsort, nun ist der Tourismus eingebrochen, das Land bankrott, das Volk in Aufruhr. Die wenigen Besucher werden umschwärmt – während die Einheimischen Not leiden.

Draußen mögen die Menschen hungern, aber im »Kingsbury Hotel« in Sri Lankas Hauptstadt Colombo, wo der Pool noch größer ist als der des Präsidenten, ist die Krise angenehm weit weg. Das Geklap- per von Tellern ist zu hören, Kellner mit weißen Mützen servieren das Frühstücksbuffet: Pfannkuchen mit Schokoladensoße und Blaubeerjoghurt in Gläsern, gegrillte Ananas, Blasschimmelkäse und Garnelencurry.

Dennis Yorio aus New York legt sich gebratenen Speck auf den Teller. Er könne das Essen im Hotel zu 100 Prozent empfehlen, sagt er, während er zum Obstbuffet schlen- dert. Seine Frau Chitra Thenuwara, genannt Charly, sitzt am Esstisch und trinkt Kaffee. Es ist acht Uhr morgens, noch eine Woche sind sie in Sri Lanka im Urlaub. Sie stammt ursprünglich aus dem Land, und als die beiden Rentner im März ihre Reise buchten, war die Lage noch halbwegs stabil.

Lange galt die Insel im Indischen Ozean als Sehnsuchtsort: Sandstrände, Blauwale vor der Küste, ein südasatisches Paradies für Surfer und Liebhaber von erlesenem Tee. Zu den besten Zeiten kamen mehr als zwei Millionen Urlauber im Jahr, vor der Pandemie war der Tourismus eine der wichtigsten Säulen der Wirtschaft und spülte über vier Milliarden Dollar ins Land. Chinesen und Inder machten hier gern Urlaub, aber auch Russen, Ukrainer, Briten und Deutsche.

Mit dem Ausbruch der Pandemie sank die Zahl der Besucher drastisch. Die Devisen- reserven schrumpften, zudem brachen die Überweisungen von Sri Lankern ein, die im Ausland arbeiten. Das Land konnte die Schulden nicht mehr bezahlen, die es vor allem in Japan und China aufgenommen hatte, seinen beiden größten staatlichen Gläubigern. Jetzt sind Boutiquen und Restaurants in der größten Stadt Colombo leer oder gleich verrammelt. Um Strom zu sparen, sind Straßenlaternen teils ausgeschaltet und die Straßen nachts finster. Sri Lanka ist bankrott. Der Präsident Gotabaya Rajapaksa ist zunächst auf die Malediven geflohen und von dort weiter nach Singapur.

Mehrere westliche Länder haben ihren Bür- gern davon abgeraten, ins Land zu reisen. Es gibt kaum Treibstoff, die Inflation ist hoch, und auf den Straßen demonstrierten am Wo- chenende Zehntausende gegen die Regierung, auch in der Nähe des »Kingsbury«. Seit Trä-

nengas der Sicherheitskräfte in den Garten des Hotels zog und auch Thenuwara und Yorio eine Ladung abbekamen, wird das Frühstück nicht mehr am Pool serviert, sondern in der Steakbar, einem holzvertäfelten Raum mit Ledersesseln. Es ist Yorio nicht entgangen, dass die Auswahl nun kleiner ausfällt: »Muss die Lebensmittelkrise sein.« Andererseits freut er sich darüber, dass das Buffet in einem der besten Hotels der Stadt nur noch sieben Dol- lar kostet, weil die Sri-Lanka-Rupie gegenüber dem Dollar immer weniger wert ist.

Einen Tag bevor Dennis Yorio und seine Frau frühstücken, steht der Taxifahrer Moha- med Ibnu mit seinem weißen Suzuki in der Schlange vor einer Tankstelle in der Galle Road in Colombo. Ibnu ist schmal im Gesicht, seit einem Verkehrsunfall fehlt ihm ein Schnei- dezahn. Durchs geöffnete Fenster dringen die Abgase der anderen Autos und Autorikschas herein, die ebenfalls auf Sprit warten.

Ibnu arbeitet als Fahrer, er bringt norma- lerweise Touristen an schöne Orte und Ge- schäftsleute vom Flughafen in die Stadt. Wie die meisten in Colombo, die vom Tourismus leben, leidet er unter der Krise. Sein letzter Kunde kam vor zwei Monaten an. Er hat jetzt einen Nebenjob als Gewürzhändler und ver- kauft Kardamom und Zimt an Supermärkte. Aber auch das ist nicht leicht, wenn es kaum Benzin und Diesel im Land gibt. »Treibstoff ist unser Hauptproblem«, sagt Ibnu.

Selbst Betriebe, die über Finanzreserven verfügen, leiden unter dem Engpass. Ohne Treibstoff können Materialien und Güter



Politiker Gotabaya Rajapaksa, Gattin 2019

nicht transportiert werden. Arbeiter kommen nicht in ihre Firmen, Kinder nicht zur Schule. Viele Familien sparen am Essen.

Sri Lanka war lange stolz auf seinen rela- tiven Wohlstand: auf die gepflegten Autos, von denen auf Colombos Straßen mehr zu sehen sind als in jeder anderen südasiatischen Stadt. Stolz auch auf die Tatsache, dass hier nicht mehrmals in der Woche der Strom ausfiel wie in Bangladesch oder im viel größeren Indien. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass Sri Lanka über seine Maßstäbe gelebt hat.

Unter der Führung der Rajapaksa-Familie, die Sri Lankas Politik seit 2005 weitgehend bestimmt, baute das Land Schnellstraßen und eine Menge Schwachsinn. Im Distrikt Ham- bantota, der nicht zufällig auch die Heimat der Rajapaksa ist, ließen sie einen Flughafen und einen Hafen errichten. Heute gibt es in Hambantota außer Reisfeldern ein interna- tionales Drehkreuz im Nirgendwo. Den Hafen kontrollieren mittlerweile die Chinesen, weil Sri Lanka schon 2017 die Zahlungen dafür nicht mehr aufbringen konnte.

Bis jetzt hat die Insel 51 Milliarden Dollar Schulden im Ausland angehäuft. Viel Geld für ein Land, das zu wenig exportiert und dessen Währung in den vergangenen sieben Jahren mehrere Krisen erlebte. Im März verlor die Rupie ein Drittel ihres Wertes. Im April er- klärte sich das Land für zahlungsunfähig.

Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds über ein drei Milliarden Dol- lar großes Hilfspaket liefen an. Indien gewäh- rte dem Land einen großzügigen Kredit. Die andere große Hoffnung ist, dass die Zahl der Touristen vielleicht doch wieder steigt.

Auf staatliche Anweisung hin werden die verbliebenen Gäste hofiert. Als Ende Juni kein Benzin an Privatleute abgegeben wurde, durf- ten Touristen an Armee- und Marinestütz- punkten volltanken. Wer in Dollar zahlen kann, muss auch jetzt nicht viel befürchten.

Mohamed Ibnu, der in seinem Auto schläft und isst, um nicht seinen Platz in der Schlan- ge vor der Zapfsäule zu verlieren, findet die Bevorzugung weder ungerecht noch falsch, im Gegenteil: »Wir können nicht erwarten, dass Gäste in ihrem Urlaub anstehen.« Es sei doch so: »Jedes Mal, wenn ein Tourist für sein Hotel oder sein Visum bezahlt, dann sind das Dollar, die nach Sri Lanka kommen. Stell dir vor, das machen 100 Leute. Stell dir vor, das machen 100 000!«

Sri Lanka braucht dringend die Devisen der Touristen, um an den globalen Märkten kaufen zu können, was das Land dringend braucht: Medikamente, Nahrung, Treibstoff. Zumindest kam am vergangenen Wochen- ende endlich eine neue Lieferung im Hafen an. Tanklaster bringen jetzt morgens wieder Benzin und Diesel in die Stadt. Und trotzdem ist nie genug für alle da.

Es ist zwei Uhr mittags, als eine der Zapf- säulen an Ibnu Tankstelle leer gepumpt ist. Ein Dutzend Motorradfahrer drängt sich an der nächsten Zapfsäule in die Schlange. Zwei Soldaten scheuchen sie zurück in die Reihe.



Rafiq Maqbool / AP

Ibnu wirkt noch ein bisschen müder als zuvor.

Kaum fünf Kilometer Luftlinie weiter weg, im »Kingsbury«, wo die Nacht derzeit um die 100 Dollar kostet, überlegen Dennis Yorio und Chitra Thenuwara bei einer Tasse Kaffee, ob sie es wagen sollen, nach Kandy zu fahren, einer Stadt im Zentrum des Landes, umgeben von grünen Hügeln. Hier ruht angeblich ein Zahn des Buddha. Oder sollten sie lieber im Hotel bleiben? So ganz trauen sie der Lage da draußen nicht.

Wenn sie durch die gläserne Eingangstür schauen, sehen sie Dutzende Menschen. Familien mit Kindern haben sich auf dem manikürten Rasen vor dem Fünfsternehotel niedergelassen. Zwei Mädchen springen durch die Fontänen des Springbrunnens. Am vergangenen Samstag stürmten wütende Demonstranten den Palast des Präsidenten. Seitdem kommen Menschen aus vielen Landesteilen in die Stadt, um sich den Reichtum der politischen Elite anzuschauen. Die Luft ist feucht und heiß, im Inneren des Hotels dagegen ist es angenehm kühl. Wenn der Strom ausfällt, was jeden Tag passiert, springen Dieselgeneratoren an.

Du hast ein solches Glück, sagen die Verwandten von Chitra Thenuwara, die noch in Sri Lanka leben und kaum Gas zum Kochen haben. Das findet Thenuwara auch, selbst wenn ihr Leben in New York nicht immer leicht ist. Als sie Sri Lanka verließ,

war sie Anfang zwanzig. Nach einer Karriere in der asiatischen Textilbranche ging sie in die USA, wo niemand ihre Qualifikationen ernst nahm. Sie putzte Büros und pflegte gebrechliche Menschen. So traf sie Dennis, um dessen Mutter sie sich kümmerte. »Seit ich ihn getroffen habe, führe ich ein Leben auf der Überholspur.«

Der Satz bringt Dennis Yorio zum Lächeln. Er ist ein Mann mit breiten Händen und breitem Kreuz. 43 Jahre lang hat er zwei Jobs gestemmt, tagsüber arbeitete er als Schuldeneintreiber, abends als Wachmann in einem Kaufhaus. Heute leidet er an chronischen Rückenschmerzen und ist bei neun Ärzten in Behandlung. Ein Kellner serviert seiner Frau zwei gebuterte Toastscheiben. »Das Erdbeerg Gebäck ist fantastisch«, sagt Thenuwara zu ihrem Mann.

Mohamed Ibnu hat zum Frühstück einen Tee getrunken. Der hat ihn 140 Rupien gekostet, umgerechnet knapp 40 Cent, 20 Cent mehr als noch vor der Krise. Die Preise für Reis haben sich mehr als verdoppelt, die für Milchpulver verdreifacht.

Auch Ibnu hat sein Leben lang hart gearbeitet, und wie Chitra Thenuwara und Dennis Yorio erlebte er Rückschläge. Aber im Großen und Ganzen ging es bergauf: Die Straßen wurden besser, die Shoppingmalls größer. Ibnu tauschte sein Tuk Tuk gegen ein Auto ein, später kaufte er ein zweites hinzu. Er war Teil dessen, was Ökonomen die aufstrebende Mittelschicht

Schaulustige im Präsidentenpalast von Colombo: »Die Leute brauchen jetzt unser Geld«



Taxifahrer Ibnu

Laura Höflinger / DER SPIEGEL

in Schwellenländern nennen: ein Mann, der glaubte, dass es ihm und seinem Land immer besser gehen würde. Damit behielt er lange recht. Bis seine Tochter krank wurde.

Fatimah war 15, als sie an einer Hepatitis erkrankte. Die Ärzte schickten die Familie nach Indien, wo medizinische Behandlungen oft günstiger und besser sind. Die Ibnu verkauften ihren Schmuck, ihr Haus, ein Auto für die vielen Untersuchungen und Flüge nach Indien. 2020 erlebte Fatimah einen Rückfall, ihre Leber versagte. Sie kam auf die Intensivstation einer Klinik in Colombo, wo sie nach sieben Tagen starb. Sie wurde 21 Jahre alt. »Seitdem ist meine Frau traurig«, sagt Mohamed Ibnu. Seine Augen werden feucht, als er davon erzählt.

Derzeit verdient er nicht einmal genug, um die Raten für seinen Autokredit zu zahlen. Die Ersparnisse sind aufgebraucht. Sein 25-jähriger Sohn, der als Informatiker in Katar arbeitet, hält die Familie über Wasser.

Und vielleicht wäre alles noch mal gut gegangen, hätten Ibnu und sein Land nur eine Katastrophe überstehen müssen und wären nicht drei Krisen zusammengekommen: der Krieg in der Ukraine, die Coronapandemie und die Terrorangriffe von Ostern 2019, als Islamisten 269 Menschen töteten. Drei Kirchen und drei Hotels gehörten zu den Anschlagzielen, darunter das »Kingsbury«.

Yorio und Thenuwara waren damals im Land. Sie saß im Taxi, als die Bombe hochging. Ihr Fahrer war falsch abgebogen, weswegen sie zu spät kam. »So ein Idiot, dachte ich.« Am Ende rettete der Fahrer ihr vermutlich dadurch das Leben.

Wenn sie heute anreisen, ruft sie den Fahrer von damals an und zahlt ihm das Dreifache dessen, was er für die Strecke verlangt. Den Demonstranten kaufte Thenuwara im Supermarkt Essen und Getränke. »Sie hat den ganzen Laden leer geräumt«, sagt ihr Mann anerkennend. Die Kampfeslust der Sri Lanker hat ihm derart imponiert, dass er jetzt einen sri-lankischen Pass beantragt, neben dem amerikanischen. Die beiden haben entschieden, was sie heute machen: Souvenirs kaufen. »Die Leute brauchen jetzt unser Geld.«

Am Tag zuvor hatte Mohamed Ibnu Glück. Er konnte 14 Liter Sprit tanken, genug Benzin, um zweimal zum Flughafen zu fahren und zurück. Wenn er sich etwas wünschen könnte, dann dass bald wieder mehr Leute wie Chitra Thenuwara und Dennis Yorio nach Sri Lanka kommen.

Laura Höflinger



Festungsanlage auf Alderney

Solveig Grothe / DER SPIEGEL

Das Rätsel von »Adolf Island«

ZEITGESCHICHTE Hitlers SS betrieb auf der britischen Insel Alderney lange ein KZ – die Regierung in London machte daraus später ein Staatsgeheimnis. Nun versuchen Historiker herauszubekommen, was dort wirklich geschah.

Vom Hafen aus lenkt Colin Partridge seinen VW up! in den hügeligen Südwesten der Insel. Der Kleinwagen verlässt die befestigte Straße, kämpft sich einen Schotterweg hinauf und bleibt an einer Weggabelung stehen. Der Architekt, Historiker und Publizist am Steuer ist Experte für Militärbauten. Derzeit aber beschäftigt er sich vor allem damit, wer unter welchen Bedingungen die wuchtigen Festungsanlagen auf Alderney gebaut hat. Er geht an den Kofferraum und holt eine Aktenmappe heraus.

Das wird er im Verlauf der Inseltour noch oft machen: den Kofferraum öffnen und eine Mappe herausnehmen. Jedes Mal eine andere. Der ganze Kofferraum scheint voller Mappen. Eine der letzten enthält Zeitungsartikel

nur der vergangenen Wochen und Monate und erklärt, warum Partridges Thema derzeit vor allem KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter auf Alderney sind.

Um die kleine britische Kanalinsel tobt gerade ein akademischer wie medialer Streit: Vom »Epizentrum des Holocaust« ist die Rede, von »Vertuschung« oder gar dem »größten Justizirrtum in der britischen Nachkriegsgeschichte«.

Es geht um Opferzahlen, um Erinnerungskultur und um die Frage, ob die britische Regierung nach dem Krieg nationalsozialistische Gräueltaten verschleierte – und warum sie das tat. Es geht darum, wie ein Land, das für das nationalsozialistische Erbe nicht verantwortlich ist, mit diesen Hinterlassenschaften

umgeht und welche Verantwortung die Menschen haben, die heute auf derart belastetem Boden leben. Und Partridge steckt mittendrin in dieser Debatte.

Nach einem kurzen Stopp holpert der Wagen erneut über unbefestigte Wege, am Zaun des kleinen Flughafengeländes vorbei, bis es nicht mehr weitergeht. Die letzten Schritte macht Partridge zu Fuß. Vor drei im Nichts aufragenden alten Torpfosten bleibt er stehen. Am mittleren hängt eine Texttafel, gefettete Buchstaben stechen heraus: »S.S. Lager – Sylt«.

Heute leuchtet der Ginster auf dem Eiland, das viel Natur, wenige Kühe und rund 2000 Einwohner hat. Doch Archäologen fanden hier weniger Idyllisches: Fundamente von Häftlingsbaracken und SS-Kasernen, Reste

von Wachposten und Lagerzäunen. Seither ist es mit der Beschaulichkeit vorbei. In nationalen wie internationalen Medien wurde Alderney binnen kürzester Zeit zu einem Ort des Horrors – mit mehr als 70 Jahren Verspätung.

Alderney war der einzige Standort eines von der SS auf britischem Boden betriebenen Konzentrationslagers (KZ), außerdem gab es mehrere Arbeitslager, denn Zwangsarbeiter mussten Festungsanlagen für die Deutschen bauen. Selbst unter deutschen Historikern sei die Geschichte weitgehend unbekannt, sagt Detlef Garbe, langjähriger Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Das KZ »Lager Sylt«, 1942 als Arbeitslager errichtet, wurde ab März 1943 als Außenlager des KZ Neuengamme in Hamburg geführt. Doch eigentlich kamen die Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen, nördlich von Berlin. Die dort im September 1942 aufgestellte sogenannte SS-Baubrigade I wurde auf Alderney zum Bau von Bunkern und Mauern eingesetzt. Zu ihr gehörte Otto Spehr, der die verwirrende Zuordnung nach dem Krieg als Verschleierungversuch der SS beschrieb:

»Wie wir nach Alderney kamen, da bekamen wir plötzlich Neuengammer Nummern, da waren wir ein Außenlager von Neuengamme. Die Stimmung war noch schlechter, weil auf der Insel keine Zivilbevölkerung war. Die ganzen Bewohner waren evakuiert nach England. Auf der Insel waren nur Wehrmacht und OT. Diese Organisation Todt unterhielt auf der Insel auch drei Arbeitslager mit ausländischen Arbeitern. Russen, Spanier. ... Das waren die Lager Helgoland, Borkum und Norderney. Und das Konzentrationslager, das war das Lager Sylt. Denn der Begriff Konzentrationslager erschien amtlich gar nicht, es gab immer nur das Lager Sylt.«

Partridge kennt auch die anderen Lagerstandorte: Die von der paramilitärischen Bautruppe Organisation Todt (OT) geführten Arbeitslager Helgoland und Borkum sowie das Lager Norderney; dort betrieb die SS ein »Sonderlager« für französische Juden. Von »Sylt« nach »Helgoland« sind es kaum fünf Minuten mit dem Auto. Partridge hält unvermittelt am Straßenrand gegenüber einer Reihe Einfamilienhäuser. Hier soll es sein. Zu sehen ist nichts mehr, das Gelände ist inzwischen bebaut.

Im Frühsommer 1940 hatte die britische Regierung entschieden, die Kanalinseln nicht gegen eine deutsche

Invasion zu verteidigen. Am 23. Juni ließen sich fast alle Bewohner Alderneys nach England evakuieren. Die Deutschen besetzten die Insel kampflos und bauten sie zur Festung aus. Alderney wurde Teil des gigantischen Verteidigungssystems entlang der Westküste, des Atlantikwalls. Bei der Landung in der Normandie ließen die Alliierten Alderney allerdings einfach links liegen. Erst am 16. Mai 1945, eine Woche nach der Kapitulation der Wehrmacht, ergaben sich die Deutschen auf der Insel britischen Truppen.

Ab Juni 1945 untersuchte der britische Militärgeheimdienst die Vorgänge auf der Insel. Die Ermittler befragten an die 3000 Lagerinsassen, Wehrmachtsangehörige und andere Zeugen. Die umfangreiche Dokumentation blieb allerdings danach unter Verschluss. Erst als sich Gerüchte über ein Todeslager auf der Insel mehrten, veröffentlichte Theodore Pantcheff, einer der damaligen Vernehmungsbeamten, 1981 ein Buch über die Ermittlungsergebnisse.

Alderney wurde binnen kürzester Zeit zu einem Ort des Horrors.

Häftlingsgräber, deutsche Soldaten auf Alderney: »Im Epizentrum des Holocaust«



Colin Partridge, der Experte für Militärbauten, war mit dem inzwischen verstorbenen Pantcheff befreundet. Der Ex-Geheimdienstmitarbeiter schrieb darin, dass es während der deutschen Besatzung mindestens 389 Tote auf der Insel gegeben habe.

Aber war seine Angabe zu niedrig?

Die Archäologin Caroline Sturdy Colls von der Universität Staffordshire geht in ihrem im März erschienenen Buch »Adolf Island« von mindestens 701 Toten aus. Der Oxford Historiker Marcus Roberts hingegen meint, dass Zeugenaussagen aus der Nachkriegszeit auf mehr als 3000 Tote schließen ließen.

Andere Schätzungen gehen noch höher. Zwei ehemalige britische Offiziere etwa kamen nach Bewertung der erbärmlichen Lebensumstände der Gefangenen und ihrer dennoch enormen Leistung beim Bau der Sicherungsanlagen auf mindestens 40 000, »vielleicht sogar 70 000« Menschen, die auf Alderney gestorben sein müssten.

Es geht indes nicht nur darum, für wie viele Opfer genau die Deutschen auf Alderney verantwortlich sind. Dahinter steht die weit größere Frage, welche Bedeutung die Lager auf der Kanalinsel hatten und wie die britische Regierung nach dem Krieg die deutsche Geschichte der Insel aufarbeitete – oder eben nicht.

Historiker Roberts, Spezialist für anglojüdische Geschichte, meint, dass man im Fall Alderney nicht nur von Arbeitslagern sprechen könne. Ihre Hauptfunktion sei vielmehr »Vernichtung durch Arbeit« gewesen, also Massenmord. Alderney gehöre deshalb klar zur Geschichte des Holocaust. Er wirft der britischen Regierung vor, sie habe das alles absichtlich vertuscht.

Obwohl der Geheimdienst in seinen Untersuchungen 1945 die Verantwortlichen ermittelte, klagten die Briten niemanden an. Stattdessen wurde der Bericht über die Lager von Alderney offizielles Staatsgeheimnis – gesperrt bis 2045.

Abgesehen von einer Ausnahme: Man leitete die Ermittlungsergebnisse nach Moskau weiter – mit der Begründung, die einzigen Opfer auf der Insel seien »Russen« gewesen. Was nicht stimmte. Soweit man heute weiß, handelte es sich bei den Häftlingen und Zwangsarbeitern auf Alderney um Menschen aus mehr als 30 Ländern, überwiegend aus Osteuropa, aber auch eine größere Zahl französischer Juden war darunter.

Von der Vielzahl der Nationalitäten zeugen die Gedenktafeln am

Hammond Memorial, das in den Sechzigerjahren auf private Initiative entstand. Es steht zentral an einer Straßengabelung zwischen sanften Hügeln, in Sichtweite von Wehrmachtsbunkern und Festungen aus dem 18. und 19. Jahrhundert.

Warum die Briten falsche Angaben über die Opfer machten, darüber sind sich die Fachleute heute weitgehend einig: Die britische Regierung wollte keinen Kriegsverbrecherprozess unter sowjetischer Beteiligung. Die UdSSR, so war allen klar, würde einen solchen Prozess jedoch auch nicht führen, da sie Rotarmisten in Kriegsgefangenschaft als Verräter ansah.

Als weiteres Motiv für die Geheimhaltung vermutete schon in den Achtzigerjahren der südafrikanische Journalist Solomon Steckoll: Kollaboration. Er fand Hinweise darauf, dass britische Männer und Frauen von den Kanalinseln Jersey und Guernsey mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten – auch auf Alderney. Bei Enthüllungen über die Kollaboration hätte sich wohl auch die Londoner Regierung unangenehmen Fragen stellen müssen, nämlich warum sie die Inseln den Nationalsozialisten überließ.

Partridge hat inzwischen den Nordosten erreicht. Von der höher gelegenen Straße fällt der Blick auf die Saye-Bucht: langer weißer Sandstrand, von den Dünen eingerahmt ein gepflegter Rasen – Alderneys beliebter Campingplatz. Partridge kann der pittoresken Anlage jedoch wenig abgewinnen: An dieser Stelle befand sich das Lager »Norderney« mit dem SS-Sonderlager für französische Juden.

Für sie hatte die britische Geheimhaltung besonders bittere Folgen: Als französische Behörden Großbritannien 1947 um eine Liste jener Männer baten, die auf Alderney Kriegsverbrechen begangen hatten, bekamen sie einen abschlägigen Bescheid. Die Ermittlungen hätten ergeben, dass keine britischen Staatsangehörigen beteiligt waren, teilten die Briten mit, man habe keine Liste der Verantwortlichen.

Tatsächlich jedoch enthielt der Geheimreport ein vollständiges Organigramm der Befehlskette beider Organisationen, die für die Lager auf Alderney verantwortlich waren; sowohl für die Organisation Todt als auch für die SS, entnahm Historiker Marcus Roberts Kopien des britischen Berichts, die er aus dem Moskauer Staatsarchiv erhalten hatte.

Wären die Ermittlungsergebnisse der britischen Militärs in Frankreich bekannt gewesen, wären die Strafen

für zwei SS-Offiziere, 1949 zu zehn und sieben Jahren Haft verurteilt, möglicherweise härter ausgefallen: Beide waren vom »Lager Sylt« zum Arbeitslager »Norderney« abkommandiert worden und leiteten dort das SS-Sonderlager. Die Überlebenden des Lagers mühten sich nach dem Krieg jahrzehntelang um ihre Anerkennung als Deportierte. »Der größte Justizirrtum in der britischen Nachkriegsgeschichte«, kommentierte ein Twitter-User 2022 Roberts' Aktenfund.

Auch in Deutschland, wo »Sylt«-Lagerkommandant und SS-Hauptsturmführer Maximilian List bis zu seinem Tod in den Achtzigern ohne Anklage lebte, hätte man sich wohl für den Bericht interessiert. Gegenüber der Hamburger Staatsanwaltschaft gab List in den Sechzigerjahren an, Alderney nicht zu kennen.

Der Weg zurück in die einzige größere Siedlung der Insel, St. Anne, führt vorbei an einer weiteren schönen Bucht. Von der Straße aus ist Longis Bay allerdings nicht zu sehen, eine hohe, meterdicke Panzermauer umschließt den früheren Hafen und sollte die Alliierten an einer Landung hindern, sie wurde damals von den Häftlingen errichtet.



• Karte: OpenStreetMap

Forscher Partridge, Bunker: Die Spuren der deutschen Verbrechen drohen zu verschwinden



Solveig Grothe / DER SPIEGEL (2)

Während Bunker, Mauern und Geschützstellungen aus der Besatzungszeit das Gesicht Alderneys bis heute prägen, drohen die Spuren der deutschen Verbrechen zu verschwinden. Partridge weist auf eine der Bucht gegenüberliegende Brachfläche. Anfang der Sechzigerjahre waren dort Opfer aus den Arbeitslagern exhumiert worden. Auf alten Fotos scheinen weitere Massengräber erkennbar. Die Debatte darüber nahm Fahrt auf, nachdem Pläne für ein Tiefseestromkabel von Frankreich nach England bekannt geworden waren, das durch diesen Bereich verlaufen sollte. Der Oberrabbiner des Vereinigten Königreichs, Ephraim Mirvis, mahnte, die Grabstätten nicht anzutasten.

Die politischen Entscheider der teilautonomen Insel bringen der Historikerstreit und die daraus erwachsenen Erwartungen an ihre Grenzen: Man wolle versuchen, das Gelände unter Naturschutz zu stellen, wie man es zuvor schon mit dem »Lager Sylt« gemacht habe, sagt Graham McKinley, einer von drei Abgeordneten des Lokalparlaments, die sich um Alderneys Kriegsgeschichte kümmern. Mehr sei kaum machbar, es mangelt an Geld.

Außer um die Toten müssen sie sich auf Alderney auch um die Lebenden kümmern. Heute wohnen hier überwiegend Menschen über 60, die den Ort wegen seines Seeklimas und der reizvollen Landschaft, vielleicht auch wegen der niedrigen Steuersätze zum Altersruhesitz gewählt haben. Höchstens die Hälfte der ursprünglichen Insulaner war nach dem Krieg zurückgekehrt. Als die ersten im Dezember 1945 eintrafen, fanden sie ihr Land verwüstet, ihr Eigentum gestohlen, Möbel und Häuser zerstört. Für sie ging es ums Überleben. Das historische Erbe bekamen sie unverlangt dazu.

Wohl nur so ist zu verstehen, dass der höchste Repräsentant der Insel heute in der Villa des ehemaligen KZ-Kommandanten wohnt. Das Haus des SS-Mannes List war nach dem Krieg vom ehemaligen »Lager Sylt« auf die andere Inselseite versetzt und noch um zwei Flügel erweitert worden. Seit einigen Jahren ist William Tate Eigentümer des Anwesens »Le Chalet«, seit 2019 ist er Präsident der Insel. Fragen zu seinem Zuhause lehnt er ab. »Le Chalet« steht heute in Sichtweite eines Areals, auf dem noch mehr Massengräber vermutet werden. Die Insel ist zu klein, um dem Thema zu entgehen.

Solveig Grothe

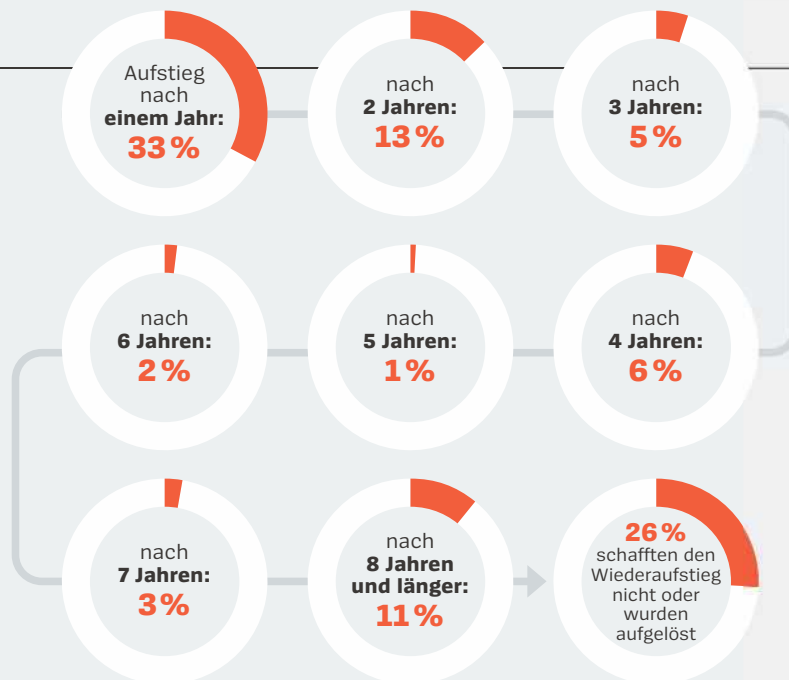
Zweitklassig

Wahrscheinlichkeit für den Wiederaufstieg in die 1. Fußball-Bundesliga

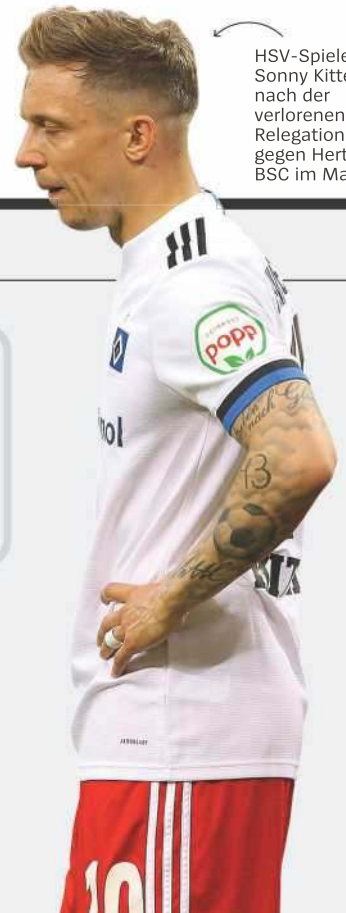
148

Abstiege gab es seit Bestehen der 1. Bundesliga. Der Großteil der Absteiger schaffte den direkten Wiederaufstieg nach einem Jahr. Gelingt das nicht, sinkt die Wahrscheinlichkeit des Wiederaufstiegs rapide.

5 • Grafik



HSV-Spieler Sonny Kittel nach der verlorenen Relegation gegen Hertha BSC im Mai



Claus Bergmann / IMAGO

Am Wochenende startet die 2. Bundesliga in die neue Fußballsaison. Es ist ein besonderes Spieljahr, weil der Betrieb zwischen Mitte November und Januar wegen der WM in Katar pausieren wird. Der Hamburger SV gilt vielen Experten als klarer Aufstiegsfavorit. Die Statistik spricht allerdings gegen den HSV: In den vergangenen elf Jahren stieg kein Verein in die Bundesliga auf, der wie die Hamburger zuvor als Tabellendritter in der Relegation gescheitert war. Zudem liegt die Wahrscheinlichkeit, im fünften Jahr nach dem Abstieg in die Bundesliga zurückzukehren, bei einem Prozent.

GUT ZU WISSEN

Sind Dresscodes im Sport noch zeitgemäß?

Bei der Fußballeuropameisterschaft, die derzeit in England stattfindet, ist eine Debatte über die Sportkleidung von Frauen entbrannt. Englands Spielerinnen haben ihren Trikotsrüster gebeten, die traditionell weißen Hosen des Nationalteams gegen farbige zu tauschen, um unangenehme Situationen während der Periode zu vermeiden.

»Weiß ist nicht sehr praktisch, wenn wir uns in dieser Zeit des Monats befinden«, sagte Stürmerin Beth Mead. Zuvor hatten bereits Tennisspielerinnen in Wimbledon Kritik an dem vorgeschriebenen weißen Dresscode

bei dem Traditionsturnier geäußert.

»Es gibt Frauen, die haben nie Probleme mit ihren Tagen, andere haben extreme Blutungen. Aber darauf kommt es nicht an«, sagt die Beachvolleyballerin Karla Borger, 33. Es gehe in der Diskussion um weit mehr als das Tabuthema Menstruation. »Ich mag Tradition bei Turnieren. Aber wenn sich Spielerinnen nicht wohlfühlen, sollten sie schon die Wahl haben. Es ist letztlich ihre Arbeitskleidung.«

Borger setzt sich als Präsidentin des Vereins Athleten Deutschland für die Rechte von Sportlern und Sportlerin-

nen ein. Die Vizeweltmeisterin hat im vergangenen Jahr selbst für Aufsehen gesorgt, als sie und ihre Partnerin Julia Sude ein Turnier in Katar boykottierten.

Der Veranstalter hatte die Frauen trotz Wüstenhitze zum Tragen langer, in ihrer Sportart untypischer Kleidung zwingen wollen – Borger und Sude streikten. Nach einem internationalen Protest nahm der



Mead, Torschützkin Alessia Russo

Veranstalter die umstrittene Kleiderordnung zurück. Bei Olympia wiederum trugen die deutschen Turnerinnen Ganzkörperanzüge, um ein Zeichen gegen Sexualisierung zu setzen.

Ob sich die Argumente um die Periode, die Hitze oder Sexismus drehen: In allen Fällen geht es um die Selbstbestimmung von Athletinnen und Athleten gegenüber einer strengen Kleiderordnung im Sport.

»Klar kann man fragen, warum wir damit jetzt kommen, wenn wir solche Dinge über Jahre hingenommen haben. Dass das Thema jetzt hochkommt, beim Tennis, bei den Turnerinnen, bei uns im Beachvolleyball, spricht dafür, dass ein Wandel stattfindet«, sagt Borger. Es sei bisher meist noch so, dass »in der Wahrnehmung von Sportlerinnen das Aussehen vor der Leistungsfähigkeit« stehe. ARA

Damien Meyer / AFP

Crash auf der Alm

FREIZEIT Der Boom der Elektrofahrräder verärgert nicht nur viele Wanderer in den Bergen – rücksichtslose Mountainbiker schaden auch den Bauern, viele wissen sich nicht anders zu helfen, als Wege zu blockieren.

Zwei Frauen auf E-Bikes rollen in der Mittagshitze die steile Straße zur Riedlalm oberhalb von Leogang in Tirol hinauf. Ihr Ziel ist eine Berghütte in 1228 Meter Höhe. Doch nach einer lang gezogenen Kurve versperrt ein weißer Schlagbaum den Weg.

Unweit der Barriere steht der Landwirt Markus Stöckl auf seinem Hof, braun gebrannt, in kurzer Hose. Eine der Radlerinnen fragt konsterniert: »Ist der Weg wirklich geschlossen?« Stöckl nickt und bittet die Frauen umzukehren.

Er hat die Schranke aufgebaut. Stöckl führt seit 2009 die Berghütte auf der Riedlalm, wo im Sommer sein Vieh steht. In den ersten Jahren kamen ein paar Wanderer und Bergsteiger vorbei, denen er Getränke und einfache Gerichte servierte. 2014 begann dann »die Invasion«, wie Stöckl es nennt.

Sein Idyll wurde von einem Sporttrend erfasst, der inzwischen in vielen Regionen der Alpen als Massenphänomen für Ärger sorgt: Statt in Wanderschuhen die Berge zu erkunden, fahren immer mehr Touristen auf teuren E-Mountainbikes durchs Gebirge. Die geländegängigen Zweiräder, Verkaufsschlager der Fahrradindustrie, bringen dank der Unterstützung durch einen Elektromotor selbst unspornliche Pedaleure fast mühelos in entlegene Bergregionen.

Bei ihren Touren halten sich nicht alle Hobbysportler an die Etikette. Landwirte beschwerten sich über Kandidaten, die quer über die Alm rollen oder Waldpfade hinabbrettern. Naturschützer schlagen Alarm, weil Großgruppen von E-Bikern dank leistungstärkerer Akkus bis in die Rückzugsgebiete der Wildtiere vordringen.

Und immer wieder kommt es zu Unfällen und Handgreiflichkeiten, wenn Radler und Wanderer auf schmalen Forstwegen aneinandergeraten.

Auch Stöckl war die E-Biker auf der Riedlalm schnell leid. An manchen Tagen steuerten Hunderte Radler mit Hilfsmotor seine Hütte an. Die Ausflügler auf ihren Gefährten verschreckten die Kühe, machten auf seinen Wiesen Picknick, manche hinterließen ihren Müll.

Er beklagte sich beim Bürgermeister. Weil nichts passierte, baute Stöckl die Schranke auf und sperrte für diesen Sommer seine Hütte zu. Unten im Tal steht jetzt ein Hinweisschild mit der Aufschrift: »Riedlalm geschlossen«.

Es herrscht wieder Ruhe auf dem Berg.

Stöckl ist kein Grantler oder Tourismus-verächter. Im Gegenteil: Er vermietet auf seinem Hof Ferienapartments an Urlauber, freut sich über jeden Besucher. Der Ort Leogang, im Salzburger Land unweit von Saalfelden gelegen, lebt vom Fremdenverkehr. »Doch zu viel ist zu viel«, findet Stöckl.

Seit Beginn der Pandemie hat der Fahrradboom im Gebirge noch mal rasant zugenommen. Die Leute wollen raus, Abenteuer und Natur in den Alpen erleben und sich bewegen. »Mountainbiken ist mittlerweile eine Kernsportart in den Bergen«, sagt Ulrich Berkmann vom Deutschen Alpenverein. Allein in Deutschland gibt es inzwischen 4,2 Millionen aktive Mountainbiker, im vorigen Jahr wurden hierzulande 680 000 Elektro-Bergfahrräder verkauft.

Hotelmanager freuen sich über die neue Klientel. Der Tourismus im Alpenraum befindet sich im Umbruch. Vom Wintersport allein leben zu wollen, hat in Zeiten des Klimawandels keine gute Zukunft.

In Leogang setzt der Tourismusverband schon seit Jahren auf das Geschäft mit den Radlern. Jeden Frühling wird das Ski-gebiet im Ortsteil Hütten für die Mountainbiker umgerüstet. Damit die Sportler nicht unkontrolliert querbeet fahren, gibt es 19 präparierte Abfahrten in allen Schwierigkeitsstufen für Downhill-Experten und ein

weit verzweigtes Netz von Trails und gut markierten Radwanderwegen. Im Bikepark an der Talstation der Asitzbahn können Kinder und Anfänger das Fahren in Steilkurven und Sprünge über Rampen trainieren.

Kein Mountainbiker muss in Leogang den Berg hochstrampeln, um die nächste Abfahrt zu starten. Schlepplifte und Kabinenbahnen, die im Winter Skiläufer transportieren, bringen im Sommer die Radler mitsamt Gefährt die Hänge hoch. Es wurde ein Wohnmobilstellplatz für Biker eingerichtet und eine Chill-out-Area. Die meisten Hotels haben Fahrradgaragen, in denen die Gäste ihre bis zu 15 000 Euro teuren vollgefederten Vehikel sicher über Nacht unterstellen können.

In der Verleihstation an der Asitzbahn können Touristen die neuesten Modelle auch mieten – für etwa 90 Euro am Tag. Die Räder werden von sechs Mechanikern gewartet, Integralhelme und Protektoren, die Pilotinnen und Piloten zum Schutz tragen, in einer Waschstation gereinigt.

Zum Service im Radlerparadies gehört auch eine »Bike-Ambulanz«, die an der Talstation bereitsteht und deren Leute bei den zahlreichen Unfällen schnell zu Hilfe eilen.

Das Leoganger Bikekonzept gilt als Erfolgsmodell. Verzeichneten die Bergbahnen früher im Sommer gerade mal 20 000 Bergfahrten, sind es heute dank der Radler 300 000. Aus ganz Europa, den USA und Kanada kommen die Besucher angereist. Jedes Jahr wird im Ort ein Weltcup ausgetragen. Die Hotels sind im Sommer ausgebucht.

Der Almbauer Markus Stöckl sitzt an einem Dienstagmorgens im Juli auf der anderen Talseite hoch über Leogang vor seinem Haus mit Blick auf den Hochkönig und das Steinerne Meer. Die Landwirte profitierten kaum vom Geschäft mit den Mountainbikern, meint Stöckl. Ihnen blieben vor allem »die Probleme«. So sind die Grundbesitzer auch noch haftbar, wenn sich auf einem ihrer Forstwege ein Mountainbiker wegen eines umgestürzten Baums oder dergleichen überschlägt. »Das kann doch nicht sein«, schimpft Stöckl.

Was passiert, wenn eine seiner Kühe einen Mountainbiker anrennelt? Vor zwei Jahren wurde in Österreich ein Landwirt verurteilt, nachdem eine Touristin bei einer Attacke tödlich verletzt worden war. Ob er als Landwirt mit einem Bein im Gefängnis stehe, wenn Radlern auf seinen Wiesen etwas zustoße, fragt sich Stöckl.



Landwirt Stöckl

Andreas Hechenberger / DER SPIEGEL



Klemens Koenig

Damit der Unmut mancher Einheimischer nicht eskaliert, wurde mittlerweile ein runder Tisch mit Politikern, Vertretern der Tourismusbranche und der Bauernschaft eingerichtet. Stöckl war zu einer Debatte eingeladen. Es gehe nicht darum, die Radler zu verbannen, sagt er. Stöckl will erreichen, dass die Belange der Landwirte ernst genommen werden. Er möchte, dass die Fahrradtouristen Rücksicht nehmen, mit ihren Autos nicht mehr die Zufahrten zuparken und auf ihren E-Bikes zur Seite rollen, wenn er mit seinem Traktor die Forststraße hinunterkommt. »Es geht um Respekt«, sagt Stöckl.

Auch in den bayerischen Alpen beschäftigt der Bikerboom Behörden und die Regionalpolitiker. Weil es zu wenige ausgewiesene Strecken gibt, flitzen die Bergfahrer in den beliebten Gebieten rund um Garmisch-Partenkirchen oder im Chiemgau kreuz und quer durch die Landschaft.

In Bikerforen werden neue, immer waghalsigere Routen veröffentlicht. Hinweise auf Sperrungen, Verbote oder Gefahren fehlen in den Berichten oft. Immer mehr, immer höher, immer schneller. Manche Extremisten treiben ihr Hobby zu weit. Es kam schon vor, dass Radler sich von der Zugspitze Richtung Tal stürzten.

Nikolaus Schreyer betreibt eine Alm auf der Rotwand oberhalb des Spitzingsees, seit Jahren ein Lieblingsrevier der Mountainbiker. Schreyer sagt, er habe nichts gegen die Sportler. Aber es ärgert ihn, dass sie immer mehr Wege und Steige, die für Wanderer, Förster und Bergsteiger gedacht sind, für sich in Anspruch nehmen.

Schreyer, 61, geht an seiner Alm vorbei und zeigt auf einen steilen Pfad, der sich schlängelnd ins Tal zieht und durch das ständige Bremsen der Mountainbiker bei der Abfahrt arg lädiert wurde. »Wir Almbauern können diese Wege nicht immer wieder herrichten, wir brauchen Unterstützung«, fordert Schreyer.

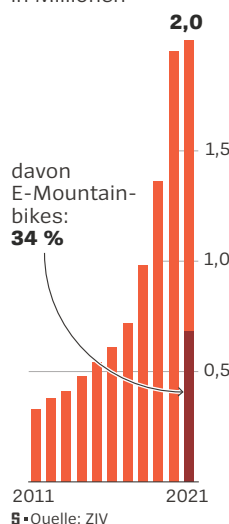
Kürzlich gab es eine Diskussionsrunde im Bayerischen Fernsehen, in der Chiemgauer Landwirte, Sennerinnen und Umweltschützer über ihre Nöte mit den Radlern berichteten. Der ehemalige Skiweltmeister Markus Wasmeier, Urgestein der Region, schimpfte in der Runde mit markigen Worten auf manche Eindringlinge, die sich nicht um den Erhalt der Natur scherten und achtlos durch Schutzgebiete kurvten.

Schreyer unterstellt den Radlern, die durch seine Weiden rollen und das Futter für seine Kühe kaputt machen, keine böse Absicht. »Sie wissen es

Mountainbiker in den Alpen:
Immer höher, immer schneller

Unter Strom

Verkaufte Elektrofahrräder in Deutschland, in Millionen



nicht besser.« Eher macht er sich Sorgen um all die E-Biker, die zwar auf seine Alm hochkommen – dann aber nicht wissen, wie man wieder heil die steilen Wege hinuntergelangt. »Es fällt schon auf, dass die oft unsicher beim Runterfahren sind«, sagt er. Immer wieder komme es zu schweren Unfällen. »Die kippen einfach vornüber«, berichtet Schreyer, »die Schulter ist dann gleich mal durch.«

Ingmar Hötschel vom Verein Deutsche Initiative Mountainbike räumt ein, dass es wegen der vielen Radler in den Bergen häufiger zu Konflikten komme, auch die Unfallzahlen stiegen. »Aber nicht überproportional«, sagt Hötschel. »Die allermeisten Biker schätzen ihre Fähigkeiten richtig ein und wissen, wie sie fahren müssen.«

Bei den Bergwachen jedoch stöhnen die ehrenamtlichen Gebirgsretter, die wegen unvorsichtiger Wanderer und Bergsteiger schon am Limit arbeiten, über die Radler. Bei manchen Dienststellen stieg die Zahl der Einsätze wegen der Mountainbike-Unfälle um 30 Prozent.

Ein Hotspot für Crashes ist die Strecke von der Ehrwalder Alm in Tirol zum malerischen Seebensee, wo sich Wanderer und Radfahrer regelmäßig in die Quere kommen. Die meisten Zusammenstöße und Stürze passie-

ren, weil viele E-Biker gar nicht wissen, wie sie ihr schweres Gefährt auf einer steilen Schotterpiste zum Halten bringen.

»Es existiert die Mär, auf losem Untergrund dürfe man nicht die Vorderbremse betätigen«, sagt der Ehrwalder Mountainbike-Führer Reinhard Spielmann. Tatsächlich erziele man durch das dosierte Abbremsen des Vorderrades 70 Prozent der Bremswirkung. Allerdings müssen die Fahrer in der Lage sein, das Rad beim Bremsvorgang auch in der Spur zu halten. »Viele können das nicht, es kommt zum Sturz«, erklärt Spielmann.

Spielmann arbeitet als Guide für die Ehrwalder Bergsportschule Total und ist seit

seiner Kindheit auf dem Mountainbike in den Bergen unterwegs. Bevor er mit Kunden auf Tour geht, übt er mit ihnen die richtige Fahrtechnik ein.

Er weiß, wie allergisch manche Förster oder Landwirte auf Bergradler reagieren. Deshalb legt er Wert darauf, dass seine Gruppen die Benimmregeln einhalten. Wenn bei einer Abfahrt Wanderer auftauchen, müssen seine Gäste anhalten. Auch wenn Almwiesen abgemäht sind, bleiben sie für die Radler tabu. »Man muss aufeinander zugehen, dann kommen alle besser miteinander klar«, sagt Spielmann.

Landwirt Stöckl aus Leogang hat nicht vor, die Riedlalm am Fuß der Leoganger

Steinberge diesen Sommer noch aufzusperren. Es würde wohl wieder einen Massenansturm geben, glaubt er. Seine Hütte gehört zu den schönsten im Salzburger Land. Bei gutem Wetter kann man von nahen Aussichtspunkten bis zum Großglockner blicken.

Vor zwei Jahren im Sommer, erzählt Stöckl, seien einmal E-Biker zu ihm hinauf gekommen, die sich nach einigen Gläsern Bier und Wein den Rückweg nicht mehr zumuten wollten. Die Radler zückten ihre Mobiltelefone und ließen sich von Taxis abholen. Die Räder ließen sie einfach stehen.

Jonas Kraus, Gerhard Pfeil

ANALYSE

Fulminant danebengezielt

Wie Olaf Scholz versuchte, sich bei Frauen anzudienen

Der Bundeskanzler ist nicht dafür bekannt, spontane Gedanken via Twitter hinauszupusten. Aber am Dienstagabend dürfte etwas mit Olaf Scholz durchgegangen sein, er ließ sich zu einem Tweet hinreißen:

»Wir haben 2022. Frauen und Männer sollten gleich bezahlt werden. Das gilt auch für den Sport, besonders für Nationalmannschaften. Spanien hat da die Nase vorn«, twitterte Scholz um 18.29 Uhr, zweieinhalb Stunden vor dem Fußball-EM-Spiel der Frauen zwischen Deutschland und Spanien.

Er löste damit ein kleines Beben in den sozialen Medien aus. Was war los mit Scholz? Woher rührte der emanzipatorische Flankenschlag?

Niemand würde ernsthaft bezweifeln, dass Frauen und Männer für die gleiche Leistung gleich bezahlt werden sollten, Equal Pay lautet der Fachbegriff. Aber im Spitzensport ist Leistung schwer zu fassen. Wenn es einfach wäre, würde der deutsche Fußballmeister Thomas Müller nicht mehr als das 350-Fache des amtierenden Ruderweltmeisters Oliver Zeidler erhalten. Die Ringerin Aline Rotter-Focken würde mehr als die 20 000 Euro für ihren Olympiasieg in Tokio bekommen.

Profisport wie der Fußball ist Unterhaltung und Marktwirtschaft in Reinkultur. Der Konsument allein bestimmt, was er sich anschaut, und damit letztlich, was jeder Sportler und jede Sportlerin im Portemonnaie hat. Auch der Frauenfußball wird seit Jahren kommerziell betrieben. Er unterliegt damit ebenfalls den Gesetzen der Unterhaltungsindustrie: Verteilt wird, was der Markt hergibt.

Frauen werden nicht deshalb schlechter bezahlt, weil ihr Spiel langsamer, weniger technisch versiert oder weniger athletisch

wäre als das Spiel der Männer. Für die Vergütung zählt allein, wie attraktiv Zuschauer und Zuschauerinnen die Show finden – wem sie ihre Aufmerksamkeit schenken.

Die Folge: Im vergangenen Jahr summierten sich die Einnahmen aus dem Verkauf der TV-Rechte, Sponsorengelder und Ticketerlöse bei der Männer-EM auf 1,9 Milliarden Euro. Der Veranstalter, die Uefa, schüttete 331 Millionen Euro an Prämien an die Mannschaften aus, rund 18 Prozent der Einnahmen. Der Deutsche Fußballbund hätte Manuel Neuer, Joshua Kimmich und Leroy Sané einen Titelgewinn mit je 400 000 Euro honoriert. Bei der Frauen-EM werden hingegen nur 60 Millionen Euro Erlöst, die Uefa verteilt davon 16 Millionen, rund 27 Prozent. Die Nationalspielerinnen Merle Frohms, Giulia Gwinn und Alexandra Popp erhalten 60 000 Euro,

sollten sie Europameisterinnen werden. Jeder Hockeyspieler und jede Handballerin würde über diese Siegesprämie jubeln.

Kritiker verweisen wie Scholz auf andere Länder, zum Beispiel auf die USA, wo die Fußballerinnen Equal Pay durchgesetzt haben. Aber dort sind die Verhältnisse anders: Das Publikum interessiert sich mehr für den Frauen- als für den Männerfußball. In anderen Sportarten ist auch in den Staaten das Gefälle riesig. Niemand käme auf die Idee, die Basketballerinnen mit den Mondgagen der Männer zu bezahlen. Und in Spanien? Auch dort bekommen Männer und Frauen nicht das gleiche Geld, sondern den gleichen Anteil an den erwirtschafteten Einnahmen – was dort als Durchbruch gefeiert wurde, hat der DFB längst übererfüllt.

Vielleicht hat sich Scholz bei seinem Tweet von einem fulminanten Kommentator in den »Tagesthemen« vom Montag inspirieren lassen, in dem der DFB aufgefordert wurde, endlich wie in anderen Ländern die gleiche Bezahlung für Männer und Frauen durchzusetzen.

Der DFB hat es verdient, dafür gescholten zu werden, in der Vergangenheit zu wenig getan zu haben, um den Frauenfußball weiterzuentwickeln. Aber es ist unrealistisch, von ihm zu verlangen, die Gesetze des Sports außer Kraft zu setzen.

Scholz könnte dem Fußball helfen, indem er sich dafür starkmacht, den Profisport sozialer und nachhaltiger zu organisieren. Er könnte sich dafür einsetzen, die surrealen Gehälter der Fußballmillionäre in Europa abzuschmelzen. Das Geld könnte zum Nachwuchs umgeleitet werden. Davon würden Mädchen wie Jungen profitieren. Es wäre eine Investition in die Zukunft.

Udo Ludwig



Profis Irene Paredes (Spanien), Popp

John Patrick Fletcher / action press

5:1 für die Freiheit

ORTSTERMIN In Philadelphia ist der ruhmreichste ukrainische Klub Amerikas zu Hause. Migranten und Geflüchtete halten sein Erbe am Leben.

W eihrauchschwaden wabern durch die Luft in der ukrainisch-orthodoxen Saint Vladimir Cathedral in Philadelphia. Der Chor setzt an.

Father Taras betet für die Kriegsoffer in der Ukraine, für die Politiker und Soldaten. Später wird der langbärtige Priester erzählen, wie schwer die Zeiten für seine Gemeinde geworden seien: »Vergebung für die Russen nach diesen Grausamkeiten? Das ist schwer vorstellbar, obwohl ich Christ bin. Wir werden es versuchen.«

Taras, 51, ist nicht nur Priester, er ist auch geistlicher Beistand des Fußballteams Philadelphia Ukrainian Nationals im US-Bundesstaat Pennsylvania. Dort spielen Ukrainer, denen die Erinnerung an die Heimat zurzeit die Luft abschnürt. Andere haben noch nie einen Fuß in das Land ihrer Vorfahren gesetzt und stammen zum Teil aus Russland oder Belarus.

Fußball war immer ein Bindeglied zwischen Menschen, die ihre Heimat verlassen haben, überall in der Welt. Der Krieg in der Ukraine hat die Vereinsmitglieder hier noch enger zusammengeschlossen, der Sport ist für sie Ritual und Ventil zugleich. Neuerdings sehen sie sich auch als Kämpfer gegen Russlands Angriffskrieg. Aber was können sie tun, um das Leid zumindest für eine Weile zu vergessen?

Es ist ein Tag Ende Mai, heute geht es für das Major-II-Team in einer lokalen Amateurliga gegen West-Mont United, eine Mannschaft aus Limerick in Pennsylvania. Auf dem Rasen steht Roman Chuprynyak, der Spielertrainer, er peitscht sich selbst auf, gestikuliert wild. Die Spieler bilden einen Ring um ihn. »Wir verlieren, wenn wir nicht an unsere Stärke glauben. Wenn wir nicht mit allem, was wir haben, dagegenhalten«, brüllt Chuprynyak, 37, gräulicher Rasperhaarschnitt. Seine Spieler im schwarzen Vereinstrikot nicken. Die Ansprache hält er in einem Mischmasch aus Ukrainisch und Russisch. Sie könnte



Trainer Chuprynyak vor der Skyline Philadelphias

nicht nur für ein Spiel-, sondern auch für ein Schlachtfeld gelten.

Der Krieg tobt nun seit 20 Wochen. Die USA haben angekündigt, 100 000 der mehr als 5,6 Millionen Geflüchteten aus der Ukraine aufzunehmen. Die Vereinigten Staaten sind als Einwanderungsziel von dort immer wichtig gewesen, vor Kriegsbeginn lebten rund 370 000 Ukrainer in den USA.

Es ist ein einziges Gewusel auf dem Trainingsgelände der Ukrainian Nationals. Zwei Kunstrasenplätze, Rasenfelder, fast 60 Mannschaften, Jungen und Mädchen. Die Eltern bezahlen 3500 Dollar, um ihr Kind eine Saison lang professionell trainieren zu lassen. Kriegsgeflüchtete sind von den Gebühren befreit. Auch am Abend vor dem Spiel wird gedribbelt. Chuprynyak, der Trainer verschiedener Teams des Klubs, führt über die Trainingsplätze. »Eine Sache hat der Krieg bewirkt: Alle Ukrainer sind zusammengerückt. Im Sport und auch sonst«, sagt er. Er selbst kam 2001 mit 17 Jahren in die USA. Mit seinem Vater wollte er sein Glück finden in Philadelphia, der Stadt, die als die Wiege der amerikanischen Demokratie gilt.

Chuprynyak wurde Consultant im Import- und Exportbusiness, viele

seiner Kunden kommen aus Osteuropa. Fußball habe er immer gespielt und geliebt, sagt Chuprynyak, schon in der Ukraine zu Schulzeiten. »Meine Führungsqualitäten habe ich erst in den USA entwickelt, wo ich schließlich Coach wurde.«

In den USA zählt die Historie eines Klubs viel. Die Ukrainian Nationals haben die American Soccer League, einst die wichtigste Liga in den USA, sechsmal gewonnen. Die Hochzeit lag in den 1960ern, 6000 Zuschauer kamen mitunter zu den Spielen. Das Fußballteam war das erste in den USA, dessen Heimspiele das Fernsehen live übertrug.

In der Meistersaison 1967/68 stand Jurij Litynsky als Torhüter zwischen den Pfosten. Der Mann, heute 86, läuft gebückt durchs Klubhaus, gestützt von seiner Frau. Es gehe im Klub um mehr als um Fußball, sagt Litynsky, »es ging immer darum, die Ukraine und ihre Bräuche lebendig zu halten, das wünsche ich mir auch für die heutige Generation«.

Litynsky kam über den Umweg Buenos Aires in die Staaten, wurde ein wichtiger Neuzugang jener Klub-epoche. Er war ein Wanderer, der bessere Zeiten suchte. Wenn er davon erzählt, strahlen seine Augen. Dann ist er noch mal jung und steht auf der Torlinie, bereit zum Hechtsprung.

Juliana, 32, und Marat, 35, kommen ins Vereinsheim. Sie stammen aus Odessa, erzählen sie schüchtern. Hier haben sie Verwandte, bei denen sie unterkamen. Ihr zehnjähriger Sohn spielt in einer Jugendmannschaft. »Es reicht, wenn wir leiden. Unsere Kinder sollen so normal wie möglich leben«, sagen die Eltern.

Schlusspfiff, die Ukrainian Nationals gewinnen 5:1. Zum Ausklang grillen die Mannschaftskameraden, sie singen Lieder, stoßen an und flachen herum. Es gibt polnische Fleischwurst, die Kielbasa, Burger, Bier, Single Malt Whisky und Wodka. Alles mischt sich hier. Die Spieler sind Ukrainer, Amerikaner, Weltbürger. Sogar ein russischer Spieler und ein paar aus Belarus sind heute dabei. Grundsätzlich darf jeder Mitglied werden. »Als der Krieg losging, habe ich zu allen Spielern gesagt: ›Ihr müsst euch klar positionieren.« Das hat jeder getan«, sagt Chuprynyak.

Gegen Abend kommt auch Father Taras auf dem Sportplatz vorbei. Der geistliche Beistand steht ab und zu noch im Altherrenteam zwischen den Pfosten. Auch sein Sohn spielt Fußball im Verein – schließlich muss die Ukraine weiterleben, auch in den USA.

Christoph Wöhrle

Es gibt polnische Wurst, Burger, Bier, Whisky und Wodka. Alles mischt sich hier.



Der Rhonegletscher in den Schweizer Zentralalpen schmilzt so rasant, dass Helfer ihn zum Schutz vor der Sonne mit weißen Planen bedeckt haben. Bereits um das Jahr 2100 herum dürfte er fast völlig verschwunden sein, prognostizieren Klimaforscher. Womöglich geht es aber noch deutlich schneller: Meteorologen verzeichnen in diesem Jahr eine Schnee- und Gletscherschmelze auf besonders hohem Niveau. Dieser Mai war der zweitwärmste in der Schweiz seit dem Jahr 1864.

Trügerische Inzidenz

ANALYSE Die aktuelle Corona-Sommerwelle fällt wahrscheinlich weit stärker aus, als es die aktuellen Zahlen nahelegen.

Seit fast zwei Wochen stagnieren die offiziell vermeldeten Infektionszahlen in Deutschland. Rund 90 000 neue Coronafälle werden durchschnittlich pro Tag registriert. Der im Juni verzeichnete Anstieg scheint vorüber und die Sommerwelle viel kleiner auszufallen als die Infektionswelle im Frühjahr. Damals wurden in der Spitze fast 230 000 Fälle täglich gemeldet. Diesmal also alles halb so wild?

Vieles spricht dafür, dass der Eindruck trügt. Inzwischen wird wohl ein kleinerer Teil der Infektionen entdeckt und gemeldet als bei früheren Wellen. Die Bundesregierung hat die Testregeln im Lauf der Pandemie immer wieder geändert. Zum 30. Juni wurden die Schnelltests, die für symptomlose Personen ja die Voraussetzung für einen kostenlosen PCR-Test sind, für die meisten Zwecke kostenpflichtig. Offenbar ist bei Schnelltests die

Nachfrage seither um ungefähr 10 bis 20 Prozent zurückgegangen. Vermutlich wirkt sich das auf die präziseren, zur Bestätigung genutzten PCR-Tests aus, die allein in die Inzidenzstatistik eingehen: Ihre Anzahl legte nach Inkrafttreten der neuen Testverordnung nur noch wenig zu. Das zeigen neue Daten des Laborverbands ALM, bei dem Meldungen aus rund 90 Prozent der Labore einlaufen, die in Deutschland PCR-Tests auswerten. Am Ende dürften es nur noch zwischen 900 000 und 950 000 Tests pro Woche gewesen sein – weniger als halb so viele wie bei der Omikron-Welle zu Beginn dieses Jahres.

Auffällig ist der weiter steigende Anteil an PCR-Tests, die positiv ausfallen. Er lag laut ALM zuletzt bei mehr als 55 Prozent – fast so viel wie Mitte März rund um den Höhepunkt der BA.2-Welle. Steigende Positivraten bei kaum gestiegenem Testvolumen können ein Anzeichen für eine erhöhte Dunkelziffer an Infizierten sein. Der Pharmakologe Thorsten Lehr von der Uni des Saarlands geht von einer Dunkelziffer mit einem Faktor zwischen zwei und drei aus. Demnach könnten sich in Deutschland aktuell weit mehr als 200 000 Menschen pro Tag infizieren. Für das Pandemiemonitoring ist eine Untererfassung im Meldesystem kein Problem, solange die Dunkelziffer in etwa gleich bleibt. Ändert sich die Teststrategie, werden Vergleiche schwierig. Marcel Pauly

Schädliches Nachsalzen

ERNÄHRUNG Nachsalzen während des Essens raubt den Menschen offenbar kostbare Lebensjahre. Zu diesem Ergebnis kommt ein Forscherteam um den Ernährungswissenschaftler Lu Qi von der Tulane University in New Orleans. Demnach hatten jene, die ihrer Nahrung immer Salz hinzufügten, ein um 28 Prozent erhöhtes Risiko, vorzeitig zu sterben – im Vergleich zu den Menschen, die nie oder selten Salz hinzufügten. Den in der jüngsten Ausgabe des Fachmagazins »European Heart Journal« veröffentlichten Ergebnissen zufolge senke das großzügige Hantieren mit dem Salzstreuer die Lebenserwartung der Männer um mehr als zwei Jahre, die der Frauen um rund anderthalb.

In dieser Berechnung spielte das Würzen während des Kochvorgangs allerdings

keine Rolle. Eine hohe Aufnahme kaliumreicher Lebensmittel wie Gemüse und Obst könnte den nachteiligen Effekt des Nachsalzens abschwächen. »Meines Wissens ist unsere Studie die erste, die den Zusammenhang zwischen dem Nachsalzen von Speisen und einem vorzeitigen Tod untersucht«, wird Studienleiter Lu Qi im britischen »Guardian« zitiert.

Besonders aussagekräftig sind die Resultate der neuen Studie, weil das Forscherteam aus New Orleans auf einen der größten Datenpools weltweit zurückgreifen konnte. Im Zuge des Biobank-Projekts wurden in Großbritannien zwischen 2006 und 2010 auf freiwilliger Basis biomedizinische Informationen von rund 500 000 Menschen im Alter zwischen 40 und 69 Jahren erhoben. Die Teilnehmer gaben in Fragebogen Auskunft über Lebensstil, Krankengeschichte und Ernährungsgewohnheiten. Überdies wurden medizinisch aufschluss-

reiche Variablen wie Gewicht, Größe und Blutdruck gemessen.

Zudem stellten die Freiwilligen Blut- und Urinproben zur Verfügung, die konserviert wurden, damit daraus bei Bedarf DNA extrahiert werden kann. Die Probanden sollen über einen Zeitraum von 30 Jahren beobachtet werden. **THA**



Grish Chouhan / Getty Images

»Die Empathie ist noch ausbaufähig«

ERZIEHUNG Der Pädagoge und Komiker Matthias Jung, 44, berichtet in einem neuen Erziehungsratgeber über die Herausforderungen der Pubertät und verrät Eltern hilfreiche Strategien.



Manuel Weser

SPIEGEL: Herr Jung, was kennzeichnet den Start der Pubertät?

Jung: Plötzlich kommen Widerworte und Kritik.

Zum Beispiel habe ich nun ständig einen Verkehrspolizisten im Auto, der mich belehrt: »Alter, du fährst 33, hier darf man nur 30 fahren.« Die Tür vom Kinderzimmer ist immer zu. Jugendliche haben im Gegensatz zu Kindern das Bedürfnis nach Privatsphäre. Das ist neu für sie, spannend, und nun verteidigen sie ihr Reich: »Anklopfen!«, »gehräus!«, »Tür zu!«

SPIEGEL: Rückzug zur Abgrenzung und Selbstfindung?

Jung: Genau. Rückzug aufs Zimmer. Rückzug aus der Kommunikation. Wie war's beim Fußball? Gut. Vor allem Jungs werden sehr, sehr einsilbig. Subjekt, Prädikat, Objekt, jede Woche eins.

SPIEGEL: Worauf kommt es in dieser Phase in der Erziehung an?

Jung: Auf Bauchgefühl und Herz, Intuition und Liebe. Für Kinder ist es wichtig zu sehen, dass der Papa auch mal Mist baut. Kürzlich wollte ich Milch heiß machen und habe meinem Sohn gesagt, er solle aufpassen, dass sie nicht überkocht, während ich auf der Toilette bin. Ich komme zurück und sehe, dass er am Handy zockt. Ich will ihn gerade anmوتzen, da bemerke

ich, dass ich die Herdplatte gar nicht angestellt habe.

SPIEGEL: Was hilft, um den pubertierenden Nachwuchs zu verstehen?

Jung: Bei uns Erwachsenen ist der präfrontale Cortex, das Frontalhirn, schon fertig ausgebildet. Dieser Teil ist der vernünftige, rational denkende Part und hat unsere emotionale Seite oft weitestgehend im Griff. Bei den Teenagern wird dieser Teil der Vernunft, die Impulskontrolle, erst später fertig. Auch die Empathie ist noch ausbaufähig.

SPIEGEL: Sollte man das Gespräch nutzen, um ein paar Bottschaften loszuwerden, was im Leben gut und wichtig ist zum Beispiel?

Jung: Bloß nicht! Werte quasselt man nicht vor, man lebt sie vor.

Allerdings muss ich gestehen, dass ich oft am Handy bin, weil das sozusagen mein Büro ist. Und dann stelle ich fest, dass mein Sohn ebenfalls am Handy zugange ist. Da sollte man sich gegenüber dem Kind selbstkritisch äußern und zugeben, dass auch Eltern Fehler machen.

SPIEGEL: Könnte es sein, dass manche Eltern wenig Orientierung bieten, weil sie sich eher als Freund der Kinder verstehen?

Jung: Es ist richtig, mit Kindern auf Augenhöhe zu kommunizieren. Aber Eltern tragen die Verantwortung fürs Kind, und die können sie nicht abgeben. Deshalb muss der motzende Teenager auch mal mit zur Stadtbesichtigung von Valencia oder zum Familienfest. Wer nicht lernt, dass man Ansagen akzeptieren muss, der wird es später im Job sehr schwer haben.

SPIEGEL: Früher haben die Erwachsenen es sich einfach gemacht: Da gab es Strafen.

Jung: Strafen sind ein Desaster für Selbstwert und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Beliebt ist ja, ein Handyverbot als Strafe einzusetzen. Man unterdrückt damit vielleicht ein Verhalten, aber man verhindert auch eine Erfahrung. Mit 14, 15 Jahren müssen Jugendliche selbst merken, dass man wahn-sinnig müde in der Schule ist, wenn man die Nacht am Handy verbracht hat. **MAW**

Matthias Jung: »Erziehungsstatus kompliziert – Pubertät im Anmarsch«, Edel Books; 288 Seiten; 18,95 Euro.



Getty Images

Schatzsuche auf dem Acker

ARCHÄOLOGIE Raubgräber richten immer mehr Schäden an.

In einem spektakulären Fall plünderten Unbekannte in Bayern jetzt Überreste einer mehr als 2000 Jahre alten Keltentadt – für die Wissenschaft eine Katastrophe.



**Goldschatz im
Kelten-Römer-
Museum Manching**

Die Täter hatten leichtes Spiel. Keine Security hielt sie ab, keine Kamera filmte sie, nicht einmal einen Bauzaun mussten die Unbekannten am ersten Maiwochenende dieses Jahres überqueren, um mit ihren Metalldetektoren auf eines der archäologisch bedeutendsten Areale Deutschlands zu gelangen. Das Gelände liegt am östlichen Ortsausgang der oberbayerischen Marktgemeinde Manching und wird seit November vergangenen Jahres von einem wissenschaftlichen Grabungsteam erkundet. Immer wieder entdeckten die Forscherinnen und Forscher in der direkten Nachbarschaft keltische Münzen, Schmuckstücke und andere Kostbarkeiten – Funde von womöglich unermesslichem Wert.

Die illegalen Sondengänger machten sich vor allem auf einem Teilbereich zu schaffen, der ihnen gleich mehrere Vorteile bot. Er ist etwa so groß wie ein Fußballfeld, liegt teilweise hinter einem Wall und kann von der angrenzenden Bundesstraße 16 kaum eingesehen werden. Außerdem war die Fläche einige Tage zuvor schon für die weitere Erforschung vorbereitet und die oberste Humus- und Bodenschicht abgetragen worden – eine Einladung zum Plündern. Die Raubgräber mussten nur noch wenige Zentimeter tief buddeln, um mühelos zu den mehr als 2000 Jahre alten Hinterlassenschaften vorzudringen.

Ihre Sonden scheinen ständig gepiepst zu haben, denn die Unbekannten gruben insgesamt 140 Löcher, die meisten davon wohl

mit Gartenschäufelchen, einige aber auch mit dem Spaten, wie später an den Schnittkanten zu sehen war. Was sie dabei aus dem Erdbreich holten, ist unklar. War es nur Eisenschrott? Oder waren es doch Dolche, Silbermünzen, Schmuckstücke oder gar ein Goldschatz?

Denkbar ist das allemal, denn das Gelände gehörte vor etwa 2200 Jahren zu einem keltischen Handelszentrum (»Oppidum«), das mit bis zu 10 000 Einwohnern eine der größten und wohlhabendsten Siedlungen nördlich der Alpen gewesen sein dürfte. Was genau zu ihrem Untergang führte, ist umstritten; womöglich waren es kriegerische Auseinandersetzungen mit Teutonen, Kimbern und Römern. Klar ist, dass die ehemaligen Einwohner viel Geld und Handwerkskunst zu-

rückließen und wohl auch bewusst versteckten. Von welch herausragender Qualität einige der Stücke sind, kann im Manchinger Kelten-Römer-Museum bewundert werden. Dort ist unter anderem ein Kultbäumchen mit vergoldeten Efeublättern zu sehen, das zum Schönsten zählt, was in Deutschland je ausgegraben wurde.

Die Plünderung von Manching war besonders spektakulär, aber sie ist keine Ausnahme. Immer häufiger kommt es in Deutschland zu Raubgrabungen, die Schaden verursachen. Laut Mario Pahlow, Sprecher der Kommission Illegale Archäologie im Verband der Landesarchäologen, ist die Zahl der Sondengänger in den vergangenen Jahren »geradezu explodiert« und habe während der Coronapandemie noch einmal stark zugenommen.

Es gibt keine offiziellen Statistiken, aber Experten der zuständigen Behörden schätzen die Zahl der in Deutschland aktiven Sondengänger auf bis zu 100 000 – fast ausschließlich Männer. Das Hobby braucht viel Geduld, weil gute Funde selten sind. Aber es führt in die freie Natur, verspricht einen Kitzel und ist vergleichsweise günstig. Einsteigergeräte gibt es zuweilen auch bei Discounter wie Aldi, für unter 100 Euro.

Doch das Gerät allein genügt nicht, eigentlich brauchen Sondengänger für ihre Schatzsuche fast überall eine Genehmigung. Wer etwas anderes entdeckt als neuzeitlichen Schrott, muss den Fund bei den zuständigen Behörden melden und zur Begutachtung abgeben. In einigen Bundesländern ist es sogar vorgeschrieben, an einem Vorbereitungskurs teilzunehmen, in dem archäologisches und juristisches Basiswissen vermittelt wird. Doch die Pflichten dürften vielen nicht bekannt und anderen egal sein. Deutschlands Archäologen beklagen, dass Forschung und Öffentlichkeit daher jedes Jahr Hunderte Fundstücke abhandeln kommen. Darunter womöglich Sensationsstücke wie die »Himmelsscheibe von Nebra«. Das bronzezeitliche Artefakt wurde ebenfalls von Raubgräbern entdeckt und konnte nur deswegen gesichert werden, weil sich Finder und Fehler vergleichsweise dumm anstellten.

Archäologe Pahlow, der in Niedersachsen Kurse für Hobbyschatzsucher leitet, mag nicht alle Sondengänger über einen Kamm scheren: »Es gibt auch sehr gewissenhafte Leute mit geschichtlichem Interesse, auf deren Mithilfe als ehrenamtliche Bodendenkmalpfleger meine Kollegen und ich nicht mehr verzichten möchten«, sagt er. Leider sei die Zahl derer, die

Schaden anrichten, aber wohl mindestens genauso hoch. Die Szene der schwarzen Schafe, in der es nur um Bereicherung gehe, sei zudem »super-gut vernetzt« und bestens über mögliche Fundorte informiert.

Das weiß auch Andreas Büttner, Bayerns Experte für illegale Archäologie. Wenn irgendwo vielversprechende Relikte ausgebuddelt würden oder eine offizielle archäologische Grabung beginne, werde das manchmal innerhalb weniger Stunden in Internetforen verbreitet. Zuweilen löse das dann einen Massenandrang aus, manchmal auch aus dem benachbarten Ausland, sagt Büttner. Vereinzelt meldeten Spaziergänger oder Grundstückseigentümer die Plünderer, ab und zu gelinge es sogar, Raubgräbern das Handwerk zu legen und Funde sicherzustellen. »Doch die meisten, die ohne Erlaubnis unterwegs sind, bleiben unentdeckt«, sagt Büttner. Einige Sondengänger täuschten Passanten mit Fake-Ausweisen, die einen Einsatz in behördlichem Auftrag vorgaukelten.

Auch die Grabung in Manching könnte sich herumgesprochen haben. Sie dient zur Vorbereitung von Bauarbeiten an der Bundesstraße. Bevor die Bagger anrücken, soll das keltische Erbe gesichert werden.

Zuständig für die Rettungsgrabung ist das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, dessen Leiter Mathias Pfeil einige Wochen nach der Raubgräberattacke über das geplünderte



Forscher Büttner:
»Die meisten Raubgräber bleiben unentdeckt«

und mittlerweile unkrautüberwucherte Areal läuft. Dabei schaut er immer wieder auf Verfärbungen im Boden hinab, die von den gebuddelten Löchern geblieben sind. Pfeil trauert »vor allem um den wissenschaftlichen Verlust«, der durch die illegale Grabung mutmaßlich entstanden ist. Entdecke ein Sondengänger zum Beispiel ein Grab und nehme alle Beigaben mit, habe das dazugehörige Skelett keine Geschichte mehr.

Den Hobbyarchäologen ist der Fundzusammenhang oft egal, zudem verfügen viele von ihnen nicht ansatzweise über das Know-how, den wissenschaftlichen Wert einer Entdeckung zu erkennen. Einzelne Pfeilspitzen oder Gewandfibeln mögen Laien unspektakulär erscheinen, können aber von einem Konflikt oder einem kulturellen Austausch künden, der bisher nicht bekannt war.

In Sachsen-Anhalt grub ein Sondengänger zum Beispiel eine überdimensional große Tasse aus, die er anschließend als Kuriosum günstig bei Ebay verkaufen wollte; er hielt sie für wertlos. In Wahrheit handelte es sich um ein 3100 Jahre altes und seltenes Bronzebehältnis, das wahrscheinlich während eines Opferrituals vergraben worden war. Nur weil ein ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger das Stück auf der Verkaufsplattform entdeckte, konnte es gesichert und nun erforscht werden.

Auch der wissenschaftliche Schaden, den die Raubgräber von Manching angerichtet haben, könnte enorm sein. Pfeils Kollegin Stefanie Berg hat zum Besichtigungstermin einen Plan mitgebracht, auf dem der Verlauf der mehr als sieben Kilometer langen Stadtmauer eingezeichnet ist, die das Oppidum einst schützte. Der heimgesuchte Teilbereich befindet sich im Zentrum. »Von hier aus ist die Stadt gewachsen, hier haben wir es vermutlich mit der mächtigsten Kulturschicht zu tun«, sagt Archäologin Berg.

Unweigerlich stellt sich da die Frage, warum es keinerlei Sicherheitsvorkehrungen gab – und auch bei anderen deutschen Grabungen wenig getan wird, um Raubgräber wirksam abzuscheren. Denkmalschützer Pfeil gibt zu bedenken, wie teuer Securitypersonal, Absperungen und andere Maßnahmen sind. Zudem sei der »Angriff« in Manching »besonders dreist« gewesen, sagt er: »Wir haben schlicht nicht damit gerechnet, dass auf einer staatlichen Grabung, auf der schon Vorarbeiten geleistet wurden, mal eben 140 Löcher gebuddelt werden.«

Doch vor allem Bayern ist für Raubgräber sehr attraktiv. Im Frei-



Markus Burke / DER SPIEGEL

staat können sie nämlich, anders als in allen sonstigen Bundesländern, auch dann noch richtig Kasse machen, wenn sie auf denkmalgeschützten Flächen unterwegs sind, auf dem das Sondeln eigentlich streng verboten ist. Es gibt kein sogenanntes Schatzregal, nach dem alle archäologischen Funde automatisch dem Staat und der Öffentlichkeit gehören, sondern es gilt die »Hadrianische Teilung«, die auf den römischen Kaiser Hadrian zurückgeht. Das fast 2000 Jahre alte Prinzip regelt, dass Entdeckern und Grundstückseignern jeweils die Hälfte des Werts eines Fundstücks zusteht – und zwar völlig unabhängig von den Fundumständen.

Im Freistaat könnte ein Raubgräber nachts über die Sichtschutzwand eines Privatgrundstücks steigen und sich dort einfach unter den Büschen zu schaffen machen – er würde für eine wertvolle Entdeckung immer noch fürstlich entlohnt. Ein Sondengänger, der ohne Erlaubnis des Eigentümers in einem Wald beim oberbayerischen Obing auf 994 Silbermünzen aus dem 11. oder 12. Jahrhundert stieß und dies der zuständigen Behörde verschweigen wollte, musste zwar eine Geldstrafe von 4000 Euro für die Unterschlagung abdrücken. Doch weil der Schatz für die Öffentlichkeit gesichert werden sollte, bekam er 60 000 Euro überwiesen.

Sondengänger argumentieren gern, dass die Hadrianische Teilung ein Anreiz sei, Funde überhaupt zu melden. Doch die blanken Zahlen entlarven das als Märchen. Im Freistaat kommen laut Landesamt proportional betrachtet genauso wenig Sondengänger und Hobbyarchäologen ihrer Meldepflicht nach wie in den anderen Bundesländern. Grund dafür ist wohl, dass die meisten Raubgräber keine Lust haben, ihren Fund mit den Grundstückseigentümern zu teilen – sie wollen alles für sich und verkaufen ihre Münzen, Schmuckstücke und anderen Entdeckungen lieber auf dem Schwarzmarkt. Viele Experten sehen daher kein einziges Argument, das

gegen die Einführung eines Schatzregals spricht. Bisher wurde es beständig von der CSU und der starken Grundstückseignerlobby verhindert, weil die Hadrianische Teilung zumindest auf dem Papier die Aussicht auf eine Zusatzeinnahme ist.

Der Bamberger Archäologe Büttner warnt, die bayerische Regelung strahle »auf ganz Deutschland und auch auf Nachbarstaaten aus«. Regelmäßig versuchten Sondengänger, Funden aus anderen Regionen eine Herkunft aus Bayern anzudichten. Der Nachweis, dass der wahre Fundort verschleiert wurde, lässt sich oft nur schwer erbringen, zumal manche Raubgräber die Entdeckungen sogar noch mit Erdreich vom angeblichen bayerischen Fundort einschmieren. Einer der folgenreichsten Fälle dieser Art ereignete sich, als es einem Schatzsucher gelang, dem Freistaat einen Münzschatz für etwa 500 000 Euro anzudrehen, der mit großer Wahrscheinlichkeit aus Baden-Württemberg stammt.

Die Chancen sind klein, dass die Raubgräber von Manching identifiziert und ihre eventuellen Funde sichergestellt werden können. Denkmalschützer Pfeil hofft nun auf die Einführung des Schatzregals auch in Bayern und will sich für bessere Sicherheitsvorkehrungen starkmachen.

Dabei hätte das Landesamt längst gewarnt sein können, vor allem was Grabungen in Manching angeht. Im Sommer 1999 wurde wenige Hundert Meter von der geplünderten Fläche entfernt ein Goldschatz ans Tageslicht geholt, der nun im Kelten-Römer-Museum ausgestellt wird. Auch infolge seiner Entdeckung machten sich nachweislich irgendwelche dubiosen Gestalten auf dem Grabungsgelände zu schaffen.

Einige Goldstücke tauchten später im Handel auf und konnten gesichert werden; doch bis heute ist ungeklärt, ob der Schatz mit seinen 483 Münzen komplett ist. Womöglich wurde ein Teil davon über Ebay verhökert. Guido Kleinhubbart

Wale der Lüfte

LUFTFAHRT Wegen des Ukraine-kriegs fehlen Frachtflugzeuge. Nun will Airbus seine Beluga-Werksflieger kommerziellen Kunden anbieten. Doch die Maschinen haben eine Schwachstelle.

Egal ob voll oder leer – der weiße Riese bewegt sich gutmütig durch die Luft. Nicht einmal der Buckel sorgt für einen unruhigen Flug. »Das Spektakuläre an der Maschine ist, dass sie so unspektakulär ist«, so der frühere Testpilot Karl-Heinz Mai. Das wuchtige Transportflugzeug vom Typ Beluga XL und ein normaler Airbus A330 hätten fast identische Flugeigenschaften.

Toulouse, Hamburg, Bremen: Bisher sind die riesigen Frachter der Firmenfluglinie Airbus Transport International zwischen knapp einem Dutzend Werken in Europa unterwegs. Mit zwei Piloten und einem Lademeister an Bord befördern sie etwa Flügel für den Airbus A350 oder Teile von Flugzeugrümpfen. Doch in Zukunft will Airbus die Maschinen nicht mehr nur im Werksverkehr fliegen; mit einer Frachtkapazität von rund 40 Tonnen sollen sie auch kommerziell eingesetzt werden und weltweit Transportaufträge für zahlungskräftige Kunden erledigen.

»Wir haben sowohl den zivilen als auch den militärischen Sektor im Blick«, sagt Reza Fazlollahi, Business Development Manager bei Airbus Beluga Transport. Flugzeugtriebwerke, Satelliten, größere Produktionsmaschinen der Industrie – all das könne die Beluga befördern. Auch Militärs interessieren sich für den bisher rein zivil genutzten Transporter. Andreas Öffner, Verkaufsleiter bei Airbus Defence and Space, wirbt damit, dass in den 2209 Kubikmeter großen Laderaum zwei riesige Boeing CH-47 Chinook oder ein CH-53 Transporthubschrauber passen, ohne dass sie aufwendig zerlegt werden müssten. »Unsere Maschinen können so gut wie jeden Flughafen der Welt anfliegen«, so Fazlollahi. Bei militärischen Aufträgen werde man sich aber auf den strategischen Lufttransport konzentrieren, so Öffner: »Direkt an der Front in einem Krisengebiet werden die Flugzeuge nicht unterwegs sein.«

Auf der Luft- und Raumfahrtmesse ILA Ende Juni in Berlin war die Beluga XL ein Publikumsmagnet, nicht zuletzt wegen der



Ausgrabungsgelände in Manching: Einladung zum Plündern



Schöning / IMAGO

Dimensionen des Fliegers: Wer in der 8,1 Meter hohen und 7,1 Meter breiten Ladebucht steht, kann sich fühlen wie Jona im biblischen »Bauch des Fisches«. Nur dass der Frachtraum mit seinen 46 Metern sogar länger ist als jeder Meeressäuger.

Technisch gesehen ist die Beluga XL ein entkernter Airbus A330-200, in dem die gleiche Fly-by-Wire-Technik werkelt wie in den Serienmaschinen. Der Schulungsaufwand ist deshalb gering: Zwei Wochen Theorie, dazu drei bis vier Wochen im Simulator, dann dürfen A330-Piloten auch den Aluminiumwal fliegen.

Die Maschine wird von zwei standardmäßigen Triebwerken des Typs Rolls-Royce Trent 700 fortbewegt. Um mehr Platz für Lasten zu schaffen, wurden allerdings das Cockpit nach unten verlegt und eben der Laderaum massiv vergrößert, weshalb das Leitwerk am Heck um zwei Meter nach oben gesetzt werden musste.

Aktuell fliegen zwei Maschinen der Beluga XL im Werksverkehr, bis Ende kommenden Jahres soll ihre Zahl auf sechs steigen. Die Jets lösen auf den Airbus-internen Routen die fünf etwas kleineren Beluga ST ab, die auf dem Serienmodell A300 basieren. Mit 40 Tonnen Fracht an Bord haben die ST-Flieger eine Reichweite von 2780 Kilometern, bei 26 Tonnen Last steigt sie auf 4630 Kilometer. Der Flugzeugbauer stellte sie ab Mitte der Neunziger in Dienst, um sich bei den firmeneigenen Transporten von der bis dahin genutzten »Super Guppy Turbine« des Konkurrenten Boeing zu emanzipieren.

Vor allem die kleineren Beluga ST sollen bald für externe Kunden unterwegs sein. Mehrere Aufträge seien

bereits abgeschlossen, heißt es bei Airbus. Details sind in der traditionell verschwiegenen Branche nicht zu erfahren. Man hofft aber auf ein lang anhaltendes Geschäft: Mit rund 15 000 Flügen haben die Maschinen laut Airbus erst die Hälfte ihrer Lebenszeit erreicht, jede Maschine könne weitere 20 Betriebsjahre schaffen.

Die Auswirkungen der Pandemie haben zu einem massiven Boom beim Luftfrachtverkehr geführt. Mit den Jets wurde zumindest ein Teil der Ware transportiert, der beim coronabedingten Stop-and-go der weltweiten Containerschifffahrt sonst auf der Strecke geblieben wäre.

Doch seit Russlands Angriff auf die Ukraine herrscht ein Mangel an geeigneten Transportern für besonders voluminöse oder schwere Güter. Das größte Frachtflugzeug der Welt, die sechsmotorige Antonow An-225, von der es nur ein einziges flugfähiges Exemplar gab, wurde Ende Februar bei Kämpfen irreparabel beschädigt, als russische Truppen den Flughafen Hostomel bei Kiew einnehmen wollten. Die Maschine, einst für den Transport der sowjetischen Raumfähre Buran gebaut, konnte bis zu 250 Tonnen tragen. Nun ist sie nur noch ein Haufen Schrott.

In der Praxis wichtiger ist der weitgehende Ausfall der Flotte viermotoriger Antonows An-124, die jeweils bis zu 150 Tonnen transportieren können. Die rund ein Dutzend Maschinen der russischen Airline Volga-Dnepr dürfen im Westen nicht mehr fliegen. Und die ukrainischen Antonow Airlines haben ebenfalls Probleme, ihre fünf Jets dieses Typs in die Luft zu bekommen. Aktuell arbeitet

Frachtflugzeug Beluga XL auf der Luft- und Raumfahrtmesse in Berlin Ende Juni: Zwei Tests mit Hubschraubern im Bauch

40 Tonnen

Fracht können die Belugas ST transportieren – bei einer Reichweite von 2780 Kilometern.

das Unternehmen daran, seine Basis vom zerstörten Flughafen Hostomel nach Deutschland an den Airport Leipzig/Halle zu verlegen.

»Es ist ein großes Problem, dass ein Großteil der Antonow-Flotte nicht verfügbar ist«, bestätigt Frederic Horst vom Beratungsunternehmen Cargo Facts im australischen Sydney. »Abgesehen von militärischen Transportern wie der C-5 oder der C-17 gibt es keine ernsthaften Alternativen. Doch diese Maschinen sind für kommerzielle Flüge kaum verfügbar.« In den Airbus-Frachtern sieht zumindest Horst dennoch kein Patentrezept: »Die Belugas haben zu wenig Nutzlast.«

Die Airbus-Experten wiederum beteuern, es gebe keinen Wettbewerb mit den Antonows. »Es sind total verschiedene Flugzeuge. Airbus liegt beim Volumen vorn, Antonow beim Gewicht«, sagt Verkaufsdirektor Öffner. Der Laderaum der Beluga ist um 50 Prozent höher und bis zu 10 Prozent breiter als der in der Antonow An-124. Dafür kann der osteuropäische Transporter deutlich mehr Tonnen wegschaffen als der Airbus.

Doch die Airbus-Leute sind optimistisch: »Wir planen für dieses Jahr die ersten zehn kommerziellen Flüge«, erklärt Fazlollahi. »Die volle Auslastung wollen wir 2025 erreichen, mit 150 Missionen pro Jahr.«

Zwei Tests in der Firmenfamilie hat man schon absolviert. Für die Hubschraubersparte von Airbus flog eine Beluga ST Ende vergangenen Jahres ein fabrikneues Modell von Frankreich nach Japan. Im Mai brachte der Wal zwei Helikopter nach Singapur.

Auf ein paar praktische Herausforderungen müssen sich Kunden der Belugas einstellen. »Entscheidend ist, wie gut man Fracht laden kann«, sagt Analyst Horst. Die Airbus-Maschinen sind nicht so einfach zu füllen wie die Antonows. In der Sowjetunion waren die Maschinen für die Armee entwickelt worden. Sie können sich durch das Absenken des vorderen Fahrwerks gewissermaßen hinknien und dann über eine ausklappbare Rampe beladen werden. So kann im Kriegsfall Militärgerät schnell aufs Schlachtfeld gebracht werden.

Bei Airbus liegt der Laderaum dagegen rund fünf Meter über dem Boden. Hier muss der Inhalt entweder mit Rampen am Zielort ausgeladen werden – oder die Maschine führt die nötige Hebebühne selbst mit. Damit können allerdings nur Frachten bis 20 Tonnen bewegt werden.

Christoph Seidler

Kreißsaal der Sterne

ASTRONOMIE Das neue »Webb«-Weltraumteleskop liefert erste spektakuläre Bilder aus den Tiefen des Kosmos. Mithilfe der Aufnahmen will eine deutsche Astronomin die Geburt von Sonnen enträtseln.

Wie sich da Wolken zu Gebirgen auf-türmen, wie der Sternenstaub quillt und wogt, und dann diese bizarr aufragenden Säulen: »Das ist schon erstaunlich«, sagt Eva Schinnerer. Sie ist keine Freundin großer Worte, aber das Bild des Carina-Nebels habe sie dann doch umgehauen. Man könne förmlich sehen, wie der Wind junger Sterne in diese Staublandschaft hineinbläst und so die Entstehung neuer Sonnen reguliert. »Das ist Physik in Aktion«, konstatiert die Astrophysikerin vom Heidelberger Max-Planck-Institut für Astronomie (MPIA).

Gemeinsam mit einem Kollegen hat sie in ihrem Büro am Bildschirm mitverfolgt, wie die US-Raumfahrtbehörde Nasa erste spektakuläre Aufnahmen des »James Webb«-Weltraumteleskops (JWST) präsentierte. Sie

und die anderen MPIA-Mitarbeiter haben diesem Moment lange entgegengefeuert. Für viele von ihnen hängt die wissenschaftliche Zukunft an dem zehn Milliarden Dollar teuren Teleskop. Manch einer hat mitgebaut an den Instrumenten, die dann diese Bilder eingefangen haben.

Mit einer internationalen Schalte rund um den Erdball und vielen Experteninterviews hat die Nasa das große »Webb«-Spektakel am vergangenen Dienstag inszeniert. Mit knallbunten Falschfarbenbildern aus dem All wollten die Weltraumstrategen die Welt in Erstaunen versetzen und eine neue Ära der Astronomie einläuten. Jetzt hat diese Ära begonnen, in der Gemeinde der beteiligten Forscherinnen und Forscher kehrt Alltag ein. Und Eva Schinnerer will ein Teil davon sein.

Im Space Telescope Science Institute in Baltimore hat das Serviceteam seine Arbeit aufgenommen. Es stellt die Daten bereit, die das Teleskop aus 1,5 Millionen Kilometer Entfernung zur Erde funkt. Astronomen aus aller Welt können sie herunterladen. Die Astrophysikerin Schinnerer zählt zu denen, die Beobachtungszeit beantragt haben. Im Rahmen von »Phangs«, einer internationalen Kollaboration von rund 100 Forschenden, wird sie mit dem Superteleskop insgesamt 19 Galaxien ins Visier nehmen. Bilder von NGC 7496, der ersten dieser Galaxien, gehören zu den ersten am Donnerstag freigeschalteten Daten.

Diese Galaxie ist eine ziemlich durchschnittliche Balken-Spiralgalaxie. Sie liegt 62 Millionen Lichtjahre entfernt und damit in der kosmischen Umgebung der Milchstraße. Sie zählt zu den kleineren Galaxien, ihr Durchmesser ist nur etwa halb so groß wie der unserer eigenen. Schinnerer interessiert sich dafür, wie darin Sterne entstehen. Und dafür wichtig sind vor allem die Staubregionen, die auf einem »Hubble«-Bild von NGC 7496 als feine rote Äderchen zu erkennen sind. Denn dort liegt der Kreißsaal der Sterne.

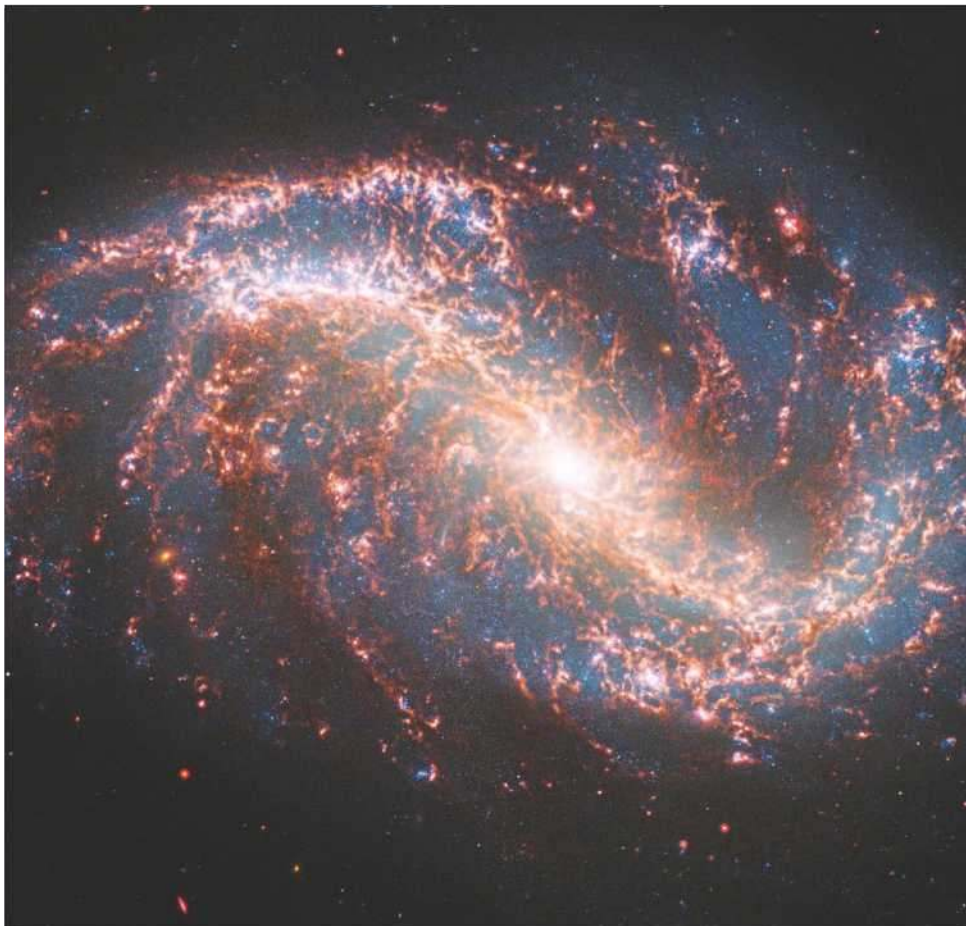
Die Molekülwolken, in denen kaltes Gas als Rohstoff künftiger Sterne wabert, konnten Schinnerer und ihre Kollegen bereits mithilfe des Radioteleskops »Alma« studieren. Die sogenannten H-II-Regionen wiederum, in denen es von frisch gebildeten Sternen wimmelt, sind auf den Aufnahmen von »Hubble« und VLT, dem großen Eso-Teleskop in Chile, zu sehen. Doch erst das »Webb«-Teleskop erlaubt einen tieferen Blick in die Staubschwaden, in denen sich die eigentliche Sternengeburt vollzieht.

Wo »Hubble« nur Dunkel sieht, offenbart »Webb« jetzt eine Fülle von Details. »Schon auf den ersten Blick zeichnen sich sehr dynamische Strukturen ab«, berichtet Schinnerer. Gleich am Donnerstag, als die neuen Aufnahmen eintrafen, machten sie und ihre Phangs-Kollegen sich an die Auswertung.

Die Idee zu dem Forschungsprojekt kam Schinnerer vor sechs Jahren. Es gelang ihr, zunächst eine Handvoll Kollegen davon zu überzeugen, dass es sich lohnen würde, die Entstehung von Sternen in ihrem galaktischen Kontext zu untersuchen. Zwar gilt der Prozess der Sternengeburt selbst als recht gut verstanden. Die Physiker können beschreiben, wie sich Gas in Molekülwolken zusammenballt, wie es sich unter dem Einfluss der Schwerkraft verdichtet und aufheizt und wie schließlich die Kernfusion und damit das Sternenfeuer zündet.

Unklar aber ist noch, wie all das mit der Galaxie insgesamt zusammenhängt. Wo und wann entstehen Sterne? Wie hängt dies vom Galaxientyp ab? Welche äußeren Faktoren spielen eine Rolle? Und vollzieht sich all das überall nach den gleichen Regeln?

Schinnerer und ihre Kollegen kamen zum Schluss, dass sich solche Fragen nur mithilfe



»Webb«-Aufnahme der Balkengalaxie NGC 7496: »Physik in Aktion«

NASA / ESA / CSA / Judy Schmidt

einer systematischen Galaxien-Durchmusterung beantworten lassen. Also fahndeten sie in der kosmischen Nachbarschaft der Milchstraße nach Spiralgalaxien, die nicht zu weit weg sein und möglichst in Draufsicht am Himmel stehen sollten. Inzwischen haben die Phangs-Forscher viele von ihnen mit »Alma«, »Hubble« und VLT abgelichtet. Mit dem »Webb«-Teleskop hoffen sie nun, das Gesamtbild abrunden zu können.

Es bildet Galaxien mit nie zuvor erreichter Auflösung ab. Wichtiger aber ist, dass dieses Teleskop bis weit in den Infrarotbereich des Spektrums blicken kann und damit Strukturen sichtbar macht, für die »Alma« und »Hubble« blind sind. Um möglichst aufschlussreiche Einsichten in die Geburtsstätten der Sterne zu gewinnen, wählten Schinnerer und ihre Kollegen für die Beobachtungen insgesamt acht verschiedene Filter aus.

Knapp vier Stunden Beobachtungszeit wurden dem Team für ihre erste Galaxie gewährt, mit den einzelnen Filtern wurde bis zu 20 Minuten lang belichtet. Nach jeder Einzelaufnahme beginnt sich, wie von Geisterhand bewegt, das Filterrad im Detektor des JWST zu drehen, bis der nächste ausgewählte Filter im Strahlengang einrastet.

Vor allem auf den Aufnahmen im mittleren Infrarotbereich ist zu erkennen, wie die Strahlung frisch entzündeter Sterne die um sie herumliegenden Staubschwaden aufleuchten lässt. Als ein Problem allerdings erweist sich, dass das zentrale schwarze Loch der Galaxie überraschend hell leuchtet. »Es überstrahlt das Signal, das uns interessiert«, sagt Schinnerer. »Aber wir werden einen Weg finden, es herauszufiltern.«

Schon für den Sonntag erwartet ihr Team die Daten der nächsten Galaxie. Diesmal soll NGC 0628 auf dem Programm stehen, eine prächtige Spiralgalaxie mit bilderbuchhaft ausgeprägter Wirbelstruktur. Zu ihr hat Schinnerer eine besondere Beziehung, denn mit Aufnahmen von NGC 0628 hat ihr Projekt einst begonnen.

Auch wissenschaftlich ist diese Galaxie interessant: Molekülwolken und H-II-Regionen liegen hier besonders weit auseinander. »Es wird spannend sein zu sehen, was in der ausgedehnten Staubregion dazwischen passiert«, sagt Schinnerer.

Insgesamt haben sie und ihre Kollegen 107 Stunden am »Webb«-Teleskop gebucht. Ihr Forschungsprojekt zählt damit zu den größten, die geplant sind.

Im August dürfen sie sich auf Bilder einer dritten Galaxie freuen. Diese zeichnet sich durch ungewöhnlich viel Staub im Zentralbereich aus. Ende des nächsten Jahres sollen dann die Aufnahmen der 19. und damit letzten Galaxie eintreffen. Dann wird es für die Forscherinnen und Forscher an der Zeit sein, Bilanz zu ziehen. Bis dahin aber, meint Schinnerer, würden gewiss neue Fragen aufgetaucht sein: »Wir werden weitere Beobachtungsanträge stellen.«

Johann Grolle

WELTRAUMFORSCHUNG

»Es ist überwältigend, wie schön die Natur ist«

Nasa-Wissenschaftschef Thomas Zurbuchen, 54, über mögliche Entdeckungen des »James Webb«-Weltraumteleskops



Fabian Hugo / 13 Photo

SPIEGEL: Herr Zurbuchen, die Nasa hat die ersten Aufnahmen des neuen Weltraumteleskops präsentiert. Welche davon hat Sie am meisten bewegt?

Zurbuchen: Vor allem diejenige, die ganz tief ins Universum hineinblickt. Als wir dieses Bild gesehen haben, war plötzlich alles still im Raum. Damit war klar, dass absolut alles genauso funktioniert hat, wie es sollte. Da war unglaublicher Stolz, das Ziel erreicht zu haben. Man steht als Wissenschaftler, aber auch als Mensch vor diesem Bild in dem Wissen: Ich sehe das Universum, wie es niemand zuvor gesehen hat. Ich war nicht der Einzige, dem Tränen in die Augen traten.

SPIEGEL: Was macht dieses Bild so außergewöhnlich?

Zurbuchen: Es zeigt mehr als 10 000 Galaxien in einem winzigen Fleck am Himmel, wie ihn ein Sandkorn in Armlänge vor den Augen abdecken würde. Es ist einfach überwältigend, wie schön und reich die Natur ist.

SPIEGEL: Es heißt, das »Webb«-Teleskop läute eine neue Ära ein. Wieso?

Zurbuchen: In meiner wissenschaftlichen Laufbahn hat die Nasa nur ein Teleskop gestartet, das mit dem »Webb« vergleichbar wäre: das »Hubble«-Teleskop. Es hat zwei Nobelpreise hervorgebracht, es bringt bis heute 1000 Publikationen pro Jahr hervor, und vor allem: Es hat die Art, wie wir über das Universum nachdenken, nachhaltig beeinflusst. Ich bin überzeugt, dass das »Webb« ähnlich bedeutsam sein wird: wegen seiner Größe, wegen der internationalen Zusammenarbeit und wegen seiner beispiellosen Genauigkeit.

SPIEGEL: Schon »Hubble« kann sehr tief ins Universum blicken. Auch die anderen »Webb«-Bilder, die Sie jetzt präsentiert haben, kennen wir von »Hubble« bereits, wenngleich nicht ganz so brillant. Bietet das »Webb« wirklich eine neue Qualität?

Zurbuchen: Unbedingt! Es kann sehr interessante Dinge beobachten, die für das »Hubble« unsichtbar sind. Erstens sind da diese ganz, ganz fernen Galaxien. Das sind für uns total neue Objekte, die wir bisher nicht sehen konnten. Und zum Zweiten die Atmosphäre von Exoplaneten. Mit dem »Webb« können wir messen,

aus welchen Molekülen sie besteht. Das kann das »Hubble« nicht.

SPIEGEL: Gibt es konkrete Erkenntnisse, die Sie sich von diesem neuen Teleskop versprechen?

Zurbuchen: Da gibt es viele. Wir werden uns zum Beispiel jeden Planeten des Sonnensystems Trappist ansehen. Daran können wir studieren, wie die Atmosphäre dieser Planeten abhängt von ihrer Distanz, Dichte oder anderen Parametern. Und dann werden sicher diese ganz fernen Galaxien Gegenstand vieler Publikationen sein. Die bedeutendsten Erkenntnisse aber werden wir erst in drei bis vier Jahren gewinnen. Denn dann werden wir die Fragen angehen, von denen wir erst noch lernen müssen, dass wir sie überhaupt stellen sollten. Die dunkle Energie zum Beispiel erscheint uns heute als das wichtigste Resultat von »Hubble«. Als dieses Teleskop startete, hat niemand an so etwas auch nur gedacht.

SPIEGEL: Die dunkle Energie war dem Komitee in Stockholm einen Nobelpreis wert. Wird auch das »Webb« Nobelpreise einheimen?

Zurbuchen: Ja, das glaube ich. Sonst hätten wir es nicht gebaut. Ich weiß nur noch nicht, wofür. Kann sein, dass es diese fernen Galaxien sind. Wenn wir zeigen könnten, welche Rolle schwarze Löcher bei ihrer Entstehung haben, dann könnte das eines Nobelpreises würdig sein. Oder die dunkle Materie: Ihre Verteilung gerade in der Frühzeit des Universums ist unglaublich wichtig, und wir haben bis heute keine Messungen. Das sind die Fragen, aus denen die Nobelpreise sind.

SPIEGEL: Wie ist es mit der Suche nach Leben im All? Wenn es solches Leben gibt, ist das »Webb« fähig, es zu finden?

Zurbuchen: Wir werden nachweisen können, dass es Orte gibt, wo es Leben geben kann. Das »Webb« ist allerdings nicht dafür ausgelegt, den Nachweis zu erbringen, dass dort wirklich Leben existiert. Wir finden in unserer irdischen Atmosphäre Moleküle, die in direktem Zusammenhang mit der Entstehung von Leben stehen. Die Signaturen solcher Moleküle könnten wir auch in Exoplaneten nachweisen. Doch wie können wir beweisen, dass es keine andere Erklärung für ihre Existenz gibt? Diese Art Fragen sollten wir beantworten.

Interview: Johann Grolle



Wirtschaftsinformatiker Voit im Nürnberger Spielearchiv: »Weltmodelle im Kleinen«

Wunder beim Turmbau

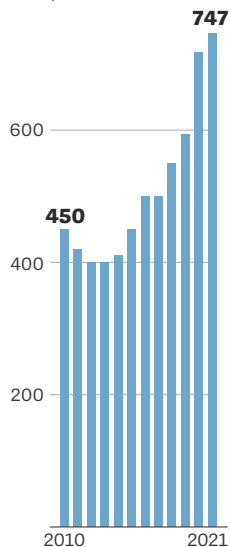
PSYCHOLOGIE Was ist das Geheimnis erfolgreicher Spiele? Ein Nürnberger Professor hat mithilfe künstlicher Intelligenz die Antworten gefunden – mit denen sich auch die Arbeit von Unternehmen verbessern lässt.

Thomas Voit ist ein Professor der anderen Art. Wenn der Dekan der Informatikfakultät an der TH Nürnberg seine Studierenden motivieren will, schickt er sie zum Spielen: Poker, Schach, Mühle, Monopoly. Dann sitzen die angehenden Akademiker im feierlichen Saal der »Ludothek« des Deutschen Spielearchivs in Nürnberg, umgeben von Lagerregalen, und knobeln, lachen und diskutieren, bis sie dem Geheimnis des Brettspiels vor ihnen auf die Schliche gekommen sind.

Spiele sind Geschmackssache. Während die einen nur Schach mögen, schwören andere auf Poker. Aber gibt es eine Formel für ein erfolgreiches Spiel? »Wir suchen mit künstlicher Intelligenz nach der universellen Sprache der Spiele«, sagt Voit, 42. Der Professor mit der wild absteigenden Haartracht wertet dazu nach und nach einen einzigartigen Schatz aus: mehr als 30 000 Spiele aus vielen Jahrhunderten, die im Spielearchiv auf vier Stockwerken lagern.

Spielfreude

Umsatz mit Gesellschaftsspielen und Puzzles in Deutschland, in Mio. Euro



Quelle: Spieleverlage e.V.

Deutschland gilt als Land der Spieler, während der Pandemie stieg der Umsatz von Gesellschaftsspielen und Puzzles auf einen Rekordwert von knapp 747 Millionen Euro. Voit glaubt, dass sich in Spielen die Grundregeln der Motivation zeigen. Wer Spiele verstehe, verstehe den Mensch. Rund 100 Grundbausteine hat sein Team gefunden – etwa den Zufall in Form von Würfeln –, aus denen sich alle Spiele zusammensetzen lassen, die die Menschheit je erfunden hat.

Diese Spielelemente sorgen dafür, dass vier Grundbedürfnisse befriedigt werden. Handlungsfreiheit genießt etwa, wer mit einem genialen Schachzug den Gegner matt setzt; eigene Kompetenz kann unter Beweis stellen, wer ein Kreuzworträtsel löst; Zugehörigkeit zu einer Gruppe erlebt, wer mit Freunden pokert; und Sinn sieht, wer bei Scrabble neue Vokabeln lernt. In all diesen Fällen stellt sich ein Gleichgewicht aus Spannung und Entspannung ein. Psychologen nennen das »Flow«: jenen wohligen

Schaffensrausch, wenn man bei Arbeit oder Sport in völliger Vertiefung die Zeit vergisst. Spiele dagegen, die keines dieser vier Grundbedürfnisse stillen, sind langweilig und frustrierend. Voit spricht in solchen Fällen von »kaputten Spielen«.

Um herauszufinden, was das Wesen eines Spiels ist, startet Voit zunächst stets einen Praxistest. Seine Studierenden spielen ein paar Runden und ändern dann versuchsweise die Regeln ab. Was passiert etwa, wenn man bei dem Flunkerspiel Mäxchen (auch als Meiern bekannt) die Würfel weglässt? Ergebnis: Das Spiel bricht in sich zusammen, funktioniert nicht mehr richtig. Der Zufall, der durch das Würfeln ins Spiel kommt, verhindert, dass immer dieselbe Person gewinnt. Doch wird der Anteil des Zufalls zu groß, verlieren die Spieler zu sehr an Einfluss, das Ergebnis wird beliebig, die Spannung verpufft. Mäxchen ist deshalb so beliebt, weil es die richtige Balance zwischen Zufall und selbstbestimmtem Handeln ermöglicht.

Rund 200 Spiele hat Voits Team bereits ausgewertet. Das klingt nach viel, ist jedoch weniger als ein Prozent der Bestände im Nürnberger Archiv. Um die Auswertung zu beschleunigen, erhält das Team Unterstützung von einer künstlichen Intelligenz. Nachdem das selbstlernende Programm mit den Spielregeln gefüttert worden ist, sucht die KI nach Mustern und Querverbindungen.

Aus dem riesigen Datenwust hat die KI schon eine Art Weltkarte der erfolgreichen Spiele erstellt, die stets den jeweiligen Zeitgeist widerspiegeln. Nach dem Zweiten Weltkrieg beispielsweise waren laut Voit vor allem abstrakte Spiele und Wirtschaftsspiele in Mode, aber seit den Sechzigern geht es mit ihnen bergab; dann begann der Siegeszug der Strategiespiele, der in den Achtzigern zu Ende ging; nach der Jahrtausendwende boomten vor allem Survivalspiele, derzeit sind Fantasyspiele sehr beliebt (siehe Grafik).

Als schwierig erweist sich paradoxerweise, den Erfolg oder Nichterfolg von Computerspielen zu untersuchen. »Die Analyse digitaler Spiele ist häufig mühsam, weil ihnen meist keine Beschreibung der Spielmechanik beiliegt«, sagt Voit. Selbst Digitalspiele mit scheinbar einfachen Regeln sind im Detail ungeheuer komplex – »Wordle« zum Beispiel, das einfache Wortkniffelspiel, das in der Pandemie zur globalen Sensation aufstieg und Anfang Februar von der »New York Times« für einen niedrigen sieben-

stelligen Betrag gekauft wurde. Das Spiel bestehe in Wahrheit aus zwei Ebenen, sagt Voit. Zunächst tüftelt jeder für sich auf der Suche nach einem bestimmten Wort mit fünf Buchstaben. Aber dann teilen viele Spieler ihre Ergebnisse in den sozialen Netzwerken mit – zum Kompetenzerleben kommt das Gemeinschaftserleben hinzu.

Seine Spieleforschung, behauptet Voit, sei übrigens weit mehr als ein akademisches Glasperlenspiel, sie habe praktischen Nutzen. So berät der Informatiker Spieleverlage und macht Fortbildungen für Spieleentwickler, deren Games nicht recht zünden. Voit hilft bei der Suche nach Schwachstellen: Fehlt es vielleicht an Kompetenzerleben, an dem notwendigen Gemeinschaftsgefühl?

Auch Firmen, Museen und Universitäten berät Voit, denn das ernste Leben ist auch nur ein Spiel. Im Berufsleben müssen vergleichbare Grundbedürfnisse befriedigt werden. Viele Arbeitnehmer leiden an Burn-out, eine Hochrechnung kommt auf mehr als vier Millionen Krankheitstage im Jahr 2019 – es mangle ihnen oft an Autonomie und Sinnhaftigkeit, ist Voit überzeugt. Ähnlich frustrierend kann Unterforderung sein, »Bore-out«; den Betroffenen wird die Möglichkeit genommen, ihre Kompetenz unter Beweis zu stellen. Voit kennt derlei Motivationsprobleme aus eigenem Erleben, sechs Jahre lang arbeitete er nach dem Studium als Wirtschaftsinformatiker für einen schwäbischen Automobilzulieferer. Das Einkommen war gut, die Arbeitsabläufe aber waren oft frustrierend – »ein kaputtes Spiel«, wie er es nennt. Er kündigte, ging zurück an die Hochschule, wurde Professor: »Meine Forschung ist gewissermaßen Traumabewältigung.« Nun

spielt er seine wissenschaftlichen Erkenntnisse an die Arbeitswelt zurück.

Auch Christin Lumme, Leiterin des Spielearchivs, arbeitet seit 2016 mit Voits Methoden. Von den mehr als 30 000 Spielen sind rund 14 000 immer noch nicht inventarisiert. Der Prozess ist harte Fleißarbeit, jedes Jahr kommen 300 bis 500 Spiele dazu. In einer Mitarbeiterbefragung kam heraus: Die Arbeit war sinnvoll. Allerdings haperte es an den drei anderen Motivationselementen, Gemeinschaftsgefühl, Kooperation und Autonomie. Inzwischen sichten die Archivare die unsortierten Kisten gemeinsam, wählen selbst aus, was sie besonders interessiert, fotografieren oder schreiben Blogposts. Auf einer Tafel prangt für alle sichtbar der gemeinsame Fortschritt in Zahlen. Die Motivation ist erkennbar besser geworden. Lumme ist davon überzeugt: Voits Forschung hat geholfen, ein »kaputtes Spiel« zu reparieren. Museumsmitarbeiter geben ihr Wissen nun auch an andere Institutionen weiter.

So gibt es ein Promotionsprojekt mit der Jugend- und Drogenhilfe »mudra« in Nürnberg. Die Drogenberaterinnen und -berater fanden, dass es besser laufen könnte. Das Problem: Ihre Klienten werden häufig auf richterliche Weisung zur Beratung verdonnert und fühlen sich fremdbestimmt. Nach der Empfehlung der Spieleforscher können die Klienten den Therapieplan neuerdings beeinflussen, indem sie zum Beispiel zum Training in eine Kletterhalle gehen statt zur Beratung.

»Gesellschaftsspiele funktionieren wie Weltmodelle im Kleinen«, sagt Voit, »sie machen zentrale Mechanismen einer Gesellschaft erlebbar, auch problematische.« Monopoly etwa ist ein Nullsummenspiel: Jeder Gewinn geht auf Kosten anderer, ein gemeinsames Vorgehen ist sinnlos. Dieser Kampf aller gegen alle, der in dem Spiel abgebildet wird, erschwert global die Zusammenarbeit bei Problemen wie dem Klimawandel: Wieso sollte sich ein Land anstrengen, wenn andere Länder davon profitieren, nicht mitzumachen? »Dieses Problem ist fast völlig ungelöst, unser Denken ist stark von Nullsummenspielen geprägt«, gibt Voit zu.

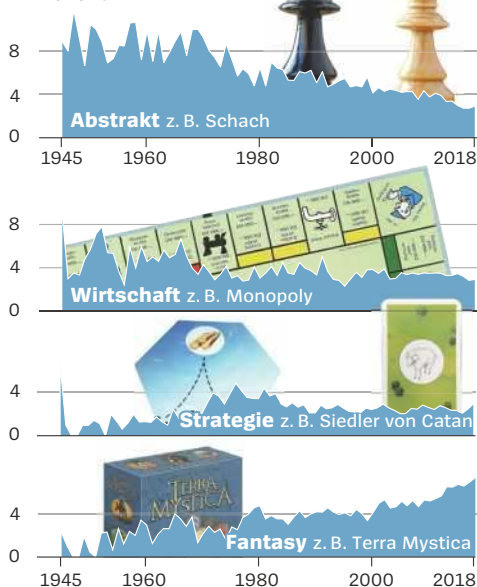
Doch seine KI-basierte Datenanalyse der Spiele zeigt: Monopoly ist zum Außenseiter geworden. Heute hätte der Wettkampf um die teuerste Straße keine Chance mehr, zum Spiel des Jahres gewählt zu werden. Längst geht der Trend zu kooperativen Spielen, bei denen Zusammenarbeit belohnt wird.

»Eines meiner Lieblingsspiele ist Jenga«, sagt Voit. Die Spieler sind gezwungen, gemeinsam einen Turm zu bauen, obwohl sie eigentlich gegeneinander kämpfen sollen. Im Laufe der Zeit geschieht ein kleines Wunder: Der Turm wächst und wächst, weil die Spieler ungewollt damit begonnen haben, sich gegenseitig zu helfen. Am Ende aber geht es nicht mehr höher hinaus, der Turm kracht zusammen – ein großer Spaß für alle, ein herrliches Gruppenerlebnis.

Hilmar Schmudt

Schachmatt

Genreanteil bei Gesellschaftsspielen*, in Prozent



* Datensatz basierend auf Spielbeschreibungen von boardgamegeek.com, über 50.000 Spiele und 37 Genres

■ Quellen: Jörg Meier, Thomas Voit; TH Nürnberg

**SOCIAL
DESIGN
AWARD**

**JETZT MITMACHEN
BEIM WETTBEWERB 2022!**



WIR FÜR UNSER KLIMA

WORUM GEHT ES?

Die Welt braucht uns jetzt: Der Klimawandel betrifft uns alle, und stoppen können wir ihn nur alle zusammen. Daher werden gute gemeinschaftliche Projekte gesucht, die zu Klimaschutz, Naturschutz und Biodiversität beitragen.

WIE KANN MAN TEILNEHMEN?

Mitmachen kann jeder! Die Einreichungsphase für den Social Design Award läuft bis zum 31. August 2022. Unterlagen und Onlineformular gibt es unter spiegel.de/socialdesignaward.

WIE LÄUFT DER WETTBEWERB AB?

Eine Jury wählt die besten Ideen aus, die Leserinnen und Leser auf SPIEGEL.de können ab Ende September 2022 daraus ihren Favoriten wählen. Die Gewinner geben wir am 8. November 2022 in SPIEGEL WISSEN 2/2022 und auf SPIEGEL.de bekannt.

WAS GIBT ES ZU GEWINNEN?

Vergeben werden beim Social Design Award wieder ein Jurypreis und ein Publikumspreis. Die Preise sind jeweils mit 2500 Euro dotiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

DER SPIEGEL

Lieblingsprämie wählen

Jetzt eine neue Leserin oder einen neuen Leser werben, und Ihre Prämie sichern!



TechniSat DIGITRADIO 370 CD BT

DAB+/UKW-Stereoradio mit CD-Player, Audiostreaming per Bluetooth und USB-Anschluss. Ohne Zuzahlung.



Le-Creuset-Pfannenset, 2-teilig

Für alle Herdarten geeignet, mit großen Bratflächen. Größen: 24 und 28 cm. Ohne Zuzahlung.



€100,- Prämie

Erfüllen Sie sich selbst oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch!



Mannesmann-Werkzeugkoffer, 75-teilig

75 Werkzeuge und ein leistungsstarker 20-V-Akku-Bohrschrauber in einem Koffer. Ohne Zuzahlung.



Faltliege Nassau – rot/beige

Aus geöltem Eukalyptusholz und mit bequemer Wendeauflage.
Aufstellmaße: ca. 186 × 55 × 56 cm. Ohne Zuzahlung.



Stand-up-Paddle-Surfboard Explorer

Für Stand-up-Paddling, Surfen, Canyoning und mehr.
Maße: ca. 300 × 76 × 12,7 cm. Zuzahlung: €139,-.

Einfach jetzt bestellen:

 **abo.spiegel.de/p22**

oder telefonisch unter:
040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis
von nur €5,60 statt €6,10 im
Einzelkauf.





Black Midi

Geschichten aus der Hölle

POP Die Band Black Midi ist bekannt für brachialen Sound. Das dritte Studioalbum setzt einen ganz neuen Ton – an den dunklen Seiten des Lebens arbeiten sich die Briten trotzdem ab.

Bloß ein halbes Jahr hat die britische Noise-Rock-Formation Black Midi an ihrem neuen Album gearbeitet. Das Ergebnis überrascht, es klingt mehr nach traditionellem Songwriting, als man es vom Londoner Trio und seinem brachialen Klang gewohnt ist. In »Hellfire« geht es um menschliche Abgründe und Ambivalenzen, einen entlassenen Soldaten und gefährliche Verbindungen. Mit der Single »Welcome to Hell« gab die Band bereits einen Vorgeschmack. Sänger und Gitarrist Geordie Greep sagt, er glaube zwar nicht an die Hölle, räumt aber gleichzeitig ein Faible für die künstlerische Darstellung der Unterwelt ein – von Dantes »Inferno« bis zu den Halloweenfolgen der »Simpsons«.

Einen Hang zum Comichaften und Überdrehen kann man wohl dem ganzen Trio attestieren. Eines der aktuellen Bandfotos zeigt die Mitglieder in einer Fotomontage als groteske Bodybuilder. Die Zeit nach ihrer Debüt-LP »Schlagenheim«, die Kritiker begeistert hatte, war für die Absolventen der elitären Londoner Brit School for Performing Arts schwierig. Noch vor dem zweiten Album verließ ein Gitarrist die Band. Der zuvor oft improvisierte, übersteuerte Gitarrenkrach kanalisierte sich 2021 auf »Cavalcade« schließlich in eine Mischung aus Fusion-Jazz, Progressive Rock und Bossa-Nova-Balladen. »Hellfire« nun setzt den eingeschlagenen Weg in ruhigere Gefilde fort, weg vom Höllenlärm. BST

Ein Gefühl des Makels

LITERATUR Der autobiografische Debütroman von Sigrid Nunez erschien vor 27 Jahren zum ersten Mal in den USA. Dort wurde die preisgekrönte Schriftstellerin (»Der Freund«, 2018) 1951 geboren, als Tochter eines chinesischpanamaischen Vaters und einer deutschen Mutter. »Eine Feder auf dem Atem Gottes« erzählt vom Aufwachsen in einer New Yorker Sozialbauwohnung der Fünfzigerjahre und von dem Versuch, den eigenen Eltern irgendwie nahe zu kommen, sie zu verstehen – auch um sich selbst besser zu verstehen. Die Mutter ist eine strenge, starke, unzufriedene Frau. Der Vater ist arbeitsam, aber noch unergründlicher, ein Mann, der in der neuen Heimat nie ganz ankommt: Zeit seines Lebens spricht er, der in Mittelamerika geboren wurde und dessen Familie väterlicherseits aus China stammt, kaum Englisch. Nunez' fast 30 Jahre alter Roman über die Suche nach der eigenen Identität ist hochaktuell. Die Icherzählerin verspürt als Kind ein Gefühl des Makels ob ihrer Herkunft, der sie besonders mit ihrem Vater verbindet: »Gibt es ein chinesisches Schimpfwort wie ›Mischling‹, und wurde er wie wir damit bezeichnet? Bestimmt hat er sich viele Male im Leben gewünscht, er wäre ganz und gar Chinese. Meine Mutter wünschte, ihre Kinder wären ganz und gar deutsch. Ich wäre gern ein typisch amerikanisches Mädchen mit einem Namen wie Sue Brown gewesen.« Nunez' literarische Spurensuche, gekannt

von Anette Grube ins Deutsche übertragen, berührt. ks

Sigrid Nunez: »Eine Feder auf dem Atem Gottes«. Aus dem Amerikanischen von Anette Grube. Aufbau; 222 Seiten; 22 Euro.



Einzigartig bunt

MODE Das erste Kleidungsstück, an das Iris Apfel ihr Herz verlor, war ein Blusenkleid mit besticktem Kragen und Rüschenärmeln. Mit 12 oder 13 Jahren fuhr sie dafür vom New Yorker Arbeiterviertel Queens, in dem die jüdische Familie lebte, nach Manhattan. Es ist eine von vielen Anekdoten, die Apfel in einem biografischen Bildband erzählt. Die New Yorkerin wurde erst mit 84 Jahren als Modeikone entdeckt, nachdem sie für eine Ausstellung im Metropolitan Museum of Art Schaufensterpuppen mit Accessoires und Klamotten aus ihrem Privatbesitz ausgestattet hatte. Apfel studierte Kunst und Geschichte,



Apfel 2016

arbeitete bei einer Modezeitschrift, später als Raumausstatterin. 1950 gründete sie mit ihrem Ehemann eine Textilfirma, die antike Stoffe reproduzierte. Das Paar tingelte durch die Welt, und Apfel entwickelte ihren bunten Stil mit schickem Twist, für den sie später gefeiert wurde: Sie kaufte türkischen Schmuck, indische Seidenschals – und kombinierte alles mit Haute Couture. Man kann sich kaum sattsehen an dieser Frau, die sich nie an Trends klammerte. Der Band »Mehr ist mehr. Die Mode der einzigartigen Iris Apfel« gibt auch Einblick in eine Zeit, in der Ästhetik noch über jeden Zweifel erhaben war. Dass Apfel Turbane trug, wurde nicht als kulturelle Aneignung diskutiert, sondern als Zeichen eines modernen Kosmopolitismus verstanden. Stolas aus Fuchspelz standen damals für Luxus, nicht für Tierquälerei. Heute verzichten selbst Chanel oder Prada auf Pelze. Manches ändert sich also – auch Apfel selbst? Im Frühjahr entwarf Apfel, die im August 101 wird, eine Kollektion für H&M. Die Frau, die fast ein halbes Jahrhundert lang nach besonderen Sachen suchte und deren eigene Looks ausstellungswürdig sind, macht nun Fast Fashion. FEL

Eric Boman: »Mehr ist mehr. Die Mode der einzigartigen Iris Apfel«. Midas; 160 Seiten; 39 Euro.

Im Dickicht toxischer Männlichkeit

KINO Herrlich, so ein Spaziergang im Wald! Endlich Ruhe – oder auch nicht. In den sattgrünen Landschaften von Gloucestershire will sich die Londonerin Harper Marlowe (Jessie Buckley) eigentlich erholen. Zuvor musste sie mitansehen, wie sich ihr gewalttätiger Ehemann nach einem Streit vor ihren Augen in den Tod stürzte. »Du wirst mich auf dem Gewissen haben«, rief er ihr zu – und diese Worte quälen Harper nun bei ihrer Flucht aufs verwunschene englische Land, mit der Alex Garlands schaurig-schöner Horrorfilm »Men – Was dich sucht, wird dich finden« beginnt. Harper weiß eigentlich genau, dass sie keine Verantwortung für den Suizid ihres Mannes trägt, doch die Schuldgefühle bleiben. Vor der toxischen Männlichkeit gibt es kein Entkommen. Im Film manifestiert sie sich unter anderem in einem nackten, mit Moos und Eichenlaub geschmückten Landstreicher, der sie stalkt, in einem allzu paternalistischen Hausvermieter und einem übergriffigen Vikar – allesamt mit viel Maskenbildnerie vom Shakespeare-Mimen Rory Kinnear gespielt. Im letzten Akt mündet der bis dahin beunruhigende Psychothriller, der mit



Kevin Baker / Koch Films

Gothic- und Folklorelementen spielt, in ein Gemetzel, wie es selbst Genremeister David Cronenberg nicht blutiger entwerfen könnte. Regisseur und Autor Garland, berühmt geworden durch seinen zivilisationskritischen Roman »Der Strand« und kluge Science-Fiction-Filme wie »Ex Machina«, gelingt ein feministisch grundierter Gruselschocker, dem es allerdings wegen seiner allzu plakativ zur Schau gestellten Männermetaphern und eines aufdringlichen Symbolismus an Subtilität fehlt. Doch Hauptdarstellerin Buckley rettet den Film: Die Entdeckung aus Maggie Gyllenhaals gefeiertem Regiedebüt »Frau im Dunkeln« bekommt hier eine große Bühne – und glänzt im Dickicht maskuliner Chiffren mit vielschichtiger Weiblichkeit. BOR

Künstlerin mit Zornesfalte

KUNST Wenn sie sich selbst malte, inszenierte sich Ottilie Roederstein mit maskuliner Attitüde. Die Künstlerin trug Hüte, verschränkte die Arme und blickte abweisend. Zwischen den Augenbrauen bildete Roederstein oft eine Zornesfalte ab. Man sollte in den Selbstporträts sehen, dass sie sich ihren Erfolg als schöpferische Künstlerin hart erarbeitet hatte. Um 1900 wurden Frauen wie sie meist nur als Dilettantinnen und Kopistinnen akzeptiert. Roederstein aber eroberte sich einen festen Platz im männlich dominierten Kunstbetrieb. Eine Retrospektive im Städel Museum Frankfurt zeigt nun Roedersteins unabhängiges Leben und

ihr Werk (20. Juli bis 16. Oktober).

Ottilie Roederstein wurde 1859 in der Schweiz geboren und hatte schon als Zehnjährige den Wunsch zu malen. Frauen waren an Kunstakademien jedoch nicht zugelassen. Sie lernte deshalb in speziellen Damenklassen in Zürich, Berlin und Paris und gehörte zu den ersten Künstlerinnen, die Aktmalerei studierten. Anschließend ging sie nach Frankfurt, gemeinsam mit ihrer Lebensgefährtin Elisabeth Winterhalter, der ersten Frau, die in Deutschland als Chirurgin arbeitete. Dort wurde sie zu einer der erfolgreichsten Künstlerinnen ihrer Zeit. Roederstein malte vor allem dekorative Stillleben und Porträts, so, wie ihre Auftraggeber es wollten. Ihre Werke verkauften sich gut, Experimente waren

unangebracht gewesen, die finanzielle Unabhängigkeit ging vor. Die Städel-Ausstellung »Frei. Schaffend.« spürt aber auch Roedersteins Weg zu un-



»Madonna unter Blumen...«, 1890

abhängigeren Kompositionen nach, in denen sie das für Frauen vorgegebene Terrain verließ, religiöse Bilder und sogar Akte malte. 1902 kaufte das Städel Museum ihr Gemälde »Lesende alte Frau« als erstes Werk einer zeitgenössischen Künstlerin. Nach ihrem Tod 1937 gerieten ihre Werke in Vergessenheit – was vielleicht auch daran lag, dass Roederstein nie abstrakt, sondern stets in traditionellem, figürlichem Stil gemalt hatte.

Als Aktivistin aber hinterließ sie Spuren: In ihrem Atelier in der Städelschule gab Roederstein ihr Wissen an andere Frauen weiter, und mit ihrer Lebensgefährtin setzte sie sich dafür ein, dass die ersten Mädchen in Frankfurt Abitur machen konnten. Die nächste Generation sollte es leichter haben mit der Selbstständigkeit. CPA

Wie ein Phönix aus Hartz IV

KARRIEREN Die Autorin Mirna Funk polemisiert mit ihren Ansichten zu Feminismus und Jüdischsein – und feiert sich selbst wie kaum eine andere Schriftstellerin für ihre Lebensgeschichte. Fordert sie die deutsche Gesellschaft heraus, oder will sie vor allem berühmt sein? *Von Elisa von Hof*



Publizistin Funk
in ihrer Berliner
Wohnung

Ein Seminarraum im Literaturinstitut der Uni Hildesheim, ein paar Studierende tippen konzentriert in ihr Handy. Vor der Tafel fläzt sich Mirna Funk auf ihrem Stuhl, neongrüne Plisseehose, feuerrote Fingernägel. An der renommierten Schreibschule hält die Autorin gerade ein Seminar. Man könnte denken, dass es um erste Sätze oder komplexe Figuren geht. Um hochliterarisches Zeug eben. Aber dann wäre Funks Seminar keine unterhaltsame Show. Und die soll es schon sein. Deshalb geht es heute um etwas, das mehr Aufmerksamkeit erregt: um Sex.

Funk will den Studierenden beibringen, wie man ihn richtig erzählt. Also nicht »in schwulstig«, sondern »in cool«. Damit kennt Funk sich aus, zumindest wirkt sie auf ihrem Instagram-Kanal und in ihren Texten fast immer so, beängstigend cool. »Denkt beim Schreiben nicht an Papa und Mama, denkt auch nicht an die Leser, sonst kastriert ihr euch selbst«, sagt sie und streicht ihre schwarzen langen Haare zurück. Vor wenigen Minuten hat sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, ihr per WhatsApp von ihrem letzten Sex zu erzählen. »Denkt immer in Hauptsätzen, es sollte tak-tak-tak gehen.«

Tak-tak-tak, so lebt Funk auch ihr Leben, zumindest erzählt das die 41-Jährige gern. Es ist ein Grund, warum sie gerade so erfolgreich ist.

Funk schreibt eine Sexkolumne in der einen Zeitschrift, eine Finanzkolumne in der anderen, dazu in der »FAZ«, in der »Zeit«, überall eigentlich. Sie schreibt über die Bundeswehr, Geschlechterrollen, ihre eigene Abtreibung und ihr Jüdischsein. Kein Thema ist zu groß, keines zu heikel. Sie tritt in Podcasts und Fernsehsendungen auf. Kürzlich veröffentlichte sie zudem ihr erstes Sachbuch, »Who Cares!«, eine Abrechnung mit den »Reihenhausfeministinnen«, wie Funk darin polemisiert. Das schmale Bändchen, eine Biografie, getarnt als rotziger Appell an Frauen, endlich weniger zu jammern und mehr zu klotzen, schaffte es auf die Bestsellerliste und in die Feuilletons. Zudem arbeitet Funk an Drehbüchern, schrieb zwei Romane, der dritte ist natürlich auch schon verkauft.

Tiefgründig oder originell ist Funk nicht immer, in ihren gelungenen Texten ist sie aber im besten Sinne lebensklug. Unvorhersehbar ist, wer sich am Ende am meisten davon angegriffen fühlt.

Mal teilt sie gegen Feministinnen aus, mal gegen faule Männer, mal zieht sie den Hass der progressiven Linken auf sich, mal den der AfD. Funk eckt an. Vielleicht ist es zu einfach, ihr zu unterstellen, dass sie das genieße. Zumindest aber wirkt es so. Denn Funk teilt Verisse ihrer Texte süffisant auf Instagram. Und inszeniert sich dort so tough, dass man sich kaum vorstellen kann, dass Funk auch mal an sich zweifelt.

Die Frage, ob man sie für ein Porträt treffen könne, bejaht sie sofort. Sie zieht auch nicht zurück, als eine negative Rezension

ihres Buchs im SPIEGEL erscheint. Andere wären davon gekränkt, vielleicht ernsthaft verletzt gewesen. Funk ist nicht so. »Das hier ist Business«, schreibt sie per Mail, »ich habe keinerlei persönliche Befindlichkeiten.« Ist bloß ihr Drang nach Aufmerksamkeit größer als ihr Stolz auf ihr Werk, oder stimmt das wirklich?

Ein italienisches Restaurant in Hildesheim, Holztische, rote Rosen in Weinflaschen. Nach dem Sexseminar ist Funk ausgehungert. Es muss jetzt schnell etwas auf den Tisch, das macht Funk den Kellnern unmissverständlich klar. Es werden Weißwein und Brot, dazu ein Kalbsschnitzel bestellt. Funk isst schnell, unterbricht sich immer wieder zum Reden. Dass sie heute an der Uni unterrichtete, erzählt sie, sei vor zehn Jahren noch nicht absehbar gewesen.

Ende der Nullerjahre. Funk hat eine durchwachsene Zeit in Berlin hinter sich. Abi mit 3,3. PR-Studium an einer mittelmässigen Fachhochschule. Jobs in Kommunikations- und Castingagenturen für Hungerlöhne. Partys. Drogen. Wenig Schlaf, wenig Aussicht auf Zukunft. Dann kommt die Finanzkrise. Funk hat keinen Job mehr und auch kein Geld. Und sie muss ins Krankenhaus. Also: Hartz IV. »Mein persönlicher Tiefpunkt im Life«, so schreibt sie es in ihrem Buch. Aber life goes on, sonst wäre Mirna Funk jetzt nicht hier. An diesem Punkt startet Funks persönliche Heldinnen erzählung, der Motor ihrer Texte, die Legitimation ihrer Überzeugungen.

Funk schreibt sich für ein Philosophiestudium in Berlin ein, schreibt, liest, arbeitet halbtags, um Geld fürs Denken zu verdienen, »keine Freizeit, das ist, was ich über diese Zeit sagen kann«. Sie will Autorin werden, und nun, so geht die Erzählung weiter, ackert sie dafür.

Wie ein Phönix aus Hartz IV, mit Fleiß, Schweiß, Lebenshunger oder, wie sie selbst es formuliert, »durch harte Arbeit, durch Konfrontation mit dem Unbekannten, durch das Aushalten von Widerständen« beginnt Funks Aufsteigerbiografie. »Ich wurde Mirna Funk«, so beschreibt sie es in ihrem Buch.

»Ich glaube einfach sehr an Arbeit«, sagt sie jetzt. »Und an das kreative Potenzial des Überlebenskampfes«. Der Kellner möchte ihr den halb leer gegessenen Teller wegnehmen, sie wehrt sich. »Ich esse noch!« Und erzählt weiter. »Wenn du überleben musst, überlebst du.« Die Leute würden jetzt bestimmt wieder behaupten, sie sei total krass. Sie verdreht die Augen. »Aber ich muss allein überleben, seit ich 17 Jahre alt bin. Und das hat mich zu der gemacht, die ich heute bin.« Noch Fragen?

Die hart arbeitende Self-made-frau – dieses Narrativ verfängt, schließlich ist auch das Emanzipation.

Das Problem an Erzählungen des Aufstiegs ist, dass sie meistens nicht ganz stimmen. Funk ist, das ist zum einen der gelungene Coup dieser Eigen-PR, zum anderen die schlichte Wahrheit, wirklich arbeitsam. Aber harte Arbeit rentiert sich natürlich auch nicht immer, Glück, Zufälle und Privilegien beeinflussen Erfolg. Bloß erzählt sich das nicht ganz so schön. Die hart arbeitende Selfmade-frau – dieses Narrativ verfängt bei vielen, schließlich ist auch das Emanzipation, und Feminismus ist kein geschützter Begriff. Und gleichzeitig sehen das nicht alle so.

2014 schreibt sie einen frühen Essay im »Freitag«. Bereits hier sieht man, wie sehr Funk das Dagegensein liebt, das Querschließen in Kulturkämpfen und Debatten, gern auch mit Polemik. Die Feminismusdebatte bezeichnet sie in dem Text als »unemanzipiertes Geplänkel«, Frauenrechtlerinnen als »Barbie-Feministinnen«. Funk, damals noch relativ unbekannt, holt richtig aus. »Keiner behandelt mich als Mensch zweiter Klasse, keiner zahlt mir weniger, keiner lässt mich mit meinem Kind allein und fordert, dass ich auch noch das Geschirr in die Spülmaschine stelle.« Texte wie dieser sind Funks Arena, ihre Sätze Fausthiebe. Funk zweifelt nicht nur die Thesen zeitgenössischer Feministinnen an, Funk stellt Sexismus grundsätzlich infrage. Der Text löst, klar, einen Shitstorm aus. Für Funk ist es der erste Shitstorm von vielen. Wer den Text heute liest, muss das für kalkuliert halten.

»Tue ich nicht«, widerspricht sie, unterstellt man ihr, die Provokation zu lieben. Sie drücke sich bloß klar aus.

Sie hat nun fast aufgegessen, der Kellner möchte wieder ihren Teller abräumen. Funk lächelt und fragt, ob man ihr die Reste einpacken könne. Der Kellner lächelt zurück. »Je mehr Sie essen, desto netter werden Sie«, sagt er und verschwindet in der Küche. Und er hat recht: Funk gelingt es, zwischen konfrontativ und süß zu switchen, das macht ihren Charme aus. Sie fragt immer, wie es einem gehe, erkundigt sich nach Sternzeichen (Astrologie ist ihr sehr wichtig, wie so vielen hippen Frauen in Berlin), auf Fragen antwortet sie auch mal mit »Gerni«. Aber in Debatten wirft sie oft Bomben.

2017 gibt Funk »Edition F«, einem feministischen Onlinemagazin, ein Interview. Darin erklärt sie, man müsse »eine feministische Terrorgruppe gründen und die alten weißen Männer aus dem Weg schaffen«. Spöttisch, selbstbewusst. Funk tritt so tough auf, dass nicht alle ihre Ironie entschlüsseln, sie vielleicht auch absichtlich falsch verstehen wollen. Jens Jessen kritisiert den Satz in der »Zeit« als »Feindseligkeit«. Männerrechtler, so sagt es Funk, gehen noch einen Schritt weiter, zur Polizei. Sie zeigen Funk an. Sie habe, so steht es in der Anzeige, öffentlich zu Straftaten aufgefordert.

Im vergangenen Jahr erreicht sie der Hass wieder von der anderen Seite. Funk hatte zum Muttertag auf einem linksfeministischen Blog

gefordert, Frauen sollten endlich ihre faulen Ehemänner verlassen, wenn die im Haushalt nicht mitmachen. Daraufhin wird Funk von Feministinnen angegriffen, auch die SPIEGEL-Kolumnistin Margarete Stokowski ist darunter. Funk sei privilegiert und unreflektiert, heißt es. Sie denke Diskriminierung nicht mit. Nicht alle Frauen könnten ihren Partner einfach so verlassen, weil sie von ihm abhängig seien. Es ist klar, dass solche Argumente bei ihr nicht ankommen.

Sie wehre sich gegen das Narrativ der unfreien Frau, sagt Funk jetzt. »Ich bin doch auch unabhängig – und wenn es nach den Wokies geht, sogar trotz siebenfacher Diskriminierung: Ich bin Frau, Jüdin, Ostdeutsche, Mutter, alleinerziehend, Arbeiterkind und«, Funk lacht in die Silben hinein, »ich bin auch noch hot.«

Warum bringt Funk immer alle auf die Palme?

»Sie ist laut, hat Chuzpe und eine Meinung, zu der sie steht. Das reicht doch häufig schon, damit sich die Menschen an dir abarbeiten«, sagt Daniel Donskoy am Telefon. Der Schauspieler und Musiker lud Funk in seine jüdische Late-Night-Show »Freitagnacht Jews« ein. Die Sendung ist schnell und provokant, da sind sich Donskoy und Funk ähnlich. Doch im Gegensatz zu Funk ist er konziliant. Sie schreibe oder sage nichts, um Menschen willentlich zu verletzen, meint er. Funk sei einfach eine ideale Projektionsfläche für die eigenen Komplexe.

Vielleicht hat Donskoy damit nicht ganz unrecht. Vielleicht triggert Funk, an ihren Porsche gelehnt, an den Füßen ein Paar Prada-Schlappen, behängt mit den Statussymbolen ihrer Aufsteigergeschichte, etwas in einem, das man nicht wahrhaben will. Dass eben doch alles möglich ist – wenn man sich nur anstrengt. Tak-tak-tak halt.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass ein polarisierter Diskurs für Funk ein idealer Nährboden ist. Im Internet verkaufen sich Texte schließlich durch Lautstärke und Distinktion. Hätte Funk keine Gegner mehr, von wem könnte sie sich abgrenzen?

Vielleicht nimmt man Funk aber auch viel zu ernst.

Ein heißer Abend im Juni, einige Tage nach dem Treffen in Hildesheim, vor dem Berliner Promirestaurant Borchardt stehen junge Frauen zwischen 25 und 40, Sonnenbrille in den Haaren, Weinglas in den Händen. Funk, in einem kurzen Brokatkleid mit tiefem Ausschnitt, feiert ihre Buchparty. Dazu hat sie etwa 200 Frauen über Instagram eingeladen. Es soll keine trockene »Wasserglaslesung« werden, wie der Verlag solche Veranstaltungen nennt, sondern ein Event. Denn ein Event macht mehr Spaß. Und Spaß sorgt für Reichweite.

Allein vom Schreiben kann heute kaum jemand mehr leben. Autoren müssen auch ein Stück von sich selbst verkaufen. Man könnte sogar behaupten: sich selbst. Vielen fällt das schwer. Aber Funk gibt gern. Das sieht man

schon daran, dass an diesem Abend nicht nur Bücher, sondern Goodie-Bags verteilt werden. Der Inhalt: Pflgetücher für den Intimbereich, Gleitgel, eine Massagekerze und eine goldene Halskette mit dem Titel ihres Buchs. Die Botschaft ist klar und steht auch auf den Taschen: »Don't be scared to be a bad bitch«. Man soll keine Angst haben, a bad bitch zu sein, eine Frau also, die sich nimmt, was sie will. Wie Funk.

Die nimmt jetzt, natürlich lässig, auf der kleinen Bühne Platz, jeder Stuhl um sie herum ist besetzt. Dann spricht sie, über Sex natürlich und darüber, wie sie sich jahrelang um eine Steuererklärung drückte, aber auch dieses Thema irgendwann heldinnenhaft bewältigte. Funk weiß eben, wie man Geschichten erzählt. Spannend wird es, als sie zu ihrem Instagram-Auftritt befragt wird. Dort exponiert sie sich stark, zeigt alles zwischen ihrem lichtdurchfluteten Apartment in Berlin-Mitte und ihren harten Bauchmuskeln. Funk performt Authentizität so perfekt und ästhetisch, dass man sie bisweilen für gläsern hält. Es ist eine nahezu vollkommene Selbstinszenierung.

Sie teile dort nicht alles, sagt sie. Es gebe schon einen Unterschied zwischen der echten Mirna Funk und der Kunstfigur. Welchen? Funk wird ernst. Das habe mit der Lesereise zu ihrem Debütroman zu tun, sagt sie. Die habe sie zum Nachdenken darüber gebracht, wer sie in der Öffentlichkeit sein wolle.

»Winternähe«, Funks Debüt, erscheint 2015. Der Roman wird ein Erfolg. Vielleicht auch weil die Geschichte einen interessanten, biografischen Kern besitzt. Protagonistin Lola muss, genau wie Funk, antisemitische Diskriminierungen ertragen. Irgendwann reicht es ihr. Sie zieht dagegen vor Gericht, verliert und flieht nach Israel, um ihre jüdische Identität zu erkunden. Funk wird für die Geschichte für Preise nominiert, sie ist auf einen Schlag als Schriftstellerin bekannt.

Doch auf der Lesereise können es Journalisten nicht lassen, mit der jungen, schönen Autorin nicht nur über das Buch, sondern auch über explizite Sexszenen darin zu sprechen. Das, sagt sie jetzt, sei nur schwer erträglich gewesen. Sie musste sich überlegen, als welche Mirna Funk sie zukünftig auftreten will. Und so entscheidet sie sich wohl dafür, lieber zuerst anzugreifen, als angegriffen zu werden. »Klar ist sie privat nicht nur tough. Aber diese Seite in der Öffentlichkeit zu zeigen, das kostet dich mehr, als es dir gibt«, sagt Entertainer Donskoy. »Und man darf nicht vergessen: Mirna ist eine ausdrucksstarke,

jüdische Frau, das reicht schon, damit man gern auf dir rumhackt.«

Donskoy sagt, was man miterzählen muss, wenn man über Funk schreibt: ihr Jüdischsein.

Anfang Juni, Funk ist zu einem Symposium an der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg geladen. Dort soll sie eine Debatte über jüdisches Leben in Deutschland moderieren. Es wird um das Gefühl von Heimatlosigkeit gehen, um die Halacha, also das religiöse jüdische Gesetz, und um etwas, das man als Nichtjüdin nie ganz verstehen kann: um zwei Identitäten, die in Deutschland so komplex vermengt sind, dass schmerzhaft Zugehörigkeits- und Distinktionsfragen miteinander ringen.

Funk hat die Runde zum Teil selbst besetzt, zwei ihrer Freunde, der Schauspieler Garry Fischmann und der Künstler Alexander Iskin, fahren mit. Man trifft sich am Berliner Hauptbahnhof. Ebenfalls dabei: Funks sechsjährige Tochter Etta, lange dunkle Haare, Sommersprossen, Schalk in den Augen, ein Mini-Me der Autorin.

Gelöste Stimmung im Abteil. Fischmann beatboxt, Etta tanzt, Iskin packt Grauburgunder aus, Funk getrocknete Mango und Salate. Dann stellen Fischmann und Iskin Cracker dazu. »Mit euch kann man ein KZ überleben«, sagt Funk und lacht. In Momenten wie diesem weiß man nicht, wie man reagieren soll. Funk weiß das natürlich. Ihre Witze sind zum Aushalten da. Sie selbst auch. Und vielleicht ist das auch ein Grund für die Antipathien, die ihr häufig entgegenschlagen. Schuldabwehr.

Funk hat, wie sie selbst sagt, eine »schwierige Identität«. Sie wächst in den Achtzigern in Ost-Berlin als Kind sehr junger Eltern auf. Ihr jüdischer Vater ist der Enkel des in der DDR berühmten Schriftstellers Stephan Hermlin, den alle, auch Funk, nur »Hermlin« nennen, als bestünde keine familiäre Bindung. Während der Zeit des Nationalsozialismus ging der Schriftsteller ins Exil, verlor seine Frau und versteckte seine Tochter, Funks Großmutter, in Frankreich. Später schaffen es die beiden noch über die Schweizer Grenze. Ende der Vierzigerjahre kehren sie nach Berlin zurück.

Dass ihre Familie nur knapp überlebte, ist ein Grund, warum Funk etwa den unter Feministinnen populären Begriff »Care-Work« ablehnt. Sie könne es nicht als Arbeit betrachten, sich um ihre Tochter zu kümmern, deren israelischer Vater, Funks Ex-Partner, Enkel von zwei KZ-Überlebenden ist. Etta sei für sie ein großes Wunder. Wenn Funk über ihre Familie spricht, ihre Tochter, das Jüdischsein, ist jede Polemik fort.

Funk wächst mit dem vagen Wissen auf, dass es diesen berühmten Mann in ihrer Familie gibt. Aber dann ist die DDR-Geschichte, Hermlins Ruf verblasst. Entscheidender für Funk ist ein anderer Mann: ihr Vater. Ende der Achtzigerjahre setzt er sich aus der DDR ab. Er lässt seine Familie zu-

Funk performt Authentizität so perfekt und ästhetisch, dass man sie bisweilen für gläsern hält.



Privat



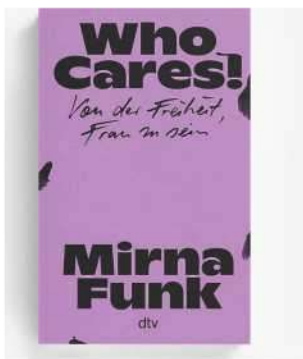
Privat



Dudy Dajan



Privat



Privat



Marcus Witte



Anna Rose



Privat



Dudy Dajan

Funk-Instagram-Posts: »Ich bin Frau, Jüdin, Ostdeutsche, Mutter, alleinerziehend, Arbeiterkind und auch noch hot«



Privat



Privat



Privat



Anna Rose



Oliver Beckmann



Privat

rück. Sie hat viele Jahre psychoanalytische Therapie hinter sich. Als Mutter sei sein Verhalten für sie heute unvorstellbar, sagt sie. »Aber er hat für seine Freiheit gekämpft, und gegen einen diktatorischen Staat, das kann ich natürlich nachvollziehen, davor habe ich Respekt.«

Noch etwas anderes macht die Geschichte kompliziert. Funk ist Vaterjüdin: Ihr Vater ist jüdisch, ihre Mutter nicht. Für die meisten orthodoxen Juden ist Funk deshalb keine Jüdin, obwohl sie jüdisch sozialisiert wurde, sich jüdisch definiert. »Auch wenn man selbst progressiv lebt, bekommt man einen Minderwertigkeitskomplex: Man fühlt sich nicht jüdisch genug. Das ist schmerzhaft und unangenehm«, sagt Funk. Um in Deutschland auch offiziell als Jüdin zu gelten, hat sie sich 2021 für eine Konversion entschieden. In Israel aber gelten noch mal strengere Regeln. Es ist also kompliziert.

Das sah man auch im vergangenen Jahr. Da wurde die Debatte über jüdische Identität wochenlang groß in den Medien geführt, vorn mit dabei: Mirna Funk, natürlich. Es begann damit, dass der Schriftsteller Maxim Biller über den Autor Max Czollek schrieb, dieser sei für ihn kein Jude. Czollek, so Biller, sei für ihn aus dem »exklusiven Judenclub ausgeschlossen«. Auch Czollek ist vor der Halacha kein Jude, nur sein Großvater ist halachisch-jüdisch. Dann, so könnte man es sehen, trat Funk noch einmal nach. In der »FAZ« schrieb sie, Czollek habe sie über seine Familie angelogen. In einem privaten Gespräch habe er behauptet, beide Elternteile seien Juden. Czollek wies das zurück. Die Debatte darüber, wer sich Jude nennen darf und wer nicht, eskalierte.

Ein letzter Anruf dazu bei ihr, sie ist mittlerweile in Tel Aviv, will dort an ihrem neuen Roman arbeiten. Am Telefon wird sie so leise, wie man sie selten erlebt. Heute würde sie den Artikel über Czollek noch einmal schreiben – mit einer Ausnahme. Das persönliche Gespräch würde sie nicht mehr schildern, auch wenn sie bei ihrer Version bleibt. Warum? »Weil es gemein von mir war.« Funk formuliert vorsichtig. »Ich erkenne an, dass es darüber zwei Narrative gibt, zwei Wahrheiten.« Sie gibt einen Teil der Kontrolle ab. Aber den anderen hält sie fest in ihrer Hand.

War das jemals anders? Funk überlegt, als würde sie abwägen, was sie erzählen möchte. Dann atmet sie aus und erzählt folgende Erinnerung: Sie ist sieben Jahre alt und steht am Fenster des 21. Stockwerks in Ost-Berlin, sie ist zu Besuch bei ihren Großeltern. Und auf einmal wird ihr bewusst, dass sie ihr ganzes Leben lang allein sein wird. Der Schmerz darüber, so erzählt sie es, sitzt seitdem in ihrer Brust.

Nach einer kurzen Stille fängt sich Funk wieder. Sie habe Strategien entwickelt, um damit umzugehen. Auch die Einsamkeit lässt sich kontrollieren. Sie will kein Mitleid. Sie ist Mirna Funk. ■

»Wir haben alle für die Mafia gearbeitet«

SPIEGEL-GESPRÄCH Seinen ersten Welthit schrieb er mit 15, später arbeitete er mit Frank Sinatra und Michael Jackson. Paul Anka gilt als letzter Gentleman des Musikgeschäfts. Ein Gespräch über echte Männer, Olivenöl – und seinen Freund Donald Trump.

Anka, 80, komponierte bereits als Teenager mit »Diana« oder »Put Your Head on My Shoulder« Klassiker, danach schrieb er Frank Sinatra »My Way« auf den Leib. Er trat nicht nur als erster Popstar überhaupt im Ostblock und in einem Casino in Las Vegas auf, er arbeitete auch für Michael Jackson und Michael Bublé. Vielleicht hat er deshalb die Zeiten überdauert. Noch heute tourt Anka regelmäßig um die Welt. Eine Einladung nach Los Angeles, wo Anka lebt, konnte der SPIEGEL wegen Corona nicht annehmen, also wurde es ein Telefongespräch. Anka spricht sehr leise, aber konzentriert, und so gewinnend, wie es nur ein Conférencier alter Schule kann.

SPIEGEL: Mister Anka...

Anka: Bitte, nennen Sie mich Paul!

SPIEGEL: Paul, Sie hatten Ihre größten Erfolge vor 60 Jahren. Dennoch gibt es noch heute Teenager, die Ihren Namen kennen. Können Sie sich das erklären?

Anka: Das liegt vermutlich an TikTok. Kennen Sie diese drollige Plattform? Ich wusste nicht einmal, was das ist, bis mir irgendwelche Kids davon erzählt haben.

SPIEGEL: Welche Kids?

Anka: Junge Leute, die zu meinen Shows gekommen sind. Mich macht es glücklich, dass meine Musik noch immer akzeptiert wird. Wir haben ja keine Ahnung, was hinter der nächsten Ecke auf uns wartet. Aber die Musik, die wartet dort immer.

SPIEGEL: Ihre Karriere begann in den Fünfzigerjahren in Kanada, da mussten Sie noch vorsingen, um sich zu beweisen.

Anka: Als Fats Domino und Chuck Berry nach Ottawa kamen, habe ich mich in den Saal geschlichen, ich wusste, wo die Notausgänge waren.

Ich traf Fats Domino, der sehr nett war. Und ich war in der Garderobe von Chuck Berry, dem ich »Diana« vorgesungen habe. Er sagte zu mir: »Das ist der schlechteste Song, den ich je gehört habe!«

SPIEGEL: Nicht sehr nett. Sie waren fast noch ein Kind.

Anka: Ich war 15 Jahre alt.

SPIEGEL: Woher haben Sie den Mut genommen, einem Star wie Chuck Berry einen eigenen Song vorzusingen?

Anka: Wenn ein Kind eine Sache so sehr bewundert, wie ich die Musik damals bewunderte, dann will es diese Sache einfach selbst machen. Ich war außerdem frühreif, sehr von mir überzeugt, und dann sang ich einfach. Was hatte ich schon zu verlieren? Bald darauf stand ich auf derselben Bühne wie Fats Domino, The Everly Brothers, Jerry Lee Lewis – und eben Chuck Berry, der Typ, der mir gesagt hatte: »Lass es sein, und geh wieder auf die Schule.«

SPIEGEL: Heute würden Sie einen YouTube-Kanal eröffnen, oder?

Anka: Ja! Oder ich würde mein Glück in einer Castingshow versuchen. Aber wissen Sie, was sich bis heute nicht geändert hat?

Bühnenstar Anka:
»Warum sollte ich etwas aufgeben, das so schön ist wie meine Arbeit?«



Bruno Bebert / Bestimage

SPIEGEL: Was denn?

Anka: Die Erfahrung, ein Schwarzer zu sein.

SPIEGEL: Ihre Eltern sind aus Syrien und dem Libanon nach Kanada eingewandert.

Anka: Ich werde jedoch als weißer Mann gesehen. Mich hat aber immer nur schwarze Musik begeistert, von Anfang an. Sie hat sich eingeschrieben in unser aller Kunst. Wer auch immer damals die US-Charts bevölkerte, hat die Schwarzen kopiert, bis hin zu einem Peter Kraus, der in Deutschland wiederum mich kopierte. Netter Kerl, übrigens.

SPIEGEL: Es heißt, Sie hätten die Beatles für Amerika entdeckt. Stimmt das?

Anka: Die hätten den Durchbruch in den USA wohl auch ohne mich geschafft, früher oder später. Aber eher später. Ich war damals viel in Europa, und in Paris hörte ich erstmals die Beatles. Dann bin ich nach London, habe sie persönlich getroffen und erzählte meinem Manager von diesen Typen aus England und von ihren Frisuren. Später hat er sie unter Vertrag genommen und 1964 in die USA gebracht.

SPIEGEL: Damit haben Sie sich künstlerisch Ihr eigenes Grab geschaufelt. Plötzlich war das, was Sie verkörperten – der elegante, aber auch softe Männergesang –, nicht mehr cool.

Anka: Sie haben recht. Aber das war okay.

SPIEGEL: Das behaupten Sie nur!

Anka: Nein. Wissen Sie, Idole wie ich, wir waren nur für Teenager Stars. Ich wurde nicht von der breiten Masse akzeptiert. Als die Beatles kamen, öffnete sich aber nicht nur ein Fenster. Es war, als würde ein Tor aufschwingen für die Musikindustrie – die dann erst wirklich zu einer Industrie wurde.

SPIEGEL: Aber darin hatte ein Idol aus den Fünfzigerjahren wie Sie keinen Platz.

Das Gespräch führte der Redakteur Arno Frank.



Kobal / Shutterstock



Bettmann Archive / Getty Images

Songschreiber Anka mit Fans um 1962, mit Sänger Sinatra 1980: »Es war die aufregendste und lehrreichste Zeit meines Lebens«

Anka: Exakt. Also bin ich zum Songwriting zurückgekehrt. Weil es das ist, was ich wirklich kann und was mich immer von meinen Kollegen unterschieden hat. Ich habe mich mit klugen Leuten umgeben – nach dem Motto: Sorge dafür, dass du nie der Schlaueste bist im Raum!

SPIEGEL: Wer war denn schlauer?

Anka: John, Paul, George und Ringo beispielsweise. Sehr, sehr klug. Sie haben zu mir gesagt: »Du schreibst deine Songs selbst, du produzierst sie selbst, du hast sogar die Veröffentlichung in der Hand – das wollen wir eines Tages auch!«

SPIEGEL: Später erkämpften sich die Beatles genau diese künstlerische Unabhängigkeit. Sie experimentierten trotz Welterfolg immer weiter.

Anka: So ist es. Aber die Beatles haben es von mir gelernt. Und ich war nur deshalb unabhängig, weil ich es sein musste! Niemand außer mir selbst hätte mir geholfen. Wissen Sie, ich war damals ständig auf Tournee. Ich saß in den Tourbussen, und überall um mich herum gab es Verführungen. Ich nenne keine Namen, aber Drogen bekamst du überall, es gab Heroin und mehr als einmal die Aufforderung: »Komm, setz dir doch auch mal einen Schuss!«

SPIEGEL: Was hat das mit künstlerischer Unabhängigkeit zu tun?

Anka: Ich konnte da nicht mitmachen, weil ich ein weißer Junge aus Kanada war, ich bin behütet aufgewachsen. Ich war aber eben auch nicht bereit, alles wegzuerwerfen. Ich hatte meine Krallen in diese Sache, die Musik, geschlagen und wollte sie nicht mehr loslassen.

SPIEGEL: In den Sechzigern gehörten Sie auch zum Dunstkreis des berühmten »Rat Pack«

um Frank Sinatra, Dean Martin und Sammy Davis Jr. in Las Vegas. Wer war da der Klügste im Raum?

Anka: Definitiv einer der anderen. Ich glaube, im Leben geht es um Ziele. Und mein Ziel war es, so zu werden wie sie. Damals war ich ein durchgedrehtes Teenieidol, aber ich wollte werden wie Dean Martin oder Frank Sinatra, alles ältere Leute. Wir arbeiteten seinerzeit übrigens alle – alle! – für die Mafia.

SPIEGEL: Sie meinen: nicht nur Sinatra, von dem das bekannt ist?

Anka: Es war die aufregendste und lehrreichste Zeit meines Lebens. Die Mafia hat damals alles kontrolliert, in New York, in Las Vegas – diese Typen mochten mich.

SPIEGEL: Warum?

Anka: Weil ich Geld verdient habe. Ich habe aber gleichzeitig meine Nase sauber gehalten und nur zugeschaut, wie ein Sammy Davis Jr. sich gekleidet, wie er gesungen und gefeiert hat. Ich habe dabei auch gelernt.

SPIEGEL: Was genau?

Anka: Was es bedeutet, ein Mann zu sein! Mir kamen sie alle vor wie James Bond, nur lustiger. Sie rauchten, tranken, hatten jede Nacht andere Frauen. Wenn sie die Bühne betraten, war da eine Freiheit, etwas Beschwingtes, eine Musikalität – und dieser Humor! So etwas gibt es nicht mehr. Das waren echte Männer.

SPIEGEL: Sie haben Ihre Nase wirklich sauber gehalten?

Anka: Ich habe beobachten müssen, wie der Lebensstil diese Männer allmählich ruiniert hat. Das war dann ein Weg, auf dem ich ihnen nicht mehr folgen wollte.

SPIEGEL: Die Verehrung für Stars wie Frank Sinatra hat aber noch einen anderen Haken:

Die Helden dieser Zeit haben nie selbst Songs geschrieben, sie waren nur Interpreten.

Anka: Sie waren Leute, die großartig und cool aussahen. Hinter ihnen stand aber eine ganze Gemeinschaft aus Songschreibern, die sie mit den bestmöglichen Songs fütterte.

SPIEGEL: Sie selbst haben Sinatras größten Hit geschrieben. Aber »My Way« war auch schon eine Coverversion.

Anka: Ich wusste, was anderswo gespielt wird. Ende der Sechziger machte ich für ein Jahr in einer kleinen Stadt in Frankreich Ferien und hörte jeden Tag dieses Chanson im Radio: »Comme d'habitude« von Claude François. Ich kann Französisch und dachte: Dieser Text entspricht nicht dem vollen Potenzial des Songs. Darin ging es um eine Ehe, die nicht gut lief, und um Klagen darüber. Sie kennen ja die Franzosen, die werden schnell sehr poetisch. Also fuhr ich nach Paris, sprach mit dem Musikverlag, unterschrieb einen zweiseitigen Vertrag – es war wirklich in fünf Minuten erledigt – und nahm dieses Ding mit nach New York.

SPIEGEL: David Bowie hatte sich ebenfalls um die Rechte bemüht.

Anka: Er hatte gehört, was ich gehört hatte. Aber ich war schneller! Einige Monate später war ich in Florida, und Sinatra erklärte mir bei einem Abendessen: »Ich verlasse das Showgeschäft, ich gehe in Rente. Ich habe es satt, das FBI sitzt mir im Nacken, ich mache nur noch ein letztes Album.« Dann hat er mich damit aufgezoogen, dass ich ihm nie einen Song geschrieben hätte.

SPIEGEL: Und dann haben Sie ihm »My Way« präsentiert?

Anka: Nein, dann bin ich zurück nach New York gereist, habe mich an meine alte Schreibmaschine gesetzt, gleich neben meinem Klavier, und habe mich gefragt: »Wie fühlt sich Frank, wenn er jetzt das Showgeschäft hinter sich lässt? Er würde wohl sagen: Hey, ich hab's auf meine Weise gemacht.« Kaum hatte ich diese Zeile, ging das Übrige sehr schnell. Es gab ein Gewitter in dieser Nacht, das weiß ich noch. Ich schickte ihm Text und Noten, und zwei Monate später rief er mich aus Los Angeles an: »Hör dir das an, Kid.« Und durch das Telefon hörte ich dann zum ersten Mal »My Way«.

SPIEGEL: Wie macht man das, Songs schreiben, die nicht vergehen?

Anka: »Diana« ist entstanden, weil ich in ein drei Jahre älteres Mädchen verliebt war, das natürlich nichts von mir wissen wollte. Als das Lied dann ein Hit war, wollte ich nichts mehr von ihr wissen. Ha!

SPIEGEL: Starke Gefühle spielen eine wichtige Rolle?

Anka: Früher dachte ich das, ja. Seit ein paar Jahren ist mir aber bewusst, dass diese Melodien aus dem Universum selbst kommen – aus dem um uns herumkreiselnden Leben mit seinen Möglichkeiten. Wenn wir offen genug sind, weht das Leben einfach durch uns hindurch. Es ist etwas Spirituelles. Ich habe meine Grammatik drauf, ich habe Disziplin – ohne den Beitrag des Universums ist das alles nichts wert. Ich achte aber auch darauf, in den Grenzen dessen zu bleiben, von dem ich weiß, dass die Leute es wollen.

SPIEGEL: Warum brechen Sie nicht aus?

Anka: Weil ich nur der Songschreiber bin. Um die Grenzen zu erweitern, dafür brauchte es eine Band wie die Beatles. Oder einen Jimi Hendrix. Ich kannte Buddy Holly, Muddy Waters, Chuck Berry. Was sie mit ihren Gitarren machten, ist unglaublich. Und dann sah ich Hendrix in diesem kleinen Klub in London – und alle Gitarristen, die ich kannte, hätten danach am liebsten Selbstmord begehen wollen. Er spielte auf eine Weise, die sich zuvor niemand vorstellen konnte. Er hat da eine Leidenschaft hineingelegt, von der keiner wusste, dass das Instrument sie wiedergeben konnte. Auch Zorn und Wut.

SPIEGEL: Hat das einen Altmeister der Melodie wie Sie nicht gestört?

Anka: Sollte es, oder? Hat es aber nicht. Manchmal sage ich mir auch, wenn ich ein Stück schreibe: Hey, vielleicht diesmal ein wenig härter? Aber warum eigentlich? Ich war nie ein Rocker. Und Hendrix machte, was die damaligen Rocker wollten, aber nicht konnten. Veränderung tut immer weh. Für mich machten die Beatles, was ich nicht konnte. Ich mochte sie genauso wie Hendrix.

SPIEGEL: Gibt es keinen Musikstil, bei dem Sie sagen: Da mache ich nicht mehr mit?

Anka: Vor über 30 Jahren rief mich Martin Scorsese an und fragte, ob er »My Way« für seinen Film »Goodfellas« verwenden dürfe. Ich sagte: »Klar, Frank hätte das gefallen!« Und Scorsese sagte: »Nein, in einer Version

»Ist Donald Trump mein bester Freund? Ganz sicher nicht. War er freundlich zu mir? Immer.«

von Sid Vicious von den Sex Pistols.« Dann schickte er mir, was die so machten. Ich dachte, das könnte ich unmöglich erlauben. Aber dann sagte ich mir: Warte, warte, warte! Wir leben in einer anderen Zeit mit anderen Sichtweisen. Ich darf das nicht aufhalten! Also habe ich es erlaubt. Punk gab es ja schon länger, später kam dann Hip-Hop – und tötete den Rock 'n' Roll.

SPIEGEL: Sie sind jetzt 80 Jahre alt...

Anka: ...und nein, ich setze mich nicht zur Ruhe. Mit 80 fällt vieles nicht mehr so leicht wie früher, das stimmt. Aber die Rolling Stones touren mit diesem Jüngling namens Mick Jagger. Billy Joel ist auch wieder unterwegs, McCartney. Warum tun wir das? Weil unsere Kunst den Menschen gehört. Weil wir unsere Arbeit lieben. Irgendwann habe ich begriffen, dass unsere Lebenszeit begrenzt ist. Wir sind verpflichtet, das Beste daraus zu machen, und müssen versuchen, nicht zum Arschloch zu werden. Warum also sollte ich etwas aufgeben, das so leicht und so schön ist wie meine Arbeit? Ich habe Frank Sinatra dabei beobachtet, wie er das versucht hat. Er hat Rosen gezüchtet. Rosen!

SPIEGEL: Spielt denn die Gesundheit mit?

Anka: Ich habe meine aktuelle Tournee so geplant, dass sie sich wie Ferien anfühlt. Ich halte mich fit, was man eben so macht. Ansonsten trinke ich viel Olivenöl.

SPIEGEL: Ach?

Anka: Ja. Es gibt ein paar Regionen auf der Welt, wo viele Menschen über 100 Jahre alt werden. Und überall spielt Olivenöl eine Rol-

le. Ich habe eine kleine Tasse aus Holz, da kommen ein paar Teelöffel Olivenöl rein, dazu Zitrone – das ist auch sehr gut. Das trinke ich täglich.

SPIEGEL: Sie pflegen durch einen gesunden Lebenswandel Ihre Marke, oder? Die des immer noch attraktiven, grau melierten Gentleman?

Anka: Stimmt. Das habe ich auch damals vom »Rat Pack« gelernt – wie wichtig Image, Marke und Sexualität sind.

SPIEGEL: Sexualität?

Anka: Sexualität ist ein Imperativ in diesem Geschäft. Und nicht nur dort. Warum ist wohl John F. Kennedy gewählt worden? Da ging's los, die Besessenheit der USA mit Sexualität – und heute haben wir die Kardashians. So ist es überall auf der Welt. Wenn du nicht gut aussiehst, bist du geliefert. Alles hat mit Sexualität zu tun. Schauen Sie sich die Kids im Showbusiness heute an, die sich sofort ausziehen.

SPIEGEL: Heute hat sich doch mit der #MeToo-Bewegung das Verhältnis zur Sexualität geändert.

Anka: Ja. Das ist eine große gesellschaftliche Frage in unserer Zeit. Ich weiß nicht, ob das gut oder schlecht ist, was ich überhaupt davon halten soll.

SPIEGEL: Weil es früher anders war?

Anka: Natürlich war es früher anders, und in Zukunft wird es wieder anders sein. Im Leben geht es um Timing, und die Zeit für #MeToo ist offenbar jetzt. Dazu gehört aber auch: Menschen können heute innerhalb einer Sekunde vernichtet werden für etwas, das sie sagen. Mir macht die Spaltung in den USA insgesamt Sorgen. Schauen Sie nach Washington! Früher haben die Leute aus dem Senat miteinander zu Mittag gegessen, Republikaner wie Demokraten. Heute geht das nicht mehr. Man kann nicht einmal mehr in Beverly Hills ausgehen, ohne auf Leute zu treffen, die nicht mehr miteinander reden. Die Spaltung, das ist ein tödliches Geschäft. Wir leben in gefährlichen Zeiten, mein Freund.

SPIEGEL: Sie sind mit Donald Trump befreundet, der nicht ganz unschuldig ist an dieser Spaltung.

Anka: Ich kenne ihn schon lange, das stimmt. Ich habe oft mit ihm gearbeitet, ich war bei ihm in Florida, im Mar-a-Lago. Ist er mein bester Freund? Ganz sicher nicht. War er freundlich zu mir? Immer. Ich weiß noch, wie man sich über seine politischen Ambitionen lustig gemacht hat – ich habe auch gelacht. Aber er hat sich entschieden, in die Politik zu gehen. Das ist ein hartes, verräterisches, übles Milieu. Und ich verrate Ihnen etwas: Er wird wieder antreten.

SPIEGEL: Ich hätte dieses Gespräch gern auf einer positiven Note enden lassen.

Anka: Jede Note ist eine positive Note!

SPIEGEL: Mister Anka...

Anka: Paul.

SPIEGEL: Paul, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Musiker Jackson, Anka 1983

Menschgewordenes Manspreading

FERNSEHEN Dieter Bohlen kommt zurück zu »Deutschland sucht den Superstar«. Warum sich das nicht anders verstehen lässt denn als Kapitulation.

Als Gegenspieler funktionieren die beiden so gut, als wären sie erfunden: Wollte man eine Satire über ein TV-Unternehmen in der Umbauphase schreiben und die konkurrierenden Ideen darüber, wie zeitgemäße Unterhaltung aussehen soll, personell verdichten – Florian Silbereisen und Dieter Bohlen wären die perfekte Besetzung. Schon ihre Namen klingen wie antagonistische Komödienfiguren: märchenhaft der groben Wirklichkeit entrückt der eine, ein kantiges, ungehobeltes Brett der andere.

Die Realität ist davon nicht weit entfernt. Silbereisen ist das geschmirgelte Wohlfühlangebot, bei dem schon die Stimmlage so moduliert klingt wie aus der Meditations-App. Bohlen ist das menschgewordene Manspreading, einer, der bei seinen Auftritten nach Raum und Autorität grapscht und dem es meist wurscht ist, wie sich jemand fühlt, nachdem er ihn oder sie durchkommentiert hat.

Als Bohlen im März 2021 aus der Jury von »Deutschland sucht den Superstar« geschasst wurde, war das ein ungewohnt klares Signal dafür, dass der Fernsehsender RTL es ernst meinen könnte mit der angekündigten Qualitätsoffensive. Mit der Übernahme des Zeitschriftenverlags Gruner + Jahr wollte RTL seriöser werden, weg vom Krawall um des Krawalls willen.

Musikfabrikant Bohlen stand stellvertretend für eine Philosophie, die man vielen Privatsenderformaten vorwerfen kann: den Blick auf den Menschen als Mangelwesen, den man vor die Kamera lotst, um ihn in seinen Unsicherheiten zur Bespaßung anderer gnadenlos auszuleuchten. Den »DSDS«-Posten mit dem softigen Silbereisen nachzubersetzen war deshalb nicht nur eine Personalie, sondern ein Paradigmenwechsel.

Silbereisen und seine neu berufenen Co-Juroren machten »DSDS« nicht relevanter, aber netter. Mit der kapitänigen Korrektheit, die ihn bei



Juror Bohlen bei »DSDS« 2018: »Du hast einfach nichts drauf, außer vielleicht Zahnbelag«

all seinem Schaffen umweht, nicht nur am Steuer des »Traumschiffs«, urteilte er so sanft wie möglich und nur so hart wie nötig. »Wir müssen ihm helfen«, raunte Jurorin Ilse DeLange, als ein Kandidat das Lied »There Must Be Something in the Water« von Kevin Close zersägte. »Du bist ein total sympathischer Kerl und machst deinen Sport, aber bitte, bitte, bitte lass dir von niemandem mehr einreden, dass du Sänger werden sollst«, sagte Silbereisen und schob im Duktus eines fast coolen Konfirmandenfreizeitbetreuers einen vermutlich aufrichtigen Lebensrat nach: »Also diese Freunde, auf die darfst du nicht bauen.« Bohlen hatte in solchen Momenten gern sein Sortiment an Sanitärmetaphern oder markentypischen Grobianismen wie »Du hast einfach nichts drauf, außer vielleicht Zahnbelag« bemüht.

Silbereisen und seiner Jury gelang es stellenweise, echte Berührtheit in »DSDS« zu pumpen, wo Bohlen sich höchstens »getoucht« zeigte. Das schwächelnde Format retteten sie so nicht, die bohlenfreie Staffel hatte im Schnitt die schlechtesten »DSDS«-Quoten aller Zeiten.

Nun wird Bohlen für die finale Staffel zurückgeholt, das lässt sich auch mit rhetorischen Verrenkern nicht anders lesen denn als Kapitula-

tion. »Es ist wie auch sonst unter Freunden: Manchmal tut eine Pause gut«, zitiert die Pressemitteilung RTL-Unterhaltungschef Markus Küttner. Anschließend soll die Show eingestellt werden, so der Sender, aber vorher wolle man zeigen, dass das neue RTL auch mit Bohlen für »positive Unterhaltung« stehe.

Kaum vorstellbar, dass der sich in die Rolle des reinstalleden, aber nun mit Kreide gefütterten Abwicklers fügen wird. Und wünscht sich das Publikum nicht ohnehin den alten, unwohnen Bohlen? Geschieht den Einschaltenden womöglich die schambefreite Retro- und Recyclingstrategie der TV-Sender ganz recht, weil sie nichts Neues akzeptieren mögen – weder in der Form noch im Ton oder in der Haltung? Gerade wurde das lesbische Datingformat »Princess Charming« wegen schlechter Quoten aus dem Vox-Spätprogramm geworfen, zu sehen ist es nur noch auf dem Streamingportal RTL+, während die Heterovariante »Die Bachelorette« stabil auf ihrem Primetimeplatz thront.

Liegt es also einfach am Zuschauer, wenn Sender die immer gleiche alte Käseplatte servieren – weil der sich lieber vermoosten, heteronormativen Ringelpiez anschaut, als einer Gruppe lesbischer Frauen dabei zuzusehen, wie sie mit Steckblumen künstlerische Porträts ihrer Vulven anfertigt und sich über Masturbation unterhält?

Oder liegt es doch an RTL, das sich mit der aufklärerischen, zeitgemäßen Renovierung seiner rumpeligen Kernkompetenzen schwertut? Wie beim vorjährigen »Sommerhaus der Stars«, dem oft kaum aushaltbaren Trash-Paarformat. Passend zur Qualitäts-offensive sollte es nach toxischen Ausfällen der vergangenen Jahre in einem wöchentlichen Talk psychologisch kompetent eingeordnet werden. Doch dann wählte man als Expertin eine überforderte Paartherapeutin, die psychische Gewalt unter den Kandidaten seicht wegplauderte und am Ende nur mehr Schaden anrichtete.

Sind die Privatsendergene am Ende einfach zu dominant? Wird ein Terrier eben doch ein Kläffer bleiben, auch wenn man in seine Zuchtlinie immer wieder mal ein Angorahäschchen einkreuzt?

»2023 sitze ich wieder in der Jury, die Welt ist wieder schön, alles ist in Ordnung«, kommentiert Dieter Bohlen auf seinem Instagram-Profil die Neuigkeiten. Krachender aus der Zeit gefallen könnte zumindest diese Einschätzung nicht sein.

Anja Rützel

Sind die Privatsendergene am Ende einfach zu dominant?

Der mit den Geistern spricht

MUSIK Der Pianist Nduduzo Makhathini ist der wichtigste afrikanische Jazzmusiker seiner Generation. Er ist Akademiker, Intellektueller, Musikimpresario, Heiler – und er zeigt, wie Dekolonisierung klingen kann.

Wenn Nduduzo Makhathini ein Konzert gibt, kommt immer irgendwann dieser Moment, in dem er das Mikrofon in die Hand nimmt und anfängt zu sprechen. Der Pianist aus Südafrika sagt dann ein paar Worte zu den Songs, die er gerade gespielt hat, und stellt seine Mitmusiker vor, ganz so, wie es andere Jazzmusiker auch tun. Doch dabei belässt er es nicht. Makhathini möchte, dass die Menschen verstehen, was er tut. Also erklärt er es.

An diesem Abend tritt Makhathini beim Jazzfest von Marseille auf. Das Konzert findet im offenen Innenhof eines alten Museumsgebäudes statt. Für ein paar Hundert Menschen sind Stühle aufgestellt, das Meer ist nur ein paar Straßen entfernt, während des Konzerts fliegen Möwen über die Bühne, Makhathini arbeitet den Klang ihrer Schreie in seine Musik ein.

Nach einer guten halben Stunde hört er auf zu spielen, schaut ins Publikum und fängt an zu erzählen. Davon, dass Musik für ihn immer eine Einladung sei. Dass in der afrikanischen Philosophie das Individuum nur existieren könne, wenn es ein Gegenüber habe. Er spricht über den Geist des Ntu, von dem die Musik seines neuen Albums handle, dass Ntu die Kraft des Lebens sei, aus der sich eine ganze Kosmologie ableite. Und dass die Schönheit und der Respekt allen Dingen gegenüber in dieser Welt zusammengehörten.

Dann geht das Konzert weiter. Mit einer Band, deren Bassist einen amerikanischen Vater hat, aber in Südafrika lebt. Deren Schlagzeuger aus Kuba kommt. Und deren Saxofonist Amerikaner ist. Eine kleine postkoloniale Weltgesellschaft. Die vier spielen, als würden sie sich unterhalten.

Es gibt Kritiker, die glauben, Nduduzo Makhathini sei die Zukunft des Jazz. Er ist Musiker, Komponist und Leiter der Musikschule der Universität von Fort Hare in Südafrika. Er ist Akademiker und Intellektueller und außerdem der künstlerische Leiter eines der aufregendsten Projekte, die der Jazz gerade kennt, des Labels Blue Note Africa. Mit einer Dependence will das Jazzlabel der afrikanischen Musik eine neue Plattform geben.

Makhathini ist ein Schamane und initiiertes Heiler. Und möglicherweise der Pianist, der zeigt, wie Jazz im 21. Jahrhundert klingen kann. In unserer neuen, polyzentrischen Welt, die nicht mehr ausschließlich von den alten westlichen Machtzentren beherrscht wird. In der Gewissheiten darüber, was richtig ist und was falsch, radikal infrage stehen.

Makhathinis Musik wird oft mit der von McCoy Tyner verglichen, dem Pianisten des legendären John Coltrane Quartetts, einer der wichtigsten Bands in der Geschichte des Jazz. Wie Tyner treibt Makhathini seine Musik oft mit mächtigen Klangblöcken voran, die er aus seiner linken Hand schüttelt. Darauf angesprochen, lächelt er am Tag nach dem Konzert und sagt: »Mir wäre es lieber, die Kritiker würden dazu sagen, dass ich auch klinge wie meine Großmutter. Und sich die Frage stellen, warum diese Frau ebenfalls klang wie Tyner – auch wenn sie ihn nie gehört hat.«

Jazz, das ist Makhathinis Punkt, ist afrikanische Musik. Und als solche wird sie von anderen Kräften angetrieben als im Westen.

Durch die Straßen mit Nduduzo Makhathini zu gehen ist ein Erlebnis. Selbst in einer Stadt wie Marseille, die ja eines der Zentren des schwarzen Europa ist. Makhathini lebt das, was er am Vorabend auf der Bühne erklärt hat. Jeden Imbissverkäufer spricht er als



Makhathini-Konzert in Marseille

»Bruder« an, und die simple Frage, wie es einem geht, ist keine Floskel, sondern ernst gemeint. Nur wenn es dem Gegenüber gut geht, geht es ihm auch gut. Das hat mit der Philosophie des Ubuntu zu tun, einer Ethik, die das Individuum aus dem Geist der Gemeinsamkeit versteht – und die ein anderes Menschenbild vorschlägt als das, was im Westen vorherrscht. Der Imbissverkäufer ist kurz irritiert, aber die Portion Huhn mit Reis fällt groß aus.

Der Begriff Dekolonisierung ist gerade eines der Modewörter der Saison, zusammen mit »globaler Süden«. Im Kern dreht sich der Begriff darum, den westlichen Universalismus zu kritisieren, seine Definitionshoheit darüber infrage zu stellen, wie die Welt zu beschreiben und zu begreifen ist. Der Streit um die aktuelle Documenta handelt nicht zuletzt davon – und bleibt doch an der Oberfläche, wie auch die allermeiste Kunst, die in Kassel ausgestellt ist. Was kann das also sein? Kunst, die dekolonisiert?

Wer Antworten auf diese Fragen suche, sagt Makhathini beim Gespräch in einem Café, müsse sich die Geschichte der Kolonisierung Afrikas klarmachen. Der Kolonialismus handelte ja nicht einfach von Herrschaft. Er lief darauf hinaus, Menschen und Dinge unsichtbar zu machen. Das westliche Wissens- und Glaubenssystem wurde auf das Land gelegt und zerstörte, was ihm widersprach. »Alles in Afrika hat immer mit dem Boden zu tun«, sagt Makhathini. »Und nun kamen Missionare, die sagten: Gott lebt im Himmel. Und in dem Augenblick, in dem wir nach oben geschaut haben, wurde uns das Land gestohlen.«

»In den Geschichtsbüchern steht bis heute, dass Südafrika den Jazz ab den Dreißigern durch Schallplatten entdeckt hat«, sagt er und lacht. »Afrika musste den Jazz erst lernen? Soll das ein Witz sein?« Die wirkliche Geschichte sei doch die: Afrikaner wurden nach Amerika verschleppt und in Afrika ihres Landes beraubt. Ein Teil von Sklaverei und Kolonialismus war, sie aus ihrer Umgebung zu reißen, ihnen die Sprache und ihre Kultur zu nehmen. In der Musik habe aber etwas überlebt, eine Erinnerung an zu Hause. Die sei mit dem Jazz zurückgekehrt.

Natürlich habe sich die Musik in Amerika verändert. Afrikanische Musik sei meist pentatonisch, basiere also auf fünf verschiedenen Noten. Jazz basiere auf der Bluesharmonik, also auf sechs Noten. »Genau wie in Afrika, nur eine Note mehr. Ich würde das so interpretieren: Diese Musik sagt, dass sie zu uns gehört – aber durch die Erfahrung der Sklaverei gegangen ist. Das ist die zusätzliche Note. Der Blues.«

Das ist eine andere Geschichte des Jazz als die westliche. Nach der entstand die Musik Anfang des 20. Jahrhunderts in den Bordellen von New Orleans und stieg im Laufe der Jahrzehnte zur klassischen Musik Amerikas auf. Auch in dieser Lesart werden afrikanische und europäische Einflüsse mitgedacht, aber



Komponist
Makthathini

Theo Glacometti / DER SPIEGEL

Jazz gilt immer als genuin afroamerikanischer Beitrag zur Weltkultur.

Jazz ist stattdessen also afrikanische Musik? »Jazz ist etwas, das durch die transatlantischen Verbindungen entstanden ist und das seinen Weg nach Afrika gefunden hat«, sagt Makthathini. »Als ein Echo. Es gibt aber auch das, was immer da war. Ich nenne es Jazziness. Synkopierung, Improvisation, Rhythmus. Das kenne ich seit meiner Geburt.«

Nduduzo Makthathini ist in KwaZulu-Natal aufgewachsen, einer Provinz im Osten Südafrikas, die vor allem von Zulus bewohnt ist. Seine Mutter sang, spielte Klavier und gab ihrem Sohn die ersten Klavierstunden, sein Vater spielte Gitarre. Auf der High

School bekam er Jazzunterricht. Allerdings konnte er nichts mit dieser Musik anfangen. Bis ihm »A Love Supreme« von John Coltrane in die Hände fiel, eines der berühmtesten Alben der Jazzgeschichte, ein Loblied der Spiritualität. Wenn das Jazz ist, sagte sich Makthathini, will ich Jazzmusiker werden.

Er ging nach Durban, um zu studieren, Jazzklavier. Fing an, Platten aufzunehmen, 2020 erschien sein Debüt bei Blue Note, der wahrscheinlich renommiertesten Jazzplattenfirma der Welt, die Ende der Fünfziger- und Anfang der Sechzigerjahre die goldene Ära des Modern Jazz prägte. Danach durchlief sie einige Höhen und Tiefen. Seit zehn Jahren hat sie mit dem ehemaligen Bob-Dylan- und Rolling-Stones-Produzenten Don Was einen

Chef, der das Label wieder zu alter Größe führen will. Makthathini ist der erste südafrikanische Musiker, der bei Blue Note einen Vertrag bekam.

Blue Note Africa, dieses neue Unterlabel, das Makthathini verantwortet, ist im Moment noch vor allem eine große Idee. Makthathini kommt ins Schwärmen, wenn man ihn danach fragt, was er mit dem Label vorhat: Südafrika, Ghana, Nigeria, Ostafrika, überall gebe es großartige Musikerinnen und Musiker, die im Westen kaum jemand kenne, die ihre ganz eigenen Spielarten der improvisierten Musik ausformulierten.

So weit eine klassische Musikererfolgskarriere. Ein Junge arbeitet sich mit Fleiß, Können und Talent ins Zentrum des Geschehens. Aber sie ist so unvollständig, dass sie eigentlich falsch ist, das merkt man schnell, wenn man sich mit Makthathini unterhält.

Als er acht Jahre alt war, erzählt Makthathini, hatte er einen Traum. Er träumte, dass Männer zu ihm kamen und ihm vom Wasser erzählten. Dann tauchten sie Pinsel in Wasser und berührten seinen Körper. Als er aufwachte, habe er an den Stellen, an denen er im Traum berührt wurde, Schwellungen und Blasen gehabt. Seine Mutter glaubte, das müssten Dämonen sein, und betete für ihn, seine Großmutter brachte ihn zu einem traditionellen Heiler. Der befragte ihn zu seinem Traum, und als der junge Makthathini die Männer beschrieb, habe seine Großmutter sie wiedererkannt: Es waren einige seiner Vorfahren. Du hast eine Gabe, habe der Heiler zu ihm gesagt, du kannst mit den Ahnen sprechen.

Was macht man als Kind mit so einer Geschichte? Makthathini vergaß sie.

Doch 2014 bekam er Probleme mit seinen Augen. Da war er schon einer der kommenden Musiker Südafrikas – aber immer wieder erblindete er. Manchmal für Stunden, manchmal für Tage. Die Ärzte, die Makthathini konsultierte, konnten nichts feststellen. Seine Augen waren gesund. Bis ein Onkel, der selbst ein Heiler ist, ihn an die Gabe erinnerte, die ihm als Kind offenbart worden war. Er bekam ein paar Übungen aufgetragen – und die Probleme mit den Augen verschwanden.

Er sei heute ein initiiert Heiler, sagt Makthathini. »Ich arbeite mit Wasser, mit Sound, ich kann auch Knochen werfen.« Tatsächlich sei das Klavierspielen für ihn oft wie Knochenwerfen. Erst im Nachhinein, wenn er sich die Aufnahme eines Auftritts anhöre, könne er lesen, was er gespielt habe. Während des Spiels wisse er oft nicht, was er tue. Er übertrage schlicht das, was er von den Geistern höre.

Kann man das glauben? Musik ist die Kunstform, die an die Ekstase grenzt. Jeder Techno-DJ kennt die Augenblicke, in denen es ihn und sein Publikum davonträgt, die Momente, in denen man sich selbst vergisst. Keith Richards hat immer wieder beschrieben, wie es ihn auf der Bühne davonträgt. Ist das etwas anderes als das, was Makthathini schildert?

Energie nennt man das im Westen gern. Aber auch Energie ist ja nur eine Metapher,

SPIEGEL Bestseller

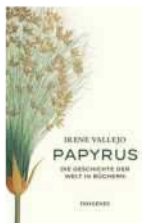
BELLETRISTIK



In einem englischen Internat wird ein 18-Jähriger tot aufgefunden, die Umstände sind mysteriös. Detektivin Jazz Hunter nimmt die Traditionseinrichtung genauer unter die Lupe – leider der einzige Krimi der 2021 verstorbenen Autorin. | **Platz 4**

- 1** (1) **Bonnie Garmus**
Eine Frage der Chemie Piper; 22 Euro
- 2** (2) **Heinz Strunk**
Ein Sommer in Niendorf Rowohlt; 22 Euro
- 3** (3) **Susanne Abel**
Was ich nie gesagt habe dtv; 23 Euro
- 4** (4) **Lucinda Riley**
Die Toten von Fleet House Goldmann; 22 Euro
- 5** (6) **Susanne Abel**
Stay away from Gretchen dtv; 20 Euro
- 6** (5) **Donna Leon**
Milde Gaben Diogenes; 25 Euro
- 7** (9) **Jan Weiler**
Der Markisenmann Heyne; 22 Euro
- 8** (7) **Michael Kobl / Volker Klüpfel**
Affenhitze Ullstein; 24,99 Euro
- 9** (8) **Ildikó von Kürthy**
Morgen kann kommen Wunderlich; 22 Euro
- 10** (12) **Carsten Henn**
Der Geschichtenbäcker Piper; 15 Euro
- 11** (11) **Miranda Cowley Heller**
Der Papierpalast Ullstein; 23,99 Euro
- 12** (13) **Carsten Henn**
Der Buchspazierer Piper; 15 Euro
- 13** (10) **Jay Kristoff**
Das Reich der Vampire Fischer Tor; 26 Euro
- 14** (14) **Mona Kasten**
Lonely Heart lyx; 18 Euro
- 15** (–) **Lucy Fricke**
Die Diplomatin Claassen; 22 Euro
- 16** (17) **Micky Beisenherz / Sebastian Fitzek**
Schreib oder stirb Droemer; 19,99 Euro
- 17** (20) **Renate Bergmann**
Dann lassen wir eben die Heizdecke weg! Ullstein; 10,99 Euro
- 18** (16) **Martin Walker**
Tête-à-Tête Diogenes; 25 Euro
- 19** (15) **Sarah J. Maas**
Crescent City – Wenn ein Stern erstrahlt dtv; 24 Euro
- 20** (18) **Bernhard Schlink**
Die Enkelin Diogenes; 25 Euro

SACHBUCH



Die Spanierin hat ein Buch über das Buch geschrieben. Nonnen, Händler und Geschichtenerzähler sind die Protagonisten dieser historischen Reise von Alexandria bis ins antike Rom. | **Platz 17**

- 1** (2) **Kurt Krömer**
Du darfst nicht alles glauben, was du denkst Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 2** (1) **Brianna Wiest**
101 Essays, die dein Leben verändern werden Piper; 22 Euro
- 3** (3) **Marietta Slomka**
Nachts im Kanzleramt Droemer; 20 Euro
- 4** (4) **Andreas Sturm**
Ich muss raus aus dieser Kirche Herder; 18 Euro
- 5** (5) **Christiane Hoffmann**
Alles, was wir nicht erinnern C. H. Beck; 22 Euro
- 6** (–) **Henry A. Kissinger**
Staatskunst C. Bertelsmann; 38 Euro
- 7** (7) **Klaus von Dohnanyi**
Nationale Interessen Siedler; 22 Euro
- 8** (8) **Vincent Klink**
Ein Bauch spaziert durch Venedig Rowohlt; 25 Euro
- 9** (6) **Neven Subotić / Sonja Hartwig**
Alles geben Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 10** (10) **Peter Hahne**
Das Maß ist voll Quadriga; 12 Euro
- 11** (11) **Catherine Belton**
Putins Netz HarperCollins; 26 Euro
- 12** (12) **Doris Dörrie**
Die Heldin reist Diogenes; 22 Euro
- 13** (16) **Florian Illies**
Liebe in Zeiten des Hasses S. Fischer; 24 Euro
- 14** (–) **Navid Kermani**
Jeder soll von da, wo er ist, einen Schritt näher kommen Hanser; 22 Euro
- 15** (14) **Richard David Precht**
Freiheit für alle Goldmann; 24 Euro
- 16** (15) **Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt**
Bewegung Insel; 26 Euro
- 17** (–) **Irene Vallejo**
Papyrus Diogenes; 28 Euro
- 18** (9) **Andreas Englisch**
Mein geheimes Rom C. Bertelsmann; 24 Euro
- 19** (18) **Gregor Gysi**
Was Politiker nicht sagen Econ; 22 Euro
- 20** (19) **Laura Malina Seiler**
Zurück zu mir Rowohlt; 15 Euro

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); Informationen unter spiegel.de/bestseller

ein Sprachbild für etwas, das schwer zu erklären ist. Irgendetwas kann eben passieren, wenn ein Musiker auf die Bühne geht und zu spielen anfängt. Im Westen, wo der liebe Gott im Himmel sitzt, kann Musik der Draht nach oben sein. In Afrika, wo die Ahnen im Boden sind, ist sie die Verbindung nach unten.

»Afrika basiert auf mündlichen Überlieferungen«, sagt Nduduzo Makhathini. »Nur wer mit den Ahnen spricht, kann herausfinden, was die Zukunft bringt. Das ist fundamental. Sind wir Afrikaner verrückt, dass wir an etwas glauben, das wir nicht sehen können? Nein. Wir glauben, dass wir in Geschichten hineingeboren werden. Also rufen wir unsere Vorfahren auf, um sie zu befragen, was sie uns über diese Geschichten zu sagen haben, um in die Zukunft zu kommen.« Und diese Geschichten seien oft in Songs gespeichert.

Makhathinis Musik dreht sich immer wieder um diese Fragen. »Modes of Communication: Letters From the Underworld« hieß das Album, mit dem er im Westen 2020 bekannt wurde, es handelt von den Nachrichten, die die Ahnen durch den Boden übermitteln. »Listening to the Ground« nahm er auf, als er wieder zu sehen gelernt hatte, die »Sight«, sagt er, sei in dem Maße zurückgekommen, in dem er verstanden habe, wie wichtig die »Site« sei, auf der er stehe.

Er sei eben kein Europäer, sagt Makhathini. Er halte den europäischen Universalismus für gefährlich, weil er den Menschen nur nach seinem Bild wahrnehme und jede Differenz ausstreiche. Die Welt des 21. Jahrhunderts brauche etwas anderes: einen neuen Pluriuniversalismus.

Das sind große Töne. Und Makhathini hat ja recht. Der Jazz mag eine der großen amerikanischen Geschichten des 20. Jahrhunderts gewesen sein, er stagniert aber auch – und das seit Längerem. Vielleicht kommt die Erneuerung dieser Musik wirklich aus Afrika. Und ist gar keine Erneuerung. Sondern nur eine neue Ausgabe dessen, was die Trommeln seit Jahrhunderten sagen. Und was im Westen immer nur als Echo ankam.

Überall in Afrika entstehen gerade Museen, in denen sich die Gesellschaften ihrer Geschichte versichern. Einige der Kunstwerke, die dort gezeigt werden, wurden einst von Europäern geraubt und wurden nun zurückgegeben. Eine neue Mittelschicht nimmt für sich selbstverständlich in Anspruch, mitreden zu können, wie die Weltkultur aussehen soll. Der senegalesische Philosoph Felwine Sarr hat dieses Selbstbewusstsein in seinem Buch »Afrotopia« beschrieben, als er Afrika zum Modell für die Welt erklärte – wenn es sich auf die verdrängten geistigen Ressourcen besinne, die der Kolonialismus auslöschen wollte.

Makhathinis Musik ist ein Teil des Soundtracks dieser Revolution.

Tobias Rapp

Im Sog des Merkur

BUCHKRITIK In ihrem autofiktionalen Roman beschreibt Emily Segal den Aufstieg eines sinnlosen Techunternehmens. Eine ironische Abrechnung mit der New Economy.

Wie soll man heutzutage noch guten alten Kulturpessimismus praktizieren, wenn Schopenhauer zu frauenfeindlich, Nietzsche zu radikal und von der marxistischen Theorie nur noch ein Hammer-und-Sichel-Symbol in der Twitter-Biografie übrig ist? Die US-amerikanische Autorin Emily Segal zweckentfremdet für ihren ersten Roman ausgerechnet die Astrologie, die Lieblingspseudowissenschaft der Millennials, als kulturtheoretisches Instrument und drischt damit auf die New Economy ein.

Während New Yorker Start-up-Gurus anno 2014 noch das perfekte Einhorn jagen, das Start-up mit einer Marktbewertung von über einer Milliarde Dollar, macht die Icherzählerin Emily Segal eine schockierende Entdeckung: Der rückläufige Merkur, also eine optische Täuschung, in der sich der Planet scheinbar rückwärts bewegt, beeinflusst nicht nur die Horoskope der Menschen, sondern sogar die Modewelt und den Zeitgeist. Er ist zugleich Symptom und Auslöser für die starre und träge Gesellschaft, in der sich die Erzählerin wähnt. Alles dreht sich, nichts bewegt sich.

Frisch von der Uni, verdingt sich die Literaturwissenschaftlerin und Künstlerin bei schlecht bezahlten Brotjobs, bis sie nach langem Zögern eine Stelle beim ominösen Tech-Start-up eXe annimmt – ein musterhafter Karriereweg für das akademische Prekariat. Die absurde Idee des Start-ups: Das gesamte Internet soll mit einem Netz aus Sprache überzogen werden, soll mit einer »Meta-Schicht aus Sprache« bestrichen werden »wie ein Sandwich«, heißt es im Buch.

Das ist natürlich weder ein echtes Produkt noch eine klare Vision. Stattdessen hat eXe lediglich einen eso-



Dana Boulos

terischen Unternehmenskult und ein Millionenkapital von unbekannten Investoren, die die Gründer für Partys, inhaltsleere Werbekampagnen und einen luxuriösen Bürostandort im New Yorker Stadtteil Williamsburg verschleudern. Das ist die kuriose Ausgangslage für die Figur Emily, die ihren plan- und ziellosen Chefs im Verlauf des Buches Geld beschaffen soll.

Sprachlich bedient sich die Autorin des Vokabulars einer jungen, elitären Kunstbubble, der Roman liest sich über weite Strecken wie eine Mischung aus Twitter-Slang, erzählerischen Tagebucheinträgen und »French Theory« von D wie Deleuze bis D wie Derrida. Segals Figuren sind auf Amphetaminen und Benzos zugleich, sie lieben es kompliziert,

Autorin Segal

Langweilige japanische Rollkragenpullis wurden kurzzeitig zum Lebensgefühl.

und auch sonst lässt die Icherzählerin kein Klischee über Großstadtmillennials aus. Trotzdem gelingt ihr mit klugen Analysen, herrlichen Selbstbeobachtungen und einem scharfsinnigen, düsteren Humor eine Gesellschaftssatire, die sich über weite Teile ganz und gar nicht abgeschmackt liest.

Autorin und Figur teilen sich nicht nur den Namen, sondern auch Teile der Biografie. Anfang der Zehnerjahre gründete die echte Emily Segal, geboren 1988, mit anderen das Künstlerkollektiv K-Hole, das nach einem durch die Droge Ketamin ausgelösten Gefühl der Benommenheit benannt ist. Sie verfassten popkulturelle Trendberichte, die sie später an große Marken verkauften und als PDF auf ihre Website stellten. Bekannt wurde K-Hole durch das sehr populäre Meme »Normcore«, eine Art Lebenseinstellung, bei der es nicht darum ging, einzigartig zu sein, sondern, im Gegenteil, ganz bewusst so ähnlich zu sein wie andere. Modewelt und Kulturkritik stürzten sich damals auf die Idee, langweilige japanische Rollkragenpullis wurden kurzzeitig zum Lebensgefühl.

Mit ihrem Roman knüpft Segal an das Werk von Eileen Myles oder Chris Kraus an, die der Autofiktion in den USA Beachtung verschafften. Auch sie standen dem Kunstbetrieb nahe, doch während die Protagonistin in Kraus' »I Love Dick« Mitte der Neunzigerjahre mithilfe von Immobiliendeals und den Lehraufträgen ihres Ehemanns ihre Existenz fristete, verdienen Segals Figuren Hunderttausende Dollar im Jahr und sind Wegbereiter einer neuen Verschmelzung von Ökonomie und Kunst: Auf der Art Basel interessiert man sich für NFTs, Balenciaga macht eine Modenschau in der New Yorker Börse und irgendwie Gegenwartskunst. »Man hatte immer geglaubt, Mode würde die Menschen an erster Stelle kleiden und an zweiter Stelle mit ihnen kommunizieren. Jetzt war die Kommunikation zur Hauptsache geworden«, schreibt Segal, während die Blase namens eXe nicht platzt, sondern wächst.

In seinen besten Momenten ist Segals Roman, der in Teilen bereits 2015 als Essay erschien, nicht nur hellseherisch, sondern auch wahnsinnig lustig. Manchmal schlägt die Autorin eine Spur zu oft in dieselbe Kerbe, wirkt in ihren Milieuschilderingen eher nihilistisch als, wie versprochen, (post)ironisch. Das mag am Merkur liegen. Ein glaubhaftes Sittenbild gelingt ihr allemal.

Benjamin Stolz

Emily Segal: »Rückläufiger Merkur«. Aus dem Englischen von Cornelia Röser. Matthes & Seitz; 221 Seiten; 22 Euro.

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFREDAKTION Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Melanie Amann, Thorsten Dörting, Clemens Höges

STRATEGIE & OPERATIONS Susanne Amann; Philipp Löwe, Johanna Röhr, Anne Seith

BLATTMACHER Judith Horchert, Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITORS Birger Menke, Dr. Susanne Weingarten

CREATIVE DEPARTMENT Bente Kirschstein; Elisa Hundertmark

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Matthias Streitz; Friederike Freiburg, Maximilian Rau, Ole Reißmann

CHEFS VOM DIENST *Print:* Anke Jensen, Jörn Sucher. *Online:* Patricia Dreyer, Anselm Waldermann; Melanie Ahlemeyer, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicola Kwasiński, Jonas Leppin, Florian Merkel, Malte Müller-Michaelis, Charlene Opsteinstein, Dr. Dominik Peters, Dr. Jens Radü, Daniel Raecae, Martin Wolf

AUTOREN/REPORTER DER CHEFREDAKTION Susanne Beyer, Ullrich Fichtner, Thomas Schulz

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit *Leitung:* Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Christoph Hickmann (stellv.), Wolf Wiedmann-Schmidt (Teamleitung Innere Sicherheit), Kristin Hang, Amrin Himmelfrath, Philipp Kollenbroich, Annette Langer, Katrin Langhans, Günther Latsch, Benjamin Mack, Peter Maxwell, Christopher Piltz, Alexander Preker, Ansgar Siemens, Sara Wess, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Alfred Weizier, Dr. Klaus Wiegrefe. *Berlin:* Juliane Löffler, Guido Mingels, Hannes Schrader

DEUTSCHLAND/PANORAMA *Leitung:* Jörg Diehl, Cordula Meyer, Hendrik TERNIEDEN, Dr. Markus Verbeet. *Redaktion:* Birte Bredow, Lisa Duhm, Katrin Elger, Silke Fokken, Maik Großekathöfer, Hubert Gude, Kristin Hang, Amrin Himmelfrath, Philipp Kollenbroich, Annette Langer, Katrin Langhans, Günther Latsch, Benjamin Mack, Peter Maxwell, Christopher Piltz, Alexander Preker, Ansgar Siemens, Sara Wess, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Alfred Weizier, Dr. Klaus Wiegrefe. *Berlin:* Juliane Löffler, Guido Mingels, Hannes Schrader

WIRTSCHAFT/NETZWELT *Leitung:* Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Judith Horchert (Netzwelt), Isabel Hülsen, Stefan Kaiser, Cornelia Schmergal. *Redaktion:* Benjamin Biddel, Michael Brächer, Florian Diekmann, Kristina Gnirke, Simon Hage, Dr. Claus Hecking, Henning Jauregü, Dr. Matthias Kaufmann, Nils Klauwiter, Torsten Kleinz, Janne Knödler, Matthias Kremp, Alexander Kühn, Maria Marquard, Martin U. Müller, Anton Rainer, Stefan Schulz. *Berlin:* Patrick Beuth, Simon Boke, Markus Dettmer, Mack Hoppensstedt, Michael Kröger, Gerald Trautfeiter. *Autoren, Reporter:* David Böcking, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Britta Kollenbroich (stellv.), Katrin Kuntz (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.), Özlem Topcu (stellv.). *Redaktion:* Monika Bolliger, Alexander Chernyshev, Francesco Collini, Fiona Ehlers, Lena Greiner (Teamleitung Globale Gesellschaft), Muriel Kalisch, Steffen Lüdke, Katharina Grage Peters, Jan Petter, Jan Puhl, Alexandra Rojkov, Anna-Sophie Schneider, Lina Verschwele, *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Christoph Reuter, Thore Schröder. *Berlin:* Julia Amalia Heyer, Aleksandar Sarovic

WISSEN *Leitung:* Michail Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Marco Evers, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Arvid Kasper, Viola Kiel, Guido Kleinhubert, Julia Koch, Julia Kippe, Julia Merlot, Jörg Römer, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mobilität), Felix Wadewitz. *Autoren, Reporter:* Rafaela von Bredow, Christoph Seidler. *Berlin:* Susanne Götzte, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmündt, Frank Thadeusz. *Autoren:* Jörg Bleich

KULTUR *Leitung:* Stefan Kuzmany, Eva Thöne, Laura Backes (stellv.). *Redaktion:* Felix Bayer, Tobias Becker, Christian Buß, Xavier von Cranch, Nora Gantenbrink, Oliver Kaever, Ulrike Knöfel, Carola Padtberg, Jurek Skrobala, Katharina Stiegelmann. *Autoren, Reporter:* Lothar Gorris, Wolfgang Höbel. *Berlin:* Lars-Olav Beier, Elisa von Hof, Philipp Oehmke, Hannah Pilarczyk, Tobias Rapp. *Autoren, Reporter:* Andreas Borcholte, Sebastian Hammelhehle, Elke Schmitter

REPORTER *Leitung:* Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), Britta Stutz (stellv.). *Redaktion:* Barbara Hardinghaus, Timofey Neshitov, Djalila Neufeld, Jonathan Stock, Antje Schmitt, *Autoren, Reporter:* Uwe Busse, Marc Hujer, Frauke Hunfeld, Alexander Osang, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.). *Redaktion:* Peter Ahrens, Anne Armbröck, Matthias Fiedler, Michael Fröhlingsdorf, Jan Göbel, Nina Golombek, Benjamin Knaack, Marcus Krämer, Daniel Montazeri, Thilo Neumann, Gerhard Peil

INVESTIGATION *Teamleitung:* Rafael Buschmann; Roman Höfner, Roman Lehberger, Theresa Locker, Nicola Naber, Christoph Winterbach. *Koordinierung SPIEGEL TV:* Thomas Heise

MEINUNG & DEBATTE Anna Clauß, Lothar Gorris, Alexander Neubacher

LEBEN *Leitung:* Anke Dürr, Frauke Lüpke-Narberhaus, Nicola Tietz. *Redaktion:* Irene Berres, Anje Blanka (Teamleitung Reise), Franziska Bulban, Markus Deggerich, Maren Keller, Heike Klover, Nike Laurenz, Dr. Heike Le Ker, Eva Lehnen, Marthe Ruddat, Katherine Rydlink, Sandra Schulz, Sebastian Späth, Julia Stanek, Nina Weber. *Autoren:* Enrico Ippolito, Julie Lutteroth, Marianne Wellershoff

JOB & KARRIERE (BEREITGESTELLT VON MANAGER MAGAZIN NEW MEDIA) *Leitung:* Helene Endres. *Redaktion:* Benjamin Ansari, Tanya Palenczyk, Helene Flachsberg, Florian Gontek, Katharina Höller, Maren Hoffmann, Sophia Schirmer (Teamleitung Start), Markus Utera, Verena Terz

GESCHICHTE *Leitung:* Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schurr. *Redaktion:* Dr. Felix Bohr, Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Dr. Danny Kringiel, Frank Patalong, Martin Pfaffenweller

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel. *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckschebe, Alexandra Klausner, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gertard Alske, Gesine Block, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlöterbeck, Sebastian Schuln, Sandra Waage

PRODUKTION *Leitung:* Petra Thormann; Kathrin Beyer, Christoph Brüggemeier, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmerke, Britta Romberg, Martina Triemann, Katrin Zabel

BILDERDAKTION *Leitung:* Mascha Zuder, Jose Blanco (stellv.), Mareile Mack (stellv.), Claudia Appel, Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt, Thorsten Gerke, Niklas Hauser, Signe Heldt, Gillian Henn, Daniel Hofmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Jan Kappelmann, Petra Konopka, Matthias Krug, Charlotte Lensing, Theresa Lettner, Nasser Manouchehr, Parvin Nazemi, Nicole Neumann, Peer Peters, Inka Recken, Jens Resing, Franziska Schade, Oliver Schmitt, Ines Schübel, Erik Seemann, Maxim Sergienko, Martin Trilk, Anja Wellnitz, Lena Wöhler. *Mail:* foto@spiegel.de. *SPIEGEL Foto USA:* Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

LAYOUT *Leitung:* Dagmar Notjunge, Reinhold Wurst; Michael Abke, Lisa Debacher, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilheule, Linna Grage, Fabian Greve, Louise Jessen, Jens Kuppi, Annika Loebel, Barbara Rödiger

TITELBILD *Teamleitung:* Johannes Unsel; Suze Barrett, Alexandra Grünig, Pia Pritzel

GRAFIK & INTERACTIVE *Leitung:* Ferdinand Kuchlmann, Dr. Matthias Stahl (stellv.); Cornelia Bauchermann, Alexander Epp, Guido Grigat, Thomas Hammer, Max Heber, Frank Kalinowski, Anna-Lena Kornfeld, Chris Kurt, Niklas Marienhaus, Anna Marie Gonzalez, Gernot Matzke, Lina Moreno, Klaus Neumann, Michael Niesstedt, Dawood Ohdah, Bernhard Riedmann, Lea Rossa, Hann Sayami, Alexander Trempler

DESIGN/UX Katja Braun, Anna van Hove

KORREKTORAT Sebastian Hofer

TEXTPRODUKTION *Leitung:* Helke Grusdus; Angela Ölscher, Gesche Sager, Stefan Schütt, Holger Uhlig, Valérie Wagner

DATENJOURNALISMUS *Leitung:* Marcel Pauly; Holger Dambach, Patrick Stotz, Achim Tack

SOCIAL MEDIA & LESERDIALOG *Leitung:* Ayla Kiran, Angela Gruber (stellv.). *Redaktion:* Kai Bonte (Forum), Philipp Dreyer, Ariane Fries (Teamleitung Community), Luisa Höppner, Aleksandra Janewska, Charlotte Klein, Sebastian Maas, Petra Maier (Teamleitung Google Web Stories), Annina Metz, Robert Schlosser, Kim Staudt, Katharina Zingerle

SEO *Teamleitung:* Insa Winter; Alexandra Knappe, Bastian Midasch, Heiko Stammel, Hanna Zobel

VIDEO *Leitung:* Frauke Böger, Anne Martin (stellv.). *Redaktion:* Thilo Adam, Benjamin Braden, Sven Christian, Dennis Deuermeyer, Birgit Großekathöfer, Janita Hämmäläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Marco Kasang, Carolin Katschak (Teamleitung Talk), Eckhard Klein, Andreas Landberg, Jonathan Miske, Fabian Pieper, Rachelle Pouplier, Dr. Isabella Reichert, Leonie Voss, Christian Weber

CHEFS VOM DIENST BEWEGTBILD Bernd Czaya, Dirk Schulze, Martin Sümening

AUDIO *Leitung:* Sandra Sperber, Yasemin Yücel, Olaf Heuser (Chef vom Dienst). *Redaktion:* Ines Balzer, Adrian Breda, Philipp Fackler, Robert Hauspurg, Lenne Kaffka, Martin Mestermann, Sebastian Spalek, Regina Steffens, Marius Vornweg-Brückner

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgätschen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Markus Böhm, Lukas Eberle, Tobias Großekemper, Benedikt Müller-Arnold, Miriam Olbrisch, Katja Thimm, Jägerhofstraße 19-20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Fellnerstraße 7-9, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Stephanienstraße 30, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

LEIPZIG Peter Maxwell, Postfach 310315, 04162 Leipzig

MÜNCHEN Jan Friedmann (Koordinierung Nachrichten), Martin Hesse, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

BADEN-WÜRTTEMBERG Christine Keck

REDAKTIONSVERTRETUNGEN/ KORRESPONDENTENBÜROS AUSLAND

BANGALORE Laura Höflinger

BANGKOK Maria Stöhr

BRÜSSEL Markus Becker (Büroleitung), Ralf Neukirch (Reporter Europapolitik), Michael Sauga (Autor), Rue Le Titten 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rvbruessel@spiegel.de

KAPSTADT Fritz Schaap, P. O. Box 15107, Vlaeberg 8018, Cape Town, South Africa

LONDON Jörg Schindler

LOS ANGELES Philipp Wittrock

MEXIKO-STADT Jens Glöckner

MOSKAU Christian Esch, Christina Hebel, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 19002 Moskau, Tel. +7 495 3637623

NAIROBI Heiner Hoffmann, Tel. +254 111 34178

NEW YORK Marc Pitze, Bernhard Zand

PARIS Britta Sandberg, 4, Rue Goethe, 75116 Paris, Tel. +33 158 625120

PEKING Georg Fahrion, Christoph Giesen

ROM Frank Hornig, DER SPIEGEL, c/o Stampa Estera, Via dell'Umiltà 83/C, 00187 Rom

SAN FRANCISCO Alexander Demling

SAO PAULO Nicola Abé

SYDNEY Anna-Lena Abbott, Johannes Korpe

TEL AVIV P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel

Warschau Tel. +48 22 6179295, rvwarschau@spiegel.de

WASHINGTON Roland Nelles, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayr

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Ann-Dorit Boy, Giorgos Christides, Arno Frank, Oliver Das Gupta, Jochen-Martin Gutsch, Leo Klimm, Jasmin Lörschner, Juan Moreno, Max Polonyi, Wiebke Ramm, Anna Rützel

DOKUMENTATION *Leitung:* Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akhgarg, Nikolai Antoniadis, Dr. Susmita Arp, Verena Barchfeld, Lars Böhm, Eva Bräth, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Almut Geschinger, Johannes Elitzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Pandja, Dr. Matthias Fett, Janine Große, Inko Haan, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Helberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Anna Köster, Ines Köster, Mara Küpper, Peter Lakemeier, Julia Lange, Rainer Lübbert, Sonja Maas, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Sandra Ötner, Ulrike Preuß, Axel Reusch, Thomas Riedel, Sara Maria Rieger, Friederike Röhrke, Andrea Sauerbier, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Maria Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Anna Schwarz, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Tuisso Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Sztimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wahle, Dr. Charlotte Weichert, Peter Wetter, Karl-Henning Windelband, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Anzeigen: Hannes Engler
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 77 vom 1. Januar 2022
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.de/media
Vertrieb: Torben Sieb
Herstellung: Silke Kassuba

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Haas (Vorsitzender), Stefan Otlitz

INTERNET www.spiegel.de
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Service

Leserbrieft
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, www.spiegel.de/leserbrieft, Fax: 040 3007-2966, Mail: leserbrieft@spiegel.de
Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationsnoter Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Ombudsstelle
Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice
Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdrucke in Medien aller Art
Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken oder Videos Kontakt, Beratung: www.gruppe.spiegel.de/syndication und Bestellung: syndication@spiegel.de, Tel.: 040 3007-3540 für Deutschland, Österreich, Schweiz. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Simone Daley, Mail: simonedaley@nytimes.com, Telefon: +44 20 7061 3507, ISSN 0038-7452

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn, www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audioversion: Deutsche Blindenstellenanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 291,20, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 197,60, Auslandspreise unter www.spiegel.de/auslandsabo, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnentenservice Persönlich erreichbar Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070 Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
☐ für € 5,60 pro gedruckte Ausgabe
☐ für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,69) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.

Der Bezug ist monatlich kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten
Straße, Hausnummer oder Postfach
PLZ, Ort
Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)
Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb
Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten
SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)





Metodi Popow / 360-Berlin

Shinzo Abe, 67

Er hat die japanische Politik der vergangenen Jahrzehnte geprägt wie kaum jemand sonst. Geboren in eine Politikerdynastie hinein wurde der nationalkonservative Shinzo Abe 2006 mit 52 Jahren zum jüngsten Premier Japans nach dem Krieg gewählt. Rasch versuchte er, die Verfassung zu ändern, Artikel 9, in dem das Land sich nach dem Zweiten Weltkrieg zum Pazifismus bekennt, wollte er reformieren. Den meisten Japanern war das zu radikal, Abes Popularitätswerte sanken, ein Jahr später trat er ab. 2012 gelang ihm das Comeback: Knapp acht Jahre lang hielt er sich als Premierminister, so lange wie kein anderer. Japan verordnete er nach Jahren der Stagnation seine ganz eigene Wirtschaftspolitik, die »Abenomics«: Anleihekäufe und massive Staatsausgaben. Außenpolitisch trieb ihn das Erstarken Chinas um. Immer wieder brachte er eine Verfassungsänderung ins Spiel und verlangte vor wenigen Wochen gar die Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen. Ein Tabu in Japan, dem bisher einzigen Land, auf das Atombomben fielen. Bei einer Wahlkampfveranstaltung am 8. Juli feuerte ein Attentäter zwei Schüsse auf ihn ab. Shinzo Abe erlag noch am selben Tag seinen Verletzungen in einem Krankenhaus in Kashiwara. **GLE**

Dominic Smith, 33

Die Eichhörnchen nannte er Patchouli und Schröder. Regelmäßig radelte Dominic Smith, der 2019 als Kandidat der ersten Staffel des schwulen RTL-Datingformats »Prince Charming« in die Öffentlichkeit geriet, in seinen Instagram-Stories vom Berliner Stadtgedröhn ins Grüne, um den Tierchen Nüsse zu bringen. Meist war Smith in diesen Filmchen allein unterwegs, auf dem Rad querfeldein, spazierend im Wald, mit dem Skateboard beim Sonnenuntergang auf dem Tempelhofer Feld. Das ist untypisch für einen Menschen, den man aus dem Trashfernsehen kennt, wo man sich anschließend auf Social Media gern zu Content- und Reichweitengemeinschaften vergluckt. Aber Smith war ohnehin kein typischer Trassteilnehmer: Zu feinhäutig, zu sichtlich gebeutelt war er, um die angebliche Echtheit dieser Formate nur spielen zu können. Im vergangenen Jahr verabschiedete er sich in eine Social-Media-Pause, weil es ihm »nicht wirklich gut« gehe. Anfang Juni postete er nun zum ersten Mal wieder, ein paar Bilder vom Strand in Warnemünde. Er spüre tiefe Verbundenheit hier am Wasser, schrieb er dazu, sie gebe ihm die Hoffnung »weiterzumachen«. Dominic Smith starb kurz vor seinem 34. Geburtstag am 11. Juli. **ARÜ**

Ursulina Schüler-Witte, 89

Die beiden bekanntesten Bauten der Architektin Ursulina Schüler-Witte verkörpern wie wenige andere die Westberliner Nachkriegsmoderne: 1976 eröffnete das zusammen mit ihrem Ehemann Ralf Schüler entworfene Turmrestaurant über dem U-Bahnhof Schloßstraße – das erste große Ensemble des Architektenduos. Der 47 Meter hohe und ursprünglich knallrote »Bierpinsel« ist ein wichtiges Stück Poparchitektur und ein Wahrzeichen von Steglitz. Zeitgleich entstand im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf das Internationale Congress Centrum (ICC). Es gilt als wegweisender Bau der in den Siebzigerjahren aufkommenden »High-Tech-Architektur«, zu der etwa auch das Pariser Centre

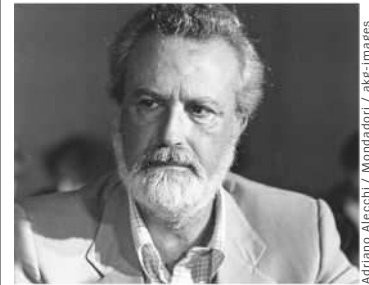


Kai-Uwe Heinrich / picture-alliance

Pompidou zählt. Schüler-Witte lernte ihren späteren Ehemann und Geschäftspartner 1953 im Studium an der Technischen Universität Berlin kennen. Aus der lebenslangen Zusammenarbeit der beiden stammen 250 Entwürfe. Erst vor Kurzem wurde durch eine Traueranzeige bekannt, dass Ursulina Schüler-Witte bereits im Mai in Berlin gestorben ist. **BST**

Eugenio Scalfari, 98

Er war Journalist, Zeitungsgründer, Schriftsteller und Politiker: Von Eugenio Scalfari sagt man in Italien, er habe mehrere Leben in einem geführt. 1955 stand er gemeinsam mit Journalist Arrigo Benedetti hinter der Gründung des Magazins »L'Espresso«, das er zwischen 1963 und 1968 leitete. 1976 gründete er die Tageszeitung »La Repubblica«. Dort war Scalfari Chefredakteur – 20 Jahre lang. Sowohl das Magazin als auch die Zeitung machte Scalfari zu Leitmedien und führte sie durch eine der schwierigsten politischen Pha-



Adriano Alecci / Mondadori / akg-images

sen der italienischen Nachkriegsgeschichte. Während seiner Jugend bewunderte er den Faschismus unter Mussolini, nach dem Krieg wurde Scalfari zum Liberalen. Seine redaktionelle Linie war Mitte links. Italiens frühe Populisten Bettino Craxi und später Silvio Berlusconi wurden zu den Hauptgegnern von Scalfaris Blättern. 1968 ging er selbst in die Politik – bis 1972 war er Abgeordneter der Sozialistischen Partei Italiens. Noch 2013 führte der überzeugte Atheist überraschend ein Interview mit Papst Franziskus. Eugenio Scalfari starb am 14. Juli in Rom. **COL**

Ivana Trump, 73

Ohne sie wäre Donald Trump nie der geworden, der er heute ist. Ivana Trump, seine erste Ehefrau, war die treibende Kraft hinter Trumps frühem Geschäftserfolg. Geboren als Ivana Zelníčková in der Tschechoslowakei, war sie nach New York gekommen, um als Model zu arbeiten, und heiratete Trump, als der gerade sein erstes Immobilienprojekt anpeilte. Als Geschäftsfrau und Designerin zeichnete sie für viele seiner frühen Bauten wie den Trump Tower und das Plaza Hotel mitverantwortlich. In den Achtzigerjahren waren die Trumps das glamouröseste Paar der Society, ihr Rosenkrieg machte 1990 monatelang Schlagzeilen. Ihre Kinder Donald Jr., Ivanka und Eric gelten als die nächste Machtgeneration der Dynastie. Ivana Trump starb am 14. Juli in New York. **PIT**



ZUMA Press / Alamy / mauritius images

Cooler Mutter

Die US-Schauspielerin **Chloë Sevigny**, 47, will das Selbstbewusstsein von Eltern stärken: »Ich glaube, es ist wichtig, dass Eltern versuchen, ihrer Erziehung mehr zu vertrauen, und sie einfach als Starthilfe und Unterstützung sehen.« Man könne Erziehung auch als einen »sicheren Ort« betrachten, »dem Kinder dann entwachsen«, so Sevigny zum SPIEGEL. Sevigny, die in der neuen Dramaserie »The Girl From Plainville« die Mutter eines Teenagers spielt, hat einen zweijährigen Sohn namens Vanja. »Ich weiß, dass ich wirklich erst am Anfang stehe«, so Sevigny. Dass sie nun selbst Mutter sei, merke sie auch daran, dass sie sich unaufhörlich Sorgen macht. »Ich denke auch viel über Schuldgefühle von Müttern oder Eltern nach« – und darüber, wie man sie abmildern könne. Sevigny wurde in den Neunzigerjahren durch eine Rolle im Drogendrama »Kids« berühmt und gilt als Trendsetterin, wegen ihres Kleidungsstils wird sie seit Jahrzehnten für ihre Coolness gefeiert. Jetzt versucht sie sich als Regisseurin, gerade arbeitet sie an ihrem ersten Spielfilm – und sie will sich weiterhin kreativ verwirklichen: »Vanja geht im Herbst in die Vorschule. Dann habe ich wieder mehr Zeit, um an neuen Projekten zu arbeiten, auch wenn ich immer noch nicht weiß, wie ich beides miteinander vereinbaren werde.« RED



figm-press



Lia Mancini / Panoramic / IMAGO

Der böse Junge ist altersmilde

Er forderte Paparazzi auf, Fotos von ihm auf der Toilette zu machen, ließ sich unter Drogeneinfluss interviewen und schrie Schiedsrichter an: Früher bezeichneten viele **John McEnroe**, 63, bewundernd als Infant terrible der Tenniswelt. Heute müsste der US-Sportler als Mann, der seine Wut nicht unter

Kontrolle hat, gewiss schärfere Kritik aushalten. Doch McEnroe ist milde geworden, mit sich selbst im Reinen – so jedenfalls zeigt ihn der Dokumentarfilm »McEnroe« des Regisseurs Barney Douglas. Um sich zu ändern, hat der dreifache Wimbledon-Sieger offenbar einiges getan: »Ich hatte viele Therapeuten, einige davon vom Gericht bestellt«, sagte er in einem Interview mit der »Times«. Nach sei-

ner ersten Scheidung musste er einen Antiaggressionstrainer konsultieren, seine Wutanfälle auf dem Platz werden auf YouTube bis heute millionenfach geklickt. »Ich glaube nicht, dass ich von Anfang an so ein böser Junge war«, sagte McEnroe. Er fühlte sich missverstanden. Dass er Anteil an seinem schlechten Ruf hatte, streitet er aber nicht ab: »Natürlich war ich nicht immer nett auf dem Platz.« BST

Fußfesseln zu Kunstwerken

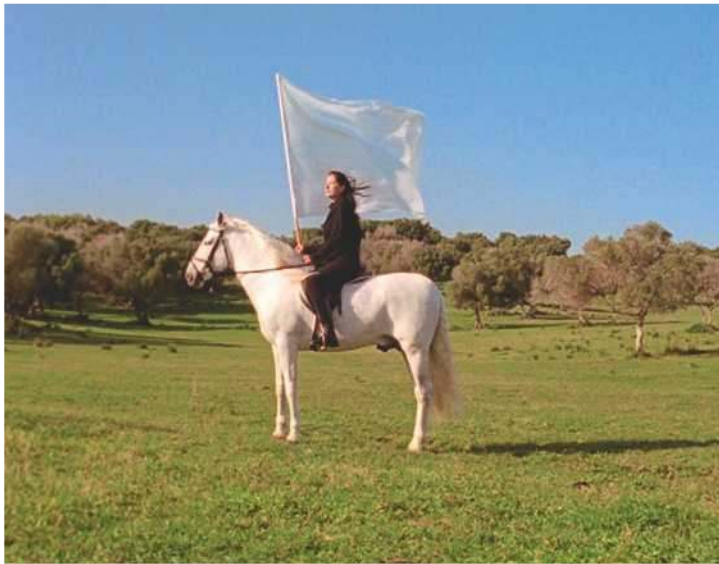
Ihre Flucht sorgte für einige Aufregung, doch **Marija Aljochina**, 34, russische Performancekünstlerin und Pussy-Riot-Aktivistin, will nicht von »Migration« sprechen. Sie habe vielmehr einen Weg gefunden, auf Tour zu gehen – so formulierte sie es jetzt in einem Interview mit dem »Guardian«. Im April gelang es ihr auf spektakuläre Weise, Russland zu verlassen. Sie stand damals unter Hausarrest, Fußfessel inklusive. Nachdem sie gehört hatte, dass sie wieder ins Gefängnis kommen solle, verkleidete sie sich als Kurier und schaffte es mithilfe von Freunden nach Litauen. Von dort ge-

langte sie nach Island, jetzt befindet sie sich an einem unbekannten Ort. Mit dem Verkauf von T-Shirts habe Aljochina bislang 10 000 Euro gesammelt, berichtet der »Guardian«. Diese habe sie an ein ukrainisches Kinderkrankenhaus gespendet. Nachdem sie Russland verlassen hatte, konnte sie ihre Lebensgefährtin wieder treffen, die bereits geflohen war. Beide ließen ihre Fußfesseln einschmelzen, schufen ein digitales Kunstwerk und verkaufen davon NFTs. Die Erlöse sollen ukrainischen Wohltätigkeitsorganisationen und politischen Gefangenen in Russland zugutekommen. Die Fußfesseln seien ihre »Trophäen vom Kampf mit dem russischen Regime«, sagte Aljochina, die bereits mehrere Male im Gefängnis saß. Sie



Murdo McLeod

will kein Mitleid und spricht lieber über ihre politischen Ziele als über Persönliches: Putin, so eine ihrer Forderungen, müsse als Kriegsverbrecher angeklagt werden. **KS**



© Courtesy of the Marina Abramovic Archives / VG Bild-Kunst, Bonn 2022

Heldinnenhaft verewigt

In Performances geht es um den Augenblick, um die Energie des Moments. **Marina Abramović**, 75, ist die Königin dieses flüchtigen Genres. Sie schuf immer wieder Werke, in denen sie ihre eigenen physischen und psychischen Grenzen ergründete. Nun wird eine persönliche Arbeit für immer konserviert. Das 2001 entstandene Video »The Hero«, eine Hommage an ihren im Zweiten Weltkrieg als Partisan kämpfenden serbischen Vater soll auf einer Blockchain verfügbar sein. Man sieht darin die Künstlerin im Profil auf einem Schimmel sitzen, den Blick in die Ferne gerichtet. Sie trägt eine weiße Flagge, die im Wind flattert. »Jede Arbeit, die ich erschaffe, hat viele Leben«, erklärt Abramović das Projekt. Heutzutage brauche man starke Bilder wie »The

Hero«. Sie wolle das Symbol der standhaften Frau den heutigen politischen Spannungen und der Klimakrise entgegensetzen, als Aufforderung, sich zu engagieren. Sie habe viel über das Web 3.0 gelesen, sagt Abramović. »Eine neue Generation macht dort Pionierarbeit, ähnlich wie ich in den Siebzigerjahren mit meinen Performances Grenzen austestete.« Zerteilt in Einzelbilder und GIFs wird »The Hero« nun mit der Blockchain Tezos verknüpft, die besonders umweltschonend sein soll, am 25. Juli werden die NFTs verkauft. Mit einem Teil der Erlöse will Abramović Projekte im Web 3.0 unterstützen, die den Planeten retten oder politische Krisen entschärfen sollen. Zunächst aber bringt die Performerin Menschen ihre eigenen Ideen näher: Sie wird im Herbst eine Professur an der Folkwang-Universität in Essen antreten. **CPA**

Royale »Fab Four«

Lange war sie – zumindest in der öffentlichen Meinung – »the other woman«, die andere Frau, die sich in die Ehe von Prinz Charles und Prinzessin Diana gedrängelt hatte. Inzwischen ist **Camilla**, Herzogin von Cornwall, jedoch ein Imagewechsel geglückt, der sie zum Lehrbeispiel für Krisen-PRler und Markenrestaurierer macht. Der »Telegraph« krönte sie gerade vorausseilend zur künftigen »ultimate feminist queen«, weil sie ehrlich, echt und unabhängig sei und sich royalen Tabuthemen widme, etwa mit ihrem Engagement gegen häusliche und sexuelle Gewalt. Außerdem nutze sie das Haus, das sie sich 1996 nach ihrer Scheidung von Andrew Parker Bowles gekauft hat, immer noch als privaten

Rückzugsort – ein quasirebellerischer Akt für eine künftige Königin. Anlässlich ihres 75. Geburtstags am 17. Juli ziert die Herzogin das aktuelle Cover des ruralen Lifestylemagazins »Country Life« und ließ sich dafür von ihrer Stiefschwiegertochter **Catherine**, 40, Herzogin von Cambridge, fotografieren – keine familiäre Gefälligkeit, sondern ein weiteres symbolisches Bausteinchen, das die beiden Frauen (und die dazugehörigen Eheprinzen Charles und William) als neues kernroyales Powergrüppchen etablieren soll. Es ist eine Neuaufnahme der »Fab Four«-Idee. Die Erstversion mit William, Kate, Harry und Meghan taugte durch den Abgang der beiden Letztgenannten dann doch nicht als Zukunftsvision einer modernen Monarchie. **ARÜ**



Samir Hussein / WireImage / Getty Images



Qua Wählerwille unregierbar

Nr. 28/2022 Titel: Die eine Lüge zu viel

Ein sehr gelungenes Titelbild. Alfred E. Neumann von »Mad« als Boris Johnson. Habe damals nicht verstanden, dass man so einen Menschen als Premierminister installieren konnte. Nun können die Tories die Suppe auslöffeln, die sie sich eingebrockt haben.

Detlev Baeyer, Stolberg (NRW)

Ist der SPIEGEL ein Satireblatt? Nein, ist er nicht. Dann sollte er sich auch nicht auf der Titelseite über andere Menschen lustig machen. Selbst wenn dieser Mensch Boris Johnson ist.

Lis Jäger, Mauer (Bad.-Württ.)

Man mag zu Boris Johnson stehen, wie man will, aber es gehört sich nicht, einen ausländischen Regierungschef als Clown zu bezeichnen.

Hans-Joachim Schneider, Kiel

Das Etikett »Clown« geht am Kern des Problems vorbei. Wenn in Demokratien derartige Figuren auf den Chefsessel gelangen, muss etwas sehr faul sein – zum Beispiel im Staate Großbritannien.

Dipl.-Ing. Rolf Pühlhofer, Nürnberg

Ob die narzisstischen Rattenfänger Johnson, Trump oder wie auch immer heißen mögen: Demokratien müssen rasch lernen,

sie vorab zu identifizieren und erst gar nicht nach oben gespült zu bekommen. Den wohlklingenden Verheißungen dieser Menschen darf nicht auf den Leim gegangen werden, sonst ist nachher das Elend umso größer. Das gilt gleichermaßen für die Politik, die Wirtschaft und das Private. Ansonsten können wir unsere drängenden Probleme nicht lösen.

Robert Wagner, Bach (Bayern)

Boris Johnson wollte nie »Churchill sein«. Er wollte bloß dessen Heiligenschein. Ihm fehlt, was Churchill als wirklichen Anführer charakterlich ausmachte: eine unverkäufliche Werteorientierung – auch gegen den Mainstream, klare und kommunizierbare Standpunkte, erbarmungslose Ehrlichkeit, der Mut, auch in unklaren Lagen seinen Grundsätzen treu zu bleiben, Loyalität nicht nur seiner Klientel gegen-

KORREKTUREN

Zu »Gebührend geknickt« in Heft 28/2022, Seite 28: Vor Veröffentlichung des Artikels gab der SPIEGEL dem Bundespräsidialamt Gelegenheit, sich zu den Rechercheergebnissen zu äußern. Eine Sprecherin antwortete, man wolle zu vertraulichen Gesprächen nichts sagen. Nach Erscheinen des Artikels teilte das Präsidialamt nun mit: »Anders als im Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL dargestellt, war das Telefonat zwischen Bundespräsident Steinmeier und dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj am 5. Mai darauf ausgerichtet, Irritationen der Vergangenheit auszuräumen. Das in der Darstellung des SPIEGEL verwendete Zitat ist weder wörtlich noch sinngemäß gefallen.«

Zu Heft 28/2022, Seite 129, Leserbrief: Durch ein Versehen wurden die Namen von zwei Lesern vertauscht: Der Brief, der Werner Dinkelbach aus Sinzig zugeschrieben ist, stammt eigentlich von Erich Krappen aus Wegberg – und umgekehrt.

über. Jetzt fällt ihm eine »Nebensache« auf die Füße, die einen Churchill nicht hätte wackeln lassen (mal abgesehen davon, dass Sir Winston sich so etwas nicht erlaubt hätte): Mit einem »Wimmern, nicht mit Donner« verlässt Johnson die Bühne. Passt doch.

Kaleb Utecht, Rodenbach (Hessen)

Ich werde Boris Johnson vermissen – über diesen Chaoten konnte ich herzlich lachen. Doch in einer Zeit, in der die Menschheit auf dem Vulkan tanzt, braucht es besonnene und integre Politiker, damit die ultimative Katastrophe noch abgewendet werden kann. Große Demokratien wie Frankreich, England und die USA sind qua Wählerwille unregierbar geworden – ein weiterer Schritt gen Abgrund. Ich ziehe den Hut vor den britischen Politikern: Sie haben es tatsächlich geschafft, mit den Mitteln der Demokratie die Laus aus ihrem Pelz zu entfernen. Da könnten sich die Amerikaner eine Scheibe abschneiden, die nicht den Mut haben, einen ausgewiesenen Verbrecher vor Gericht zu stellen – und damit das fatale Signal senden, dass vor dem Gesetz nicht alle gleich sind.

Hannelore Schreiner, Saarlouis

Er macht doch nur seinen Job

Nr. 27/2022 Kolumne: Die da unten – Hanseatischer Humor

Anna Clauß ist es vortrefflich gelungen, eine Reihe von Fragen bezüglich der charakterlichen Lauterkeit des Kanzlers so zu formulieren, dass diese zugleich auch als Gewissheiten verstanden werden können. Den schwachen Kanzlern Erhard und Kiesinger steht er damit schon heute in der Hierarchie der neun deutschen Kanzler/innen nach 1949 in nichts nach. Wer Führung von ihm einfordert, bekommt zaudernd-zögerliche Antworten oder keine, wie im Fall der Journalistin Rosalia Romaniec.

Karl-Heinz Groth, Goosefeld (Schl.-Holst.)

Mit einem wahren Bombardement von mutmaßenden »Es-könnte-sein«-Sätzen versucht Anna Clauß, in einem arrogant-humorlosen, von hämischen Überlegenheitsgefühl triefenden Artikel Bundeskanzler Scholz lächerlich zu machen (»Grinse-Kater-Fassade«), indem sie seiner Äußerung auf der Pressekonferenz des G7-Gipfels die schlechtest mögliche Interpretation unterstellt. Hätte sie doch selbst ihre Schlussmahnung an Olaf Scholz beherzigt, »souverän, menschlich oder herzlich aufzutreten«.

Prof. Dr. Rudolf Messner, Kassel

Es ist normal, dass eine Journalistin eine andere Journalistin verteidigt, weil diese anscheinend von Kanzler Scholz verhöhnt wurde. Sie mache doch nur ihren Job. Das Gleiche gilt auch für den Kanzler Scholz. Er macht doch nur seinen schweren Job. Ihre Kanzlerschelte ist mit der derben Häme unter der Gürtellinie jedoch überzogen. Soll das auch hanseatischer Humor sein?

Peter Schmitz, Waldshut (Bad.-Württ.)

Nein, ich bin kein Kenner des hanseatischen Humors. Das von Frau Clauß kritisierte Verhalten von Olaf Scholz auf der Abschlusspressekonferenz empfand ich nicht als überheblich oder gar peinlich. Tatsächlich dachte ich spontan an den bekannten Bibelvers: »Eure Rede sei ja, ja« (Matthäus 5:37). Dass unser Bundeskanzler nicht durch die Schule des Charmes gegangen ist, war wohl den meisten Deutschen bekannt, und dennoch wurde er mit Mehrheit gewählt. Seinen Job macht er sachlich, ruhig und zufriedenstellend.

Henning Hansen, Mülheim an der Ruhr (NRW)

Welch eine Arroganz

Nr. 27/2022 SPIEGEL-Gespräch mit Verkehrsminister Volker Wissing über seine Pläne mit der Bahn und die Zukunft des Verbrennungsmotors

Volker Wissing fügt sich nahtlos ein in die Reihe der autofreundlichen Verkehrsminister. Solange man in der größten »Dieselinsel« Deutschlands, in Franken, zum Beispiel von Nürnberg nach Cheb im engen Dieseltreibwagen zur

Großartig! Wieder ganz großartig! Über Alfred E. Neumann habe ich schon vor 60 Jahren geschmunzelt. Die Titelstory ist allerdings mehr zum Gruseln.

Heinz G. Wagner, Berlin

Nr. 28/2022 Titel: Die eine Lüge zu viel

tschechischen Grenze zuckelt, um dann in einen komfortablen, schnellen und elektrischen Inter-city der tschechischen Eisenbahn nach Pilsen oder Prag umzusteigen, ist das nur peinlich. Große Worte und Planungen seit Jahrzehnten, aber keine Taten. Es ist gut, Autobahnbrücken zu sanieren, aber solange die Bahn hinten ansteht, SUV-Käufe nicht durch Steuern und andere Regularien erschwert werden und wir weiterhin das Raserparadies Europas bleiben, ändert sich nicht wirklich etwas an der Vorherrschaft des natur- und menschenunverträglichen Kraftfahrzeugverkehrs.

Robert Wunder, Nürnberg

Die Chuzpe, mit der Herr Wissing die Klientelpolitik der FDP verteidigt, macht mich fassungslos. Hier die Verantwortung des Individuums ins Feld zu führen ist eine Frechheit – dass sie uns über Jahrzehnte beim Klimaschutz nicht weitergebracht hat, ist bekannt. Da es um massive Einschränkungen fundamentaler Freiheitsrechte jüngerer und nachfolgender Generationen geht, zeugt es von unfassbarem Egoismus, klimaschädliches Verhalten der persönlichen Wahl anheimzustellen. Dabei gäbe es eine vergleichsweise einfache Lösung, die gleichzeitig eine Vielzahl weiterer Gerechtigkeitsprobleme löste: den Übergang zu einem persönlich zugeteilten CO₂-Budget für jeden Bürger. Alle hätten weiterhin ihre Wahlfreiheiten, und gleichzeitig wäre das Handeln an tatsächlicher Knappheit ausgerichtet, statt nach beliebig vermehrbaren, bunt bedruckten Papierschnipseln, die sich über

Liebe Frau Gamroth-Günther, bitte bleiben Sie dran, bis echte Gleichberechtigung erreicht ist. Für alle Frauen. Vielen Dank für Ihren Einsatz!

Antje Dassel, Bremen

Nr. 27/2022 Der ewige Kampf einer Frau für gleiche Bezahlung

Generationen höchst ungerecht verteilt haben.

Name und Wohnort der Redaktion bekannt

Welch eine Arroganz spricht aus der Antwort: »Keiner der Koalitionspartner fand das Tempolimit so wichtig, dass es Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hätte«! Natürlich hätte es das, schließlich hatten es SPD und Grüne auf dem Schirm. Leider ist es wieder am Widerstand der FDP gescheitert. Wie kann ein Verkehrsminister, der Argumente wie Schildermangel gegen das Tempolimit vorbringt, der richtige Mann für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik sein?

Jürgen Lindner, Nürnberg

In dem Gespräch fehlt die Idee eines europäischen Netzes der Eisenbahnen. Wir haben hervorragende nationale Gesellschaften, die aber kaum miteinander verbunden sind. Das muss doch möglich sein. Das Interesse in Europa, Budapest, Stockholm und Lissabon per Bahn problemlos zu erreichen, ist riesig.

Dr. Jürgen Onken, Hude (Nieders.)

Wie bitte?

Nr. 27/2022 Eva Menasse über die fatale Lust der Deutschen an Symbolpolitik

Endlich! Eva Menasse trifft mit ihrem unglaublich mutigen Essay den Nagel auf den Kopf. Sie traut sich, ein paar deutliche Worte auszusprechen, um die Dinge in Deutschland ins richtige Verhältnis zu rücken. Und damit hoffentlich diese unerträgliche Debatte zur Documenta 15 und alles, was

Herr Gutsch schreibt: »Der aktuelle Widerstand ist mir zu apokalyptisch.« Glaubt er wirklich, die jungen Menschen machen das, weil sie Zukunftsfreude empfinden? Erstaunlich, bei den zu erwartenden Klimakatastrophen!

Margarete Huth, Köln

Nr. 27/2022 Kolumne: Alles Gutsch – Gedanken im Stau

drum herum hineininterpretiert wird, zu beenden und den Fokus wieder auf die reale rechte Gefahr zu richten – in der Hoffnung, dass die Behörden auf dem entsprechenden Auge nicht länger blind sind.

Christiane Krecké, Fentange (Luxemburg)

Frau Menasse, die kürzlich noch vom »vermeintlichen Antisemitismus« auf der Documenta sprach, ist nun also wütend auf die Verantwortlichen der Documenta. Wahrscheinlich, weil Menasse diese präventiv in Schutz nahm und keinen Antisemitismus sehen wollte und es ihn nun doch gab. Wissen konnte man das längst, wenn man etwa dem Kasseler Bündnis gegen Antisemitismus zugehört hätte. Doch das ist für Menasse »dubios«, und sie greift die Menschen, die vorher warnten oder anschließend erklärten, reflexartig an – sie sind für Menasse eben keine Fachleute (unter ihnen ist ein Professor für Antisemitismus-Studien). Die inhaltlich fundierte Kritik an den Ausstellungsstücken und ihren Schöpfern ist dann auch nur noch »Bauchgefühl«, und Antisemitismus nur dann wirklich Antisemitismus, wenn es Tote gibt. Damit zeigt Eva Menasse nicht nur, dass sie selbst keinerlei Verständnis vom (modernen) Antisemitismus hat, sondern auch, dass sie nicht mal in der Lage ist, eine fundierte Kritik als solche zu erkennen.

Martin Wolowski, Dresden

Eva Menasse hat recht, wenn sie den akuten wie den potenziellen Terror gegen Juden von rechtsradikaler Seite als weit gefährlicher einschätzt als die antisemi-

tische Kunst auf der Kasseler Documenta. Sie unterschätzt aber möglicherweise die Dynamik eines durch Bildnisse angefeuerten Antisemitismus im Medienzeitalter. Die Geschichte des Antisemitismus hat keineswegs nur in Deutschland gezeigt, dass der Weg von antisemitischer Hetze auf Bildern bis hin zu realer antisemitischer Gewalt ein kurzer ist.

Prof. Dr. Mario Keßler, Berlin

Es ist schon interessant, dass die Dame aus Österreich meint, dass die Befindlichkeiten der Deutschen zum Antisemitismus doch zu relativieren sein müssten. Sie erklärt uns tatsächlich, es gebe guten und schlechten Antisemitismus. Wie bitte? In Zeiten von Fake News und Welführern, die den ganzen Tag lügen, sollen wir also nicht den Finger auf schreckliche und in allen Teilen der Welt verfestigte Bilder legen? Immer wieder werden wir das tun.

Christina Lolk, Bremen

»Lasst uns noch ein wenig über Wandteppiche aus Indonesien reden« – ja, das müssen wir! Nicht erst ein Anschlag auf eine Synagoge oder Gewalt gegen Juden sollten unser kollektives Gedächtnis wachrütteln. An dieser Stelle verbietet sich die Frage, was gefährlicher sei – antisemitische Kunst des Kollektivs Taring Padi oder gegen Juden gerichtete physische Gewalt oder Akte der Zerstörung. Das Bild des Künstlerkollektivs zeigt einen als orthodoxen Juden erkennbaren Mann mit Schläfenlocken und mit SS-Runen bestücktem Hut sowie einen Soldaten mit Schweinegesicht und Helm mit Mossad-Beschriftung. Angesichts derartiger antisemitischer Stereotype sollte aufgrund der Lehren aus unserer deutschen Vergangenheit und aus Respekt den Hinterbliebenen des Holocausts und dem Staat Israel gegenüber ein Boykott des Bildes sowie ein Boykott der Documenta durch einzelne Würdenträger eine Selbstverständlichkeit sein, und kein »Drang deutscher Übererfüllung«.

Anika Klisa, Berlin

Leserbriefe bitte an leserbriefe@spiegel.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter SPIEGEL.de zu archivieren.

Der Tod hat in Kolbermoor einen hohen Preis: Betroffene beschwert sich

Von Ovb-online.de

»t-online« über Wassersparen beim Spülen von Toiletten: »Dennoch sollten Sie ab und zu die Spülung im vollen Umfang nutzen, damit die Rohre durchgespült werden und keine großen Ablagerungen bleiben und keine unangenehmen Gerüche entstehen.«



Hinweis an der Seitentür einer Metzgerei in Fischen im Allgäu

Die »Neue Westfälische« über die Nordseeinsel Amrum: »Endlich am Kniepsand angekommen, kann ich diesen unerschöpflichen Freiraum visualisieren, in etwa zehn Meter Länge und eineinhalb Meter Breite nichts als Sand, Dünen und Meer.«



Werbetafel eines Bestattungsunternehmens in Göttingen

Chip.de über neue Vorschriften für Auto-Kindersitze: »Die neuere i-Size-Norm hingegen zielt stattdessen unter anderem auf die Körpergröße ab, die von den Kinderherstellern selbst festgelegt wird.«

Grill-Lachsfiletseite

BBQ

Initiative Tierwohl, Haltungsform 2: Stallhaltung Plus, 600-g-Packung,

Angabe der Haltungsform für Lachsfilet auf Aldi-sued.de

Die »Lippische Landeszeitung« über den sogenannten Supermond: »Die beste Beobachtungszeit ist übrigens kurz vor Mondaufgang und kurz vor Monduntergang.«

SPIEGEL Akademie

In Kooperation mit der
SRH Fernhochschule

Werden Sie Sharing- Economy- Manager:in

Weiterbilden mit E-Learning –
wann und wo Sie wollen



Kostenlos
testen

Eine Auswahl der Inhalte:

- + Definition und historische Entwicklung
- + Geschäftsmodelle der Sharing Economy (P2P, B2C, B2B)
- + Sharing-Ansätze mit sozialer Motivation
- + Fallbeispiele aus der Übernachtungsbranche, dem Mobilitätssektor sowie den Smart Cities der Zukunft
- + Perspektiven und Ausblick

Alle Kurse und Infos unter
akademie.spiegel.de

Zitate

Die »Süddeutsche Zeitung« über das SPIEGEL-Interview mit Meron Mendel, in dem der Wissenschaftler seinen Rückzug als Berater der Documenta erklärte (»Auf Zeit gespielt«, Nr. 28/2022):

Meron Mendel war so etwas wie die letzte Hoffnung für die Documenta. Mit diesem aufgeschlossenen und fachlich renommierten Mann, er leitet die Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank, hätte es gelingen können, den Skandal um die antisemitischen Darstellungen auf dem Großbanner »People's Justice« aufzuarbeiten und von der Ausstellung zu retten, was zu retten ist. Doch nun hat die Generalsekretärin der Documenta, Sabine Schormann, auch ihn verprellt, den wohl einzigen prominenten Vertreter der jüdischen Community, der trotz des Vorgefallenen unbeirrt an den Dialog und auch an die Documenta glaubte. In einem am Freitag erschienenen Interview mit dem SPIEGEL erklärte Mendel, er stehe als Berater für Schormann nicht mehr zur Verfügung.

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« beschreibt die Folgen einer SPIEGEL-Meldung über von Bundesfinanzminister Christian Lindner geplante Anpassungen bei Hartz-IV-Leistungen (SPIEGEL.de am 7. Juli):

Die Aufregung um die Kürzung der Mittel zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen ist groß ... Was ist passiert? Unter der Überschrift: »Lindner plant drastische Kürzungen bei Leistungen für Langzeitarbeitslose« berichtete SPIEGEL.de, dass der Finanzminister von der FDP »viele Millionen« bei Hartz IV einsparen wolle. »Dem sozialen Arbeitsmarkt droht das Aus«, lautet die Warnung. Sofort hagelt es Proteste, gern garniert mit hässlichen Verweisen auf die aktuelle Hochzeit des Politikers, die dieser aktuell auf der Reichen-Insel Sylt feiert.

Der »Kölner Stadt-Anzeiger« erinnert an die SPIEGEL-Recherchen zur Untreue-Affäre des Aachener Weihbischofs Johannes Bündgens (»Seine Teuerste«, Nr. 50/2019):

Vor fast genau einem Jahr, am 13. Juli 2021, war der hohe Geistliche in Abwesenheit wegen Untreue zu neun Monaten Haft auf Bewährung und zu einer Geldbuße von 5000 Euro verurteilt worden. Seitdem tritt das Verfahren auf der Stelle. Niemand weiß, was Bündgens macht und wo er sich aufhält ... Das Verhältnis zu seinem Chef wird als zerrüttet beschrieben, weil Bündgens die Bistumsspitze über seine heimlichen Transaktionen erst informiert hatte, als die Ermittlungen gegen ihn längst liefen und er dem Nachrichten-Magazin SPIEGEL noch gerade rechtzeitig zugekommen war.

Jetzt den SPIEGEL testen und Prämie sichern

6× DER SPIEGEL für nur €23,90 + Wunschprämie



34 %
sparen
+ Prämie



€-10-DiversChoice-Tankgutschein

Der Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8500 Tankstellen gültig.



€-10-Amazon-Gutschein

Für Bücher, CDs, DVDs, Spiele, Technikartikel und vieles mehr.

Einfach jetzt anfordern:  abo.spiegel.de/6x

oder telefonisch unter 040 3007-2700 (Bitte Aktionsnummer angeben: SP22-026)



1&1 Sommer-Special

Für jeden das richtige Smartphone



Sie haben die Wahl! Entscheiden Sie, welches Smartphone am besten zu Ihnen passt – bei 1&1 immer inklusive Buds für 0,- € einmalig.*



Ihr 1&1 Sommer-Special-Paket: Steigen Sie ein mit dem **Samsung Galaxy A13** oder **Xiaomi Redmi Note 11**, entscheiden Sie sich für ein Top-Preis/-Leistungs-Verhältnis mit dem **Redmi Note 11 Pro 5G** oder dem **Galaxy A53 5G** oder wählen Sie ein Premium-Smartphone, wie das **Galaxy S22** oder das **Xiaomi 11T Pro | 5G**. Zu Ihrem Lieblings-Smartphone dazu, gibt es bei 1&1 **Galaxy Buds2** oder **Redmi Buds 3 Pro** Kopfhörer für **0,- €!*** Immer dabei: Die millionenfach bewährte 1&1 All-Net-Flat zum endlosen Telefonieren und Surfen.



Handy kaputt? Kein Problem!

Egal ob Bruch, Defekt oder Wasserschaden – im Schadensfall erhalten Sie innerhalb von 24 h ein neues Gerät.* Ohne zusätzliche Handy-Versicherung!

*Top-Smartphones ab 0,- € einmalig in Verbindung mit einer 1&1 All-Net-Flat mit 24 Monaten Vertragslaufzeit, z.B. das Samsung Galaxy A13 oder das Xiaomi Redmi Note 11 für je 0,- € einmalig jeweils in Verbindung mit der 1&1 All-Net-Flat XS (1 GB Highspeed-Volumen pro Monat, danach unbegrenzt mit 64 kBit/s weitersurfen) die ersten 6 Monate jew. für 4,99 €/Monat, danach 19,99 €/Monat. Telefonate in dt. Fest- und Handynetze inklusive sowie Verbindungen innerhalb des EU-Auslands und aus EU nach Deutschland plus Island, Liechtenstein und Norwegen. Bereitstellungspreis je 39,90 €. Je 24 Monate Vertragslaufzeit. 24 h Austausch-Service nur bei gleichzeitiger Vertragsverlängerung (24 Monate) sowie Rückgabe des defekten Geräts. Buds des Herstellers des gewählten Smartphones sind nach Vertragsabschluss bis zum 09.08.2022 kostenlos im 1&1 Control-Center anforderbar. Weitere Infos unter 1und1.de/teilnahmebedingungen. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, 56403 Montabaur. WEEE-Reg.-Nr. DE13470330

1&1

1und1.de
0721/960 1000